

Herausforderung "Terrorismus" - Politik der Inneren Sicherheit und der internationalen Gefahrenabwehr

Jakowatz, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Bibliographie / bibliography

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jakowatz, S. (2010). Herausforderung "Terrorismus" - Politik der Inneren Sicherheit und der internationalen Gefahrenabwehr. (Recherche Spezial, 7/2010). Bonn: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-371828>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Herausforderung „Terrorismus“ – Politik der Inneren Sicherheit und der internationalen Gefahrenabwehr

2010|07

**Herausforderung „Terrorismus“ –
Politik der Inneren Sicherheit und der
internationalen Gefahrenabwehr**

bearbeitet von
Stefan Jakowatz

ISSN: 1866-5810 (Print)
1866-5829 (Online)
Herausgeber: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für Sozialwissenschaften (FIS)
bearbeitet von: Stefan Jakowatz
Programmierung: Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung von GESIS durch den Bund und die Länder gemeinsam bereitgestellt.

© 2010 GESIS. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Sachgebiete

1	Terrorismus - Grundlagen, Entwicklungs- und Erklärungsansätze.....	9
2	Terroristische Gefahrenabwehr im Rahmen der inneren Sicherheitspolitik in Deutschland.....	54
3	Terrorismusbekämpfung internationaler Sicherheitsallianzen.....	75
4	Militärische Intervention – legitimes Mittel der außen- und sicherheitspolitischen Terrorismusbekämpfung?.....	97
5	Exkurs: Aspekte nationaler und internationaler Sicherheitspolitik der USA.....	111
6	Terrorismus und Medien - ein Verhältnis zwischen Aufklärung und Symbiose.....	122
7	Sicherheit und/oder Freiheit? Die Entwicklung von Bürger- und Menschenrechten im Kampf gegen den Terror.....	132

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	153
Personenregister.....	155
Sachregister.....	159
Institutionenregister.....	171

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	175
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	175

Vorwort

Die konkrete Terrorwarnung des Bundesinnenministers Thomas de Maizière Mitte November 2010 fand in der deutschen Öffentlichkeit sowie in den veröffentlichten Meinungen der Massenmedien eine ungewöhnlich große Resonanz. Infolge der aktuellen Gefährdungslage verstärkten Bund und Länder ihre präventiven Sicherheitsvorkehrungen und hielten öffentlichkeitswirksam die Bürger zur zivilen Wachsamkeit an. Politische Kommentatoren stellten zunächst die Frage nach der akuten Relevanz dieser Terrorwarnung vor dem Hintergrund der stetig oszillierenden Gefährdungslage in Deutschland. Schließlich hat der Terrorismus nicht zuletzt infolge der internationalen Terroranschläge in New York, Madrid und London sowie vor dem Hintergrund gescheiterter Terrorpläne in Deutschland (z.B. durch die sogenannten „Kofferbomber“) schon sehr lange eine herausgehobene Stellung in den sicherheitspolitischen Diskursen. Die aktuelle Sicherheitspolitik der Bundesregierung lässt vermuten, dass das Thema Terrorismus als „Leitmedium“ für die Politik der Inneren Sicherheit in Deutschland ganz offensichtlich „funktioniert“.

Gelegenheit genug, eine aktualisierte Fassung unseres letztjährigen Recherche Spezial zum Thema Terrorismus zu präsentieren. Auch in diesem Jahr beschäftigt sich die vorliegende Ausgabe im Wesentlichen mit unterschiedlichen Aspekten des internationalen Terrorismus und den darauf bezogenen sicherheitspolitischen Strategien. Ausgeschlossen bleiben auch diesmal jene Phänomene des Terrorismus, die im nationalstaatlichen Kontext endogen Ursprungs sind bzw. dessen Aktivitäten an einen nationalstaatlich-territorialen Raum gebunden sind.

In ersten Abschnitt dieser Dokumentation werden allgemeine soziale, politische, ökonomische, psychologische und philosophische Grundlagen, Entwicklungs- und Erklärungsansätze präsentiert, um die Ursachen, Entwicklungspfade und reaktiven Gegenstrategien zum Thema Terrorismus verstehen zu können.

Globalisierung und Transnationalisierung terroristischer Aktivitäten induzieren auf nationaler Ebene einerseits einen grundlegenden Wandel der Ausrichtung und Programmatik politischer, administrativer, legislativer, judikativer und exekutiver Institutionen, andererseits führt die zunehmend globale Vernetzung des Terrorismus zu einer fortschreitenden Internationalisierung staatlicher Sicherheitspolitik. Zunächst stehen in einem eigenen Kapitel die sicherheitspolitischen Diskussionen, Maßnahmen und Prozesse innerer Sicherheit in Deutschland im Fokus.

Als Erweiterung der innenpolitischen Perspektive dient die Erörterung internationaler Sicherheitsallianzen im darauf folgenden Abschnitt. Dabei stehen insbesondere die sicherheitspolitischen Maßnahmen im Rahmen der EU überwiegend im Mittelpunkt, aber auch weitere internationale Aktivitäten im Kontext der Vereinten Nationen (UNO), NATO, OSZE, G8 oder beispielsweise der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) werden ausführlich behandelt.

Sind militärische Lösungsansätze zur Terrorismusbekämpfung eine adäquate Antwort der nationalen und internationalen Außen- und Sicherheitspolitik? Der sozialwissenschaftliche, juristische und philosophische Diskurs um die Normen und Regeln des internationalen Völkerrechts wird vor dem Hintergrund des selbstpostulierten Rechts der USA auf Selbstverteidigung herausgestellt. Nicht zuletzt die unterschiedlichen Folgen der Militarisierung von Sicherheitspolitik, speziell auch hinsichtlich des Einsatzauftrages der Bundeswehr in Afghanistan, sind Thema unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Wissenschaftsdisziplinen.

In einem weiteren, als Exkurs angelegten Kapitel werden differenzierte Aspekte der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik der USA präsentiert. Stichworte wie „War on Terrorism“ „Patriot Act“ oder „Guantanamo“ verdeutlichen eine strukturelle Verzahnung von innerer mit äußerer Sicherheit, deren Folgen weit über die Grenzen der USA als ausnehmende Großmacht hinauswirken.

Die weltweite Wahrnehmung von Terrorismus ist ohne eine entsprechende massenmediale Reflexion nicht vorstellbar. In diesem Kontext wurden wissenschaftliche Ressourcen versammelt, die sich mit der

speziellen Interdependenz von Terrorismus und Medien beschäftigen. Kernfrage ist, inwiefern Medien in dem gegenseitigen Wechselspiel zwischen öffentlicher Aufklärung und symbiotischer Beziehung zum Terrorismus agieren.

In einem letzten Abschnitt beschäftigt sich diese Ausgabe des Recherche Spezial mit den Auswirkungen des internationalen Terrorismus bzw. der nationalen und internationalen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung auf die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte. Dabei gilt es, eine möglichst große Spannweite, angefangen bei Maßnahmen nationaler Anti-Terrorpolitik mit freiheitsrechtlichen Implikationen bis hin zu einschneidenden Folgen militärischer Interventionen auf das internationale Völkerrecht.

Weiterführende Informationen zum Thema Terrorismus als Politikfeld der Inneren Sicherheit in Deutschland befinden sich im Themendossier des sozialwissenschaftlichen Fachportals SOWIPORT der GESIS.

<http://www.sowiport.de/themen/inneresicherheit.html>

Das Dossier „Innere Sicherheit“ mit ungefähr 2.500 unterschiedliche Informationsquellen wird von der GESIS in Kooperation mit dem Interdisziplinären Arbeitskreis Innere Sicherheit (AKIS) zusammengestellt und fortlaufend ergänzt.

Quellen der nachfolgenden Informationen sind die GESIS-Datenbanken SOLIS und SOFIS und die sechs englischsprachigen sozialwissenschaftlichen Datenbanken des Herstellers Cambridge Scientific Abstracts (CSA), die über die Nationallizenzen in www.gesis.org/sowiport eingebunden sind. Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quelle zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben.

Die CSA-Datenbanken bieten Nachweise zu Forschungsergebnissen mit Schwerpunkt auf Soziologie und Politikwissenschaft einschließlich benachbarter Gebiete aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; sie beziehen sich überwiegend auf internationale Zeitschriften, aber auch auf Bücher, Buchkapitel sowie z. T. auf Rezensionen.

Die Nachweise sind alphabetisch nach Autoren sortiert. Nachweise aus der Literaturlatenbank SOLIS sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Nachweise aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS mit einem "-F". Nachweise aus den CSA-Datenbanken sind entsprechend durch "-CSA" kenntlich gemacht. Die Nachweise und Abstracts aus den CSA Datenbanken Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA), Physical Education Index (PEI), Worldwide Political Science Abstracts (WPSA), Sociological Abstracts (SA), Pais International und Social Services Abstracts (SSA) werden mit der Erlaubnis von ProQuest LLC zur Verfügung gestellt. Weiterverbreitung und Nachdruck der Nachweise ist ohne Lizenz nicht erlaubt.

Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf die laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

1 Terrorismus - Grundlagen, Entwicklungs-, und Erklärungsansätze

[1-L] Abou-Taam, Marwan:

Die djihadistische Gruppe und die Suche nach Identität, (DIAS-Analyse, Nr. 36), Düsseldorf 2008, 16 S. (Graue Literatur;
www.dias-online.org/fileadmin/templates/downloads/DIAS_Analysen/DIAS_Analyse_36_Abou-Taam_Djihadistische_Gruppe_081222.pdf)

INHALT: Der Beitrag zum internationalen Terrorismus befasst sich mit der Bedeutung der Identitätsfindung beim islamischen Fundamentalismus. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Punkte: (1) Selbstopfer - ein Bestandteil der Identität (2) die terroristische Gruppe im Prozess der Identitätssuche, (3) das Selbstmordattentat: Gruppenidentität versus Individualität, (4) die Verallgemeinerung einer Ideologie des Suizidterrorismus, (5) das Selbstmordattentat und die Organisation sowie (6) das Selbstmordattentat als Kollektivaktion. Im Kontext gesellschaftlicher Transformationen gelingt es ambitionierten islamistischen Eliten, durch strategische Identitätskonstruktionen den eigenen Herrschaftsanspruch zu festigen und politische Anhängerschaft zu mobilisieren. Diese Manipulation passt sich bestehenden Resonanzstrukturen an, denn Identitätskonstruktionen basieren auf historischen Mythen, welche ihrerseits Anknüpfungspunkte für höchst unterschiedliche Entwicklungen bieten können. Fundamentalistische Gruppen profitieren somit in erster Linie von einer Sinnkrise, die im Zuge radikaler gesellschaftlicher Transformationen produziert wird. Sich solchen Gruppen anzuschließen, ist ein Versuch, die eigene Identität zu finden. Betroffene bekommen dadurch die Möglichkeit, sich in eine soziale Gruppe einzugliedern, die ihnen eine feste Rolle zuordnet, in der sie sich einbringen können. Die Gruppe, bestehend aus gleich denkenden und aus einer ähnlichen Situation kommenden Menschen, ist die neue Familie, die einen ideologisch-weltanschaulichen Schutz bietet. Die Möglichkeit, sich einer solchen Gruppe anzuschließen, verleiht dem Einzelnen eine Gruppenidentität, die ihn von den Nöten und den alltäglichen Kämpfen befreit. In Organisationen (Tanzim) werden klare hierarchische Strukturen und Wertevorstellungen von der Gruppe vorgegeben. (ICG2)

[2-F] Armbrorst, Andreas (Bearbeitung); Albrecht, Hans-Jörg, Prof.Dr.Dr.h.c.; Sieber, Ulrich, Prof.Dr.Dr.h.c. (Betreuung):

Global Salafi jihadism and counter-terrorism. Understanding jihadi and counter-terrorist violence

INHALT: The research purpose is to achieve a better intellectual/ analytical understanding of the contemporary phenomenon of jihadism, which barely fits into existing (western-secular) academic concepts and analytical frames such as war or crime. The aim of the study is to elaborate an empirically justified classification/ taxonomy of jihadi violence. Different occurrences of jihadi violence (terrorist attacks, bombings, assassinations, assaults/ raids, executions) shall be linked to sociological/ anthropological concepts of violence and social control (such as retaliation, punishment, coercion, incapacitation, deterrence,...). A conceptual definition of jihadism has been made by reviewing relevant literature from various disciplines (Islamic and oriental studies, anthropology, criminology, terrorist studies). Project homepage: www.mpicc.de/ww/en/pub/forschung/forschungsarbeit/kriminologie/jihadism.htm . Goals: Literature from Islamic and oriental studies, anthropology, criminology and terrorist studies has been reviewed in order to draw a descriptive profile of jihadism and to clarify the term. Likewise, an analytical definition of terrorism has been drafted. From data analysis the following results are expected: An empirically sound description of al-Qaeda's perception of current affairs (diagnostic frame) as published in open statements of AQ's senior officials; the analysis of "claims of responsibility" shall show to what degree this diagnosis is reflected in different jihadi conflicts.].

METHODE: The study analyses public statements of al-Qaeda and affiliated groups with focus on the question: "What do jihadi discourses say about motivation (cause), justification, and expected outcome/ utility (functionality) of violent action?" In a second step the doctrine of jihadism is compared with its actual implementation in regional conflicts, by analyzing claims of responsibility for terrorist/ military operations. The empirical material (video/ audio speeches, communiqués and statements of AQ and affiliated groups) is sampled from the archive of the SITE Intelligence Group, a commercial intelligence provider that closely monitors various kinds of media from the jihadi movement. Through inductive content analysis (using the software MAXQDA) open and latent patterns in the

data shall be identified and described. Thereby the classification of jihadi violence as retaliative, punitive, coercive etc. can be elaborated and empirically justified (or dismissed). Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG*: Inhaltsanalyse, offen (public and semi-public statements from the jihadi intellectual elite -sampled from open source intelligence services-; Auswahlverfahren: theoretical sampling). Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Armbrorst, Andreas: A profile of religious fundamentalism and terrorist activism. in: Defence Against Terrorism Review, 2009, Iss./ Vol. 2/1, pp. 51-71. *ARBEITSPAPIERE*: Armbrorst, Andreas: Ten characteristic features of salafi jihadism. Conference paper. The Hague 2009, 20 p.+++Armbrorst, Andreas: Jihadism. Terrorist violence and the global Salafi jihad. Master Thesis. Hamburg 2008. 63 p.

ART: Dissertation *BEGINN*: 2008-05 *ENDE*: 2011-05 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Institution

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Abt. Kriminologie (Günterstalstr. 73, 79100 Freiburg im Breisgau)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0761-7081-314, e-mail: a.armbrorst@mpicc.de)

[3-L] Asmus, Hans-Joachim:

Politischer Extremismus und islamischer Terrorismus, in: Bernhard Frevel (Hrsg.) ; Hans-Joachim Asmus (Hrsg.) ; Carsten Dams (Hrsg.) ; Hermann Groß (Hrsg.) ; Karlhans Liebl (Hrsg.):

Politikwissenschaft : Studienbuch für die Polizei, Hilden: Verl. Dt. Polizeiliteratur, 2009, S. 157-200,

ISBN: 978-3-8011-0537-2 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-pflc7110)

INHALT: Der Beitrag betrachtet die Analyseansätze zum Themenfeld Extremismus, Radikalismus und Terrorismus. Dabei werden die gesellschaftlichen Ursachen des politischen Extremismus und Terrorismus verdeutlicht und die Bedeutung einer klaren und entschiedenen Politik gegen den Extremismus für die Bürger und die Kontrollinstanzen wird betont. Vor diesem Hintergrund werden ferner die politischen und polizeilichen Umgangsstrategien mit der politisch motivierten Devianz betrachtet. Dabei gliedern sich die Ausführungen in zwei Kapitel: Der erste Abschnitt befasst sich mit dem Phänomen des politischen Extremismus und thematisiert folgende Punkte: (1) Rechts- und (2) linksextremistische Ideologie, (3) die Entwicklung der extremistischen Straftaten sowie (4) das Wahl- und Personenpotential im Rechts- und Linksextremismus. Der zweite Abschnitt beleuchtet nach einer Begriffsbestimmung den islamischen Terrorismus hinsichtlich seiner geschichtlichen Entwicklung und am Beispiel der Al-Qauida. (ICG2)

[4-L] Bader, Erwin (Hrsg.):

Terrorismus: eine Herausforderung unserer Zeit, Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 205 S., ISBN:

978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

INHALT: "Terrorismus ist eine Erscheinung, die für unsere Zeit charakteristisch zu sein scheint. Überall in der Welt erzeugen und verbreiten Terroristen Zerstörung und Angst. Wie soll man dem Phänomen am besten begegnen? Kann man die Spirale der Gewalt durchbrechen? Wie wirkt der Waffeneinsatz angesichts der Bereitschaft zum Selbstmord? Wie reagiert der Westen auf den Anschlag vom 11. September 2001? Welche Art von Aufmerksamkeit für den Terrorismus ist angebracht, damit sich der Terrorismus nicht noch mehr zu Werbezwecken verbreitet? Spielt die Religion eine Rolle, und wenn, welche? Es empfiehlt sich, den Terrorismus mit den Methoden unterschiedlicher Wissenschaften zu erforschen, damit man geeignetere Reaktionen als bisher planen kann. Angeregt durch die Kooperationsgruppe Friedensforschung an der Universität Wien beschäftigten sich mehrere Autoren aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Fachrichtungen mit dem Problem des Terrorismus." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Erwin Bader: Terror und Terrorismus als Thema (13-34); Franz Kernic: Islamisch-fundamentalistischer Jihad und Terrorismus als Herausforderung (35-63); Steven Jacob et al.: United debate on unilateralism and treatment of terrorists (65-74); Astrid Kircher: Suizidterrorismus (75-97); Eva Maria Maier: Überforderung des Rechtsstaats? Terrorbekämpfung zwischen Strafrecht und Kriegszustand (99-115); Brigitte Marschall: Terrorismus, künstlerischer Aktivismus und die Ästhetik der Destruktion (117-130); Gerhard Pretzmann: Zur Bedeutung der primären Motivation für den Terrorismus (131-136); Ulrike Davis-Sulikowski: "Read the Message": Sozialanthropologi-

sche Perspektiven zu Terrorismus und Politik (137-145); Martin Jäggli: Unterentwicklung und Terrorismus (147-153); Ralf Bredel: Zur ökonomischen Theorie des Terrorismus. Gegen einen ethischen Realismus in der Konfliktprävention (155-170); John Bechara: Wie können die drei großen monotheistischen Religionen den Frieden im Nahen Osten stiften? (171-191); Herbert Pribyl: Terrorismus und katholische Sozialethik (193-204).

[5-L] Bader, Erwin:

Terror und Terrorismus als Thema, in: Erwin Bader (Hrsg.): Terrorismus : eine Herausforderung unserer Zeit, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 13-34, ISBN: 978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

INHALT: Der Beitrag befasst sich aus philosophischer Sicht mit den Begriffen Terror bzw. Terrorismus und berücksichtigt dabei die fachliche Vielschichtigkeit des Problems. In diesem Kontext werden folgende Aspekte erörtert: (1) Terrorismus, Ethik und Vernunft, (2) das Grundproblem des Terrors, (3) Terrorismus und die Öffentlichkeit, (4) das Terrorismusverständnis, (5) die Entwicklung vom Krieg zum Terrorismus, (6) die Ursachen des aktuellen Terrorismus, (7) die Selbstmordattentate als neue Dimension des Terrorismus, (8) die Abgrenzungskriterien des Terrorismus, (9) die Möglichkeiten der Terrorismusbekämpfung, (10) mit Vernunft gegen den Terror sowie (11) Terror und/oder Dialog. Wenn es zur terroristischen Konfrontation kommt, treten Furcht und Angst auf, und diese allein sind schlechte Ratgeber, sie verwirren den Verstand. Mit Wissenschaft, also Vernunft und Verstand betrachtet, kann der Terrorismus aber entblättert werden. Der Mensch kann Klarheit erlangen, wenn er die realen Gegenstände näher untersucht und erkennt, was und wie sie wirklich sind. (ICG2)

[6-L] Baecker, Dirk:

Die Gewalt des Terrorismus, in: Jens Aderhold (Hrsg.) ; Olaf Kranz (Hrsg.): Intention und Funktion : Probleme der Vermittlung psychischer und sozialer Systeme, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 219-229, ISBN: 978-3-531-15183-0

INHALT: Der Autor problematisiert die Tatsache, dass die Soziologie den Terrorismus lange Zeit als historisches und gesellschaftliches Phänomen vernachlässigt hat. Um einen aufgeklärten Umgang mit der Gewalt des Terrorismus zu entwickeln, sollte die Soziologie zunächst die systemische Intelligenz des Phänomens verstehen und im Rückgriff des Terrorismus auf Gewalt eine politische Option erkennen. Denn der Terrorismus fungiert als eine Negationsformel der Politik und tritt damit die Nachfolge der Utopie als "Nullstelle" (Luhmann) des politischen Systems an. Das Phänomen des Terrorismus kann daher auch als ein Aspekt des Verhältnisses von Politik und Gesellschaft im Zuge des Wandels der "Weltkultur der Weltgesellschaft" verstanden werden. Erst auf der Grundlage dieser genaueren Funktionsbestimmung des Phänomens Terrorismus kann die Soziologie der Politik Vorschläge unterbreiten, wie auf gewalttätige Terrorakte reagiert werden kann. Die gegenwärtigen politischen Reaktionen tragen nach Ansicht des Autors letztlich nur zur Reproduktion des Phänomens bei, indem sie an die vermuteten Motive terroristischer Gewalt anknüpfen. Der Autor plädiert vor diesem Hintergrund dafür, durch Ambiguitäts- oder soziale Umwegstrategien den Forcierungsversuch der Handlungsattribution zu unterlaufen und die gewohnten Attributionsspielräume der Kommunikation wiederherzustellen. (ICI2)

[7-F] Bangert, Dennis, Dipl.-Sozialwirt (Bearbeitung):

Die Internationalisierung terroristischer Gewalt - Ursachen und Bedingungen

INHALT: Das Promotionsvorhaben beschäftigt sich mit den Ursachen für die Internationalisierung terroristischer Gewalt. Es soll untersucht werden, welche Bedingungen terroristische Organisationen dazu veranlassen, terroristische Gewalt über die Grenzen des ursprünglichen Konfliktlandes hinaus zu tragen bzw. welche Einflussfaktoren dazu beitragen, dass der Fokus terroristischer Anschläge auf Bürger prinzipiell unbeteiligter Drittstaaten gelegt wird. In diesem Zusammenhang soll in der Untersuchung auch auf die Frage eingegangen werden, warum - abhängig von der zugrunde gelegten Definition - lediglich jeder achte Terroranschlag ein internationaler Anschlag ist. Besondere Beachtung sol-

len dabei die Faktoren mediale Aufmerksamkeit, staatliche Antiterrormaßnahmen und die Machtsymmetrie zwischen Staat und Terrororganisation finden.

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-866077-0, Fax: 040-8663615, e-mail: dennis.bangert@googlemail.com)

[8-L] Bauer, Michael:

Reflexive Moderne und neuer Terrorismus, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.):

Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 227-254, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Der Autor weist ausgehend von der Theorie reflexiver Modernisierung auf die Pluralisierung der Kriegsformen in der Gegenwartsgesellschaft hin, die sich nicht mehr mit dem Nationalstaatsparadigma fassen lassen. In der Zweiten Moderne hat sich eine besondere Form der Kriegsführung und ein neuer Terrorismus entwickelt, der spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 mit der Organisation Al-Qaida verbunden wird. Der Autor beschreibt zunächst den Kriegsbegriff der Ersten Moderne und zeigt dessen Diversifizierung auf. Er definiert den Terrorismus allgemein als Strategie der Kriegsführung und unterscheidet zwischen verschiedenen Idealtypen, um eine nähere Abgrenzung zwischen altem und neuem Terrorismus vornehmen zu können. Er geht anschließend auf die organisatorischen Besonderheiten Al-Qaidas als einem Prototyp der Vertreter des neuen Terrorismus ein, die seiner Meinung nach vor allem in der geographischen Entgrenzung, der operativen Enthemmung sowie im umfassenden Zugriff auf die Ressourcen und Möglichkeiten der Globalisierung zum Ausdruck kommen. Er kommentiert ferner die internationalen Reaktionen auf die Attentate des 11. September und den "Krieg gegen den Terror", wobei er betont, dass auf die Entgrenzung des Krieges durch den neuen Terrorismus bis heute weitgehend mit verschärften und präventiv gewendeten sicherheitspolitischen Instrumenten der Ersten Moderne reagiert wurde. (ICI2)

[9-F] Beestermöller, Gerhard, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Zur argumentativen Struktur von (Anti-)Terrorismus-Ethiken bzw. -Politikansätzen

INHALT: Die Bekämpfung des Terrorismus wirft eine Fülle von Fragen auf, die bis in die Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens in den Staaten und zwischen ihnen reicht. Daher verwundert es nicht, daß die politischen Ansätze zu seiner Bekämpfung weit streuen. Das Projekt verfolgt sechs Ziele. Erstens sollen Grundtypen von Anti-Terrorismus-Ethiken diesseits und jenseits des Atlantiks identifiziert werden. Zweitens sollen sie in ihrer argumentativen Struktur in das formale Muster eines praktischen Syllogismus gebracht werden. So wird drittens die argumentative Struktur der Konzepte beginnend mit friedensethischen Grundpositionen hin zu konkreten Empfehlungen transparent. Auf dieser Grundlage wird es viertens möglich, diese Konzepte miteinander ins Gespräch unter der Fragestellung zu bringen, wo sie sich ergänzen, an welchen Stellen sie voneinander abweichen und wo sie sich direkt entgegenstehen. Erst auf diesem Hintergrund kann fünftens ein wechselseitig befruchtender Dialog mit den friedensethischen Orientierungen der kirchlichen Lehre - nicht zuletzt auch im Blick auf eine Fortentwicklung dieser Lehre - geführt werden. Damit schließlich sechstens der innerwestliche Dialog nicht in sich abgeschlossen bleibt, sollen auch Rechtfertigungsmuster für Terrorismus aus der islamischen Welt von Wissenschaftlern eingebracht werden, die sprachlichen Zugang zu den Originaldokumenten besitzen. Auf diese Weise - formales Ordnungsmuster eines praktischen Syllogismus, Offenheit über den innerwestlichen Dialog hinaus - soll eine möglichst unverstellte Perspektive gewonnen werden. Weiterer Kooperationspartner: Joan B. Kroq Institute for International Peace Studies (University of Notre Dame, USA).

ART: Auftragsforschung *AUFTRAGGEBER:* Deutsche Bischofskonferenz *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Theologie und Frieden (Herrengraben 4, 20459 Hamburg); Fernuniversität Hagen, Institut Frieden und Demokratie (Im Dünningbruch 9, 58084 Hagen)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: beestermoeller@ithf.de)

[10-L] Bergesen, Albert J.; Lizardo, Omar:

Internationaler Terrorismus und das Weltsystem, in: Thorsten Bonacker (Hrsg.) ; Christoph Weller (Hrsg.): Konflikte der Weltgesellschaft : Akteure - Strukturen - Dynamiken, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2006, S. 253-278, ISBN: 3-593-38226-1

INHALT: Der Beitrag entwickelt einen theoretischen Rahmen für das Verständnis terroristischer Aktivitäten innerhalb globaler Dynamiken. Zunächst werden einige Definitionen verschiedener sozialer Gruppierungen und Formen von Terrorismus vorgestellt. Schwerpunkt der Betrachtung ist der Terrorismus durch subnationale oder transnationale nichtstaatliche Gruppen, wobei hier Terrorismus als auf ein größeres Publikum gerichtete vorsätzliche Gewaltanwendung durch eine nicht-staatliche Gruppe verstanden wird, die durch Verbreitung von Furcht oder Einschüchterung ein politisches, religiöses oder soziales Ziel zu erreichen versucht. Die Autoren beschäftigen sich mit internationalem Terrorismus, bei dem die Täter, die Zielgruppe oder der nationale Schauplatz des Geschehens mindestens zwei unterschiedliche Länder umfassen. Da der transnationale, internationale oder globale Terrorismus zwei oder mehrere Länder einbezieht, macht es Sinn, ihn aus der Perspektive des Weltsystems oder innerhalb eines globalen Rahmens zu betrachten. Der methodologische Punkt hier liegt analog zu Durkheims klassischem Verständnis sozialer Erscheinungen als eindeutige kollektive Realitäten, die als soziale Fakten sui generis existieren. Internationaler oder globaler Terrorismus ist in diesem Sinne eine globale Tatsache und muss daher global erklärt werden. In einem abschließenden Fazit wird betont, dass wie auch andere gewalttätige Ereignisse, Terrorismus eher endogen als exogen zu sein scheint, d.h. er ist durch das Weltsystem selbst erzeugt. Wie Kriege, Unruhen, Streiks und andere Formen politischer Gewalt scheint auch Terrorismus ein wesentlicher Bestandteil der globalen Welt zu sein, in der wir leben. Vor diesem Hintergrund muss es uns heute darum gehen, die Entstehung des Terrorismus mit Hilfe der strukturellen Eigenschaften seiner sozialen Umwelt zu erklären. (ICH2)

[11-L] Bertelsmann Stiftung (Hrsg.):

Violence, extremism and transformation, Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2006, 118 S., ISBN: 3-89204-921-1 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE900V6E9T)

INHALT: "Based on the results of the Bertelsmann Transformation Index 2006 (BTI), this study challenges widespread assumptions and stereotypes about the nature of political violence. It reminds us that religious extremism, while on the rise, accounts for only a small fracture of armed conflict in the world. Moreover, Western countries' preoccupation with transnational terrorism is misleading, as most political violence has been and remains local in its origin and its area of activity. Study results call for a factual and more differentiated assessment of the threats posed by militants and extremists. If political violence and terrorism are still predominantly home-grown, the multitude of local causes, such as socioeconomic grievances or state weakness, should receive more attention. In any comprehensive effort to foster stability, political institutions will have to play the pivotal role. This insightful analysis is linked directly to the broader results of the BTI 2006, which highlight the major democratic deficiencies in 119 development and transformation countries. It underlines the importance of supporting democratic institutions and good governance in international efforts to combat terrorism." (author's abstract). Contents: Weidenfeld, Werner: Introduction (7-9); Aurel Croissant, Nicolas Schwank: Violence, Extremism and Transformation. Bertelsmann Transformation Index 2006 Findings (10-54); Country Reports on Political Violence and Extremism (55-118).|

[12-F] Blumentrath, Hendrik (Bearbeitung):

Terrorismus. Erscheinungen. Codierungen terroristischer Gewalt im 20./21. Jahrhundert

INHALT: Terroristische Gewalt entzieht sich den Beschreibungsinstrumentarien klassischer Konflikte - es existiert kein gegnerisches Heer, kein feindlicher Nationalstaat, selbst ein identifizierbarer Adressat für eine Kriegserklärung ("War on Terrorism") fehlt. Die Vorstellung eines klar benennbaren Feinds, der die eigene, als geschlossen imaginierte Nation von außen bedroht, wird konfrontiert mit

dem Bild eines Gegners, der ebenso wenig außerhalb des eigenen Territoriums zu verorten ist wie das Kriegsgeschehen, das sich zunehmend in die Gesellschaften hinein verlagert. Das Verhältnis von Territorium und Terror hat sich (nicht zuletzt durch Prozesse der Globalisierung bzw. mondialisation -Derrida-) verändert, und die Frage zu stellen, welcher Gefahr man denn (gegenüber stehe, heißt bereits, in Raumstrukturen zu denken, die als solche kaum mehr gegeben sind. Eben ein "Gegenüber" wird jedoch zur Setzung der eigenen Identität benötigt - der Entzug der Dichotomie sowie die Versuche ihrer Konstruktion hinterlassen eine Spur, die sowohl den terroristischen Selbstinszenierungen als auch den Darstellungen terroristischer Gewalt und ihrer Bekämpfung eingeschrieben bleibt. Das Projekt untersucht die Bilder der jeweiligen Freund/ Feind-Codierung unter den Bedingungen verschiedener Fahndungs- und Überwachungsmedien, der Einführung neuer Identifizierungsverfahren (gerade im Anschluss an die Anschläge vom 11. September) und des Wandels der für den Terrorismus konstitutiven medialen Verbreitung. Dominante Topoi der Terrorismus-Darstellungen bzw. seiner Selbstinszenierungen werden hinsichtlich ihrer diskursiven Funktionen und ihrer Genealogien analysiert. Besonders auffällig ist dabei die Rhetorik des Gespenstischen: Sie findet sich in Konzeptualisierungen des Terrorismus als "Geist", "Gespenst", "Phantom" oder "Unwesen"; in der Selbstbeschreibung als "unsichtbarer Gegner", der "phantomhaft" erscheint und verschwindet; in Bildern von "Schläfern" oder "Ghost Soldiers" und schließlich in der Inszenierung des Attentäters als "Virus", das als eine beunruhigende Grenzfigur zwischen Leben und Tod den kollektiven "Körper" der Nation bedroht. *ZEITRAUM*: 20./21. Jahrhundert

ART: Dissertation; gefördert **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Humboldt-Universität Berlin, Graduiertenkolleg "Codierung von Gewalt im medialen Wandel" (Unter den Linden 6, 10099 Berlin)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: Hendrik.Blumentrath@web.de)

[13-L] Bock, Andreas:

Terrorismus, (UTB, 3042), Paderborn: Fink 2009, 114 S., ISBN: 978-3-7705-4760-9

INHALT: Lässt sich der Terrorismus tatsächlich dadurch definieren, dass er falsch, verwerflich und ein Verbrechen ist? Der Autor verneint diese Frage, denn dann bleibt ungeklärt, was den Terrorismus von einer verwerflichen Tat, von einem Verbrechen und von Mord unterscheidet. Dies ist der gedankliche Ausgangspunkt des vorliegenden Buches, das erklärt, was Terrorismus ist, seine politische Geschichte skizziert sowie Erkenntnisse der Forschung zu seinen Ursachen und Möglichkeiten seiner Bekämpfung vorstellt. Weitere Kapitel beschäftigen sich mit den Ursachen des Staatsterrors und mit der Frage, warum sich der Terrorismus militärisch nicht bekämpfen lässt. Abschließend wird die Frage aufgeworfen, ob es sich beim Terrorismus um Terroristen oder Freiheitskämpfer handelt. (ICI2)

[14-L] Boff, Leonardo:

Fundamentalismus und Terrorismus, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007, 85 S., ISBN: 978-3-525-56443-1 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9910)

INHALT: Der Verfasser setzt sich einleitend mit dem Zusammenhang zwischen Fundamentalismus, Globalisierung und der Zukunft der Menschheit auseinander. In diesem Kontext wird hervorgehoben, dass das Ziel der Studie nicht nur die phänomenologische Beschreibung von Fundamentalismus, sondern auch die Analyse der ethischen und politischen Dimensionen des Fundamentalismus ist. Diese sind, so der Autor, unmittelbar mit der Zukunft der Menschheit verbunden, da wir alle Gefahr laufen, dem Krieg zwischen verschiedenen Fundamentalismen zum Opfer zu fallen. Vor diesem Hintergrund werden der Begriff 'Fundamentalismus' sowie einzelne Erscheinungsformen des Phänomens wie der protestantische und der katholische Fundamentalismus analysiert. Eigene Schwerpunkte der Untersuchung stellen der islamische, der neoliberale und der technisch-wissenschaftliche Fundamentalismus sowie der politische Fundamentalismus von Bush und Bin Laden dar. Der Verfasser betrachtet die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und des Finanzwesens als einen wichtigen Auslöser der Fundamentalismus in der ganzen Welt und die Globalisierung des Feindes als eine neue Gefahr für die Menschheit. Vor diesem Hintergrund wird die Rolle der Religionen in der Weltpolitik thematisiert und den Fragen nachgegangen, wie man mit dem Fundamentalismus leben kann und wie in un-

serem von ökonomischen und materialistischen Strukturen belasteten Alltag sich die geistigen Ideale effektiv umsetzen können. Als Sonderfall wird Brasilien mit seinem Projekt 'Land der Zukunft' in der neuen Weltkonstellation analysiert. (ICG2)

[15-L] Bos, Ellen; Helmerich, Antje (Hrsg.):

Neue Bedrohung Terrorismus: der 11. September 2001 und die Folgen, (Politik : Forschung und Wissenschaft, Bd. 9), Münster: Lit Verl. 2003, 225 S., ISBN: 3-8258-7099-5 (Standort: UB Siegen(467)-31ONF1447)

INHALT: "Die terroristischen Anschläge des 11. September 2001 haben die Weltöffentlichkeit erschüttert. Ihre weit reichenden Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit des Einzelnen, den Handlungsspielraum der Nationalstaaten und das internationale System stehen im Mittelpunkt des Sammelbandes. Er basiert auf einer Ringvorlesung, in der sich Wissenschaftler der Ludwig-Maximilians-Universität München aus den Fächern Amerikanistik, Jura, Geschichte, Politik-, Religions-, Kommunikations- und Wirtschaftswissenschaft mit den geistigen Hintergründen und den Konsequenzen des Terrorismus auseinandersetzen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Antje Helmerich: Wider den Etikettenschwindel - ein politikwissenschaftlicher Erklärungsversuch des Begriffs "Terrorismus" (13-32); Peter Landau: Terror aus Sicht des Rechtshistorikers (33-38); Jürgen Wasim Frembgen: Dimensionen des Islam in Afghanistan und Pakistan (39-52); Mir A. Ferdowsi: Islamischer Fundamentalismus. Im Kampf der Kulturen oder Krise der Entwicklung? (53-68); Jürgen Mohn: "Clash of Religions" - der 11. September 2001 als Rückkehr der Religion im Gewand der Gewalt? (69-92); Bruno Simma: Terrorismusbekämpfung und Völkerrecht (93-108); Friedrich Kratochwil: Der 11. September 2001 - das Ende des Hobbes'schen Projekts? (109-126); Jörg Ramel: Ökonomie der Angst. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft (127-138); Hans-Bernd Brosius: Die Symbiose von Medien, Gewalt und Terrorismus (139-148); Berndt Ostendorf: The U.S. between terror and error - Der 11. September, die politische Religion und der heilige Krieg (149-168); Gert Raeithel: Moslems in Amerika - eine Minderheit will "koranically correct" leben (169-176); Magnus Brechtken: Historische Entwicklungslinien deutscher Außenpolitik (177-202); Ellen Bos: Deutsche Außenpolitik nach dem 11. September 2001. Von der "uneingeschränkten Solidarität" zum "deutschen Weg" (203-224).

[16-L] Brünneck, Alexander von:

Pluralismus und Terrorismus, in: Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.) ; Martin H. W. Möllers (Hrsg.): (Doppel-)Staat und Gruppeninteressen : Pluralismus - Parlamentarismus - Schmitt-Kritik bei Ernst Fraenkel, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 253-258

INHALT: Hinter dem Konzept des Terrorismus steht das Politikverständnis des Freund-Feind-Denkens, wie es Carl Schmitt in seiner Schrift "Der Begriff des Politischen" beschrieben hat. Fraenkel hat diesem Freund-Feind-Denken seinen Begriff des Politischen entgegen gestellt, der die Anerkennung eines "nicht kontroversen Sektors" durch alle am politischen Willensbildungsprozess Beteiligten als Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der pluralistischen Demokratie formuliert. Die Auseinandersetzung des Pluralismus mit dem Terrorismus ist auch eine Auseinandersetzung um die politische Kultur. (ICE2)

[17-L] Buhtz, Mathias:

Normative Bedingungen moderner Gewalt: ein Beitrag zur Frage was Terrorismus und Krieg unterscheidet, in: Mathias Buhtz (Hrsg.) ; Christoph Grothe (Hrsg.) ; Lena Jaschob (Hrsg.): Krise der Konflikte : Analysen zur Konflikt- und Krisenhaftigkeit der Gegenwart, Leipzig: Meine, 2010, S. 29-51

INHALT: Im Beitrag wird eingangs gezeigt, dass die Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Gewalt schwerlich auf eine empirische Unterschiedlichkeit beider Phänomene zurückgeführt werden kann. Um diesem Problem zu entgehen und trotzdem der Frage nach den Bedingungen einer solchen Unterscheidung nachgehen zu können, wird im Anschluss ein Zugriff vorgestellt, der davon ausgeht, dass wir mittels Sprache derartige Bedingungen (re-) produzieren. Exemplarisch wird gezeigt, wie

wir den Begriff Terrorismus und damit die Bedingungen der Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Gewalt (re-)produzieren. Die Pointe des regelorientierten Konstruktivismus, der als konzeptioneller Rahmen des Beitrages dient, besteht dann darin, deutlich machen zu können, wie man mittels Sprache Vorteile und Handlungschancen verteilt. Die (re-) produzierten Bedingungen der Unterscheidung zwischen Terrorismus und Krieg sind nicht einfach nur sprachlich bedingt, sondern sie sind zugleich sozial von Bedeutung, denn Menschen handeln unter Beachtung von eben solchen Bedingungen. In der Konsequenz kommt es so zu einer ungleichen Verteilung von Vorteilen und Handlungschancen, was exemplarisch anhand des Krieges gegen den internationalen Terrorismus verdeutlicht wird. Dabei wird gezeigt, dass im Diskurs um Terrorismus zwei soziale Regeln (re-) produziert werden, nämlich: (1) dass nur demokratische Staaten Gewalt anwenden dürfen und (2) dass im Falle eines terroristischen Anschlages militärische Maßnahmen und Demokratisierungsmaßnahmen ergriffen werden sollten. (ICF2)

[18-L] Burke, Jason:

Al-Qaida: Wurzeln, Geschichte, Organisation, Düsseldorf: Artemis u. Winkler 2004, 414 S., ISBN: 3-538-07204-3

INHALT: Burkes Buch stellt den jüngsten Versuch dar, dem Phänomen 'Al Kaida' näher zu kommen. Seine Hauptaufgabe sieht der Autor darin, dem Bild der Gruppe als einer streng hierarchischen Organisation entgegenzuwirken und sie vielmehr in den Kontext der gegenwärtigen islamistischen Strömungen zu setzen. Burke geht ausführlich auf mögliche intellektuelle Vorbilder aus der islamischen Geschichte wie Ibn Taymiyya oder Strömungen wie den Wahhabismus ein. Das größte Augenmerk legt er auf die reportageartigen Schilderungen der verschiedenen fälschlicher- oder richtigerweise der Al Kaida zugeschriebenen Terroranschläge in den 90er-Jahren. Nur in dieser Zeit habe die Al Kaida den Charakter einer Organisation gehabt. Nach dem Verlust der territorialen Basis in Afghanistan existiere diese nur noch als Idee weiter. Daher sei es umso wichtiger zu erkennen, dass der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus zuallererst das Werben um moderate Muslime bedeuten sollte. (ZPol, VS)

[19-L]

Die Sicht der Anderen: eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen, (BKA Polizei und Forschung, Bd. 40), Neuwied: Luchterhand 2010, 256 S., ISBN: 978-3-472-07830-2

INHALT: "Der hier vorliegende Band dokumentiert die Ergebnisse des Forschungsprojekts 'Extremisten in biographischer Perspektive', welches von der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts konzipiert und in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen durchgeführt wurde. Im Fokus der qualitativen Studie stehen biographische Verläufe von Extremisten und Terroristen, die in Form von lebensgeschichtlichen Interviews erhoben wurden. Als konzeptionell-methodische Besonderheit der Studie ist deren systematisch-vergleichender Ansatz herauszustellen, der sowohl Rechts- und Linksorientierte als auch Personen aus islamistischen Umfeldern integriert. Den Beobachtungen folgend, zeichnen sich ideologieübergreifend Gemeinsamkeiten in den Dynamiken der einzelnen Radikalisierungsverläufe ab, wenngleich bei aller Ähnlichkeit bestimmter psychosozialer Grundmuster doch auch sehr unterschiedliche Motivlagen und Wege in den Extremismus offenkundig werden." (Autorenreferat)

[20-L] Dormal, Michel:

Terror und Politik: eine politische Analyse des Islamismus aus Sicht einer Kritischen Theorie von Antisemitismus und totaler Herrschaft, (Politische Theorie, Bd. 10), Berlin: Lit Verl. 2009, 191 S., ISBN: 978-3-8258-1948-4

INHALT: Die Arbeit beschäftigt sich mit politischer Gewalt: theoretisch, ideengeschichtlich einerseits, empirisch am Fall des islamistischen Terrorismus - hier Djihadismus genannt - andererseits. Der Djihadismus wird im Lichte einer Theorie der totalen Herrschaft und des Antisemitismus untersucht. Er wird als synkretistisches Gebilde analysiert; sein Charakter, im Spannungsfeld von universalem An-

spruch und lokalem Konflikt, von Demokratie, Massenbewegung, Gottesherrschaft und Koran, von rückwärtsgewandter Schwärmerei und postmoderner Kriegsführung näher bestimmt. Der erste Teil skizziert eine Theorie des Antisemitismus als Kritische Theorie der Gesellschaft und als Ideologiekritik. Der zweite, empirische Teil entfaltet im Sinne von Benjamin, Arendt und Benhabib eine Analyse geschichtlicher Verschiebungen und Konfigurationen. Die einzelnen Elemente sind dabei um eine Theorie des Politischen zentriert und auf das Thema politischer Gewalt zugespißt. Die Ausführungen münden in der These, "dass der militante Islamismus keineswegs die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln oder in religiöser Gestalt ist, sondern eine regressive Form der Antipolitik, eine Identifikation mit Gewalt, die gerade im antisemitischen Wahn sich auf ihren eigenen Begriff bringt". (ICA2)

[21-L] Eckert, Roland:

Deprivation, Kultur oder Konflikt?: Entstehungsbedingungen von Terrorismus, in: Leviathan : Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 33/2005, H. 1, S. 124-133 (Standort: USB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Konflikte entstehen und werden - worum es auch immer gehen mag - gewalttätig, wenn es keine Institutionen gibt, in deren Rahmen sie mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden könnten. Solche nicht regulierten Konflikte intensivieren den Prozess der Ausbildung eindeutiger Identitäten, die persönliche Integrität und Würde zu gewährleisten scheinen. Terrorismus ist daher keine Ausdrucksform einer bestimmten Kultur (sei sie baskisch, irisch, tamilisch, tschetschenisch, hutu oder saudiarabisch), er ist vor allem ein Instrument zur Austragung extremer politischer Auseinandersetzungen in der Folge der Konstruktion von Dichotomien wie Freund und Feind, gut und böse. (ICE-Übers)

[22-L] Eckert, Roland:

Terrorismus, Ressentiment und religiöse Identität, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.) ; Dana Giesecke (Mitarb.) ; Susanne Kappler (Mitarb.) ; Thomas Dumke (Mitarb.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede : Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2006, S. 275-285, ISBN: 3-593-37887-6

INHALT: "In dem öffentlichen Diskurs über Gewalteskalation konkurrieren bislang zwei Erklärungsmuster: die deprivationstheoretische Erklärung, derzufolge wahrgenommene Benachteiligung für die Gewaltbereitschaft ursächlich, und die kulturalistische Erklärung, derzufolge unverträgliche kulturelle Traditionen zu fortschreitenden Spannungen und Konflikten führen, die schließlich auch mit Mitteln des Terrorismus ausgetragen werden können. Nun wissen wir, dass Benachteiligung in vielen Fällen nicht zur Revolte führt und ganz unterschiedliche kulturelle Traditionen durchaus friedlich nebeneinander existieren können. Hier soll darum eine dritte konflikttheoretische Erklärung vorgestellt werden: Gruppenkonflikte, wie immer sie entstanden sind und worum immer sie gehen, enden in der Gewalt, wenn sie nicht in Institutionen aufgefangen werden. Dann forcieren sie über Angst und Hoffnung die Transformation der sozialen Identität von Akteuren und Opfern. Diese wird zunehmend eindeutig, Freund und Feind, Gut und Böse werden getrennt. Wachsende Ressentiments bestätigen sich wechselseitig. Der Rückgriff auf Traditionen angesichts fortschreitender Globalisierung (Huntington 1996) ist nur eine mögliche Konfliktlinie unter anderen. In vielen Fällen geht es nicht um Kultur, sondern um Land und Wasser, um Herrschaft und Zukunft. Gewalttätige Konflikte reduzieren die Vielfalt von Identitäten, die Menschen alltäglich aktualisieren, auf diejenige, die die persönliche Sicherheit, Integrität und Würde zu sichern scheint. Terrorismus ist daher nicht Ausdruck einer spezifischen Kultur oder von Kulturkonflikten (bei Basken, Iren, Tamilen, Tschetschenen, Hutus, Arabern usw.), sondern Folge (und zunehmend auch Ursache) eines radikalisierten Konfliktes zwischen imaginierten Gemeinschaften. Leidensfähige und gewaltbereite Kollektive agieren dann in einer 'kosmischen Auseinandersetzung' (Juergensmeyer 2000)." (Autorenreferat)

[23-L] Forsberg, Ole J.:

Terrorism and nationalism: theory, causes and causers, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, XII, 219 S., ISBN: 978-3-8364-1592-7 (Standort: ULB Darmstadt(17)-OM07MD8920F732)

INHALT: "This study seeks to determine which factors affect an ethnonational group's decision to utilize terrorism. Current political theories have proposed several answers, but the theoretical underpinnings of those answers are both disparate and weak. Thus, in answering this question, a new model of terrorism is necessary, one which spans the four primary levels of analysis but grounds it all in the actor: the individual. The book first examines the existing literature concerning the causes of terrorism. These threads are then woven into a single theory based on the individual-explaining why the known correlates of terrorism increase the chance that an ethnic group will resort to terrorism: The Pressure Model. Several derivative hypotheses are then tested using modern statistical methods, including complementary log-log cross-sectional time-series regression. Finally, the book discusses several recommendations from the theory that should inform policy in both international and domestic spheres." (author's abstract)

[24-L] Freedman, Lawrence:

Terrorism as a strategy, in: Dieter Ruloff (Hrsg.): Sicherheit und Unsicherheit in einer Welt im Wandel, Diessenhofen: Rüegger, 2008, S. 63-85

INHALT: Der Verfasser betrachtet Terrorismus als eine Form militärischer Strategie, die dem Clausewitzschen Imperativ vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln unterworfen ist. Aus dieser Perspektive ist Terrorismus eine höchst anspruchsvolle Strategie, die für sich genommen selten zum Ziel führt. Will der Terrorist Erfolg haben, muss er über kurz oder lang vom Terrorismus ablassen. Der 11. September 2001 hat die Supermacht USA nicht in die Knie zwingen können. Ob die Hintermänner des Terrorismus selbst aus Einsicht in die Sinnlosigkeit ihrer Strategie dieser am Ende abschwören, ist dennoch unsicher. Die PLO - ursprünglich eine Terrororganisation - ist zur politischen Partei und zum Partner Israels und der USA aufgestiegen. Al-Qaida zeigt hingegen noch keine Bereitschaft zur Abkehr von der Gewalt. (ICE2)

[25-L] Frey, Bruno S.:

Terrorism from the rational choice point of view, in: Andreas Diekmann (Hrsg.) ; Klaus Eichner (Hrsg.) ; Peter Schmidt (Hrsg.) ; Thomas Voss (Hrsg.) ; Karl-Dieter Opp (Adressat): Rational Choice: theoretische Analysen und empirische Resultate : Festschrift für Karl-Dieter Opp zum 70. Geburtstag, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 211-222, ISBN: 978-3-531-15545-6

INHALT: "Section I presents a simple rational choice model of terrorism, based on the notion of equilibrium in a demand and supply framework. The following section focuses on the supply side, the marginal cost of undertaking terrorist acts. Section III looks at the benefits of terrorist acts from the point of view of prospective terrorists. The next section discusses anti-terrorist policy. Section V notes that deterrence policy may be counterproductive and concludes that decentralisation of the policy and the economy is the most effective and desirable antidote against terrorism." (author's abstract)

[26-L] Gabriel, Karl; Spieß, Christian; Winkler, Katja (Hrsg.):

Religion - Gewalt - Terrorismus: religionssoziologische und ethische Analysen, (Katholizismus zwischen Religionsfreiheit und Gewalt, Bd. 3), Paderborn: Schöningh 2010, 247 S., ISBN: 978-3-506-76934-3

INHALT: "Terrorismus ist eines der prägenden Phänomene vieler Gesellschaften der Gegenwart und der internationalen Beziehungen. Insbesondere der Zusammenhang von Religion und Gewalt gehört zu den umstrittenen Fragen der gegenwärtigen Diskussion. Die Anschläge islamistisch-fundamentalistischer Terroristen oder Terrornetzwerke werden zum Teil sehr eng mit religiösen Motiven in Verbindung gebracht - und zwar nicht zuletzt von den Tätern selbst. Die Beiträge dieses Bandes gehen neben der Frage nach der Verbindung von Religion und Terrorismus auch dem Problem der nationalen

und internationalen Terrorbekämpfung nach und diskutieren die Motive für Terrorismus und verschiedene Wege der Terrorismusbekämpfung (sozial-)ethisch. Aus der Verbindung religionswissenschaftlicher, religionssoziologischer und sozialetischer Perspektiven resultiert ein differenziertes Bild der Debatte um den Zusammenhang von Religion, Gewalt und Terrorismus." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Hans G. Kippenberg: Religiöse Gewaltsprachen - religiöse Gewalthandlungen: Versuch einer Klärung ihres Verhältnisses (15-45); Christian Spieß: Terrorismus als Folge verweigerter Anerkennung? Rache als Reaktion auf kollektive Missachtungserfahrungen am Beispiel des Nordirlandkonflikts (47-66); Johannes J. Frühbauer: 'Dying to Win?' - Selbstmordattentate zwischen politischem Widerstand und religiösem Märtyrertum (67-86); Verena Voigt: Nationalismus und religiöse Sprache - die Verwendung des Märtyrerbegriffes in der LTTE (87-105); Wolfgang S. Heinz: Entwicklungen im Spannungsfeld von internationaler Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz (107-132); Sebastian Schilling: Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan - ein geeignetes Mittel zur nachhaltigen Bekämpfung des Terrorismus? (133-168); Christoph Baumgartner: Just war is not just about war. Internationale Gerechtigkeit und 'Krieg gegen den Terrorismus' bei Jean Bethke Elshtain (169-182); Hans-Gerd Angel: 'Gerechter Friede' - ein Konzept auch für die terroristische Herausforderung? (183-202); Katharina Klöcker: Auf Nummer sicher? - Überlegungen zu einer theologischen (Un-)Sicherheitsethik (203-223); Wolfgang Palaver: Sozialethik der Terrorismusbekämpfung (225-247).

[27-L] Gehl, Günter (Hrsg.):

Terrorismus - Krieg des 21. Jahrhunderts?, (Forum: Politik, 23), Weimar: Bertuch 2006, 127 S., ISBN: 3-937601-35-X (Standort: FHB villingen-Schwenningen(1019)-PB14-125)

INHALT: "Die Anschläge gegen die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalam im August 1998 und vor allem der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 dokumentieren eine neue Dimension in der Entwicklung des Terrorismus. Dieser neue Terrorismus entstand sukzessive in der neunziger Jahren und stellt eine Weiterentwicklung des herkömmlichen nationalen/internen Terrorismus sowie des international operierenden Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre dar. Erst dieser neue, transnationale Terrorismus, paradigmatisch verkörpert durch das islamistische Netzwerk Al-Qaida, erreicht ein globales Gefährdungspotential. Dieser neue, transnationale Terrorismus gleicht einem "multinationalen Unternehmen", verfügt über mehrere legale oder illegale Finanzquellen und nutzt zahlreiche Finanzierungswege. Vorrangig wird er durch schwer greifbare nicht-staatliche Förderer unterstützt (Ulrich Schneckener). Ist also der Terrorismus der Krieg des 21. Jahrhunderts? Mit Beiträgen namhafter Experten nimmt sich diese Publikation dieser Thematik an und versucht Antworten unter anderem auf die folgenden Fragen zu geben: Wie kam es überhaupt zu der Entstehung dieses neuen Terrorismus? Welche Ziele werden verfolgt? Wie sind Charakter und Strukturen des transnationalen Terrorismus? Wie ist sein Bedrohungspotential insgesamt einzuschätzen? Besteht eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland? Welche Bekämpfungsstrategien sind zu ergreifen, auch angesichts der Tatsache, dass Tätergruppen dem Umfeld der Organisierten Kriminalität und Wirtschaftskriminalität entstammen? Bestehen Perspektiven der Bekämpfung und Eindämmung des neuen internationalen Terrorismus? Müssen bei der Terrorismusbekämpfung trotz alledem dennoch nicht auch rechtsstaatliche Grenzen gezogen werden, damit die Terroristen ihr Ziel der Freiheitsbeschränkung durch die "rechtsstaatliche Hintertür" nicht doch noch erreichen?" (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Günter Gehl: Vorwort (7-8); Roland Eckert: Islamismus, Kulturkonflikt, Terrorismus - Was sind die Bedingungen von Eskalation und Deeskalation? (9-18); Ulrich Schneckener: Transnationaler Terrorismus (19-40); Hans-Heiner Kühne: Unzeitgemäße Betrachtungen zum Problem des Terrorismus (41-48); Maria Angeles Catalina Benavente: Spanien im Kampf gegen den ETA-Terrorismus: Ein Überblick über die letzten und bezeichnendsten politischen, polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen (49-68); André Vandoren: Komplementaritäten zwischen Organisierter Kriminalität und Terrorismus? Belgische Erfahrungen (69-74); Ernest Backes: Finanzen des internationalen Terrorismus: Bekannte Fakten (75-86); Michael Kilchling: Rechtliche Instrumente zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung im internationalen Vergleich (87-114); Wolfgang Hetzer: Rechtsstaatliche Grenzen bei der Terrorismusbekämpfung (115-126).

[28-L] Giesen, Bernhard:

Terrorismus als Performanz, in: Herbert Willems: *Theatralisierung der Gesellschaft* : Bd. 1, Soziologische Theorie und Zeitdiagnose, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2009, S. 615-621

INHALT: Im Zeitalter asymmetrischer Konflikte hat sich die Natur militärischer Auseinandersetzungen verändert. Dies zeigt sich besonders deutlich in den kulturellen und symbolischen Dimensionen des heutigen Terrorismus, der dem Terrorismus vergangener Jahrzehnte zwar ähnlich ist, sich aber auch in vielerlei Hinsicht von diesem unterscheidet. Der Terrorakt ist nach Auffassung des Autors zunehmend zu einer öffentlichen, theatralischen Darbietung geworden, der eine publikumswirksame Bedeutung zukommt. Gleichzeitig verlieren hierarchische Strukturen innerhalb terroristischer Organisationen an Bedeutung, was deren effektive Bekämpfung erschwert. Nach einleitenden Überlegungen zur sozialen Verortung der Terroristen betrachtet der Autor näher ihre spezielle weltanschauliche Situation, die eine klare Zweiteilung der Welt in "Gut" und "Böse" beinhaltet und als Legitimationsgrundlage für den bewaffneten Kampf gegen eine vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung fungiert. Er lenkt hierbei zugleich auch den Blick auf jene Mythen, Skripte und Narrative gelenkt, derer sich die Terroristen bedienen. (ICI2)

[29-L] Görgen, Thomas; Schröder, Detlef:

Organisierte Kriminalität und Terrorismus: unvereinbare Phänomene oder gefährliche Allianzen?, in: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst : Kriminalsoziologie und Rechtssoziologie, 2008, Bd. 1, S. 9-25

(www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/fachinformationen/servicepublikationen/sofid/Fachbeitraege/Kriminalsoz___Rechtssoziologie_2008-1_01.pdf)

INHALT: "In den letzten Jahren, zunehmend seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten, sind immer wieder Aussagen zu hören oder zu lesen - teils als Prognosen formuliert, meist aber auf aktuelle Zustände und Prozesse bezogen -, denen zufolge die Grenzen zwischen Organisierter Kriminalität und Terrorismus fließend seien, es zu Allianzen zwischen beiden Kriminalitätsformen komme und hieraus für Strafverfolgungsinstanzen wie für Gesellschaften insgesamt neuartige Herausforderungen und Bedrohungen erwachsen. Von 'Bündnispartnern Terrorismus und organisiertes Verbrechen' (Thamm, 1999), von 'sympiotischem Terrorismus' (Lange, 1998) ist die Rede. Zugleich werden Zweifel an solchen Szenarien geäußert; diese nehmen vor allem auf die mangelnde empirische Absicherung und auf die zumindest idealtypisch kaum zu vereinbarenden Motivlagen von Akteuren aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus Bezug. Der folgende Beitrag greift die Diskussion um eine mögliche Annäherung oder gar Verschmelzung von Organisierter Kriminalität und Terrorismus auf und zieht eine Bilanz des gegenwärtigen Erkenntnisstandes. Er beschränkt sich auf die Nutzung frei verfügbarer Quellen, bezieht also keine nicht öffentlichen Informationen von Polizei oder Nachrichtendiensten mit ein." (Autorenreferat)

[30-CSA] Hassan, Riaz:

Global Rise of Suicide Terrorism: An Overview, in: Southeast Asian Journal of Social Science 2008, 36, 2, 271-291., 2008, ISSN: 0303-8246

INHALT: Suicide attacks are the targeted use of self-destructing humans against a perceived enemy for political ends. After reviewing terrorism and suicide terrorism trends between 1980 and 2003 the paper shows that suicide attacks have increased dramatically between 2004 and 2005 and have become a global phenomenon. Three main sites of suicide terrorism namely, Iraq, Israel and Sri Lanka are examined in some detail including information about the main terrorist groups responsible for sponsoring suicide attacks and some profiles of individuals involved. The paper then examines the main sociological explanations of suicide attacks, including a description of the strategic logic behind these atrocities, and the notion of life being a weapon. It concludes with an overview of the recommendations emerging from studies that seek to prevent suicide terrorism.

[31-L] Hauninger, Anthony:

Moderner Terrorismus: Definition, Motive, Rechtfertigungen, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 85 S., ISBN: 978-3-8364-0582-9 (Standort: Villingen/Schwenningen, StB(748)-PB 14 133)

INHALT: "In der Spannung von Freiheit und Gewalt ist Terrorismus als Begriff in das Blickfeld der Philosophie geraten. Die Schwierigkeiten dieses Begriffs versucht der Autor zu durchleuchten und ihn als Form politischer Gewalt auf seinen Inhalt zu untersuchen. Neben einer historischen Einordnung wird versucht, Terrorismus als spezifische Gewalt im Unterschied und im Verhältnis zu den verschiedenen Formen des Krieges darzustellen. Ein Schwerpunkt dieser Arbeit liegt in der Herausarbeitung der Motive und des Zieles von Terrorismus und seines Verhältnisses zur Moral. Dabei werden nicht nur die Hintergründe terroristischer Tätigkeiten herausgearbeitet, sondern auch die Perspektive des Opfers wie des Täters in Betracht gezogen." (Autorenreferat)

[32-F] Heinke, Eva-Maria, M.A. (Bearbeitung); Kron, Thomas, Prof.Dr. (Betreuung):

Eine Analyse der (sozialstrukturellen) Bedingungen der Gefährlichkeit religiöser terroristischer Organisationen auf Basis der Fuzzy Set Qualitative Comparative Analysis von Charles C. Ragin (Arbeitstitel)

INHALT: Die Art und Weise von terroristischen Anschlägen, die Anschlagziele und vor allem die dahinterstehenden verursachenden Bedingungen für das Entstehen terroristischer Organisationen und deren "Logik" sind sowohl für den politischen als auch den sozialwissenschaftlichen Kontext, wenn überhaupt, dann nur sehr grob und in Teilaspekten abzusehen und einzuschätzen. Grund dafür scheint die enorme kausale Komplexität zu sein, die dem "System Terrorismus" immanent ist. Vor allem die - gerade bei Organisationen vom Typ al-Qaida - schwer nachvollziehbaren Wechselwirkungen zwischen verschiedensten Motivationen, die sich nicht mehr in dichotome Schemata integrieren lassen und sich dem Prinzip der linearen Kausalität zu entziehen scheinen, machen den Rückgriff auf eine Methode notwendig, die eben diese Auflösung von Dichotomien und eine komplexere Form der Kausalität unterstellt, spricht also den Umgang mit "Vagheiten" möglich macht und die Erklärung terroristischer Handlungen durch eine Kombination von unterschiedlichen und getrennt untersuchten, notwendigen und hinreichenden Bedingungen ermöglicht.

METHODE: Mit Hilfe der von Charles C. Ragin entwickelten "Qualitative Comparative Analysis" (QCA), einer auf Mengenlehre basierenden Familie unterschiedlicher "fallorientierter" Techniken, die die analytische Tiefe der qualitativen Forschung mit der analytischen Breite der quantitativen vergleichenden Forschung vereint, soll in diesem Rahmen der Frage nachgegangen werden, welche (sozialstrukturellen) Bedingungen dazu führen, dass eine terroristische Organisation "gefährlich" wird/ist. Um dabei nicht in dichotomen Kategorien arbeiten zu müssen (in Bezug auf die Bedingungen und das Outcome), wird eine spezielle Form der QCA angewendet: die "Fuzzy Set QCA (fsQCA)". Mit fsQCA können auch die verschiedenen Abstufungen zwischen den beiden Extremen des Vorliegens und Nicht-Vorliegens einer Eigenschaft erfasst werden, so dass sich die sehr komplex erscheinende Analyse der das Gefährlichkeitsausmaß bestimmenden Bedingungen zumindest nicht in ein die empirische Realität extrem simplifizierendes Modell zwängen muss. Da fsQCA darüber hinaus theoretisch für jede Fallanzahl anwendbar ist, aber auch bei kleinen und mittleren Fallzahlen versucht, quantitative Aussagen zu treffen, scheint sie für die Analyse religiös-terroristischer Organisationen (N bestenfalls ca. 10) auch aus methodologischer Sicht überaus geeignet zu sein. Der zugrunde gelegte Index, an dem die "Gefährlichkeit" von Terrororganisationen bemessen werden soll (also das Outcome), setzt sich dabei (bis dato) aus der der Anzahl der Anschläge in Gewichtung zur Anzahl der Toten und einem Faktor (der bis jetzt noch nicht näher definiert ist) der subjektiv wahrgenommenen Gefährlichkeit einer Terrororganisation zusammen. Bedingungen, die dann aber noch zu sogenannten "basic-level-conditions" zusammengefasst werden müssen, könnten sein: Zusammensetzung der Terrororganisation (Täterprofil, z.B. auf Grundlage der Studien von Sageman: sozialer Hintergrund bzw. sozialstrukturelle Integration der Täter/ Umstände des Beitritts zum Jihad/ sozialer Anschluss/ Umstand der Rekrutierung etc.), Geographischer Hintergrund der Terrororganisation, Historischer Hintergrund der Terrororganisation, Besatzungsmachtstatus im Herkunftsland der Terrororganisation, Relative Deprivation, finanzielle Ausstattung, Zugang zu Waffen, Unterstützungsmilieu, Rekrutierungsmilieu, Push-Faktoren (soziale Empörung, ethnisch-religiöse Benachteiligung, (Neo-)Kolonialismus, Pull-Faktoren (angestrebte Ziele, erhoffte Gratifikationen, Nutzenkalküle), Er-

möglichkeitsfaktoren (politisch, ökonomisch, geografisch), organisatorische Faktoren etc. Angestrebt wird ein Lösungsterm, der auf eine bestimmte Kombination von (sozialstrukturellen) Bedingungen verweist, durch die - theoretisch nachvollziehbar - im untersuchten Gesamtkontext die Gefährlichkeit religiöser terroristischer Organisationen erklärt werden kann.

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Lehrstuhl Allgemeine Soziologie (Eilfschornsteinstr. 7, 52062 Aachen)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0241-8096229, e-mail: eheinke@soziologie.rwth-aachen.de)

[33-L] Heller, Daniel:

Moderner Terrorismus zwischen religiösen, politischen und sozialrevolutionären Motiven: das

Beispiel AlQaida, in: Alexander Straßner (Hrsg.): Sozialrevolutionärer Terrorismus : Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 435-454

INHALT: Am Realtypus AlQaida scheitert die idealtypische Klassifizierung terroristischer Organisationen. AlQaida selbst steht in einem Spannungsfeld religiöser und politischer Ziele, transzendentaler und säkularer Motive. Sozialrevolutionäre Motive sind in Gestalt von Kritik am Imperialismus, Antikolonialismus, Staats- und Gesellschaftskritik, Internationalismus, Avantgardegedanken und Kapitalismuskritik zu finden und gehen auf soziale und psychologische Ausgangspunkte zurück. AlQaidas Ideologie bietet ein Sammelsurium verschiedenartiger Kritikpunkte, die in der muslimischen Welt äußerst populär sind und vor allem bei jungen Muslimen auf großen Zuspruch treffen. (ICE2)

[34-L] Hess, Henner:

Die neue Herausforderung: von der RAF zu Al-Qaida, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 103-122

INHALT: Der Terrorismus der RAF, der Roten Brigaden, der Weathermen usw. war, so der Verfasser, provinziell, auch wenn er sich mit weltpolitischen und weltrevolutionären Floskeln schmückte. Die Ideale der Akteure waren, wenn auch in verschrobener Variation, letztlich noch die Ideale der Aufklärung: Fortschritt, Freiheit, Gleichheit. Die Akteure versuchten, ihre Ziele mit möglichst geringen Kollateralschäden zu erreichen, weil sie Rücksicht auf die von ihnen zu mobilisierenden "Massen" nehmen mussten. Die Mittel, die ihnen zur Verfügung standen, waren sehr begrenzt. Entsprechend begrenzt waren die tatsächlichen Gefahren, die von ihnen ausgingen. Ihrer Herausforderung konnte begegnet werden, ohne dass man die Errungenschaften des Rechtsstaats aufgeben musste. Der heutige islamistische Terrorismus ist eine globale Erscheinung, verständlich nur als Reaktion auf die fortschreitende Globalisierung. Seine Ideale sind voraufklärerisch, ein Rückfall in religiösen Fundamentalismus. Diese Ideologie legitimiert Blutbäder und Selbstmordattentate mit Paradiesverheißung. Das potenzielle Täterreservoir ist wesentlich größer und wächst weltweit rapide an: die ökonomisch und sexuell frustrierte junge männliche Bevölkerung, die zum Teil im Milieu der "Neuen Kriege", d. h. mit Kampferfahrung, sozialisiert wurde, zum Teil in den Migranten-Ghettos westlicher Großstädte, d. h. mit Exklusionserfahrung und Bedürfnis nach Sinnstiftung, aufgewachsen ist. Weit größer ist auch das Sympathisanten- und Unterstützerpotenzial, mobilisiert durch traditionale Kommunikationsmittel wie Moscheen, Koranschulen und Wohlfahrtsorganisationen, aber auch durch ultramoderne wie das Internet und einige arabische Fernsehsender, die sich im "Krieg der Kulturen" wännen. Vor dem Hintergrund mit der Analyse der Spielarten und der Strategien des Terrorismus wird die These vertreten, dass ein "Sieg" über diesen neuen Terrorismus, so die These, nicht abzusehen ist. Wegen der kolossalen möglichen Schäden muss die geheimdienstliche, polizeiliche und militärische Bekämpfung ganz auf Prävention abgestellt sein, und zwar auf eine Prävention, die - darüber sollte man sich keinen Illusionen hingeben - kaum ohne einen Abbau bürgerlicher Freiheiten und rechtsstaatlicher Sicherungen auskommen wird. (ICF2)

[35-L] Heym, Franziska:

Das advokatorische Handeln terroristischer Gruppen: Analyse terroristischer Gewaltkonzepte am Beispiel der Roten Armee Fraktion und der Al Qaida, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 130 S., ISBN: 978-3-8364-3226-9 (Standort: UB Bonn(5)-200712200)

INHALT: Anknüpfend an Bruce Hoffman und Peter Waldmann setzt sich die Verfasserin zunächst auf theoretischer Ebene mit dem Terrorismusphänomen auseinander. Im Mittelpunkt steht dabei das advokatorische Handeln der Terroristen als Rechtfertigung ihrer Gewaltanwendung, also der Terrorist als stellvertretender Akteur und sein Handlungsadressat, der "als interessiert unterstellte Dritte". Die Verfasserin zieht zwei Fallbeispiele heran, den Niedergang der RAF als Vertreterin des "alten" Terrorismus und den Aufstieg von Al Kaida als Vertreterin des "neuen" Terrorismus. Die fehlende Unterstützung der deutschen Bevölkerung und der damit einhergehende Legitimitätsverlust führten letztlich zum Scheitern und zur Selbstaflösung der RAF. Auch der Gewaltadressat der Al Kaida ist, so die Verfasserin, einem Bedeutungsverlust anheim gefallen. Die Ausrichtung des Handlungsrahmens nur noch an den eigenen Interessen hat sich für Al Kaida jedoch offenbar als positiv erwiesen. Das advokatorische Handeln ist im Laufe der Zeit dem Zweck des Selbsterhalts der Gruppe gewichen. Da Al Kaida ihr Handeln nach den selbst interpretierten Vorgaben einer transzendenten Macht ausrichtet, löst sie für sich das Dilemma eines an "als interessiert unterstellten Dritten" gebundenen Aktionsrahmens, der ihr Scheitern bedeuten könnte. (ICE2)

[36-L] Hilker, Thomas:

Terrorismus: Grundwissen, Organisationen, Angriffsmittel, religiöser Fanatismus, Suizidbomber, (Edition Octopus), Münster: Monsenstein u. Vannerdat 2006, 371 S., ISBN: 978-3-86582-323-6 (Standort: HuKB Bonn-Rhein-Sieg(1044)-11PDD1288)

INHALT: "Die Publikation gibt eine umfassende Einführung über den Terrorismus und den islamischen Fundamentalismus. Sie beschreibt nahezu alle bekannten Terrorgruppen des 20. und 21. Jahrhunderts knapp und erläutert die relevantesten ausführlich. Ferner werden wichtige Informationen über ABC-Waffen, die Guerilla, bekannte Terroristen und Terroristenförderer gegeben und Fragen über die Geschichte, Hintergründe, Unterschiede, Ziele und Methoden des Terrorismus und des islamischen Fundamentalismus beantwortet." (Autorenreferat)

[37-L] Hillebrandt, Frank:

Begriff und Praxis des Terrorismus: eine praxistheoretische Annäherung, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): *Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 45-58, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Um die Frage zu beantworten, ob die Anschläge vom 11. September 2001 auf eine neue Logik des Terrorismus hindeuten, entwickelt der Autor in Anlehnung an Pierre Bourdieus Habitus-theorie einen praxistheoretischen Begriff des Terrorismus. Er zeigt, dass der Terrorismus eine sozial eingebettete Praxisform und das Ergebnis des Zusammenspiels sozialer und mentaler Strukturbildungen ist. Terroristische Anschläge geschehen nach diesem Verständnis nicht spontan oder zufällig, sondern setzen Akteure mit einem terrorbereiten Habitus voraus, der eine Reproduktion des Terrorismus in den Prinzipien einer Logik der physischen Gewalt ermöglicht. Die Bedingungen für die Entstehung von Praktiken und Praxisformen des Terrorismus sind daher nicht nur in den objektivierten Strukturen von politischen Bewegungen, sondern auch in den Akteurstrukturen zu suchen. Im Terroranschlag - so die These des Autors - wird der praktische Sinn in besonders wirkmächtiger Form aktualisiert, weil mit ihm die Ziele der Terrororganisation symbolisch und praktisch zum Ausdruck gebracht werden. In der Relation zwischen dem Kräftefeld der Terrororganisation als objektivierter Sozialität und dem Habitus der Mitglieder als inkorporierte Sozialität entstehen vor allem Strukturen, die sich zur Praxisform des Terroranschlags verketteten und in welchem die Logik der Praxis des Terrorismus kulminiert. (ICI2)

[38-L] Hoffman, Bruce:

Terrorismus - der unerklärte Krieg: neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt am Main: S. Fischer 2006, 596 S., ISBN: 3-10-033010-2

INHALT: Der Autor will keine 'neue theoretische Abhandlung oder eine konzeptionelle Reinterpretation' zum Thema vorlegen. Vielmehr geht es ihm darum, 'die hervorstechendsten und wichtigsten Tendenzen im Terrorismus' in den Mittelpunkt zu stellen und zu 'erklären, warum Terroristen 'das tun, was sie tun'. Außerdem will er 'Licht auf zukünftig zu erwartende Muster und Möglichkeiten werfen'. Theorien und Erklärungsmodelle spielen für ihn dabei eine untergeordnete, 'historische Schlüsselthemen' und empirisches Material eine übergeordnete Rolle (9). Der Verfasser beginnt mit der Frage, was Terrorismus eigentlich ist, greift zurück auf die Französische Revolution und beschreibt den Bedeutungswandel, den der Begriff im Laufe der Zeit erfuhr. Anschließend erläutert er die Rolle, die der Terrorismus für die Unabhängigkeitsbestrebungen ehemaliger Kolonien (Algerien, Palästina, Zypern) besaß. Die Internationalisierung des Terrorismus steht im Mittelpunkt des dritten Kapitels, für die der Verfasser die Entführung eines israelischen Verkehrsflugzeugs 1968 durch Palästinenser als besonders herausragendes Ereignis ansieht. Im vierten Kapitel untersucht er die zunehmende Bedeutung der Religion für den Terrorismus. Dabei beschränkt er sich keineswegs auf islamistisch motivierte Taten, sondern untersucht ebenso etwa den Terror religiöser Sekten in den USA oder den jüdischen Terrorismus. Im fünften Kapitel beschäftigt sich der Autor mit den Selbstmordattentätern. Der Zusammenhang zwischen Terrorismus, Medien und öffentlicher Meinung steht im Mittelpunkt des sechsten Kapitels. Hier zeigt der Autor, wie wichtig Publizität für Terroristen ist und wie diese bisweilen (wie bei der Entführung einer TWA-Maschine 1985) in der Lage sind, Medien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Schließlich widmet er sich der 'Psychologie des modernen Terrorismus: Taktiken, Ziele und Techniken' bevor er im letzten Kapitel ('Terrorismus heute und morgen') Bilanz zieht und Konsequenzen erörtert. (ZPol, NOMOS)

[39-L] Hoogensen, Gunhild:

Non-state based terrorism and security, in: Hans Günter Brauch (Hrsg.) ; Úrsula Oswald Spring (Hrsg.) ; Czeslaw Mesjasz (Hrsg.) ; John Grin (Hrsg.) ; Pál Dunay (Hrsg.) ; Navnita Chadha Behera (Hrsg.) ; Béchir Chourou (Hrsg.) ; Patricia Kameri-Mbote (Hrsg.) ; P.H. Liotta (Hrsg.) ; Stavros Dimas ; Hans van Ginkel ; Klaus Töpfer ; Jonathan Dean ; Vandana Shiva ; Narcis Serra: *Globalization and environmental challenges : reconceptualizing security in the 21st century*, Berlin: Springer, 2008, S. 439-447, ISBN: 978-3-540-75976-8 (Standort: UB Erlangen(29)-H00/2008B/296)

INHALT: Terroristische Anschläge gibt es seit den Anfängen der menschlichen Geschichte. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, welche Gestalt dieses "universale" Phänomen nach dem Ende des Kalten Krieges und den Anschlägen vom 11. September 2001 angenommen hat. Die Autorin zeigt, dass und wie sich das "klassische" Konzept von (nationalstaatlicher) Sicherheit im Zuge der Internationalisierung bzw. Globalisierung des Terrorismus "entgrenzt" und erweitert hat. Obgleich staatlicher Terrorismus nach wie vor ein weltweites Problem darstellt, konzentriert sich die Autorin auf nichtstaatliche Akteure wie terroristische Netzwerke, Zellen und politisch motivierte Einzeltäter. Um dem Phänomen in seinen mannigfaltigen Erscheinungsformen gerecht zu werden, entwickelt die Autorin einen Mehrebenenansatz, der eine Hierarchie von Analyseebenen (Individuum; Gesellschaft; Region, Nationalstaat; internationale Beziehungen; transnationale Strukturen) unterscheidet. Die Gefahren bzw. Gefährdungen und Bedrohungen der (nationalen) Sicherheit resultieren dann aus der jeweiligen gewichteten Kombination dieser Faktoren. (ICA)

[40-L] Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (Hrsg.):

Jahrbuch Terrorismus 2006, Opladen: B. Budrich 2007, 259 S., ISBN: 978-3-86649-132-8

INHALT: Im Jahr 2006 haben terroristische Aktivitäten, sowohl was die Zahl der Anschläge als auch der Opfer betrifft, gravierend zugenommen. Seit dem Ende des Zweiten Golfkriegs im Irak (2003) hat sich die Zahl der weltweiten Anschläge pro Jahr mehr als verdreifacht, die Zahl der Opfer sogar fast versechsfacht. Ausgehend von diesem von Joachim Krause eingangs vorgestellten Befund gibt das Jahrbuch einen Überblick über die aktuellen terroristischen Krisenherde (Irak, Libanon, Tschetsche-

nien, Afghanistan, Pakistan und Sri Lanka) und die Anti-Terrorstrategien der Vereinten Nationen, der USA sowie der wichtigsten europäischen Akteure sowie Israels. Die Grundlagen für die empirischen Auswertungen bilden neben den öffentlich zugänglichen Datenbanken etablierter Forschungsinstitute auch die Datensammlung des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel. Dieser Fokus auf internationale Krisenherde und die Diskussion des Terrorismus im Kontext regionaler Konflikte wird durch theoretisch-konzeptuelle Beiträge, etwa zur schwierigen Begriffsbestimmung des Terrorismus sowie zur Logik terroristischer Selbstmordanschläge, bereichert. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Joachim Krause: Terrorismus im Jahre 2006: Die Gewalt nimmt zu (13-22); Kristina Eichhorst: Terrorismus - eine schwierige Begriffsbestimmung (23-36); Tödliche Statistik: Terroranschläge und Opfer im Jahr 2006 (37-47); Robin Schroeder: Der Irak als weltweites Zentrum des Terrorismus (49-76); Joachim Krause / Robin Schroeder: Hisbollah und der Krieg im Libanon im Sommer 2006 (77-94); Rolf Hermann: Terrorismus in Tschetschenien: Vermengung ethnischer und religiöser Motive (95-102); Joachim Krause: Die Wiederkehr der Taliban - Terrorismus in Afghanistan (103-112); Diana Witt: Islamistischer Terrorismus in Indien und Pakistan (113-118); Andreas Beyer: Selbstmordanschläge als terroristisches Mittel (119-130); Kristina Eichhorst: Der Konflikt in Sri Lanka: von taktischem zu strategischem Terrorismus? (131-140); Matthias Badenhop: Terroristische Bedrohungen der Produktions- und Liefersysteme der Öl- und Gasindustrie (141-155); Joachim Krause: Die amerikanische Politik der Terrorismusbekämpfung (157-182); Wilhelm Knelangen: Terrorismusbekämpfung in Deutschland (183-198); Simone Wagner: Terrorismusbekämpfung in Großbritannien und Frankreich (199-210); Alexander Bruhne: Der spanische Weg zur Terrorismusbekämpfung (211-216); Patrick Rosenow: Der israelische Weg der Terrorbekämpfung (217-228); Janka Oertel: Die Vereinten Nationen und die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus (229-240); Markus Hellenthal: Sicherheit als Herausforderung: Antworten der Industrie auf eine zunehmend globalisierte Bedrohungsrealität (241-254).

[41-L] Jäggle, Martin:

Unterentwicklung und Terrorismus, in: Erwin Bader (Hrsg.): Terrorismus : eine Herausforderung unserer Zeit, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 147-153, ISBN: 978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Unterentwicklung und Terrorismus. Nach einer einführenden Bestimmung der beiden Schlüsselbegriffe werden drei relevante Aspekte behandelt: (1) die Bedeutung der Staatlichkeit, (2) die strukturelle Stabilität sowie (3) die Frage, inwieweit die Entwicklungspolitik ein Mittel zur Terrorismusbekämpfung darstellt. Nach Ansicht des Autors besteht keine monokausale Verbindung zwischen Unterentwicklung und Terrorismus. Aber jeder schwache Staat kann zu einer Brutstätte für bewaffnete Gruppen werden und internationale Terrornetzwerke benötigen schwache Staaten als Vorbereitungsräume und Rückzugsgebiete. (ICG2)

[42-F] Japp, Klaus P., Prof.Dr. (Bearbeitung):

Internationaler Terrorismus

INHALT: keine Angaben

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, WE IV Politik und Gesellschaft Professur für Politische Kommunikation und Risikosoziologie (Postfach 100131, 33501 Bielefeld)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0521-106-3867, -3869, e-mail: Klaus.Japp@uni-bielefeld.de)

[43-L] Japp, Klaus P.:

Terrorismus als Konfliktsystem, in: Soziale Systeme : Zeitschrift für soziologische Theorie, Jg. 12/2006, H. 1, S. 6-32 (Standort: USB Köln(38)-M XG 07784; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Aufsatz wendet sich gegen einschlägige Argumentationen zum internationalen Terrorismus, die mit einfachen (Armut) oder auch komplexeren Kausalannahmen (Bildungsdefizit und Ar-

mut usw.) arbeiten. Empirische und theoretische Indikatoren weisen darauf hin, dass es sich beim islamistisch geprägten Terrorismus und dem resultierenden 'war on terrorism' um ein parasitäres Konfliktsystem handelt, das eigene, interne Kausalitäten einer Konfliktlogik aufbaut, die sich nicht durch externe Ursachen erklären lassen. Das System verwendet gegenläufige Einheitssemantiken, die die Struktur des Konfliktsystems für seine Umwelten anschlussfähig halten. Aus der stabilen Selbstreferenz der internen Reproduktionsdynamik des Konflikts und aus der Relativierung von Rationalitätsansprüchen der Schemata von politischen Beobachtern (Multilateralität/ Unilateralität) wird eine wenig optimistische Sicht auf dessen 'Auflösung' gefolgert." (Autorenreferat)

[44-L] Junge, Matthias:

Die Souveränität des Terrorismus: Ursachen, Konsequenzen, Bewältigungschancen, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): *Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 255-279, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Der Autor argumentiert aus einer dekonstruktivistischen Perspektive, dass der transnationale Terrorismus in Hinblick auf die gesellschaftliche Ordnung als "Explosion des eingeschlossenen Ausgeschlossenen" verstanden werden kann. Der Terrorismus reagiert auf die Tatsache, dass Gewalt in der modernen Gesellschaft immer vorhanden ist, aber verschleiert werden muss. Er wiederholt die fundamentale Paradoxie der Konstitution von Ordnung durch Gewalt und lässt sie dadurch offensichtlich werden. Der Autor zeigt anhand verschiedener Dimensionen des fundamentalistischen Terrorismus, die auch den 11. September und die Anschläge von London und Madrid umfassen, dass dies die Grundfigur terroristischer Aktivitäten darstellt. Er verdeutlicht seine dekonstruktivistischen Überlegungen anhand der herrschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Ordnung und erörtert abschließend die Bewältigungschancen im Umgang mit dem fundamentalistischen Terrorismus. Diese beziehen sich seines Erachtens vor allem auf (1) das Kommunizieren der paradoxen Konstitutionsbedingungen von Ordnungen, (2) das Beharren auf den Prinzipien liberaler Demokratie in Verbindung mit (3) dem Verweis auf die kulturellen Errungenschaften der Moderne, die auch Toleranz und Anerkennung für andere Formen der Moderne einschließen. (ICI2)

[45-L] Kaschner, Holger:

Neues Risiko Terrorismus: Entgrenzung, Umgangsmöglichkeiten, Alternativen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 318 S., ISBN: 978-3-531-16146-4

INHALT: Im Kontext der Darstellung des Begriffsapparats und der Funktionsweise von Terrorismus werden die Begriffe "Gefahr" und "Risiko" abgegrenzt und die Termini "Neues Risiko" und "Terrorismus" erläutert. Vor diesem Hintergrund wird die Richtigkeit der ersten Hypothese - Terrorismus ist erst seit 9/11 ein Neues Risiko - untersucht. Die Wahrheit der Prämissen und davon abhängig auch die Gültigkeit der Hypothese wird einer empirischen Überprüfung unterzogen. Hierbei wird anhand eines Vergleichs analysiert, ob der spezifische Einzelfall (d. h. Terrorismus) die Kriterien eines Neuen Risikos tatsächlich erfüllt. Dazu wird der Entgrenzungsprozess von Terrorismus anhand der Kriterien von U. Beck für Neue Risiken analysiert, um zu klären, ob (und wenn ja, seit wann) Terrorismus ein Neues Risiko ist. Diese Analyse setzt im Palästina des ersten Jahrhunderts nach Christus an und endet in der Globalität der reflexiven Moderne. Nach dieser Klärung werden verschiedene Möglichkeiten zum Umgang mit Risiken auf den mit modernem Terrorismus am Beispiel des Krisenmanagements deutscher Truppen in Afghanistan nach einem Anschlag aus dem Jahr 2004 reflektiert. Mittels des Beobachtungsverfahrens der Ethnographie und der Strategie der Theorien-Triangulation werden die bis 1960 gängigen Konzepte, das der Risikowahrnehmung und das der Risikokommunikation, auf ihre Nützlichkeit und Erklärungsstärke untersucht. Dies stellt mit Methoden der qualitativen Sozialforschung geführte Feldforschung dar. Hierbei wird gezeigt, dass die synchron zu verschiedenen Risiken entwickelten Konzepte zum Umgang mit ihnen für die gesellschaftlich nachhaltige Bewältigung von Terrorismus nur bedingt hilfreich sind. Auf all diesen Erkenntnissen aufbauend wird innerhalb des theoretischen Rahmens des methodologischen Kosmopolitismus die Entwicklung von Handlungsalternativen unternommen. Hierfür werden die Resultate der Feldforschung - induktiv - gesamtgesellschaftlich verallgemeinert, sodass heuristisch verschiedene Alternativkonzepte entwickelt werden können, die dazu beitragen sollen, Terrorismus gesellschaftlich handhabbar zu machen.

Sie alle setzen an der Funktions- und Wirkungsweise von Terrorismus an. Abschließend werden die Erkenntnisse der Studie zusammengefasst. (ICF2)

[46-L] Kemmesies, Uwe E. (Hrsg.):

Terrorismus und Extremismus: der Zukunft auf der Spur ; Beiträge zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus - Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie, (BKA Polizei und Forschung, Bd. 33), Neuwied: Luchterhand 2006, VIII, 263 S., ISBN: 3-472-06588-5

INHALT: "Die vorliegende Aufsatzsammlung dokumentiert das erste Kolloquium einer interdisziplinären Expertengruppe zum Thema 'Zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus - Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie'. Die Gruppe namhafter Experten, vornehmlich aus dem Bereich der Terrorismus-/Extremismusforschung, hat sich mit keiner geringeren Frage befasst als derjenigen, ob es gelingen kann in die Zukunft zu schauen. Der hierzu motivierende Gedanke ist denkbar simpel: Das Wissen um künftige Entwicklungen ist die Voraussetzung dafür, sich besser auf das kommende vorbereiten zu können, um prognostiziertes Unheil abwenden oder, im weniger günstigen Falle, mögliche Schäden minimieren zu können. Die Beiträge greifen aus sehr differierten wissenschaftlichen Perspektiven theoretische, methodische sowie konkret phänomenbezogene Aspekte und Fragestellungen auf. Diese stellen sich unweigerlich, wenn es darum gehen soll, in diesem herausfordernden Forschungsfeld der Zukunft auf die Spur zu kommen: Offensichtlich ist es unumgänglich, unsere Bemühungen um interdisziplinäre und systematisch vergleichende Forschungsansätze zu intensivieren." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Uwe E. Kemmesies: Zukunftsaussagen wagen: Zwischen Verstehen und Erklären - Methodologische und theoretische Notizen zur Prognoseforschung im Phänomenbereich Extremismus/Terrorismus (1-39); Uwe Backes: Interdependenzen und Interaktionen zwischen gewaltlosen und gewaltorientierten extremistischen Akteuren am Beispiel von 'Autonomen', 'Neonationalsozialisten' und 'Skinheads' in der Bundesrepublik Deutschland (41-57); Lorenz Böllinger: Die Entwicklung zu terroristischem Handeln als psychosozialer Prozess (59-70); Roland Eckert: Die Eskalation unregulierter Konflikte - Möglichkeiten und Grenzen der Prognose von Terrorismus (71-84); Horst Entorf: Islamistischer Terrorismus: Analysen, Entwicklungen und Anti-Terrorpolitik aus der Sicht ökonomischer Forschung (85-103); Henner Hess: Terrorismus: Quo vadis? Kurzfristige Prognosen und mittelfristige Orientierungen (105-150); Matthias Horx: Zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus (151-161); Franz Liebl: 'Im Auge des Betrachters' - Überlegungen zum Terrorismus aus der Perspektive des Strategischen Marketing (163-177); Herfried Münkler: Der Terror und wir (179-198); Robert Pelzer /Sebastian Scheerer: Terrorismus-Prognosen: Fehlerquellen und Rechtsstaatlichkeit (199-216); Tania Puschnerat: Zur Bedeutung ideologischer und sozialer Faktoren in islamistischen Radikalisierungsprozessen - eine Skizze (217-235); Werner Schiffauer: Verfassungsschutz und islamische Gemeinden (237-254); Peter Waldmann: Zur Erklärung und Prognose von Terrorismus (255-263).

[47-L] Kemmesies, Uwe E.:

Co-Terrorismus: neue Perspektiven für die Terrorismusprävention?, in: Rudolf Egg (Hrsg.): Extremistische Kriminalität : Kriminologie und Prävention, Wiesbaden: Kriminolog. Zentralstelle, 2006, S. 227-244, ISBN: 3-926371-74-9

INHALT: Der Beitrag zur extremistischen Kriminalität und den Strategien bzw. Konzepten zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsformen befasst sich mit dem Phänomen des Co-Terrorismus. Im ersten Schritt wird zunächst näher ausgewiesen, was unter dem Untersuchungsgegenstand zu verstehen ist. Hierzu wird eine Definition eingeführt, die in einem Folgeabschnitt in einen theoretischen Bezugsrahmen gesetzt wird. So verweist der Begriff auf mögliche Wechselwirkungsbezüge zwischen sozialem Umfeld und terroristischen Akteuren und steht für eine These bzw. phänomenfeldbezogene Theorie mittlerer Reichweite. Im dritten Schritt werden einige empirische Hinweise auf das Phänomen des Co-Terrorismus für den Zeitraum 2004 bis 2005 gegeben. Abschließend werden mögliche Implikationen für die Gestaltung einer phänomengerechten Präventionspraxis zur Diskussion gestellt, indem vor allem auf die möglichen Fallstricke in diesem Handlungsfeld hingewiesen werden. Dazu gehören (1) die Kombattantenfalle, (2) die Stigmatisierungsfalle, (3) die Solidarisierungsfalle sowie (4) Desensibilisierungsfalle. (ICG2)

[48-L] Kernic, Franz:

Islamisch-fundamentalistischer Jihad und Terrorismus als Herausforderung, in: Erwin Bader (Hrsg.): *Terrorismus : eine Herausforderung unserer Zeit*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 35-63, ISBN: 978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit der Frage nach dem Zusammenhang von islamischem Fundamentalismus, Jihad und terroristischer Gewalt. Der erste Teil setzt sich zunächst mit den Begriffen islamischer Fundamentalismus, Jihad und Terrorismus auseinander. Dabei geht es nicht nur um eine begriffs- und ideengeschichtliche Darlegung, sondern auch um eine nähere Bestimmung der Beziehung dieser Begriffe zur unmittelbaren Erfahrung terroristischer Gewalt in der heutigen Welt. Der zweite Teil widmet sich einigen heute vorherrschenden Theorieansätzen zur Deutung und Erklärung des religiös motivierten Terrorismus. Die zentrale Frage lautet dabei, welche konkreten Zusammensetzungen diese Theorien vornehmen, wie sie an die Analyse des Terrorismus gehen bzw. auf welche Aspekte sie ihr Hauptargument legen, und schließlich ob bzw. in welcher Weise Setzungen der Theorien selbst wiederum bestimmte gesellschaftliche Vorgänge und Sachverhalte widerspiegeln. Im dritten Teil wird abschließend die Frage nach der konkreten Herausforderung des Phänomens des Terrorismus für die heutige und zukünftige Weltgesellschaft gestellt. Es ist dies zugleich die Frage nach dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen der westlich-abendländlichen Kultur bzw. Gesellschaft und den Phänomenen der terroristischen Gewalt bzw. einer militant-gewaltsamen Verkündung politischer Ordnungsmodelle im Namen der Religion. Es geht dabei vor allem um das Aufspüren eines Zusammenhangs zwischen dem islamisch-fundamentalistischen Jihad bzw. dem Terrorismus und der Konzeption und Lebenswelt der abendländischen Moderne. Der Autor fragt also, in welcher spezifischen Weise die westliche Welt durch das gesellschaftliche Phänomen des islamisch-religiös motivierten bzw. gerechtfertigten Terrorismus herausgefordert ist. (ICG2)

[49-F] Kippenberg, Hans G., Prof.Dr.; Seidensticker, Tilman, Univ.-Prof.Dr.; Krämer, Gudrun, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Islamische Diskurse über die Berechtigung von Gewalt (Teilprojekt im Rahmen des Gesamtprojekts "Religiöse Gewalt aus handlungstheoretischer Sicht")

INHALT: In der Öffentlichkeit besteht hinsichtlich der Beurteilung des Gewaltpotentials im Islam enorme Unsicherheit. Zwar wissen Muslime und Wissenschaftler, dass in der langen islamischen Geschichte die Toleranz gegenüber Juden und Christen Praxis war. Jedoch erleben wir seit Jahrzehnten einen Islam, der alles andere als tolerant ist. Konfusion ist die Folge: Während die einen den wahren Islam als eine Religion des Friedens und der Toleranz beschwören, Gewalt für unislamisch ansehen, erklären andere den Islam in toto zu einer Religion der Gewalt und des Krieges. Das Vorhaben möchte dieses sterile Entweder-Oder überwinden. Dazu sollen vergangene und gegenwärtige Kontroversen zwischen Muslimen studiert werden, die erkennen lassen, wie aus dem islamischen Traditionsfundus Begründungen für und gegen Gewalt gewonnen wurden. Die Forscher möchten aus dem Entweder-Oder eine Kontroverse unter Muslimen machen. Dazu werden ausgewählte Texte islamischer Rechtsgelehrter, Prediger, Philosophen und Aktivisten zusammentragen und die wichtigsten Konzepte, Paradigmen und Interpretationen, die für eine Gewaltbegründung herangezogen werden bzw. deren Heranziehung bestritten wird, ermittelt. Das Vorhaben ist aus dem ersten Projekt erwachsen. Die Reaktionen von Muslimen auf die 'Geistliche Anleitung' der Attentäter vom 11. September sind gespalten: Die einen halten es für einen Skandal, das Dokument überhaupt ernst zu nehmen, da es eine Fälschung des FBI sein müsse; andere sehen in ihm eine Bestätigung dafür, dass der Islam durch und durch gewalttätig ist. Die dritte Position, die uns in Europa seit der Aufklärung selbstverständlich geworden ist, wonach der Islam wie alle anderen Religionen durch Kritik hindurchgehen muss, um das moralische Band eines Gemeinwesens werden zu können, ist eher eine Seltenheit. Eine partiell kritische, partiell affirmative öffentliche Rede über Religion ist daher unter Muslimen eher selten. Das Vorhaben ist nicht rein akademisch. An der Vorbereitung der Anschläge vom 11. September 2001 waren junge Muslime einer Hamburger Moscheegemeinde beteiligt. An der Präsenz des Themas 'Gewalt auch unter Muslimen in Deutschland' setzt das Vorhaben an. Während man in den siebziger Jahren bei der Auseinandersetzung mit dem Terror der Roten Armee Fraktion deren Begrün-

dungen ernst nahm und sich damit auseinandersetzte, ist dies beim islamischen Terror bis heute kaum der Fall. Das möchten wir ändern. Am Ende wird die Erkenntnis stehen, dass der Islam nicht an sich schon Gewalthandlungen zwingend vorschreibt. Die Berechtigung zur Gewalt muss aus einem Fundus mehrdeutiger und widersprüchlicher Geschichtsbilder und Handlungsentwürfe erst geschaffen werden. Je prägnanter dieser Sachverhalt herausarbeitet wird, umso deutlicher wird auch, dass es die Gläubigen sind, die für die Geltung der Gewaltlegitimation die Verantwortung tragen. Ihre Autorisierung von Traditionen als Maxime des eigenen Handelns kann daher auch als Frage der Ethik gesehen und behandelt werden. Das Vorhaben soll in einer Broschüre münden, die Auszüge repräsentativer Texte in deutscher Übersetzung vorstellt und öffentlichen Institutionen zur Verfügung steht.

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Erfurt, Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien (Am Hügel 1, 99084 Erfurt); Friedrich-Schiller-Universität Jena, Philosophische Fakultät (Fürstengraben 1, 07743 Jena); Freie Universität Berlin, FB Geschichts- und Kulturwissenschaften, Institut für Islamwissenschaft (Altensteinstr. 40, 14195 Berlin)

KONTAKT: Kippenberg, Hans G. (Prof.Dr. Tel. 0361-737-2810 od. -2820, Fax: 0361-737-2829, e-mail: kippen@uni-bremen.de); Seidensticker, Tilman (Prof.Dr. Tel. 03641-944865, e-mail: x8seti@uni-jena.de); Krämer, Gudrun (Prof.Dr. Tel. 030-838-52487)

[50-F] Kippenberg, Hans G., Prof.Dr. (Bearbeitung):

Die "Geistliche Anleitung" der Attentäter vom 11. September (Teilprojekt im Rahmen des Gesamtprojekts "Religiöse Gewalt aus handlungstheoretischer Sicht")

INHALT: Ein vierseitiges Dokument in arabischer Sprache ist das einzige direkte Zeugnis dafür, wie die Attentäter des 11. September 2001 ihre Tat verstanden haben. Es handelt sich um eine Rede, die den Tätern vorschreibt, was genau sie in der Nacht zuvor, dann auf dem Flughafen und schließlich im Flugzeug zu tun haben und die sie auf die Tat durch Rückgriffe auf rituelle islamische Praxis, koranische Spiritualität und frühislamische Geschichte vorbereitet. Obwohl der Fund sensationell genannt werden muss, spielte er bei der Aufarbeitung der Anschläge bislang keine nennenswerte Rolle.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Kippenberg, Hans G.; Seidensticker, Tilman (eds.): *The 9/11 Handbook. Annotated translation and interpretation of the attackers' spiritual manual.* London: Equinox 2006, VIII, 111 pp. ISBN 978-1-8455-3129-4.

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Erfurt, Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien (Am Hügel 1, 99084 Erfurt)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0361-737-2810 od. -2820, Fax: 0361-737-2829, e-mail: kippen@uni-bremen.de)

[51-L] Kircher, Astrid:

Suizidterrorismus, in: Erwin Bader (Hrsg.): *Terrorismus : eine Herausforderung unserer Zeit*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2007, S. 75-97, ISBN: 978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

INHALT: Der Beitrag zum Terrorismus beschäftigt sich mit dem Instrument des Suizidattentats. Ob es sich nun wirklich um ein Phänomen des 21. Jahrhunderts handelt, oder ob diese Form der Kriegsführung doch noch historisch weiter zurückliegt, zeigt im ersten Schritt der Überblick über die historischen Hintergründe des Suizidattentats. Der zweite Schritt beschreibt sodann die religiösen, nationalistischen und revolutionären Begründungsmuster des Suizidterrorismus. Der dritte Schritt liefert abschließend die psychologischen Motive von Suizidattentätern. Das Problem, das sich bei der Bezeichnung Selbstmordattentat ergibt, ist die Tatsache, dass es sich aus Sicht der Attentäter und deren Kombattanten nicht um Suizid handelt. Der von ihnen absichtlich herbeigeführte Tod - und der von vielen anderen Menschen - ist ein Opfertod und unterscheidet sich laut ihrer Ideologie wesentlich vom Selbstmord an sich. In diesem Zusammenhang ist es ebenso von Bedeutung, den Islam von jenen extremistischen Kräften abzugrenzen, die Terrorismus im Sinn haben. Demnach ist der Islam keine gewaltbereite Form von Religion. Was den Suizidterrorismus betrifft, so ist dieser eine Melan-

ge aus Idealismus, religiösem Fanatismus, Fehlinterpretation von Heiligen Schriften sowie gezielter psychischer Manipulation, welche den Selbstmordattentäter zum Märtyrer werden lässt. (ICG2)

[52-L] Kolnberger, Thomas; Six, Clemens (Hrsg.):

Fundamentalismus und Terrorismus: zu Geschichte und Gegenwart radikalisierte Religion.

(Expansion, Interaktion, Akkulturation, Bd. 14), Essen: Magnus 2007, 191 S., ISBN: 978-3-88400-604-7 (Standort: UB Stuttgart(93)-58/1175)

INHALT: "Das Verhältnis zwischen religiösem Fundamentalismus und Terrorismus ist in Bezug auf diese hier gesammelten Studien nur in eine Richtung ein zwingendes: Religiöser Terrorismus ist per definitionem eine politische Strategie, die sich aus dem Weltbild des religiösen Fundamentalismus heraus legitimiert. Umgekehrt jedoch kann das Phänomen des religiösen Fundamentalismus nicht auf aktive Gewaltanwendung oder gar Terrorismus reduziert werden. Schon die Tatsache, dass es sich im einen Fall um ein Weltbild und im anderen um eine politische Strategie handelt, lässt eine Gleichsetzung wenig sinnvoll erscheinen. Der vorliegende Band analysiert dieses Wechselverhältnis anhand historischer Fallbeispiele von der Antike bis zur Gegenwart und erklärt Motive der Akteure sowie größere historische und gesellschaftliche Zusammenhänge, die einen fundierten Blick auf die gegenwärtige Aktualität dieses Themas ermöglichen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Thomas Kolnberger: Terror, Terrorismus und der Staat. Eine historische Einordnung (11-38); Ilja Steffebauer: "War on Brigandage". Rom und der bewaffnete Widerstand in Judäa (39-57); Heinz Halm: Die Assassinen Vorläufer des islamistischen Terrors? (58-69); Sabine Damir-Geilsdorf: Terror als Ermächtigungsstrategie? Palästinensische Fida'iyun und Selbstmordattentäter (70-91); Clemens Six: Südasien zwischen punyabhoomi und dar al-islam: Religiös legitimierte Gewalt und Terrorismus in Indien, Pakistan und Bangladesch (92-117); Dagmar Hellmann-Rajanayagam: Wer und was ist die LTTE? (118-141); Susanne Schröter: Fundamentalismen und religiös motivierte Gewalt in Indonesien (142-167); Daniela Ioana Pisoiu: Von neuer Religiosität zu politischer Gewalt. Religiöse Ursachen für islamische Radikalisierung in Westeuropa (168-187).

[53-L] Kolnberger, Thomas:

Terror, Terrorismus und der Staat: eine historische Einordnung, in: Thomas Kolnberger (Hrsg.) ;

Clemens Six (Hrsg.): **Fundamentalismus und Terrorismus : zu Geschichte und Gegenwart radikalisierte Religion**, Essen: Magnus, 2007, S. 13-38, ISBN: 978-3-88400-604-7 (Standort: UB Stuttgart(93)-58/1175)

INHALT: Terrorismus als politische Taktik wurde in historisch sehr unterschiedlichen Situationen eingesetzt. Als Konstanten können die transitorische Gestalt des Terrorismus sowie seine flexible organisatorische Ausrichtung gelten. In der Moderne lassen sich vier Wellen des Terrorismus unterscheiden: der Anarchismus, ethno-nationaler und anticolonialer Terrorismus, die Neue Linke und der Fundamentalismus. Das Bedrohliche an der fundamentalistischen Welle des Terrorismus sind der ihr unterstellte "Kampf der Kulturen" sowie die staatliche Reaktion auf den Terrorismus. Grundvoraussetzung für den Terrorismus, der sich begrifflich vom "terreur" der Französischen Revolution ableitet, ist die "Hardware der Moderne", die es dem Einzelnen erlaubt, zur überregional wahrnehmbaren Größe zu werden. (ICE2)

[54-L] Kron, Thomas; Reddig, Melanie (Hrsg.):

Analysen des transnationalen Terrorismus: soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 462 S., ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: "Es ist nun nicht so, als stelle sich die Wissenschaft gar nicht diesem Problem. Die offensichtlich neue Ausprägung des Terrorismus ist in einer inzwischen kaum mehr zu bewältigenden Masse von Analysen untersucht worden. Die Soziologie ist in diesem Konzert problemorientierter, genauer: das 'Problem Terror' in den Blick nehmender Analysen seltsam still, im Vergleich etwa zu den Politik-, Kultur-, Religions-, und Geschichtswissenschaften oder auch gegenüber der Philosophie, obwohl gerade die Soziologie in der Lage sein sollte, die sozialen Konstellationen, Handlungsstrategien

en, Opportunitätsstrukturen und Ideologien des Terrorismus zu analysieren. Einzelne soziologische Stimmen sind zwar zu vernehmen, aber es fehlt weitgehend an Versuchen, diese zusammenzuführen, zu bündeln und letztlich aus den Analysen heraus Einsichten zu produzieren, die vielleicht sogar politik- bzw. gesellschaftsberatend eingesetzt werden könnten. Zu diesem Zweck wurde vom 21.-23.06.2006 an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf eine Tagung durchgeführt, mit der Beiträge der Soziologie zur Analyse des transnationalen Terrorismus gebündelt und miteinander ins Gespräch gebracht werden sollten. Im Zentrum der Tagung stand die Frage: Wie kann man mit Hilfe soziologischer Theorien den transnationalen Terrorismus analysieren und erklären?" (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Thomas Kron, Melanie Reddig: Einleitung (7-13); Daniel Witte: Zur Rational-Choice-Analyse des transnationalen Terrorismus: Potenziale und Grenzen ökonomischer Erklärungsansätze (17-44); Frank Hillebrandt: Begriff und Praxis des Terrorismus. Eine praxistheoretische Annäherung (45-58); Cornelia Beyer: Anmerkungen zur Terrorismusbekämpfung (59-83); Thomas Kron: Fuzz-Terrorism - Zur Strategie-Evolution des transnationalen Terrorismus (84-121); Wolfgang Ludwig Schneider: Religio-politischer Terrorismus als Parasit (125-165); Klaus P. Japp: Terrorismus als Konfliktsystem (166-193); Ardalan Ibrahim-Kudelich: Transnationaler Terrorismus als periphere Organisation des politischen Systems? - Zur systemtheoretischen Beobachtbarkeit von Terrorismus (194-224); Michael Bauer: Reflexive Moderne und neuer Terrorismus (227-254); Matthias Junge: Die Souveränität des Terrorismus. Ursachen, Konsequenzen, Bewältigungschancen (255-279); Melanie Reddig: Deprivation, Globalisierung und globaler Dschihad (280-309); Matenia P. Sirseloudi: Zur Prozessdynamik terroristischer Kampagnen (310-333); Jakob Rösel: Schmuggel- und Bildungstradition, Diasporanetzwerke und Globalisierung: Rahmenbedingungen für den Terror der Tamil Tiger (LTTE) (337-373); Roman Langer: Zur Konstitution des Terrorismus (374-422); Jens Aderhold: Netzwerke des Terrors - Strukturelle Umbrüche als Interventionsoption (423-459).

[55-L] Kron, Thomas:

Fuzz-Terrorism - zur Strategie-Evolution des transnationalen Terrorismus, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 84-121, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Der Autor zeigt im Rahmen von Komplexitätstheoretischen Überlegungen, dass der Terrorismus als komplexes adaptives System und Terroristen als adaptive Agenten verstanden werden können. Der neue transnationale Terrorismus besteht ihm zufolge in einer Strategie-Evolution: Die wechselseitige Anpassung der Akteure USA und Al-Qaida hat bei den Terroristen zu einer strategischen Überwindung von Gegensätzen und Widersprüchen geführt und einen "fuzzy terrorism" entstehen lassen. Die zentralen Elemente dieser Strategieänderung bestehen im terroristischen Lernen und im "Dschihad" und seinen Selbstmordattentaten. Der Autor versucht anhand der Unterscheidungen von Moderne/Anti-Moderne, Differenzierung und Synthese sowie Lokalität/Globalität nachzuweisen, dass die moderne terroristische Strategie darauf ausgerichtet ist, kategorielle Dichotomien zu überwinden. Aus der Perspektive des "fuzzy terrorism" ist der Terror nicht eindeutig gegen die Moderne gerichtet, sondern ist eher als eine "moderne Anti-Moderne" (Beck) zu verstehen. Der Autor schlägt vor dem Hintergrund der Komplexität und Unberechenbarkeit des Terrorismus folgende Gegenmaßnahmen vor: Anerkennung des neuen Phänomens, Kontextregulierung durch Selbststeuerung sowie Anerkennung und Empathie. (ICI)

[56-L] Kronfeld-Goharani, Ulrike (Hrsg.):

Friedensbedrohung Terrorismus: Ursachen, Folgen und Gegenstrategien, (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, Bd. 13), Berlin: Lit Verl. 2005, 305 S., ISBN: 3-8258-9264-6 (Standort: LB Fulda(66)-2006/1848)

INHALT: "Der Terrorismus der Neuzeit, transnational organisiert und global ausgerichtet, ist zu einer ernsthaften Bedrohung des Weltfriedens geworden. Der vorliegende Sammelband möchte einen Beitrag zur Fortführung der Debatte über die verschiedenen Formen des Terrorismus leisten und befasst sich mit ausgewählten Aspekten des Problems terroristischer Gewalt. Aus dem Blickwinkel verschiedener Disziplinen wird das Phänomen des Terrorismus beschrieben. Es wird nach den Ursachen gefragt und auf Gefahren aufmerksam gemacht. Auswirkungen und Folgen werden betrachtet und

Möglichkeiten zur Bekämpfung des Terrorismus diskutiert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Georg Meggle: Was ist Terrorismus? (15-36); Ulrich Schneckener: Transnationaler Terrorismus (37-67); Werner Ruf: Die Schaffung neuer Feindbilder: Voraussetzung für den Kampf der Kulturen (71-87); Thomas Scheffler: Islamischer Fundamentalismus und Gewalt (88-111); Volker Ladenthin: Bildung oder Terrorismus: Über die Ursachen des islamischen Terrorismus und die Aufgaben der Bildung (112-131); Wolfgang S. Heinz: Internationale Terrorismusbekämpfung und Einhaltung der Menschenrechte: Eine Zwischenbilanz (135-155); Peter Lock: Globaler Krieg gegen den Terrorismus - Überlebenskampf oder Selbstzerstörung des Westens? (156-169); Götz Neuneck: Die Proliferation von Nuklearwaffen: Wie groß ist die Gefahr für terroristische Anschläge? (173-196); Kathryn Nixdorf: Biologische Waffen und Terrorismus (197-221); Ingo Ruhmann: Cyber-Terrorismus: Panikmache oder reale Gefahr? (222-240); Hans-Joachim Gießmann: Mit Schwertern gegen Windmühlen? Über militärische Mittel gegen Terrorismus (243-263); Christopher Daase: Strategien gegen den Terror. Intendierte und nicht-intendierte Konsequenzen des Kampfes gegen den Terrorismus (264-283); John Carsten Krumm: Was kann und darf gegen Krieg und Terrorismus getan werden? Eine Anfrage an die Kirchen und ihre Friedensethik (284-297).

[57-L] Krumweide, Heinrich-W.:

Ursachen des Terrorismus, in: Peter Waldmann (Hrsg.): Determinanten des Terrorismus, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2005, S. 29-84, ISBN: 3-934730-01-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6405)

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit den Faktoren auseinander, die Terrorismus erzeugen und am Leben erhalten. Da werden Rahmenbedingungen, die terroristische Gruppen hervorbringen, von Prozessbedingungen, die ihre weitere Entwicklung beeinflussen, unterschieden. Die Rahmenbedingungen unterteilt der Verfasser in Push-Faktoren, Pull-Faktoren und Ermöglichungsfaktoren. Terrorismus wird von anderen politischen Gewaltformen wie Guerilla-Krieg, Bürgerkrieg und Revolution abgegrenzt und es wird betont, dass reiner Terrorismus auf die Erste Welt beschränkt ist. Dagegen überwiegen in den Transformations- und Entwicklungsländern die kombinierten und gemischten Gewaltformen. Der Verfasser begründet dies damit, dass nur in der Ersten Welt die erforderlichen Bedingungen vorlägen, die einem überraschenden Gewaltanschlag eine maximale Schockwirkung und öffentliche Resonanz sicherten. (ICG2)

[58-L] Kümmel, Gerhard:

Die Waffe bin ich: zum Phänomen des Selbstmord-Attentäters, in: Ernst Woit (Hrsg.) ; Wolfgang Scheler (Hrsg.): Kriege zur Neuordnung der Welt : Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges, Berlin: Homilius, 2004, S. 245-267, ISBN: 3-89706-878-8 (Standort: SB Berlin(1/1a)-1A586.163)

INHALT: Die Tatsachen, dass (1) krasse Machtunterschiede ein generatives Moment bei der Entstehung des Terrorismus und des Selbstmord-Terrorismus sind, dass (2) eine geographische und ideologische Verlagerung terroristischer Aktivitäten von Europa nach Nordafrika und in den Nahen Orient vom sozialrevolutionären, marxistischen hin zum religiös motivierten Terrorismus zu beobachten ist, und dass (3) das Phänomen des "Shahid" eine Eigendynamik entwickelt, die einer Privatisierung des Terrorismus gleichkommt und die es der Kontrolle seiner Gebieter zusehends entzieht, weisen darauf hin, dass die zukünftige Entwicklung in kurz- und mittelfristiger Perspektive unter wenig günstigen Vorzeichen steht, wie der Autor in seinem Beitrag über die Hintergründe und Motive von Selbstmord-Attentätern zeigt. Seiner Einschätzung nach ist mit einer weiteren Zunahme terroristischer Aktivitäten und damit verbundenen Selbstmord-Attentaten gegen westliche Gesellschaften und vor allem gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und Israel zu rechnen. Der religiös motivierte Terrorismus besitzt dabei eine außerordentliche Motivations- und Sprengkraft nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht. Die Eindämmung dieser Entwicklung, die mit den Stichworten "katastrophischer Terrorismus" und "Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen" umschrieben werden kann, wird zudem immer schwieriger werden. (ICI2)

[59-CSA] Lizardo, Omar:

Defining and Theorizing Terrorism: A Global Actor-Centered Approach, in: Journal of World-Systems Research <http://csf.colorado.edu/jwsr/archive/index.shtml> 2008, 14, 2, 91., 2008, ISSN: 1076-156X

INHALT: Arriving at a consensual definition of the phenomenon of terrorism has been a particularly difficult undertaking. Some definitions are either too specific or too vague, concentrating on some essential 'terrorist' aspect of the actions, strategies, or types of non-state organizations that engage in terrorism. In this paper I draw on global approaches from international relations and world systems theories to propose a definition of terrorism that skirts these issues by concentrating on terrorist actors rather than terrorist behavior. I argue that this approach has several advantages, including the dissolution of several empirical and analytical problems produced by more essentialist definitions, and the location of terrorism within a two dimensional continuum of collective-violence phenomena in the international system which discloses important theoretical insights. I proceed to examine the characteristics of terrorism by comparing it with other forms of violence in the international system. I propose that terrorism may be part of the cycles and trends of unrest in the world system, responding to the same broad families of global dynamics as other forms of system-level conflict.

[60-L] Lübke, Hermann:

Ein effizienter Unkrieg: zur Existenz des internationalen Terrors, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2008, H. 6 = Nr. 463, S. 25-30 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_13900-544-1-30.pdf)

INHALT: Die in der internationalen Politik verbreitete Bereitschaft, die Frage nach der Legitimität der Motive des Terrors zuzulassen, gehört nach Meinung des Autors zu den Faktoren seiner eminenten politischen Wirksamkeit und auch noch in der Neigung, seine binnenpolitischen Folgen zu bagatellisieren, spiegelt sich dessen Effizienz. Die Existenz des internationalen Terrors löst den Unterschied von Krieg und Frieden, der im klassischen neuzeitlichen Völkerrecht so klar gezeichnet zu sein schien, partiell auf und bringt zugleich die traditionelle Unterscheidung von polizeilicher und militärischer Sicherheitsgewährleistung ins Wanken. Der neue sicherheitspolitische Normalzustand scheint die Zugehörigkeit von Ausnahmestandlichkeiten zur Normallage einzuschließen - und zwar nicht als Potenzialität, sondern als eine auf Dauer gestellte Realität. Der internationale Terror hat nach der These des Autors die Elemente einer Ausnahmelage von vorläufig unabsehbarer Dauer zu realen Bestandteilen des Normalzustands werden lassen. Das neue Luftsicherheitsgesetz ist keine geeignete Antwort auf diese Herausforderung, wie der Autor in seinen kritischen Kommentaren begründet. Die Abwehr des internationalen Terrors verlangt seines Erachtens weitaus mehr, als polizeirechtlich gebundene Maßnahmen zu leisten vermögen. Die Politik einschließlich ihrer militärischen Komponente ist auf nationaler und bündnispraktischer, technischer und strategischer sowie verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Ebene herausgefordert. (ICI2)

[61-CSA] Masters, Daniel:

The Origin of Terrorist Threats: Religious, Separatist, or Something Else?, in: Terrorism and Political Violence 2008, 20, 3, July, 396-414., 2008, ISSN: 0954-6553

INHALT: Recent studies indicate that the number of terrorist incidents is declining while their lethality is increasing. This trend in casualty rates has raised the rhetoric on terrorism, leading to claims that a new form of terrorism has emerged over the last thirty years. The new terrorism is defined by a tendency towards maximum destruction and a pronounced religious motivation. The question is whether or not the new terrorism is actually driving current trends in terrorist violence? This study examines casualty rates by terrorist groups categorized by their ideologies and finds that trends in terrorist violence are not being driven by the new terrorism per se. Instead, all forms of terrorism are more violent generally, and variations of ethno-national terrorism are the most violent specifically.

[62-L] Meggle, Georg:

Was ist Terrorismus?, in: Ulrike Kronfeld-Goharani (Hrsg.): Friedensbedrohung Terrorismus : Ursachen, Folgen und Gegenstrategien, Münster: Lit Verl., 2005, S. 15-36, ISBN: 3-8258-9264-6 (Standort: LB Fulda(66)-2006/1848)

INHALT: Der Text leistet einen Beitrag zur Bestimmung des Begriffs 'Terrorismus', indem analysiert wird, was unter Terrorismus und was unter einem terroristischen Akt zu verstehen ist und wer als Terrorist gelten kann. Dabei lesen sich die Ausführungen als Entwicklung der entsprechenden Semantik, gegliedert in drei Abschnitte: (1) Definition(en) von Terrorismus, (2) Terrorismus-Explication anhand eines Beispiels und seiner Elemente wie 'Aktion', 'Akteur' usw. sowie (3) Terrorismus-Akte (Gewalt-Adressaten, Zurechenbarkeit usw.). (ICG2)

[63-L] Möller, Reinhard (Hrsg.):

Islamismus und terroristische Gewalt, (Bibliotheca academica : Reihe Orientalistik, 8), Würzburg: Ergon Verl. 2004, 170 S., ISBN: 3-89913-365-X

INHALT: Die Autoren zeichnen ein differenziertes Bild islamischer Glaubensströmungen und ihrer politischen Folgen. In den ersten Beiträgen stehen die Begründungsmuster für islamistisch motivierte Gewalt im Mittelpunkt - und es zeigt sich, dass das Wissen über den Islam insgesamt, vor allem aber über den Islamismus so, wie es in den Medien transportiert wird, bestenfalls begrenzt oder schlicht falsch ist. Aufgrund dieses unzureichenden Verständnisses der gesellschaftlichen Komplexität sind die westlichen Konzepte mangelhaft. Für den Umgang mit islamistischen Strömungen bedeutet dies nach Martin Riexinger, 'dass die Überwindung des Islamismus am ehesten durch innergesellschaftliche Entwicklungen zu erwarten ist, die sich aber kaum geplant von außen werden steuern lassen' (54). Hinsichtlich des politischen Umgangs mit der religiös motivierten Gewalt plädiert auch Heinz-Dieter Winter für differenzierte Ansätze: Einerseits müsse der Westen seinen Blick auf die Welt verändern, andererseits zeige die Erfahrung auch, 'dass sich der gewaltbereite Islamismus und seine terroristischen Ableger dort nicht entfalten können, wo legale Wirkungsmöglichkeiten bestehen, ordentliche Wahlen abgehalten und die moderaten islamistischen Kräfte in die innerstaatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse integriert werden' (120). Statt mit Gewalt zu reagieren gelte es, so der Herausgeber, 'reformbereite Kräfte der entsprechenden Länder zu unterstützen' (12). Aus dem Inhaltsverzeichnis: Albrecht Metzger: Der Islam und der Westen (13-27); Martin Riexinger: Missbrauch der Religion? Die religiösen Hintergründe des Islamismus (und ihre Verdrängung) (29-54); Reinhard Möller: Eschatologische Vorstellungen im Islam und Islamismus: Zusammenhänge mit terroristischer Gewalt (55-69); Rainer Hermann: Das Terrornetzwerk al-Q'ida: Vom nahöstlichen zum internationalen Terrorismus (71-97); Heinz-Dieter Winter: Islamismus: Vom Umgang des Westens mit einem weltpolitischen Problem (99-124); Arne C. Seifert: Vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Säkularisten und Islamisten am Beispiel Tadschikistans (125-151); Elmar Theveßen: Bedrohung Deutschlands durch islamistischen Terrorismus: Aktuelle Gefährdungs- und Sicherheitslage in Europa (153-168). (ZPol, VS)

[64-L] Möllers, Martin H.W. (Hrsg.):

Politischer Extremismus: Bd. 2, Terrorismus und wehrhafte Demokratie, (Die Blaue Reihe : Studienbücher für die Polizei, Politikwissenschaft), Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss. 2007, 494 S., ISBN: 978-3-86676-008-0

INHALT: "Der politische Extremismus bleibt eine der zentralen Herausforderungen pluralistischer Demokratien. Voraussetzung für die Auseinandersetzung ist eine Bestandsaufnahme seiner Formen und aktuellen Entwicklungen. Im Band 2 der als Reader konzipierten Studienausgabe werden die aktuellen Entwicklungen des Terrorismus, die Probleme seiner Bekämpfung und die wehrhafte Demokratie behandelt: Terrorismus: Begriff und neue Formen (u.a.: internationale Definition - neue Kriege - Terror auf See - Rechtsterrorismus); Terrorismusbekämpfung I: Freiheit und Sicherheit (u.a.: 11. September - Guantanamo - Staatsrecht und Sicherheit - Freund-Feind-Strafrecht); Terrorismusbekämpfung II: institutionelle Aspekte (u.a.: Terrorismusbekämpfung UN und EU - Sicherheitsarchitektur - Luftsicherheit - Auslandseinsatz Bundespolizei); Wehrhafte Demokratie (u.a.: Parteiverbotsverfahren

- NPD-Verbot - Versammlungsfreiheit - Trennungsgebot)." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Uwe Backes: Auf der Suche nach einer international konsensfähigen Terrorismusdefinition (15-28); Oliver W. Lembcke, Bart Van Klink: Eskalation als modus operandi. Zur Rationalität des modernen Terrors aus politiktheoretischer Sicht (29-44); Sven Bernhard Gareis: Die neuen Gesichter des Krieges - Wesensmerkmale, Reaktionsformen und erforderliche Strategien (45-62); Michael Stehr: Piraterie und Terror auf See (63-87); Armin Pfahl-Traughber: Gibt es eine 'Braune Armee Fraktion'? - Die Entwicklung des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (88-110); Erhard Denninger: Fünf Thesen zur 'Sicherheitsarchitektur', insbesondere nach dem 11. September 2001 (113-125); Hans Peter Bull: Freiheit und Sicherheit angesichts terroristischer Bedrohung Bemerkungen zur rechtspolitischen Diskussion (126-143); Bernhard Schäfer: Sicherheit und Menschenrechte: Menschenrechtsfreies Guantanamo Bay? (144-182); Martin H.W. Möllers: Staatsrecht und Sicherheit: Rechtspolitische Differenzen zur 'Menschenwürde' im Polizeialltag an den Beispielen 'Folter' und 'Lauschangriff' (183-205); Robert Chr. van Doyen: 'Freund-Feind-Recht' und 'Doppelstaat'? Anmerkungen zur Kontroverse um die Thesen des Strafrechtlers Günther Jakobs (206-212); Christian von Buttlar: Zur globalen Antiterrorismus-Strategie der Vereinten Nationen (215-226); Wilhelm Knelangen: Die Europäische Union und die Bekämpfung des Terrorismus (227-242); Hans-Jürgen Lange: Eckpunkte einer veränderten Sicherheitsarchitektur für die Bundesrepublik (243-285); Rainer Arnold: Die Diskussion über das neue Weißbuch: Verteidigungsfall auch bei Terroranschlägen? (286-291); Dieter Wiefelspütz: Der Einsatz der Bundespolizei im Ausland (292-299); Martin H.W. Möllers: Antworten auf den internationalen Terrorismus - Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Bund und Länder - Tagungsbericht (310-335); Elmar M. Giemulla: Das Luftsicherheitsgesetz (336-356); Dieter Wiefelspütz: Art. 35 GG nach dem Luftsicherheitsurteil des Bundesverfassungsgerichts - Vorschlag für eine Verfassungsänderung (357-368); Martin H.W. Möllers: Voraussetzungen, Ablauf und Rechtsfolgen von Verfahren, die zu Partei- und Vereinsverboten sowie zur Grundrechtsverwirkung führen (371-418); Robert Chr. van Ooyen: 'Vereinsverbote' gegen 'Scheinparteien' - zum NPD-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (419-429); Hans Peter Bull: Verfehltes Verfahren, Niederlage der abwehrbereiten Demokratie oder Sieg der Toleranz? - Zur Einstellung des NPD-Verbotsverfahrens (430-452); Martin H.W. Möllers: Aktuelle Entscheidungen des BVerfG zur Versammlungsfreiheit zwischen 'Rechtsprechungstradition', 'Zeitgeist' und Staatsräson' (453-467); Robert Chr. van Ooyen: Polizei, Verfassungsschutz und organisierte Kriminalität: die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Sachsen zum Trennungsgebot (468-478).

[65-CSA] Moskalenko, Sophia; McCauley, Clark:

Mechanisms of Political Radicalization: Pathways Toward Terrorism, in: *Terrorism and Political Violence* 2008, 20, 3, July, 415-433., 2008, ISSN: 0954-6553

INHALT: This article conceptualizes political radicalization as a dimension of increasing extremity of beliefs, feelings, and behaviors in support of intergroup conflict and violence. Across individuals, groups, and mass publics, twelve mechanisms of radicalization are distinguished. For ten of these mechanisms, radicalization occurs in a context of group identification and reaction to perceived threat to the ingroup. The variety and strength of reactive mechanisms point to the need to understand radicalization-including the extremes of terrorism-as emerging more from the dynamics of intergroup conflict than from the vicissitudes of individual psychology.

[66-L] Münkler, Herfried:

Die Strategie des Terrorismus und die Abwehrmöglichkeiten des demokratischen Rechtsstaats, in: *WestEnd : neue Zeitschrift für Sozialforschung*, Jg. 3/2006, H. 2, S. 86-96

INHALT: Der Beitrag zur psychischen Dimension der gegenwärtigen Sicherheitsdebatte geht den Verursachern der Ängste nach. Terrorismus ist demnach die Praxis des Gewaltgebrauchs durch Akteure, die ihrem Gegner ressourcenmäßig deutlich unterlegen sind und über die psychischen Effekte physischer Gewalt politische Ziele erreichen wollen. Die terroristische Strategie asymmetrischer Kriegsführung wird von einem Kalkül der systematischen Angsterzeugung in den Bevölkerungen der angegriffenen Gesellschaften bestimmt. Es geht nicht um die Vernichtung bestimmter Personen oder um die Erweckung potentieller interessierter Dritter, die sich mit dem Terroristen solidarisieren sollen,

sondern um massenweise Angsterzeugung durch die wahllose Vernichtung beliebiger Opfer. In modernen westlichen Gesellschaften, die postheroische Tugenden kultivieren, steigert sich die psychodynamische Wirkung solcher Anschläge um ein Vielfaches. Ein demokratischer Rechtsstaat, der darauf nicht angemessen reagiert, beschwört gerade die Gefahr hysterischer Überreaktionen herauf. Als Abwehrmöglichkeit evoziert der Autor die staatsbürgerliche Tugend der Gelassenheit, über deren psychologische Voraussetzungen wenig bekannt ist. Ein seine Sicherheitsaufgaben erfüllender Staat durch Polizei, Geheimdienste und Militär ist jedoch eine notwendige Bedingung dafür, dass diese Tugend gedeihen kann. Nachdem lange darüber nachgedacht worden ist, dass der freiheitliche Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht bewirken kann, dürfte jetzt mit der Gelassenheit eine weitere Voraussetzung bewusst geworden sein, die durch den prävenierenden Staat zwar gefördert, aber keineswegs garantiert werden kann. (ICG2)

[67-L] Neidhardt, Friedhelm:

Akteure und Interaktionen: zur Soziologie des Terrorismus, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): *Die RAF und der linke Terrorismus* : Bd. 1-2, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 123-137

INHALT: Das am Terrorismus auch soziologisch Irritierende drückt sich, so der Verfasser, neben allem Sonstigen darin aus, dass das terroristische Handeln sich nicht oder nur ausnahmsweise aus den sozialen Beziehungen der Täter zu ihren unmittelbaren Opfern erklären lässt. Der Anschlag trifft diese wie ein unvermittelter Überfall, sie sind selbst nicht eigentlich gemeint und können damit also auch nicht rechnen. Terroristische Strömungen unterscheiden sich jedoch in der Beliebigkeit des Tötens. Häufig ließen sich in terroristischen Gruppierungen Handlungshemmungen feststellen, die für ihr Verständnis sehr aufschlussreich sind, Handlungshemmungen nicht nur im Hinblick auf die Zahl potenzieller Opfer, sondern auch im Hinblick auf deren sozialen Status. Es entsprach zum Beispiel nicht den politischen Befreiungskonzepten der RAF, wenn "einfache Leute aus dem Volk" zu Schaden kamen, und wo dies doch geschah, gab es scharfe Kritik an den dafür Verantwortlichen. Auch dort, wo Anschlagziele und Opferkategorien sehr selektiv bestimmt erscheinen, werden diese nicht in der Weise präzisiert, dass sie nachvollziehbar oder von den Betroffenen selbst sogar erwartbar wären. Der Terrorismus bleibt mit der relativen Unbestimmtheit seiner Angriffsziele konspirativ. Die Funktion der terroristischen Unberechenbarkeit ergibt sich nicht nur aus ihren operativen Vorteilen für die Durchführung der Tat, sondern auch im Hinblick auf die Bedingungen ihrer Wirkung: Die relative Beliebigkeit der Opfer sichert die Generalisierbarkeit der Drohung. Die hohe Unbestimmtheit des jeweiligen Konfliktausgangs liegt nicht nur - wie immer in komplexen Sozialzusammenhängen - an den starken Kontingenzen im Interaktionsfeld des Terrorismus. Besonderheiten ergeben sich daraus, dass es sich bei dem terroristischen Konfliktzentrum um völlig uninstitutionalisierte Konstellationen handelt und dass Klandestinität zu den Operationsbedingungen nicht nur der Terroristen, sondern in erheblichem Maße auch ihrer Verfolger gehört. Man darf die innere Geschlossenheit beider Seiten nicht überschätzen. Da gibt es jeweils harte und weiche Fraktionen, gegenseitig vermittelbare Positionen neben unversöhnlichen Freund/Feind-Antagonismen. Am Beispiel der RAF und ihrer Verfolgung lässt sich auf beiden Seiten das beobachten, was man als "Regression der Zwecke" bezeichnen kann. (ICF2)

[68-L] Nischler, Christiane:

The roots of international Islamist terrorism, (Berichte aus der Politik), Aachen: Shaker 2008, V, V, 179 S., ISBN: 978-3-8322-7719-2

INHALT: Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht der internationale Terrorismus und seine Entwicklung aus den lokalen Formen zu einem Phänomen, dessen Wirkung weit von seinen Wurzeln entfernt ist. Einleitend analysiert die Verfasserin die Erscheinungsformen des internationalen Terrorismus, wobei sein ideologisches Selbstverständnis eine zentrale Dimension der Untersuchung darstellt. Sie befasst sich sowohl mit den traditionellen Formen des modernen Terrorismus als auch mit dem Wiederaufkommen des religiös inspirierten Terrorismus. In diesem Kontext thematisiert sie auch die Strategie, die organisatorischen Implikationen und die Entwicklungstrend des sog. 'Neuen Terrorismus'. Anschließend werden die Akteure auf der terroristischen Bühne präsentiert. Hier werden staatliche, individuelle und kollektive Akteure auseinandergelassen. Bei den staatlichen Akteu-

ren werden 'Gauner'-Staaten von schwachen Staaten unterschieden. Anhand des Wechselspiels zwischen den individuellen und den kollektiven Akteuren wird verdeutlicht, wie die terroristische Umgebung die Dynamik des Terrorismus beeinflusst. Anschließend wird die ideologische Dimension des Terrorismus unter die Lupe genommen. Hier wird die Religion (der Islam) von der Ideologie (dem Islamismus) unterschieden und die Institutionalisierung des politischen Islam dargestellt. Es wird argumentiert, dass der Terrorismus nicht allein auf soziale und ökonomische Umstände zurückgeführt werden kann: Auf der Basis der Analyse von Biographien einiger Terroristen wird argumentiert, dass viele von ihnen auf einen privilegierten familiären Hintergrund zurückblicken können. Ohne den entscheidenden Einfluss der Ideologie zu berücksichtigen, ist das Phänomen des internationalen Terrorismus nicht zu verstehen. (ICF2)

[69-L] Nitschke, Peter (Hrsg.):

Globaler Terrorismus und Europa: Stellungnahmen zur Internationalisierung des Terrors, (Studien zur Inneren Sicherheit, Bd. 11), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 219 S., ISBN: 978-3-531-15520-3 (Standort: UB Hagen(708)-PDDNITG)

INHALT: "Im Krieg gegen den Terrorismus steht Europa zunehmend im Zentrum des Konflikts. Der islamistische Fundamentalismus versteht sich in seiner Dschihad-Konzeption gegen den Westen auch als ein dezidiert antieuropäisches Programm. Anders als in den USA ist jedoch die Situation in den Staaten der Europäischen Union durch große Einwanderungsgruppen aus der muslimischen Welt geprägt. Dies führt zu massiven Problemen in der Sicherheitsphilosophie der europäischen Staatengemeinschaft, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Band zeichnet die Sicherheitsdebatten unter der Agenda nationaler wie supranationaler Antiterrorpolitik seit dem 11. September nach und prognostiziert die Entwicklungschancen zukünftiger demokratischer Politik im Zeitalter eines globalen Terrorismus. Die folgenden Beiträge verdanken ihre Genese einem Workshop, den der Herausgeber in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis 'Politikfeld Innere Sicherheit' im November 2005 an der Hochschule Vechta veranstaltet hat." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Peter Nitschke: Globaler Terrorismus - Die neue Dimension (13-34); Mark Feuerle: Die Logik des Terrors - christliche und islamische Wurzeln im Mittelalter (35-60); Andreas Bock: Al-Qaida, Terrorismus und die Frage der Rechtfertigung (61-78); Yehudit Ronen: Der Nexus zwischen Terrorismus und islamischer Immigration: Europas radikale Importe (79-98); Wilhelm Knelangen: Die Europäische Union: eine "starke Macht" im Kampf gegen den Terrorismus? (99-124); Gisbert van Elsbergen: Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und 7. Juli 2005 im Spiegel der Presse (125-146); Charles A. von Denkowski: Herausforderung des 21. Jahrhunderts: Schutz des Staates im asymmetrischen Konflikt (147-170); Simon Dalferth: Europäische Kriminalpolitik und die EU: Freiheit und Sicherheit in der Europäisierung (171-196).

[70-L] Nitschke, Peter:

Globaler Terrorismus: die neue Dimension, in: Peter Nitschke (Hrsg.): Globaler Terrorismus und Europa : Stellungnahmen zur Internationalisierung des Terrors, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 13-33, ISBN: 978-3-531-15520-3 (Standort: UB Hagen(708)-PDDNITG)

INHALT: "Trotz der mannigfachen unterschiedliche Zuordnungsmöglichkeiten in Bezug auf die ideologische Bedeutung des Terrorismus lassen sich für die gegenwärtige Situation im weltweiten Maßstab sieben Phänomene als klar erkennbar diagnostizieren: (1) Die Grenze zwischen Organisierter Kriminalität und Terrorismus löst sich auf, Terror und Verbrechen konvergieren. (2) Es gibt kein Links-Rechts-Schema mehr wie in den 1960er Jahren. (3) Seit den 1990er Jahren deutet sich eine Komplexitätsverdichtung in allen Bereichen an, was die Legitimation, die Strukturen, Aktionen, Ziele und Opfer betrifft; Terror wird zum umfassenden ideologischen Programm. (4) Staaten treten auf als Terrorsponsoren für substaatliche Akteure (früher der Irak und Libyen, heute der Iran). (5) Die Unterscheidung zwischen Amateur und Profi verwischt. (6) Die Globalisierung hat die finanziellen Infrastrukturen des Terrorismus verbessert. (7) Der Terrorismus wird (dank Internet) intelligent und global kommunizierbar." (Autorenreferat)

[71-L] Ooyen, Robert Chr. van:

Moderner Terrorismus und politische Religion: zur Rezeption westlicher Ideologien im "Islamismus", in: Martin H. W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Politischer Extremismus : Bd. 1, Formen und aktuelle Entwicklungen, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 342-352, ISBN: 978-3-86676-007-3

INHALT: Der Autor problematisiert die Tatsache, dass der islamistische Terrorismus und die westliche Moderne nach wie vor einander schematisch gegenübergestellt werden. Der Islamismus wird - wie zum Teil auch früher der Nationalsozialismus - als ein antimodernes, gegen die säkularisierte und aufgeklärte Moderne des Westens gerichtetes Phänomen angesehen, d. h. als Rückfall in "finstere", "vorzivilisierte" und "irrationale" Zeiten. Dies erleichtert nach Meinung des Autors nicht nur die kritikfreie Eigenwahrnehmung des Westens als vermeintlich höher entwickelte Zivilisation von "Gutmenschen", sondern unterschlägt vor allem auch die "dunkle Seite" der Moderne, wie sie in den Totalitarismustheorien von Hannah Arendt, Eric Voegelin und Jacob Talmon herausgearbeitet und von Theodor Adorno und Max Horkheimer als spezifische Dialektik moderner Aufklärung beschrieben worden ist. Der Autor diskutiert vor diesem Hintergrund neuere politikwissenschaftliche Ansätze, zum Beispiel von Paul Berman und John Gray, die die Vereinfachungen eines "Kampfes der Kulturen" zwischen modernem Westen und antimodernem Islamismus durchbrechen, ohne einer konfliktfreien Lesart der "Harmonie der Kulturen" aufzusitzen. (ICI2)

[72-L] Pekelder, Jacco:

Dynamiken des Terrorismus in Deutschland und den Niederlanden, in: Geschichte und Gesellschaft : Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Jg. 35/2009, H. 3, S. 402-428 (Standort: USB Köln(38)-XE393; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.v-r.de/de/titel/2000002884/?sn=e8h0fvi5fpcq72ehoke7acc1c3)

INHALT: Die Art und Weise, in der Gesellschaften auf die Herausforderung des Terrorismus reagieren, wird stark von deren spezifischen nationalen politischen Kulturen und Institutionen bestimmt. Es ist daher für den Autor nicht unberechtigt, dass Wissenschaftler zum Beispiel von einer "amerikanischen Kultur des Terrorismus" sprechen oder über den Einfluss der Erinnerung an die Weimarer Republik reden, wenn sie die Überreaktionen auf terroristische Gewaltakte in den Vereinigten Staaten bzw. der Bundesrepublik erklären wollen. Der vorliegende Text zur Geschichte der RAF in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden leistet einen Beitrag zum Verständnis der Dynamiken der Interaktionen von terroristischer Bedrohung und staatlichem Handeln. Deutlich wird, dass der Umgang des Staates mit der Herausforderung des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden nicht in erster Linie von verschiedenen Sicherheitskulturen der beiden Länder geprägt war, sondern nur im Zusammenhang von übernational wirksamen Mechanismen von öffentlichen Wirkungen des Terrorismus und politischen Legitimationsstrategien in westlichen Demokratien erklärt werden kann. Nicht die Akteure des Terrorismus sind in erster Linie zu untersuchen, sondern - so das Fazit des Autors - die von ihnen entfachten Dynamiken in Politik und Gesellschaft. (ICA2)

[73-L] Pfahl-Traugher, Armin:

Islamismus - der neue Extremismus, Faschismus, Fundamentalismus und Totalitarismus?: eine Erörterung zu Angemessenheit und Erklärungskraft der Zuordnungen, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik München, N. F., Jg. 55/2008, H. 1, S. 33-48 (Standort: USB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Islamismus wird in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion häufig mit den Begriffen 'Extremismus', 'Faschismus', 'Fundamentalismus' und 'Totalitarismus' belegt. Dabei dient nicht nur den meisten Politikern, sondern auch vielen Wissenschaftlern eine derartige Etikettierung lediglich als pauschale Zuordnung, mangelt es doch meist an einer inhaltlichen Begründung für die getroffene Einschätzung. Konfrontiert man nun das Phänomen des Islamismus mit dem wissenschaftlichen Verständnis der vorgenannten Begriffe, so ergibt sich aber durchaus eine inhaltliche Angemessenheit, allerdings nur für die auf formale Merkmale ausgerichteten Bezeichnungen 'Extremis-

mus', 'Fundamentalismus' und 'Totalitarismus'. Sie beziehen sich auf eine Frontstellung gegen die Grundwerte einer modernen Demokratie, die Absolutsetzung und Dogmatisierung der eigenen Positionen oder die Absicht einer umfassenden Kontrolle der Gesellschaft. Derartige Ausrichtungen von Handlungsweisen oder Strukturen von Ideologien können verschiedene Inhalte annehmen, was es auch erlaubt den Islamismus als Subphänomen oder Teilbereich der erwähnten Sammelbezeichnungen zu deuten. Anders verhält es sich bei den Bezeichnungen 'Faschismus' und 'Rechtsextremismus', die über eine bestimmte inhaltliche Komponente der Ideologie - insbesondere die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit wie Nationalismus und Rassismus - definiert werden. Gerade diese Auffassungen kann den Islamisten aber nicht zugeordnet werden. Insofern stellen Bezeichnungen wie 'Islamofaschismus' politische Schlagworte dar, welche aus wissenschaftlicher Sicht unangemessen sind." (Autorenreferat)

[74-F] Plogstedt, Sibylle, Dr.; Janshen, Doris, Prof.Dr. (Leitung):

Projekt zur Klärung der sozialen Situation ehemaliger DDR-Häftlinge unter Berücksichtigung des Gender-Aspekts

INHALT: Insgesamt geht man von einer Gesamtheit von etwa 200 000 politischen Häftlingen der DDR in der Zeit zwischen 1949-1989 aus. Ihre Haft hat zu einem sozialen Abstieg geführt. Zwanzig Jahre nach der Einheit sind die Häftlinge trotz politischer Rehabilitation sozial noch immer benachteiligt. Viele haben gesundheitliche Schäden, die bis heute andauern. Die Haft hat sie anhaltend traumatisiert. Kontext/ Problemlage: Überproportional viele ehemalige politische DDR-Häftlinge leben unterhalb der Sozialhilfegrenze. 49% verdienen weniger als 1.000 Euro im Monat. Die Frage ist, was tut die Bundesrepublik Deutschland für diejenigen, die die Einheit erkämpft haben. Und was brauchen die Häftlinge vor allem? Ist es Geld oder sind es Arbeitsplätze, Unterstützung oder Anerkennung? Funktionieren die Rehabilitationen, die Anerkennung von Haft- und von Berufsschäden so, dass auch die traumatisierten politischen Häftlinge damit umgehen können? Längst nicht alle politischen Häftlinge haben sich die deutsche Einheit so vorgestellt, wie sie realisiert wurde. Dasselbe gilt für die Opferrente, für die die Häftlingsorganisationen lange gekämpft haben, die sie aber nicht unter dem Vorzeichen einer sozialen Bedürftigkeit haben wollten. Fragestellung: Gefragt wurde nach der sozialen Lage: Viele der Häftlinge arbeiteten während ihrer Zeit im Gefängnis als Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Inwieweit konnten in der DDR-Zeit die politischen Häftlinge nach ihrer Freilassung wieder in ihre alten Berufe zurück kehren? Inwieweit bestehen haftbedingte Erkrankungen bis heute fort? Und welcher Art sind die Traumata, worin behindern sie die ehemaligen Häftlinge? Ist die schlechte soziale Lage eine Folge der Traumata? Inwieweit unterscheiden sich Frauen und Männer in ihrer sozialen Lage und in ihren Krankheiten? Welchen Einfluss hat die heutige Lebenssituation auf die Beurteilung der Einheit? Und womit sind die politischen Häftlinge heute zufrieden und was würden sie sich anders wünschen? Inwieweit leiden auch die Angehörigen? Zunächst unter der Diskriminierung in der DDR, dann aber unter den Traumata der einstigen Häftlinge? Darstellung der Ergebnisse Unter den ehemaligen politischen Häftlingen war ein hoher Anteil Arbeiterinnen und Arbeiter. 13,1% beziehen heute Hartz IV und leben unterhalb der Armutsgrenze. 5,6% erhalten eine Erwerbsunfähigkeitsrente. Obwohl 48% sich den Neubeginn nach 1989 anders vorgestellt hätten und sich 39% der Häftlinge durch alte Seilschaften behindert fühlen, wünschen sich 87,2% der ehemaligen politischen Häftlinge die DDR auf keinen Fall zurück. Während die Rehabilitierungen weitgehend positiv verliefen, kritisieren Expertinnen die Praxis der beruflichen Rehabilitation. Häftlinge riskierten durch die intensiven Befragungen vor Gericht und durch die Ablehnung ihrer Darstellung flashbacks und damit gesundheitlich gefährdet zu werden. Die Befragten geben die lange Einzelhaft, die 63,3% erlebt hatten sowie die Unterbringung in Dunkelzellen (19,4%) und in Nasszellen (6,6%) als besonders belastend an. Alpträume, Schlaflosigkeit, Platzangst - das sind die Folgen, unter denen viele leiden. 58,4% der ehemaligen politischen Häftlinge geben an, dass sie nach 1989 nicht neu beginnen konnten. Mehr als Zweidrittel konnten innerlich mit der Haft nicht abschließen (78,9% Frauen, 68,3% Männer).

METHODE: Die Studie über die soziale Lage von politischen Häftlingen wurde am Essener Kolleg für Geschlechterfragen an der Universität Duisburg-Essen durchgeführt. Für den quantitativen Teil der Studie wurden insgesamt 9.000 Fragebögen an ehemalige politische Häftlinge verschickt. 1000 davon wurden mit der Korrespondenz durch die HHG-Stiftung in Bonn verschickt, weitere 8500 wurden der in Berlin erscheinenden Häftlingszeitschrift "Der Stacheldraht" beigelegt. 802 ehemalige

Häftlinge haben sich an der Befragung beteiligt (Rücklauf 8,44%). Der Anteil der Frauen, die den Fragebogen beantwortet haben, lag bei 14,34%. Der Genderaspekt war für die Untersuchung relevant. Die Ergebnisse wurden nach Geschlecht differenziert. In zum Teil mehrstündigen Gesprächen wurden zusätzlich 24 ehemalige politische Häftlinge und drei Hinterbliebene bei sich zu Hause intensiv befragt. Drei Interviewpartner und -partnerinnen gaben die Auskunft per Email. Zusätzlich wurden Expertinneninterviews durchgeführt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Janshen, Doris; Plogstedt, Sibylle: Die soziale Situation von ehemaligen Häftlingen der DDR unter Berücksichtigung des Gender-Aspekts. Zwischenbericht. Essen, November 2007, 3 S.

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Plogstedt, S. (Am Büchel 100a, 53173 Bonn); Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Essener Kolleg für Geschlechterforschung (45117 Essen)

KONTAKT: Plogstedt, Sibylle (Dr.

e-mail: splogstedt@t-online.de); Janshen, Doris (Prof.Dr. e-mail: doris.janshen@uni-duisburg-essen.de)

[75-L] Prützel-Thomas, Monika:

Neuer Terrorismus?: die Debatte um die Einordnung des Djihadismus, in: Uwe Backes (Hrsg.) ; Eckhard Jesse (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit : extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006, S. 477-492, ISBN: 3-525-36905-0 (Standort: UB Bonn(5)-2006/3236)

INHALT: Der Text leistet einen Beitrag zur Debatte um die Einordnung des Djihadismus in die Terrorismusdefinitionen. Dabei vertritt die Autorin die These, dass sich der Djihadismus trotz der neuen Risikolage, mit der er die westliche Welt konfrontiert, gut in die Kategorie des klassischen Terrorismus einordnen lässt. Die Erläuterung dieses Standpunktes umfasst eine Darlegung (1) der Definitionsproblematik des Terrorismusbegriffs, (2) des geschichtlichen Abrisses sowie (3) der Wurzeln des Djihadismus und (4) der Frage, ob der Djihadismus ein Produkt der Moderne ist. Demnach teilt der Djihadismus viele Gemeinsamkeiten mit westlichen terroristischen Gruppierungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Der Djihadismus ist ein Nebenprodukt der Globalisierung und deshalb eindeutig ein Phänomen der Moderne. (ICG2)

[76-F] Raab, Jörg, Dr. (Bearbeitung); Seibel, Wolfgang, Prof.Dr. (Leitung):

Failing states and dark networks. The cultural foundations of organized crime and terror

INHALT: Leading research questions are: 1. Which cultural predispositions contribute to the development, resilience and effectiveness of dark networks and what is the specific contribution of "cultural" factors compared to other factors? 2. How can the interplay of dark networks and failing states be best understood?

ART: gefördert *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2011-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Cluster of Excellence -EXC 16- "The cultural foundations of integration" (Univ. Konstanz)

INSTITUTION: Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für Innenpolitik und Öffentliche Verwaltung (Fach D 89, 78457 Konstanz)

KONTAKT: Leiter (Tel. 07531-88-3684, e-mail: wolfgang.seibel@uni-konstanz.de)

[77-CSA] Robinson, Laura:

The Moral Accounting of Terrorism: Competing Interpretations of September 11, 2001, in: Qualitative Sociology 2008, 31, 3, Sept., 271-285., 2008, ISSN: 0162-0436

INHALT: Drawing on comparative case studies, the research elucidates competing constructions of justice, responsibility, and victimhood articulated in response to September 11, 2001 on three digital discourse fora in Brazil, France, and the United States. The research extracts the moral metaphors through which Brazilian, French, and American participants judge the terrorist acts. It contrasts the underlying moral accounting schemes employed to legitimize or delegitimize the use of terrorism on

9/11. Two contrasting standpoints on political violence and associated moral underpinnings are elucidated: the morality of retribution and the morality of absolute goodness (Lakoff 2002). One ideological faction uses the morality of retribution to hold the US accountable for inciting the terrorists to act. For these individuals, political violence can be seen as a form of action that upholds a binary framing of moral order in which all moral debts must be paid. By contrast, opposing camps employ the morality of absolute goodness to condemn the terrorists by arguing that terrorist violence is inherently unjustifiable, as it necessarily results in human suffering.

[78-L] Rosenzweig, Beate; Eith, Ulrich (Hrsg.):

Islamistischer Terrorismus: Hintergründe und Gegenstrategien, (Wiesnecker Beiträge zu Politik und politischer Bildung), Schwalbach: Wochenschau Verl. 2006, 157 S., ISBN: 3-89974301-6

INHALT: "Dieser Band behandelt im ersten Teil Hintergründe, Erscheinungsformen und Konsequenzen des aktuellen islamistischen Terrorismus. Analysiert wird zunächst die Ideologie des Dschihadismus. Darüber hinaus wird auf Modernisierungsherausforderungen innerhalb der islamischen Welt sowie auf kulturelle Identitäten und Gegensätze eingegangen. Im zweiten Teil erfolgt die kritische Reflexion und Diskussion der sicherheitspolitischen Strategien in Deutschland und in den USA gegen den islamistischen Terrorismus. Als Maßstab hierfür werden die Prinzipien einer freiheitlich-offenen Gesellschaft herangezogen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ulrich Eith, Beate Rosenzweig: Islamistischer Terrorismus: Innere und äußere Bedrohung (7-12); Kai Hirschmann: Weltweiter Kampf unter einer gemeinsamen Idee: Die Systematik des Dschihadismus (13-26); Jakob Rösel: Der zeitgenössische Islam unter der Herausforderung politischer und sozialer Modernisierung (27-56); Werner Ruf: Islam, Gewalt und westliche Ängste (57-76); Dierk Walter: 'Krieg' gegen den Terror? (77-95); Josef Braml: Innere (Un)Sicherheit der USA seit dem 11. September (96-118); Oliver Lepsius: Die Terrorismusgesetzgebung und das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in Deutschland (119-149); Rolf Tophoven: Guerillataktik gegen konventionelle Streitkräfte - die Irakisierung Afghanistans schreitet voran. Eindrücke einer Reise (150-156).

[79-L] Rost, Sophia:

Ursachen des islamistischen Terrorismus in westlichen Gesellschaften aus der Perspektive der Politischen Theorie, in: Tim Engartner (Hrsg.) ; Diana Kuring (Hrsg.) ; Thorsten Teubl (Hrsg.): Die Transformation des Politischen : Analysen, Deutungen, Perspektiven, Berlin: Dietz, 2006, S. 32-50, ISBN: 978-3-320-02105-4

INHALT: "Die Autorin analysiert die Ursachen des islamistischen Terrorismus in westlichen Gesellschaften aus der Perspektive der Politischen Theorie. Ihr Beitrag geht der Frage nach, warum sich Menschen muslimischen Glaubens derart radikalisieren, dass sie bereit sind, Zivilisten unter Inkaufnahme des eigenen Todes zu töten. Bei der Analyse der bisherigen Anschläge (wie dem 11. September 2001 in den USA und dem 7. Juni 2005 in London) fällt auf, dass sich die jungen Männer nicht fernab ihrer Anschlagziele radikalisierten, sondern dort, wo sie studierten, arbeiteten und lebten. Die Suche nach den Ursachen des islamistischen Terrorismus konzentriert sich daher in den vorliegenden Ausführungen auf die soziokulturellen Bedingungen sowie die politischen Strukturen in den westlichen Staaten." (Autorenreferat)

[80-CSA] Sageman, Marc:

The Next Generation of Terror, in: Foreign Policy no 165 37-43, 2008, ISSN: 0015-7228

INHALT: The world's most dangerous jihadists no longer answer to al Qaeda. The terrorists we should fear most are self-recruited wannabes who find purpose in terror and comrades on the Web. This new generation is even more frightening and unpredictable than its predecessors, but its evolution just may reveal the key to its demise.

[81-L] Scheffner, Thomas:

Defensivkrieg und Terrorismus: islamistische Kontroversen um den 11. September 2001, in: Georg Kreis (Hrsg.): *Der 'gerechte Krieg': zur Geschichte einer aktuellen Denkfigur*, Basel: Schwabe, 2006, 175 S., ISBN: 978-3-7965-2239-0 (Standort: USB Köln(38)-34A3305)

INHALT: Der Verfasser geht der Frage nach, worin die Ideologie, die der 'Krieg gegen den Terror' bekämpfen soll, besteht. Der Bush-Administration zufolge handelt es sich um eine reine Hassideologie, der es um pure Zerstörung und die Vernichtung der westlichen Zivilisation geht. Eine Analyse der Presseerklärungen, Interviews, Broschüren und Filme, die Osama bin Laden und andere Qaida-Führer seit Mitte der 1990er Jahre produzierten und via Fax, Tonbänder, Videos, Websites und Kontakten zu Journalisten und Massenmedien um die Welt verbreiteten, zeigt ein anderes Bild: Zumindest die Selbstdarstellung der Gruppe nach außen ist von der Idee eines Defensivkriegs geprägt. Im Gegensatz zum amerikanischen Defensivkrieg geht es dabei nicht um 'vorbeugende' Verteidigung, sondern um Verteidigung gegen bereits erlittene oder gerade stattfindende Eingriffe der USA und ihrer Verbündeten in die Angelegenheiten muslimischer Länder. Schon der mit eindeutigen historischen Erinnerungen befrachtete Begriff 'Kreuzfahrer', den al-Qaida häufig für die USA verwendet, verdeutlicht, dass der von der Organisation propagierte Dschihad der Abwehr aggressiver ungläubiger Mächte dienen soll. Entsprechend wird die Beendigung der Feindseligkeiten denn auch vom Ende der Besetzung muslimischer Gebiete abhängig gemacht. Der Autor vertritt die These, dass rein statistische Methoden kaum ausreichen dürften, den möglichen Sympathisantenpool militanter islamistischer Organisationen einzuschätzen oder gar seine Entwicklung zu prognostizieren. Das liegt nicht nur an der Unschärfe des vorhandenen Zahlenmaterials, der Unzuverlässigkeit von Meinungsumfragen und von Geheimdienstberichten in Konfliktregionen, an den verschwommenen Grenzen militanter Netzwerke und an den doppelbödigen Kalkülen der Kräfte, die sie zeitweilig unterstützen. Wichtiger ist, dass die Wachstumsraten des dschihadistischen Sympathisantenpools von Ereignissen und Prozessen beeinflusst werden, die sich erst aus der dynamischen Interaktion der Konfliktparteien ergeben. So scheint zum Beispiel der amerikanische Irakkrieg al-Qaida seit 2003 zahlreiche neue Rekruten und Bündnispartner zugeführt zu haben. Verlässlich feststellen lässt sich nur, dass die Rechtfertigungsideologie al-Qaidas von den theologisch-juristischen Argumentationsmustern anderer islamischer bzw. islamistischer Strömungen nicht durch eine Chinesische Mauer getrennt ist. Es gibt zahlreiche latente Schnittstellen, in denen auch 'normale' Muslime Berührungspunkte entdecken können. Ein wichtiger Weg, solche Schnittstellen zu entdecken, ist die Lektüre der Argumente, mit denen andere Muslime die Aktionen al-Qaidas kritisieren. Es wird argumentiert, dass man sich mit einem minimalistischen, aufs Militärische beschränkten Verständnis von Kriegsverhütung nicht zufrieden geben muss. Eine militärische Abwehrbereitschaft, die lediglich den Zerfall der Welt in kulturelle Ghettos und Parallelgesellschaften begleiten würde, wäre wohl die teuerste aller möglichen Lösungen. Wichtiger als die Festigung der Bereitschaft zur Verteidigung des jeweils 'Eigenen' dürfte daher die gemeinsame Arbeit an übergreifenden rechtsstaatlichen Institutionen sein, in denen gleiches Recht für alle nicht nur geltend gemacht, sondern auch durchgesetzt werden kann. (ICG2)

[82-L] Schneckener, Ulrich:

Warum lässt sich Terrorismus nicht "besiegen"?: Herausforderungen und Leitlinien für die Terrorismusbekämpfung, in: Stefan Huster (Hrsg.) ; Karsten Rudolph (Hrsg.): *Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008, S. 25-44

INHALT: Dem neuen transnationalen Terrorismus vom Typ Al Qaida ist es dem Autor zufolge gelungen, lokale und internationale Aspekte ideologisch, strategisch und operativ miteinander zu verbinden und eine Reihe von lokalen Konflikt- und Problemlagen in den Kontext einer globalen Auseinandersetzung zwischen dem Westen, allen voran den USA und ihren Verbündeten, einerseits und der vermeintlich "erniedrigten" oder "fremdbestimmten" muslimischen Welt andererseits einzubetten. Darin drückt sich nach Meinung des Autors eine neue Qualität aus, die die Terrorismusbekämpfung - ob international oder in Deutschland - vor objektive Schwierigkeiten stellt und auf die liberale Demokratien noch keine zufrieden stellende Antwort gefunden haben. Der Autor versucht zunächst, das Phänomen des Terrorismus begrifflich genauer zu fassen und von anderen Gewaltformen abzugrenzen. Er zeigt ferner fünf kausal aufeinanderbezogene Entwicklungstrends auf, die sich spätestens seit Mitte der 1990er Jahre abzeichnen und welche insgesamt die Terrorismusbekämpfung auf nationaler

wie auch auf internationaler Ebene erheblich erschweren: eine wachsende Transnationalisierung, Zunahme der Bedeutung nicht-staatlicher Unterstützung, eine starke Diversifizierung der Finanzierung der Terrorgruppen, Verstärkung von medialen Effekten und wachsendes Zerstörungspotenzial der terroristischen Attentate. Der Autor diskutiert vor diesem Hintergrund die Herausforderungen und Leitlinien für die Terrorismusbekämpfung. (ICI2)

[83-L] Schneckener, Ulrich:

Transnationaler Terrorismus: Charakter und Hintergründe des 'neuen' Terrorismus, (Edition Suhrkamp, Bd. 2374), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006, 276 S., ISBN: 3-518-12374-2 (Standort: UB Bonn(5)-2006-4611)

INHALT: Ihre destruktive, mediale, operative und weltpolitische Dimension machen die Attentate vom 11. September 2001 zu einem singulären Ereignis. Sie sind das Menetekel des neuen, transnationalen Terrorismus, der sich im Laufe der 1990er Jahre entwickelt hat. Während der "alte" Terrorismus sich wesentlich auf lokale oder regionale Ziele beschränkt, erreicht der transnationale Terrorismus - paradigmatisch verkörpert durch das pan-islamistische Netzwerk Al-Qaida - ein globales Gefährdungspotenzial. Der Verfasser skizziert die allgemeinen Grundlagen des Terrorismus als Form politischer Gewalt, um auf dieser Folie die Besonderheiten des transnationalen Terrorismus sichtbar zu machen. Er analysiert Zerstörungspotenzial, taktisches Vorgehen, Infrastruktur und Umfeld dieser Variante des Terrorismus. Abschließend wird - auch unter kritischem Bezug auf Bushs "Global War on Terror" - nach Möglichkeiten der Terrorismusbekämpfung gefragt. (ICE2)

[84-L] Schneider, Friedrich; Hofer, Bernhard:

Ursachen und Wirkungen des weltweiten Terrorismus: eine Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen und neue Ansätze zum Umgang mit dem Terror, (VS research), Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl. 2008, 169 S., ISBN: 978-3-8350-7028-8 (Standort: UB Bonn(5)-20082738)

INHALT: Die Verfasser skizzieren zunächst die historische Entwicklung des Terrorismus, um diesen dann nach räumlichen Kriterien und dem Kriterium der zugrunde liegenden Motive zu klassifizieren und die "klassischen" Terrororganisationen von den "modernen" abzugrenzen. Die bekanntesten Terrororganisationen werden im Überblick dargestellt. Als wichtigste Motive werden ökonomische, persönliche, soziale, religiöse und hedonistische Beweggründe genannt. Als exemplarisch für den Kampf gegen den Terrorismus werden die Trevi-Kooperation, das Schengener Abkommen, das Haager Programm, das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung sowie das deutsche Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum behandelt. Unter der Überschrift "Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft" geht es um Wirkung und Rolle der Medien, die Begriffe "Parallelsellschaft" und "Euro-Islam" und die Auswirkungen der Terrorismusbekämpfung auf das Alltagsleben ("Sicherheit um jeden Preis"). Angesichts der ökonomischen Auswirkungen des Terrorismus wird ein Forderungskatalog zur Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität aufgestellt. Bezugnehmend auf die Polarisierung der Gesellschaft als Folge der Spirale des Terrors und in Anlehnung an systemtheoretische Überlegungen wird ein "dialogischer Konsens" als Instrument im Umgang mit dem Terror befürwortet. (ICE2)

[85-L] Schneider, Wolfgang Ludwig:

Religio-politischer Terrorismus als Parasit, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): **Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven**, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 125-165, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Der Autor interpretiert Krieg und Terrorismus aus systemtheoretischer Perspektive als Parasiten der modernen Gesellschaft und insbesondere des politischen Systems. Der Terrorismus ist demzufolge ein Parasit des "informationellen Lärms", der im politischen System durch die Kommunikation von Macht und Gegenmacht-Ansprüchen erzeugt wird. Er unterminiert gleichzeitig die Trennschärfe der kriegesischen Leitdifferenz von Sieg und Niederlage, indem er durch die operative Gestalt des Attentats beabsichtigt, Gewalt auch unter den Bedingungen militärischer Unterlegenheit ein-

zusetzen. Der Autor untersucht am Beispiel des religio-politischen Terrorismus von Al-Qaida vor allem die Freund/Feind-Definition als Basis einer terroristischen Bewegung. Er zeigt, dass bei einem Terrorismus solchen Typs die Unterscheidung von Freund und Feind mit der Differenz von Orthodoxie und Häresie einhergeht. Vor dem Hintergrund der spezifischen Konfliktsituation im Irak droht vor allem eine Depolitisierung und religiös begründete Aufsplitterung der Bewegung. Die unkoordinierte Handhabung der Freund-/Feind-Differenz kann ferner dazu führen, dass der beabsichtigte "Dschihad", der heilige Krieg gegen die Ungläubigen, in die "Fitna", den innerislamischen Kampf der Gläubigen gegeneinander, umschlägt. Aus systemtheoretischer Sicht läuft der terroristische Parasit somit Gefahr, sich selbst aufzufressen. (ICI2)

[86-L] Schraut, Sylvia:

Terrorismus und Geschlecht, in: Christine Künzel (Hrsg.) ; Gaby Temme (Hrsg.): Täterinnen und/oder Opfer? : Frauen in Gewaltstrukturen, Münster: Lit Verl., 2007, S. 105-123, ISBN: 978-3-8258-8968-5 (Standort: UB Hagen(708)-OGX/KUE)

INHALT: Die Autorin liefert eine erste historische Skizze zur Beteiligung von Frauen an Revolutionen und Terrorakten seit den Einflüssen der Französischen Revolution. Sie geht der Frage nach, welche Rolle das Geschlecht in den öffentlichen Auseinandersetzungen um Terrorismus spielt, d.h. welche geschlechtsspezifische Konnotationen in ausgewählten historischen Situationen über Terrorismus erkennbar sind und welche Schlussfolgerungen aus diesen Debatten über die geschlechtsspezifische Aufladung politischer Partizipationsrechte gezogen werden können. Sie geht dabei von der These aus, dass immer dann, wenn über Terrorismus unter Berücksichtigung des Geschlechts der Täter debattiert wird, auch immer die politische Teilhabe von Frauen an Politik und Gesellschaft auf dem Prüfstand steht. Sie verdeutlicht dies anhand von drei Fallbeispielen: dem Terrorismus in der Weimarer Republik, der Baader-Meinhof-Gruppe und der Bewegung 2. Juni während der 1970er Jahre in der Bundesrepublik sowie dem islamistischen Terrorismus, der gegenwärtig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht. (ICI2)

[87-L] Schubert, Samuel R.:

The asymmetric power of terrorism, in: Josef Schröfl (Hrsg.) ; Sean Michael Cox (Hrsg.) ; Thomas Pankratz (Hrsg.): Winning the asymmetric war : political, social and military responses, Frankfurt am Main: P. Lang, 2009, S. 153-220

INHALT: Wenn man terroristische Aktionen als Form politischer Gewalt und Taktik der asymmetrischen Waffen betrachtet, ergibt sich ein Verständnis sowohl ihrer Natur als auch ihres Ausmaßes der Bedrohung. Leider ist es unvernünftig, ein schnelles Ende der Gewalt zu erwarten, solange eine konsensuelle Definition des Terrorismus die internationale Gemeinschaft immer noch spaltet. Darüber hinaus ist Terrorismus zur Waffe nicht-staatlicher Akteure geworden und auch terroristische Gruppen wie Al-Qaeda sind nicht mehr isoliert, sondern bestehen aus einem Netzwerk von hochtrainierten Aktivisten, die ihre Aufgabe als weltweiter Befreiungskampf sehen. Dies wird durch die Situation im Irak, unabhängig von einer Verbindung zu Al-Qaeda oder nicht, das als Trainingslager für die nächste Generation von Terroristen dient, noch verstärkt. Gerade für offene Gesellschaften, ohne Ansehen ihrer geopolitischen Lage, bildet Terrorismus die größte vorstellbare Bedrohung, da hier die Illusion von Sicherheit besteht. Die asymmetrische Macht des Terrorismus zeigt sich letztlich im Vermögen, die "Offenheit" zu unterlaufen, nämlich dann, wenn aufgrund von Sicherheitserwägungen Freiheiten der Bürger eingeschränkt werden. (ICBÜbers)

[88-L] Schubert, Samuel R.:

The asymmetry of political violence: terror and the terrorist, in: Josef Schröfl (Hrsg.) ; Thomas Pankratz (Hrsg.) ; Edwin Micewski (Hrsg.): Aspekte der Asymmetrie : Reflexionen über ein gesellschafts- und sicherheitspolitisches Phänomen, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 117-172, ISBN: 3-8329-1762-4 (Standort: UB Bonn(5)-2006/7036)

INHALT: Der Beitrag liefert einen Überblick über das Phänomen des Terrorismus sowie die Motive und mentalen Strukturen der Terroristen, um so die komplexe asymmetrische Natur des politisch-religiösen Kampfes zu erklären. Die Untersuchung basiert auf statistischem Datenmaterial für den Zeitraum von 1998 bis 2004. Nach einer einleitenden Begriffsherleitung und Geschichte des Terrorismus, gliedern sich die weiteren Ausführungen in folgende Punkte: (1) Charakterisierung des Terrorismus (Verbrechensart, Kriminalitätsdomäne, Kriegsart, staatlicher Terror, allgemeine Definition), (2) Eigenschaften und Motive der Terroristen, (3) säkulare und religiöse Terrorgruppen, (4) die Unterstützungsbasis terroristischer Organisationen und (5) ihre Strukturen, (6) der neue Trend hin zu locker verknüpften Netzwerken unter einer Dachorganisation und (7) die Aktionsformen des Terrorismus (Selbstmord, Entführung usw.). Die Studie zeigt auf, dass Terrorismus eine alte, erprobte Methode der politischen Gewalt ist, die eine deutliche Internationalisierung erfahren hat und insbesondere eine Waffe nichtstaatlicher Akteure ist. Ferner ist zu beobachten, dass der Terrorismus eine zunehmende Bedrohung für die Zivilbevölkerung darstellt. Dies ist einerseits auf die technologische Weiterentwicklung der Waffen und ihre Verfügbarkeit zurückzuführen, andererseits auch mit dem ansteigenden Mix von Religion und Gewalt zu erklären. (ICG2)

[89-L] Schulze, Reinhard:

Islamistischer Terrorismus und die Hermeneutik der Tat, in: Soziale Welt, Sonderband : Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, 2007, Nr. 17, S. 77-109

INHALT: "Dieser Beitrag untersucht das Aufkommen des so genannten neuen Terrorismus. Im Mittelpunkt steht die These, dass das 'Neue' an diesem Terrorismus darin besteht, dass die Tat selbst zum Handlungsziel geworden und hochgradig symbolisch aufgeladen ist. Zum einen kodiert sie einen Zyklus der Ermächtigung, der sich im Leben der Handlungsträger durchgesetzt hat, zum anderen deutet die Tat selbst die Weltsicht der Handlungsträger. Diese extreme Symbolisierung der Tat definiert so gleichermaßen die Lebenssituation des Täters wie seine Weltsicht. Der Ermächtigungszyklus bildet dabei die Grundlage für die Ausformung eines terroristischen Handlungsziels. Auf diesen Zyklus können religiöse Institutionen einwirken und dem Handelnden plausibel erscheinende Deutungskonventionen anbieten, die zugleich das den Zyklus tragende Ressentiment moralisch aufwerten und standardisieren. Dieser Prozess wird genauer am Beispiel islamistischer Jihadis in Europa untersucht. Zudem wird die Frage gestellt, unter welchen Bedingungen ein Ermächtigungszyklus erfolgreich ist." (Autorenreferat)

[90-CSA] Schweitzer, Yoram; Shay, Shaul:

The Globalization of Terror: The Challenge of Al-Qaida and the Response of the International Community, in: 242p, 2008, Transaction Publishers, ISBN: 1412807700

INHALT: This book makes a significant contribution to scholarly and theoretical research dealing with international terror. The authors offer a unique analysis of the Afghan aluni, who had previously fought the Soviet in the 1980s, within the overall tapestry related to modern international terror.

[91-L] Steinberg, Guido:

Al-Qaida and Jihadist terrorism after 2001, in: Mark Pieth (Hrsg.) ; Daniel Thelesklaf (Hrsg.) ; Radha Ivory (Hrsg.): Countering terrorist financing : the practitioner's point of view, Frankfurt am Main: P. Lang, 2009, S. 1-10

INHALT: Seit 2001 ist der Begriff 'Al-Qaida' zum Synonym des internationalen islamischen Terrorismus geworden: Immer, wenn ein Terrorakt stattfindet, ist Al-Qaida der erste Adressat für den Verdacht der Täterschaft. Der Verfasser analysiert die Entwicklungen dieser Terrororganisation seit 2001. Dabei werden folgende Aspekte dieser Dynamik untersucht: die Rückkehr der Dschihadisten aus Südasien in die arabische Welt, die Entstehung neuer dschihadistischen Organisationen sowie die Verwandlung Al-Qaidas in eine ideologische Instanz. Anschließend stehen die Veränderungen des Profils der Organisation seit 2005 sowie die Mobilisierung ihrer Finanzierungsquellen im Mittelpunkt der Analyse. Zum Schluss werden die Zukunftsperspektiven der Organisation und ihrer Finan-

zierung thematisiert. Es wird hervorgehoben, dass sich Al-Qaida immer besser an die Maßnahmen ihrer Gegner anpasst und ihre Aktionen immer raffinierter organisiert. (ICF)

[92-L] Steinberg, Guido:

Die Wiederkehr von al-Qaida: aktuelle Entwicklungen im internationalen Terrorismus und ihre Folgen für Europa, (SWP-Aktuell, 62), Berlin 2007, 8 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4534)

INHALT: Die Führungsspitze der al-Qaida um Usama Bin Laden und dessen Stellvertreter Aiman az-Zawahiri hat das Jahr 2007 zu einer bisher beispiellosen Öffentlichkeitskampagne genutzt, denn nie zuvor waren die führenden Vertreter der Organisation so häufig in Video- und Audiobotschaften zu sehen und zu hören. Bisheriger Höhepunkt dieser Kampagne war ein Videoband von Anfang September 2007, in welchem Bin Laden erstmals seit dem Jahr 2004 auf bewegten Bildern erschien und den Krieg im Irak und die amerikanische Präsenz in Afghanistan scharf kritisierte. Diese erhöhten Aktivitäten werfen nach Ansicht des Autors die Frage auf, ob sie auf eine Schwächung der Terrororganisation al-Qaida und damit auf mediale Rückzugsgefechte hindeuten oder aber als Zeichen einer neuen Stärke zu interpretieren sind, die lediglich medial untermauert wird. (ICI2)

[93-L] Steinberg, Guido:

Der nahe und der ferne Feind: die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München: Beck 2005, 281 S., ISBN: 3-406-53515-1 (Standort: UB Bonn(5)-2006-2635)

INHALT: Das vorliegende Buch versucht, ein alternatives Erklärungsmuster anzubieten: Das, was gemeinhin als "islamistischen Terrorismus" bezeichnet wird, hat seine Wurzeln in einer Reihe von innenpolitischen Konflikten in den Ländern der arabischen und islamischen Welt, die seit mittlerweile mehr als drei Jahrzehnten zwischen islamistischen Bewegungen und den jeweiligen Regierungen ausgetragen werden. Islamistischer Terrorismus ist insofern nur eine besonders gewalttätige Ausprägung militanter islamistischer Gruppierungen. Der Protest islamistischer Bewegungen in der Region richtet sich primär gegen die eigenen Regierungen, die mit dem "neokolonialen Westen" kooperieren. Der islamistische Terrorismus bewegt sich damit in einem komplizierten Spannungsfeld zwischen regionaler Verankerung und globaler Orientierung. Es gibt - wenn überhaupt - nur wenige Terroristen, denen es allein um den Kampf gegen den Westen oder um eine "islamistische Weltherrschaft" geht und die jegliche Beziehung zu ihrem Herkunftsland verloren haben. Die Zielvorstellungen islamistischer Terroristen bewegen sich in einem Kontinuum zwischen der Machtübernahme in einem Heimatland über den "Rückzug" der Amerikaner aus der Region, die Zerstörung Israels, die Rückeroberung ehemals muslimischer Gebiete bis hin zur Errichtung islamistischer Gottesstaaten in einem meist sehr diffusen Rahmen, der von der Einheit der islamischen Welt bis hin zu einem weltumspannenden Kalifat reicht. Oft bleiben die politischen Ordnungsvorstellungen und der geographische Zielrahmen ihrer Aktivitäten jedoch unklar. Nur der Wille zur Machtübernahme und Etablierung eines "islamischen Staates" in ihrem Heimatland ist nachweisbar und konkret. (ICA2)

[94-L] Storck, Sascha B.:

Terrorismus: Erscheinungsformen, Entstehungsbedingungen und Verläufe, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 134 S., ISBN: 978-3-8364-0566-9 (Standort: LB Koblenz(929)-2007/3520)

INHALT: "Seit dem erneuten Aufflammen terroristischer Gewalttaten in den letzten Jahren, deren vorläufigen spektakulären Höhepunkt die Anschläge des 11. September 2001 bildeten, ist das Wort Terrorismus in aller Munde und plötzlich befindet sich die Welt im Krieg. Gegen wen? Den Terrorismus. Was aber genau versteht man unter Terrorismus? Wer sind die Terroristen? Was sind ihre Motive und Ziele? Ist ein 'Krieg', ein Vorgehen gegen Terrorismus mit militärischen Mitteln, überhaupt möglich? Untersucht man das Thema Terrorismus, so ist eines der ersten Hindernisse, auf das man unweigerlich stößt, die Erkenntnis, dass es ein Phänomen wie den Terrorismus schlicht und einfach nicht gibt. Es gibt nicht eine Art von Terrorismus, sondern viele und die Natur dieser unterschiedlichen Ausprägungen ändert sich kontinuierlich im Laufe der Zeit und von Land zu Land. Eine allge-

meine Theorie, eine umfassende Erklärung seiner Ursachen zu finden, ist wegen der vielen unterschiedlichen Arten kaum möglich. Deshalb widmet sich dieses Buch den verschiedenen Erscheinungsformen des Terrorismus, beleuchtet Ziele und Motive terroristischer Gruppen, untersucht ihre Kampfstrategien, ihre Bindungen an die Gesellschaft und die Dynamik, der terroristische Organisationen als soziale Gruppen unterliegen. Auf dieser Grundlage werden dann Gegenmaßnahmen gegen den Terrorismus aufgezeigt und erläutert." (Autorenreferat)

[95-L] Straßner, Alexander (Hrsg.):

Sozialrevolutionärer Terrorismus: Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 489 S., ISBN: 978-3-531-15578-4

INHALT: "Sozialrevolutionärer Terrorismus in seiner Breite und ideologischen Bezügen ist zu einem Stiefkind der Forschung degeneriert. Waren die relevanten Organisationen der sechziger und siebziger Jahre (RAF, Bewegung 2. Juni, Rote Brigaden, Tupamaros) einst der dominante Faktor der Berichterstattung, so fristen sie heute ein Schattendasein neben dem die Agenda beherrschenden transnationalen Netzwerkterrorismus. Im Mittelpunkt des Sammelbandes steht dabei nicht allein die historische Analyse der wichtigsten europäischen wie überseeischen sozialrevolutionären Gruppierungen, sondern deren ideologischer Bezugsrahmen sowie gemeinsame Entstehungs- und Zerfallsbedingungen. Wie an taktischen und ideologischen Grenzfällen deutlich wird, findet sich aber auch im Terrorismus moderner Prägung sozialrevolutionäres Gedankengut. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der sozialrevolutionär motivierte Terrorismus nicht mit dem Kollaps des real existierenden Sozialismus sein Ende gefunden hat. Angesichts von Negativeffekten der Globalisierung und fortschreitender sozialer Deprivation auch in Industriegesellschaften können sozialrevolutionäre Motive auch zukünftig Motive für Terroristen sein." (Autorenreferat) . Inhaltsverzeichnis: Alexander Straßner: Sozialrevolutionärer Terrorismus: Typologien und Erklärungsansätze (9-33); I. Die Heterogenität sozialrevolutionärer Grundlagen: Benjamin Zeitler: Terrorismus als Revolutionshindernis: Karl Marx und Friedrich Engels (37-46); Nina Huthöfer: Der Katechismus des Revolutionärs: Sergej Nechaev (47-56); Marcus Gerngroß: Anarchismus im Zarenreich: Michail Bakunin und Pjotr Kropotkin (57-68); Ilona Steiler: Die Idee der "Permanenten Revolution": Leo Trotzki (69-76); Johannes Wörle: Die Avantgarde als Keimzelle der Revolution: Vladimir I. Lenin (77-86); Tobias Nerb: Angewandte Guerillatheorie: Mao Tse Tung (87-96); Stephanie Rübenach: Die Theorie der Revolutionsherde: Befreiung der Dritten Welt oder Wegbereiter des Terrorismus? (97-114); Philip Gursch: Gewalt als Widerstandsrecht? Herbert Marcuse (115-124); Daniel Heller: Die Frankfurter Schule - Das Primat der Theorie (125-144); II. Organisationen: A. Klassische sozialrevolutionäre Organisationen: Marcus Gerngroß: Terrorismus im Zarenreich mit Vorbildfunktion: Die "Narodnaya Wolya" (147-158); Ilona Steiler: Bewaffneter Kampf im Mutterland des Imperialismus: Der Weather Underground (159-176); Philip Gursch: Revolution als Tradition: Die Action Directe in Frankreich (177-188); Barbara Fendt und Susanne Schäfer: Orthodoxer Marxismus und Antiimperialismus: Die Belgischen Kommunistischen Zellen (189-208); Alexander Straßner: Perzipierter Weltbürgerkrieg: Rote Armee Fraktion in Deutschland (209-236); Lutz Korndörfer: Terroristische Alternative in der BRD: Die Bewegung 2. Juni (237-256); Johannes Wörle: Erdung durch Netzwerkstruktur? Revolutionäre Zellen in Deutschland (257-274); Carolin Holzmeier und Natalie Mayer: Erdung durch Arbeiternähe? Die Roten Brigaden Italiens (275-304); Florian Edelmann: Die Schimäre der Weltrevolution: Rote Armee Faktion, Vereinigte Rote Armee und Japanische Rote Armee - Bewaffneter Kampf in Japan und im internationalen Kontext (305-328); Florian Edelmann: Die Phantomguerilla: Revolutionäre Organisation 17. November in Griechenland (329-344); Nina Huthöfer: Erfolgreicher Terrorismus? Die Tupamaros in Uruguay (345-362); B. Strukturelle und ideologische Grenzfälle: Alexandra Bürger: Terrorismus oder Guerilla? Der Sendero Luminoso in Peru (365-386); Franz Kurz: Ein "tragisch-groteskes" Missverständnis: Das Scheitern der argentinischen Montoneros (387-410); Stephanie Rübenach: Die Brasilianische Stadtguerilla: Aktionskonglomerat auf widersprüchlicher Grundlage (411-434); Daniel Heller: Moderner Terrorismus zwischen religiösen, politischen und sozialrevolutionären Motiven: das Beispiel AlQaida (435-456); Folgerungen: Alexander Straßner: Die Zukunft des sozialrevolutionären Terrorismus (457-486).

[96-L] Straßner, Alexander:

Die Zukunft des sozialrevolutionären Terrorismus, in: Alexander Straßner (Hrsg.):

Sozialrevolutionärer Terrorismus : Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 457-483

INHALT: Der Verfasser fragt nach den Gründen für die relative Kurzlebigkeit sozialrevolutionärer terroristischer Organisationen. Er sieht diese in der Erfolglosigkeit des terroristischen bewaffneten Kampfes, der nicht auf die Gewinnung von Bevölkerungssympathien oder die Entwicklung einer positiven Systemalternative orientiert ist. Gründe dieser Erfolglosigkeit sieht er zum einen in der "Militantzfall", zum anderen auf systemischer Ebene als Resultat externer Faktoren (fehlender Rückhalt in der Bevölkerung) und interner Faktoren (Blockierung von Modifikationen der eigenen Vorgehensweise). So entstehen sozialrevolutionären Gruppen sowohl gruppensystemische Hindernisse als auch allgemeine terrorismustheoretische Friktionen, die eine erfolgreiche langfristige Ausübung ihrer Tätigkeit unmöglich machen. Hinzu kommt die eigene Ideologie, die sich als Handicap erweist. Gleichwohl schließt all dies eine Wiederkehr militanter Muster nicht aus. (ICE2)

[97-F] Technische Hochschule Aachen:

Transnationaler Terrorismus

INHALT: Ausgehend von einem mechanistischen Erklärungsmodell soll theoretisch und empirisch erklärt werden, wie der neue Terrorismus vom Typ Al-Qaida entstanden ist. In einem ersten Schritt werden die ökonomischen, politischen, gemeinschaftlichen und kulturellen Bedingungen aufgezeigt, die diesen Terrorismus begünstigt haben. Dann wird, mit Hilfe der Theorie komplexer adaptiver Systeme, analysiert, wie es zu einer terroristischen Strategie-Evolution im handelnden Zusammenwirken mit dem Westen, besonders USA, gekommen ist und woraus die eigentliche terroristische Neuerung besteht. Es wird nachgezeichnet, weshalb sich die Akteure für Terror als Handlungsoption entscheiden und nicht eine andere Handlungswahl treffen.

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Lehrstuhl Allgemeine Soziologie (Eilfschornsteinstr. 7, 52062 Aachen)

[98-L] Thamm, Berndt Georg:

Internationaler Djiha-Terrorismus: strategische Bedrohung nicht nur für Europa, in: Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2004, Herford: Mittler, 2004, S. 231-242, ISBN: 3-8132-0829-X (Standort: UB Bielefeld(361)-12/IE790/J2I6S/2004)

INHALT: "Der am Hindukusch zum Ende des Afghanistankrieges (1979-89) entstandene Djiha-Terrorismus stellt auf der Schwelle des 21. Jahrhunderts nicht nur für Europa eine strategische Bedrohung dar. Deren qualitative Kennzeichen sind insbesondere die langfristige Anlage des Djiha, des heiligen Krieges in Form der asymmetrischen Auseinandersetzung, das weltweite Ziel der Errichtung eines globalen muslimischen Gottesstaates, eines Kalifats, der Einsatz modernster Kommunikationsmittel und nachrichtendienstlicher Techniken gepaart mit archaischen Waffengattungen wie Selbstmordattentätern, ein weltweites Netz von 20.000 oder mehr ausgebildeten Djiha-Soldaten in der dar al-Islam, dem Gebiet des Islam, eine gezielte Kämpfernachwuchs-Werbung einschließlich Rekrutierungen in der dar al-harb, dem Gebiet des Krieges, und nicht zuletzt ein weltweites Netz finanzieller Verflechtungen. Damit werden die politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Völkergemeinschaft über Dekaden umfassend bedroht bleiben. Ein internationaler Schulterschluss aller Schutzorgane - Strafverfolgungsbehörden, Nachrichtendienste, Streitkräfte - ist zwingend erforderlich." (Autorenreferat)

[99-F] Universität Hamburg:

Contemporary terrorism

INHALT: This European project will analyse the current, radical Islamic, forms of terrorism in Europe by comparing them to older - revolutionary or separatist - forms of terrorism. By mobilising accumulated knowledge about already well-researched forms of terrorism (violent separatism, revolutionary terrorism, state terrorism, etc.), the terrorist "expressions" of certain radical Islamic organisations, often presented as "original" or new, will be investigated. The project will bring together scholars from various fields (sociology, political science, economics, psychology) and state security officials (police, judiciary and intelligence). Cooperation project with the Institut d'Hautes Études de Sécurité, Paris (INHES).| **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Europa

ART: gefördert **BEGINN:** 2004-01 **ENDE:** 2006-12 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit

INSTITUTION: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialwissenschaften Institut für Kriminologische Sozialforschung (Allende-Platz 1, 20146 Hamburg)

KONTAKT: Sekretariat (Tel. 040-42838-3329, Fax: 040-42838-2328, e-mail: astksek@uni-hamburg.de)

[100-L] Urban, Johannes:

Internationaler Islamistischer Terrorismus: Herausforderung für den demokratischen

Verfassungsstaat, in: Uwe Backes (Hrsg.) ; Eckhard Jesse (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit : extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006, S. 441-476, ISBN: 3-525-36905-0 (Standort: UB Bonn(5)-2006/3236)

INHALT: Der Beitrag zum übergeordneten Thema des Niederschlags extremer Ideologien in den Diskursen, Visionen, Programmen und propagandistischen Bemühungen extremistischer Organisationen setzt sich mit dem Internationalen Islamistischen Terrorismus auseinander, der auch in Europa eine Gefahr darstellt. Der Autor geht der Frage nach, welche Gefahren diese Bedrohung hervorrufen und an welchen Merkmalen sie festzumachen sind. Ausgehend von den Erfolgskennzeichen verschiedener Terrorismus-Formen wird ein Analyseraster entwickelt, mit dessen Hilfe die Gefahren des Internationalen Islamistischen Terrorismus beschrieben und ergänzt werden. Die Analyse stellt dabei auf vier Variablen ab: (1) Akteure, (2) Ideologie, (3) Bezugsgruppe und (4) Rahmenbedingungen. Das Ergebnis ist ein Gefahrenbild, das sowohl die Gefahr der Gewalt als auch die der Durchsetzung politischer Forderungen des Islamismus berücksichtigt. Schwerwiegende Gefahren ergeben sich zudem durch die starke Einbindung Deutschlands in europäische, transatlantische und globale Prozesse und Strukturen. Die Bundesrepublik ist herausgefordert, in einem demokratischen Prozess den Werten der Sicherheit und der Freiheit entsprechende Problemlösungsstrategien zu entwickeln. (ICG2)

[101-L] Vollmer, Thomas:

Der militante Islamismus als neuer Totalitarismus: dschihadistischer Terrorismus und westliche Sicherheitsarchitektur, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 147 S., ISBN: 978-3-8364-1146-2 (Standort: UB Bonn(5)-2007/6968)

INHALT: Der erste Teil der Untersuchung ist der retrospektiven Vergewisserung des spezifisch Totalitären gewidmet. Zentrale Merkmale des Totalitarismus werden hierzu ebenso aufgearbeitet wie Unterschiede und Gemeinsamkeiten von fundamentalistischen und totalitären Phänomenen, religiös motiviertem Terrorismus und staatlichem Terror totalitärer Diktaturen. Im zweiten Teil seiner Untersuchung konzentriert sich der Verfasser auf die Frage nach den totalitären Elementen des militanten Islamismus, dessen ideologische Grundlagen er bei Hasan al-Banna und Sayyid Qutb findet. Die Entfaltung des islamistisch orientierten Terrorismus zur weltpolitischen Kraft wird beginnend mit der iranischen Revolution 1979 über Afghanistan bis zu al-Qaida dargestellt, um dann den dschihadistischen Totalitarismus mit dem Liberalismus zu konfrontieren. Dabei entsteht das Bild einer neototalitären Massenbewegung, die sich - von charismatischen Führerfiguren geleitet - auf eine antimoderne, militante, außerweltlich legitimierte Ideologie stützt und die fanatische Ausrottung jeglicher Opposition durch totalitären Terror anstrebt. (ICE2)

[102-L] Waldmann, Peter (Hrsg.):

Determinanten des Terrorismus, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2005, 241 S., ISBN: 3-934730-01-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6405)

INHALT: "Diese Studie richtet den Blick auf die Determinanten der Entstehung und Entwicklung terroristischer Organisationen. Wenngleich eine der Ausgangsfragen war, inwieweit Armut, soziale Ungleichheit und Analphabetismus in der Dritten Welt als mögliche Ursachen der Welle religiösen Terrorismus in Frage kämen, die in den Anschlägen vom 11. September 2001 gipfelte, wurden alsbald weitere Erklärungsfaktoren, insbesondere organisationsinterne Determinanten terroristischen Handelns in die Analyse mit einbezogen. Denn man will erfahren, wie es zur Bildung terroristischer Verbände und zur ständigen Neurekrutierung von Mitgliedern für sie kommt, so bleibt einem nichts anderes übrig, als sich auf die Ebene dieser Verbände und der einzelnen Terroristen selbst zu begeben: zur versuchen herauszufinden, aus welchem sozialen Milieu diese stammen, welche sukzessiven Schritte sie zu der Gewaltorganisation führten, aus welchen Motiven sie die Konfrontation mit dem Staat und der Gesellschaft suchen, warum sie die Strapazen eines Lebens im Untergrund auf sich nehmen, sich nicht scheuen, gegebenenfalls auch Unschuldige zu töten oder mit in den Tod zu reißen usf. Kurzum, es geht darum, die Vorstellungs- und Lebenswelt der terroristischen Akteure zu verstehen. In den einzelnen Untersuchungen wird prozessualen Aspekten der Vorrang vor einer statischen Analyse eingeräumt; das heißt, der Akzent wird auf sukzessive Entscheidungen der Akteure und Gruppen in Schlüsselsituationen gelegt, die den Gewaltkurs intensivieren oder abschwächen können." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Peter Waldmann: Einleitung: Determinanten der Entstehung und Entwicklung terroristischer Organisationen (11-28); Heinrich-W. Krumweide: Ursachen des Terrorismus (29-84); Stefan Malthaner: Terroristische Bewegungen und ihre Bezugsgruppen. Anvisierte Sympathisanten und tatsächliche Unterstützer (85-137); Peter Waldmann: Die zeitliche Dimension des Terrorismus (139-187); Hamed Abdel-Samad: Radikalisierung in der Fremde. Muslime in Deutschland (189-240).

[103-L] Waldmann, Peter:

Terrorismus: Provokation der Macht, Hamburg: Murmann 2005, 294 S., ISBN: 3-938017-17-1

INHALT: Wofür steht der Begriff 'Terrorismus'? Welche Akteure, Ziele und Hintergründe lassen sich darunter subsumieren? Diesen Fragen widmet sich Waldmanns nicht zu Unrecht als 'Standardwerk' bezeichnete Monografie von 1998, die angesichts der Anschläge vom 11. September 2001 in den USA und 2004 in Madrid als zweite Auflage vollständig überarbeitet erscheint. Der Autor beschreibt jene 'Provokation der Macht', die er - verkürzt rekapituliert - als planmäßig vorbereitete Gewalttat gegen eine politische Ordnung definiert, die Schrecken verbreiten, aber auch Unterstützungsbereitschaft erzeugen soll. Unter Berücksichtigung verschiedener Ansätze aus Politikwissenschaft und Soziologie baut Waldmann dabei auf einer Darstellung geschichtlicher, strukturell-gesellschaftlicher und psychologischer Hintergründe auf, bevor er sich den gebräuchlichen Terrorismus-Typen widmet: sozialrevolutionärem, ethnisch-nationalistischem und rechtsradikalem Terrorismus sowie der religiös motivierten Erscheinungsform, die er besonders ausführlich beschreibt. Als Tendenz wird dabei - veranschaulicht durch übersichtliche Tabellen und Grafiken - für die vergangenen Jahre eine sinkende Zahl der terroristischen Anschläge festgestellt, zugleich steige aber die Anzahl der Todesopfer und die wahrgenommene Brutalität. Obwohl bei den Anschlägen vermehrt religiöse Motive im Vordergrund stünden und moderne Kommunikationsmittel eine dezentrale Organisation förderten, warnt Waldmann davor, Al Kaida als Archetyp für einen modernen, netzwerk-orientierten und religiös-fanatischen Terrorismus zu sehen. Da der Autor Terrorismus primär als Kommunikationsstrategie mit hoher symbolischer Funktion betrachtet, beschreibt er in weiteren Kapiteln die besondere Rolle der Medien im Kalkül der Attentäter sowie diverse Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung von Symptomen und Ursachen des Terrorismus. (ZPol, VS)

[104-L] Waldmann, Peter:

Radikalisierung in der Diaspora: wie Islamisten im Westen zu Terroristen werden, Hamburg: Murmann 2009, 246 S., ISBN: 978-3-86774-052-4

INHALT: Die im Westen stattfindenden Radikalisierungsprozesse werden als Ausdruck einer irrationalen, eklatant "undankbaren" Haltung gedeutet. Was bei dieser Vorgehensweise ausgeklammert wird, sind die speziellen Bedingungen der Existenz der Muslime im Westen. Sie stehen unter Anpassungsdruck, müssen um ihre soziale Anerkennung ringen, während sie sich gleichzeitig verpflichtet sehen, ihrem kulturell-religiösen Erbe, dem Islam, treu zu bleiben. Um dieser zweifachen Herausforderung, die sich den Muslimen im Westen stellt, gerecht zu werden, wird das Konzept der Diaspora eingeführt. Die Kombination von zwei Identitäten und das ständige "Spiel" mit ihnen, so die häufig vertretene Ansicht, seien der individuellen Flexibilität und Kreativität förderlich und nähmen in nuce den Menschen der Zukunft vorweg, der sich nach dem Durchlässigwerden nationalstaatlicher Grenzen in mehreren gesellschaftlichen Bezugssystemen gleichzeitig bewegen und bewähren müssen. Dabei wird übersehen, dass für die Mehrzahl der Betroffenen die doppelte Zugehörigkeit und Identität zunächst eine tiefe Verunsicherung und Belastung bedeutet. Für jeden Einzelnen geht es darum, ob sich die beiden Identitäten miteinander versöhnen lassen und er sich letztlich zwischen beziehungsweise über ihnen verorten soll. Die Option für den radikalen Islamismus, so die hier vertretene These, ist eine unter anderen sich bietende Lösung für die im Westen lebenden Muslime, mit diesem Identitätsdilemma fertig zu werden. Es finden sowohl die individuelle als auch die Gruppenkomponente des Radikalisierungsprozesses Berücksichtigung. Dabei wird neben den unterschiedlichen Organisationsformen radikaler Zellen der sukzessive Übergang von der zweiten zur dritten Generation von Terroristen herausgearbeitet. Ein Schwerpunkt der Untersuchung bezieht sich auf die Frage, inwieweit das jeweilige Herkunftsland der Muslime und vor allem die Migrationspolitik des Aufnahmelandes die Wahrscheinlichkeit von Radikalisierungsprozessen beeinflussen. Dabei liegt ein gewisser, allerdings schwer zu gewichtender Kausalzusammenhang auf der Hand. Nach der Analyse der Hauptgründe für die unterschiedliche Anschlagshäufigkeit diesseits und jenseits des Atlantiks wird die Migrationspolitik Großbritanniens, Frankreichs, Spaniens und der Bundesrepublik Deutschland näher geprüft. (ICF2)

[105-L] Waldmann, Peter:

Die Herausforderung des Terrorismus, in: Anton Rauscher (Hrsg.): Handbuch der katholischen Soziallehre, Berlin: Duncker & Humblot, 2008, S. 1061-1070

INHALT: Der Beitrag beschreibt Hauptformen sowie die Entstehung, Entwicklung und Folgen des Terrorismus. Terroristische Gruppen sind definitionsgemäß kleine, allenfalls mittelgroße Gruppen. Es ist nicht gesagt, dass sie repräsentativ für soziale Problemlagen und breitere soziale Schichten sein müssen. Der starke Voluntarismus dieser Gruppen treibt sie eher in eine Entfremdung von der Gesellschaft. Bestimmte Entwicklungen der Moderne haben beigetragen, Terrorismus als Gewaltform attraktiv zu machen: das staatliche Gewaltmonopol, die modernen Großstädte, Gesellschaften im Umbruch mit ihren Integrationsproblemen und das Ausbleiben größerer bewaffneter Konflikte, die als kollektives Drama das durch Einzelanschläge verursachte Leid deutlich in den Schatten stellen. Die Überlebensfähigkeit terroristischer Vereinigungen hängt mit der Herausbildung eines Fachwissens eigener Art zusammen, wozu zählt: eine Organisationsstruktur mit einer Kombination von hierarchischen und dezentralen Elementen, kollektive Führungskader, eingespielte Prozeduren der Anwerbung neuer Mitglieder, ihrer Disziplinierung und Sozialisierung, eine Routinisierung in der Beschaffung von Finanzmitteln durch Zwangsausübung oder moralischen Druck und die Perfektionierung der Geheimhaltungsmethoden. (ICB2)

[106-L] Waldmann, Peter:

Determinanten der Entstehung und Entwicklung terroristischer Organisationen, in: Peter Waldmann (Hrsg.): Determinanten des Terrorismus, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2005, S. 11-28, ISBN: 3-934730-01-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6405)

INHALT: Der Autor setzt sich mit Annahmen über den Terrorismus auseinander, die er als irreführend bezeichnet. Diese beziehen sich auf den Zusammenhang zwischen Terrorismus und Armut, auf das Verständnis vom Terrorismus als Ersatzkrieg gegen den Westen, auf die Betrachtung der Terroristen als psychisch gestörte Menschen, auf den Zusammenhang zwischen dem politischen Entwicklungsstand eines Landes und der Entstehung vom Terrorismus sowie auf die Kausalfaktoren der Entste-

hung terroristischer Verbände. Anschließend werden konzeptionelle und methodische Fragen bezüglich der Definition vom Terrorismus, der Schwerpunkte wissenschaftlicher Untersuchungen zu diesem Thema und der Einordnung des Terrorismus unter die Gewaltphänomene erörtert. Zum Schluss wird zur Diskussion gestellt, welche Maßnahmen gegen den Terrorismus möglich sind. (ICG)

[107-L] Wieviorka, Michel:

From classical terrorism to "global" terrorism, in: International journal of conflict and violence, Vol. 1/2007, Iss. 2, S. 92-104 (nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0070-ijcv-2007219)

INHALT: "This article examines the history and the development of terrorism as a research subject for social sciences. It gives an impression of how the subject's theoretical remit has changed over the last decades-explicitly taking into account the characteristics of a modern and global world and their impact on current understandings of terrorism." (author's abstract)|

[108-L] Wildfang, Anne:

Terrorismus: Definition - Struktur - Dynamik, (Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Bd. K 149), Berlin: Duncker & Humblot 2010, 304 S., ISBN: 978-3-428-13298-0

INHALT: "Die vorliegende Arbeit untersucht Terrorismus vor dem Hintergrund kriminologischer und sozialpsychologischer Theorien, um die Phänomenologie sowie die Konstruktion des Terrorismus zu beleuchten. Damit wird eine Wissenserweiterung in Bezug auf Erscheinen, Entwicklung, Wirkung und Attraktivität des Terrorismus angestrebt, deren Ergebnisse die rechtspolitischen Überlegungen zur Behandlung des Terrorismus bereichern sollen. Zu diesem Zweck wird zunächst der Gegenstandsbereich des Terrorismus erfasst. Hervorgehoben werden die Schwierigkeiten bei einer Definitionsfindung, welche insbesondere in der Abhängigkeit von der subjektiven Wahrnehmung des Betrachters sowie der spezifischen Wirkweise des Terrorismus gründen. Als Gruppenphänomen findet ferner die Struktur terroristischer Gruppierungen Beachtung. Terroristische Gruppen bilden in der Regel Strukturhybriden aus hierarchischen und netzwerkartigen Elementen, wobei aufgrund der Bedingungen des Untergrundes Regelmäßigkeiten festzustellen sind. Sodann wird vor dem Hintergrund der Sozialen Identitätstheorie sowie gruppendynamischen Ansätzen die Entwicklung einer terroristischen Gruppe nachgezeichnet. Die besondere Distinktheit zu Fremdgruppen bewirkt bei terroristischen Gruppen eine außergewöhnliche Selbstwerterhöhung und Unsicherheitsreduktion und damit Attraktion für das Individuum. In Zusammenhang mit gruppendynamischen Effekten, Neutralisationsmechanismen und kollektiven Lernerfahrungen erklärt sich weiter eine Hinwendung zur Gewalt und Gewalteskalation. Die Kombination von theoretischen Betrachtungen, mit Schwerpunkt auf der Kollektivität des Terrorismus sowie dessen selbstwertschützenden Eigenschaften, bietet ein Konzept für die Entwicklung terroristischer Gruppen, welches sowohl deren Attraktivität als Eigengruppe, die Dynamik mit Fremdgruppen als auch die Gewaltanwendung umfasst. Damit bindet diese Studie die aktuelle, kriminologisch bisher vernachlässigte Thematik des Terrorismus theoretisch ein und bietet somit eine Grundlage für dringend benötigte empirische Forschung sowie Anknüpfungspunkte für die Sinnhaftigkeit und Effektivität von Anti-Terrorismusmaßnahmen." (Autorenreferat)

[109-L] Witte, Daniel:

Zur Rational-Choice-Analyse des transnationalen Terrorismus: Potenziale und Grenzen ökonomischer Erklärungsansätze, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 17-44, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Der Autor untersucht den heuristischen Wert von Rational-Choice-Ansätzen zur Erklärung des transnationalen Terrorismus, welchem als eine asymmetrische und primär psychologische Form der Kriegsführung ein gewisses Maß an strategisch-rationaler Logik unterstellt werden kann. Eine nähere Analyse der strategischen Logik terroristischer Netzwerke, der individuellen Logik von Selbstmordattentätern sowie ihrer nicht streng rationalen Dimensionen kann wiederum eine rationale Auseinan-

dersetzung mit dem Phänomen ermöglichen. Der Autor zeigt die Potenziale, aber auch die Grenzen von ökonomischen Modellen auf, die sich mit Selbstmordattentaten befassen. Er diskutiert ferner einige alternative Erklärungsansätze, die sich auf die Stichworte nicht-reziproker Altruismus, Gruppenmechanismen, Identität und Techniken der Selbstbindung beziehen. Auch wenn der gegenwärtige Terrorismus aus der Perspektive der im Hintergrund stehenden Organisationen als eine hoch rationale und potenziell auch erfolgversprechende Strategie verstanden werden kann, scheitert eine strenge Rational-Choice-Logik seiner Meinung nach an der Opferbereitschaft der Attentäter. Diese stellt weder in historischer noch kultureller Hinsicht ein spezifisch islamisches Phänomen dar und kann vor dem Hintergrund der sinnstiftenden Wirkungen von kollektiven Identitäten, Ideologien und Gruppenzugehörigkeiten gedeutet werden. (ICI2)

[110-L] Witte, Erich H.; Halverscheid, Susanne:

Justification of war and terrorism: a comparative case study examining ethical positions based on prescriptive attribution theory, (Hamburger Forschungsberichte zur Sozialpsychologie (HAFOS), Nr. 70), Hamburg 2006, 28 S. (Graue Literatur;
www.uni-hamburg.de/fachbereiche-einrichtungen/fb16/absozpsy/HAFOS-70.pdf)

INHALT: "The aim of this study is to examine the underlying ethical positions of statements that try to justify acts of war and terrorism. Similarities and differences will be analyzed within the framework of empirical ethics research. With respect to the current political situation, examples of war and terror from both Western and Arabian parties and terrorist organizations are chosen. The cases are exemplified by selected speeches and explanations from (1) the American Government justifying the military strikes in Afghanistan (2001-) and the war in Iraq (2003-); (2) the Red Army Faction (RAF) justifying terrorist attacks that they perpetrated in Germany between 1972 and 1984; (3) the former president of Iraq justifying the war against Iran (1980-1988); (4) members of Al-Qaeda justifying terrorist acts between 2001 and 2004. In a first rating procedure, statements containing justifications of politically motivated violence will be identified based upon argumentation analysis. The selected statements will then be rated in a second process in regard to the underlying ethics. The justification patterns will be presented, compared, and discussed in respect to the interaction of culture and type of aggression. The results illustrate distinctive argumentation patterns for each group examined. The inference-statistical comparison reveals significant differences between the types of aggression as well as between Western and Arabian countries, whereas the cultural factor proves to be more essential." (author's abstract)

[111-F] Wörle, Johannes (Bearbeitung); Sebaldt, Martin, Prof.Dr. (Betreuung):

Zerfallsmuster im internationalen Netzwerkterrorismus - Regionalisierung und Strategiekopplung als terroristische Überlebensstrategie?

INHALT: keine Angaben

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Regensburg, Philosophische Fakultät 01 - Philosophie, Kunst- und Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, insb. Westeuropa (93040 Regensburg)

KONTAKT: Institution -Sekretariat- (Tel. 0941-943-3520,
 e-mail: helga.suppmann@politik.uni-regensburg.de)

[112-F] Zimmermann, Ekkart, Prof.Dr. (Leitung):

Economic causes of terrorism

INHALT: keine Angaben

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 2005-01 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Institution

INSTITUTION: Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Professur für Makrosoziologie (01062 Dresden)

KONTAKT: Institution -Sekretariat- (Tel. 0351-463-37043, Fax: 0351-463-37085)

2 Terroristische Gefahrenabwehr im Rahmen der inneren Sicherheitspolitik in Deutschland

[113-L] Albrecht, Hans-Jörg:

Counterterrorism policies in Germany, (forschung aktuell, Nr. 38), Freiburg im Breisgau 2006, 69 S. (Graue Literatur; www.mpicc.de/shared/data/pdf/fa_38_albrecht10_06.pdf)

INHALT: Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die Erfahrungen, die deutsche Behörden und Politik mit dem Terrorismus gemacht haben und stellt die Entwicklung der Terrorismusbekämpfungsstrategien in Deutschland seit 1970 vor. Nach einer kurzen Darstellung der terroristischen Aktivitäten werden die Zeiträume 1970 bis 2000 und nach dem 11. September 2001 in Hinblick auf die Paragraphen im Strafgesetzbuch analysiert, wobei die Paragraphen 129a und 129b StGB besonders berücksichtigt werden. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass neben den gesetzlichen Möglichkeiten vor allem politische Initiativen initiiert werden, um das Phänomen Terrorismus im Vorfeld zu bekämpfen. (ICD)

[114-L] Bauer, Michael:

Innere Sicherheit in Zeiten des Terrorismus, (CAP Aktuell, Nr. 9/2007), München 2007, 7 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-110849)

INHALT: "Deutschland ist nicht nur Rückzugs- und Planungsraum für islamitische Terroristen, sondern auch ein mögliches Anschlagziel. Zwei Idealtypen von Terroristen sind dabei zu unterscheiden: Der so genannte 'homegrown terrorist' ist kaum oder gar nicht an die Strukturen des islamitischen Terrorismus angebunden und agiert in der Regel aufgrund individueller Entscheidungen. Hiervon zu unterscheiden ist der ausgebildete und indoktrinierte Terrorist, der im Kontext einer breiter angelegten Strategie operiert. Für die Sicherheitsbehörden liegt der Fokus im Umgang mit beiden Akteurstypen auf der Prävention. Die Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang in Deutschland getroffen wurden, sind hinsichtlich ihres Beitrags zur inneren Sicherheit zwar positiv zu bewerten. Mehr politische Aufmerksamkeit muss jedoch der Balance von Freiheit und Sicherheit gewidmet werden." (Autorenreferat)

[115-L] Böckenförde, Stephan; Gareis, Sven Bernhard (Hrsg.):

Deutsche Sicherheitspolitik: Herausforderungen, Akteure und Prozesse, (Uni-Taschenbücher, 8388), Opladen: B. Budrich 2009, 389 S., ISBN: 978-3-86649-965-2

INHALT: Sicherheitspolitik gehört in Deutschland nicht zu den Themen, denen in öffentlichen Debatten in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die wenigen existierenden Ausnahmen bestätigen die Regel. Zwar führen die Veränderungen im internationalen Krisen- und Konfliktgeschehen, das Auftreten neuer Herausforderungen und Risiken sowie schließlich die wachsenden Verflechtungen und Interdependenzen in der globalisierten Welt auch in Deutschland zu Konsequenzen für die Gewährleistung staatlicher Sicherheitsvorsorge. Diese werden im öffentlichen Raum jeweils anlassbezogen diskutiert, z. B. im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr oder im Fall von neuen Rechtsvorschriften zur inneren Sicherheit. Eine strategische Debatte über Deutschlands Rolle als sicherheitspolitischer Akteur in Europa und der Welt, über Ziele und Prioritäten, über den zu wählenden institutionellen Kontext, über bevorzugte Politikansätze und -instrumente reicht über kleine Expertenzirkel kaum hinaus. An diesem Defizit setzt dieser Sammelband an, der sich zum Ziel gesetzt hat, 'die wesentlichen Fundamente, Instrumente, Handlungsfelder deutscher Sicherheitspolitik sowie deren Gestaltung im Rahmen internationaler Institutionen' (7) darzustellen und zu analysieren. Das Buch bietet daher einen Überblick über die wichtigsten sicherheitspolitischen Akteure in Deutschland und die Zusammenhänge, in denen sie operieren. Ausgehend von einem sich verändernden Sicherheitsverständnis betrachten die Autoren die handlungsleitenden Interessen, untersuchen die sich daraus ergebenden Prozessabläufe in Staat und Gesellschaft und analysieren die wichtigsten sicherheitspolitischen Handlungsfelder. Jedes Kapi-

tel bildet eine in sich geschlossene thematische Einheit und wird durch Diskussions- und Arbeitsfragen sowie eine annotierte Auswahl von weiterführender Literatur ergänzt. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Stephan Böckenförde: Die Veränderung des Sicherheitsverständnisses (11-44); Michael Staack: Normative Grundlagen, Werte und Interessen deutscher Sicherheitspolitik (45-78); Sven Bernhard Gareis: Die Organisation der Sicherheitspolitik in Deutschland - Akteure, Kompetenzen, Verfahren und Perspektiven (79-97); Sven Bernhard Gareis: Militärische Beiträge zur Sicherheit (99-130); Martin H. W. Möllers: Innenpolitische Dimensionen der Sicherheitspolitik in Deutschland (131-172); Stefan Bayer: Wirtschaft, Ressourcen, Umwelt und Sicherheit (173-208); Andreas Grimm und Cord Jakobeit: Entwicklungszusammenarbeit und aktive Krisenprävention (209-232); Heiko Biehl und Jörg Jacobs: Öffentliche Meinung und Sicherheitspolitik (233-253); Wilhelm Knelangen: Die Europäische Union und die deutsche Sicherheitspolitik (255-286); Olaf Theiler: Deutschland und die NATO (287-328); Johannes Varwick: Deutsche Sicherheitspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen (329-361); Stephan Böckenförde und Sven Bernhard Gareis: Die Zukunft der Sicherheit - Probleme, Herausforderungen und Lösungsansätze für die deutsche Sicherheitspolitik (363-375).

[116-L] Bruchmüller, Silke:

Terrorismusbekämpfung in der 14. und 15. Legislaturperiode, in: MenschenRechtsMagazin : Informationen, Meinungen, Analysen, Jg. 14/2009, H. 1, S. 57-72 (Standort: USB (Köln)38-XF537; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Deutschland reagierte auf die neue internationale Bedrohungslage nach dem 11. September 2001 unter der rot-grünen Koalition mit dem Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus - Terrorismusbekämpfungsgesetz (TBG), wodurch insgesamt 20 Sicherheitsgesetze und Verordnungen geändert wurden. Exemplarisch kommentiert der vorliegende Beitrag die Erweiterung der Befugnisse und Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes sowie die Einführung des Erfordernisses biometrischer Daten im Passwesen. Doch verbunden mit diesen der inneren Sicherheit dienenden Vorschriften sind auch Eingriffe in die Rechte und Freiheiten eines jeden einzelnen Bürgers verbunden. Kommt es dabei zu einem Konflikt - Sicherheit versus Freiheit? Oder kann die Balance zur Gewährleistung beider Güter gehalten werden? Um diese Fragen zu klären, wird auf einige Vorgänge zur Terrorismusbekämpfung im Bereich der Gesetzgebung und deren Entwicklungen aus der 14. und 15. Legislaturperiode unter Bundeskanzler Gerhard Schröder eingegangen, insbesondere auf das TBG. Es wird weiterhin geklärt, in wieweit der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages an den Vorgängen von Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung beteiligt war und wie darauf basierend sein Einfluss im Hinblick auf innere Angelegenheiten bewertet werden kann. (ICA2)

[117-L] Buckow, Sebastian:

Zentralisiert und vernetzt: die neue deutsche Sicherheitsarchitektur, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 47/2008, H. 4 H. 184, S. 93-102 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag zur inneren Sicherheit in Deutschland analysiert BKA-Gesetz und Online-Durchsuchung als Elemente einer neuen Architektur der Sicherheitsapparate. So werden hier die vier Säulen dieser Neuordnung seit 2005 dargestellt: (1) Eine verstärkte Kooperation und Vernetzung der Sicherheitsbehörden, (2) eine Neudefinition institutioneller Zuständigkeiten am Beispiel der Bundespolizei, (3) eine horizontale und vertikale Verschiebung im innerstaatlichen Machtgefüge am Beispiel des neuen Bundeskriminalamtes sowie (4) eine Internationalisierung bzw. Europäisierung der Innenpolitik, verbunden mit einer Verlagerung von Entscheidungen in andere politische Arenen. Die aufgezeigten Entwicklungen verdeutlichen, dass sich die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden in einem umfassenden Transformationsprozess befinden, der weit über eine schlichte Anpassung an neue Erfordernisse hinausgeht. Es zeigen sich schon heute klare Konturen einer neuen deutschen Sicherheitsarchitektur. Diese ist gekennzeichnet durch eine zunehmende operative und technische Verflechtung der Sicherheitsbehörden. Das Ziel: Eine verstärkte institutionelle, multidimensionale Vernetzung, also der Aufbau eines Daten- und Kooperationsverbundes von Bund, Ländern und internationalen Partnern sowie von Polizeien und Nachrichtendiensten. (ICG2)

[118-L] Bukow, Sebastian:

Die neue deutsche Sicherheitsarchitektur: Wandel und Entwicklung der inneren Sicherheit in Deutschland im europäischen Kontext, in: Astrid Lorenz (Hrsg.) ; Werner Reutter (Hrsg.): *Ordnung und Wandel als Herausforderungen für Staat und Gesellschaft : Festschrift für Gert-Joachim Glaeßner*, Opladen: B. Budrich, 2009, S. 349-370

INHALT: Der Verfasser skizziert die institutionellen, organisatorischen und technischen Änderungen im Bereich der inneren Sicherheit und spricht in diesem Zusammenhang von einer neuen Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik. Er diagnostiziert eine zunehmende Vernetzung und Verflechtung der Sicherheitsbehörden auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus, eine Ausweitung der Befugnisse und des Personals der Bundesbehörden, eine Ausdehnung der Kompetenzen des Bundes zu Lasten der Bundesländer sowie einen Wandel vom primär strafverfolgenden Rechtsstaat zum sicherheitsorientierten Präventionsstaat. Auf europäischer Ebene setzt Deutschland im Fall von Kompetenztransfers erfolgreich eigene sicherheitspolitische Interessen durch. Als zentrales Argument für diese weit reichenden politisch-institutionellen Reformen dient die Abwehr von Gefahren. Das Problem der institutionellen Kontrolle und der Anbindung der Sicherheitsbehörden an die parlamentarische Demokratie wird zu wenig öffentlich diskutiert. (ICE2)

[119-L] Büsching, Stephan:

Rechtsstaat und Terrorismus: Untersuchungen der sicherheitspolitischen Reaktionen der USA, Deutschlands und Großbritanniens auf den internationalen Terrorismus, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 582), Frankfurt am Main: P. Lang 2010, 194 S., ISBN: 978-3-631-59657-9

INHALT: "In dieser Arbeit wird die Frage gestellt, welche Auswirkungen der islamistische Terrorismus auf die sicherheitspolitischen Vorstellungen und Strategien der USA, Deutschlands und Großbritanniens hat. Die Untersuchung beruht hauptsächlich auf der Auswertung von Quellenmaterial. Im Mittelpunkt stehen dabei die Verhaftungswellen nach dem 11. September, der USA PATRIOT Act, das Internierungslager auf Guantanamo, die Sicherheitspakete I und II, der UK Anti-Terrorism Crime and Security Act und die mit diesen Maßnahmen und Gesetzen zusammenhängende Rechtsprechung. Ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung ist, dass in allen drei untersuchten Gesellschaften der Staat Züge eines Präventionsstaates annimmt, der bestrebt ist, Risiken für seine Bürger lange vor deren tatsächlichen Manifestierung zu erkennen und zu beseitigen, und dabei fast unweigerlich mit Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit kollidiert. In den USA und Großbritannien geht die Entwicklung noch einen Schritt weiter: Der Verdacht auf terroristische Aktivitäten ist hier zum Inhaftierungsgrund auf rein administrativer Grundlage geworden, ohne dass der Verdächtige Anspruch auf ein reguläres Gerichtsverfahren hat." (Autorenreferat).

[120-L] Coester, Marc; Bott, Klaus; Kerner, Hans-Jürgen:

Prevention of terrorism: core challenges for cities in Germany and Europe, (Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie, Bd. 13), Tübingen 2007, 40 S. (Graue Literatur; tobias-lib.ub.uni-tuebingen.de/volltexte/2007/2740/pdf/Band_13.pdf)

INHALT: "This report illustrates the output of the forth local seminar - the last one of a series being coordinated by the European Forum for Urban Security within the project 'SecuCities - cities against terrorism' - which was held in Tübingen from 27th to 28th November 2006. Organized by the Institute of Criminology of the University of Tübingen the conference with the topic 'How to deal with terrorist threats? Major problems and handling opportunities for local authorities' was thematically structured in three main topics: Firstly general information about terrorism was provided, which included historical and functional aspects of terrorism in order to get a topic-overview. Furthermore the problems and issues of the logistics, the acquisition of material, the financial structure as well as the techniques of recruitment of terrorist groups were worked out by means of the analysis of a certain terrorist group (PKK) and certain terrorist techniques. Having acquired the basic principles, the parti-

cipants secondly turned to long-term strategies against terrorist threats. The main focuses of this part were the practical issues in the fight against terrorism, particularly the possibility and the capability of working on confident building measures in order to reach groups with a high potential of terrorist recruitment. Moreover it was amongst others stressed that a co-operation between different institutions - containing elements of psychology, sociology, criminology and Islam science - could become a solving factor in analyzing and preventing terrorism. Thirdly the plenum dealt with counter-terrorism measures from the cities' perspective focusing on concrete measures of both urban terrorism prevention and crisis management in case of a terrorist attack. To name just a few points, safety and security measures at large events, the advantages and disadvantages of CCTV as well as possible reactions to bioterrorism were presented. Finally the plenary discussion provided the opportunity of an unresisted exchange of ideas. Within this discussion the participants agreed that - facing terrorism - an international as well as national and local co-operation of agencies and authorities are of prime importance." (author's abstract)

[121-L] Deiß, Tanja Kristin:

Herausforderung Terrorismus: wie Deutschland auf den RAF- und Al-Qaida-Terrorismus reagierte, Marburg: Tectum Verl. 2007, 163 S., ISBN: 978-3-8288-9239-2 (Standort: B d. Friedrich-Ebert-Stiftung(B0133)-A07-01857)

INHALT: In der vorliegenden Arbeit werden die Grundzüge der beiden Terrorgruppen RAF und Al Qaida dargestellt sowie die damit verbundenen innenpolitischen Reaktionen des deutschen Staates untersucht. Im Mittelpunkt stehen folgende Fragen: Worin genau bestehen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Terrorismus von Al Qaida und RAF? Handelt es sich bei einer Gruppierung wie Al Qaida um eine neue Art bzw. neue Qualität des Terrorismus? Wie reagiert der Staat auf Terrorismus? Welche Maßnahmen ergriff und ergreift er, um sich gegen terroristische Angriffe zu schützen? Reagiert der deutsche Staat angemessen und kann durch seine Reaktionen der Terrorismus erfolgreich bekämpft werden? Besteht die Gefahr einer Einschränkung der Bürgerrechte durch die staatlichen Reaktionen? Kommt es durch den Terrorismus der Al Qaida zu einer neuen Qualität der inneren Sicherheit in Deutschland? Reagiert der Staat gegebenenfalls auf beide Terrorgruppen unterschiedlich und wo sind eventuell Gemeinsamkeiten festzustellen? In der Studie wird das Gewicht auf die Maßnahmen und Veränderungen im Bereich von Justiz, Polizei und Verfassungsschutz in der Bundesrepublik gelegt. Das Forschungsinteresse richtet sich dabei sowohl auf die operativen Maßnahmen des Staates, mit denen bestehende Gruppierungen bekämpft und geplante Anschläge verhindert werden sollen, als auch auf die strukturellen Maßnahmen des Staates, die auf die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus abzielen. (ICI2)

[122-L] Denkowski, Charles A. von:

Herausforderung des 21. Jahrhunderts: Schutz des Staates im asymmetrischen Konflikt, in: Peter Nitschke (Hrsg.): Globaler Terrorismus und Europa : Stellungnahmen zur Internationalisierung des Terrors, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 147-170, ISBN: 978-3-531-15520-3 (Standort: UB Hagen(708)-PDDNITG)

INHALT: Es wird gezeigt, dass im Rahmen der Föderalismusreform die Kompetenz für Gefahrenermittlungen in Fällen bundesländerübergreifender Gefahr auf das Bundeskriminalamt (BKA) übertragen wurde. In Gestalt einer Befugnis über entgrenzte Vorfeldeingriffe entsteht ein präventiver Schutz neuer Art. Um seinen Auftrag, den Schutz des tatsächlichen und rechtlichen Bestandes des Staates gegenüber von konspirativen islamistischen Strukturen ausgehenden Gefahren umsetzen zu können, vollzieht der Staatsschutz in Bund und Ländern eine Wandlung hin zu einem polizeilichen Nachrichtendienst. Es wird die These vertreten, dass das Polizeirecht und die organisatorische Gestaltung innerer Sicherheit die Kontinuität des antiliberalen politischen Strafrechts weiterführen. (GB)

[123-L] Dienstbühl, Dorothee:

Probleme sicherheitsbehördlicher Kooperationen veranschaulicht am Beispiel von Maßnahmen zur Eindämmung terroristischer Finanztransfers, in: Robert Glawe (Hrsg.): Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur - Impulse für die nationale Strategiedebatte, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2009, S. 281-295

INHALT: Transnationale terroristische Aktivitäten sind entgegen einer weit verbreiteten Ansicht eine sehr kostspielige Angelegenheit. Die Illusion vom "billigen Terrorismus" basiert auf einseitigen und falschen Betrachtungen, die nur die oftmals günstigen Materialkosten eines Anschlags berücksichtigen. Der grenzüberschreitende Terrorismus bedarf jedoch einer aufwendigen Rekrutierung, Ausbildung und Logistik. Erst das entsprechende Kapital ermöglicht fanatische Überzeugungsarbeit, gezielte Rekrutierung und Operationen in mittlerweile bis zu 70 Ländern. Um die Beweglichkeit terroristischer Gelder zu garantieren, verfügen terroristische Netzwerke über internationale Transfersysteme. Aus der Notwendigkeit, Gelder global verfügbar zu machen, ergeben sich gleichzeitig auch Potenziale zur Bekämpfung des Terrorismus und der Terrorismusfinanzierung für die Sicherheitsbehörden. Um die Anforderungen, die terroristische Finanzierungstaktiken an die Sicherheitsbehörden stellen, zu verdeutlichen, werden im vorliegenden Beitrag unterschiedliche Einnahmequellen und Methoden der Kapitalbewegung, insbesondere von den illegal erwirtschafteten Geldern, dargestellt. Anschließend werden die sicherheitspolitischen Maßnahmen erläutert, die zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in den 1990er Jahren und des Terrorismus seit 2001 ergriffen worden sind, und in Hinblick auf ihre Wirksamkeit und Praktikabilität untersucht. (ICI2)

[124-L] Fricke, Sascha A.:

Die deutschen Nachrichtendienste im Kampf gegen das globalisierte Triopol: Aufgaben, Probleme, Reformansätze, (Neue Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland), Wiesbaden: Drewipunkt 2009, 161 S., ISBN: 978-3-941174-10-8

INHALT: Das globalisierte Triopol umfasst die Bedrohungen durch islamistischen Terrorismus, organisierte Kriminalität und Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Der Verfasser setzt sich mit der Frage auseinander, wie und warum die transnationalen Akteure des Triopols in Netzwerken agieren und was die besondere Gefährlichkeit solcher Netzwerke ausmacht. Weiter wird gefragt, welche tatsächliche Bedrohungslage sich daraus für die äußere und innere Sicherheit Deutschlands ergibt und wie diese Bedrohungslage bekämpft wird. Als idealtypische Form der Sicherheitsarchitektur wird das Netwar-Konzept von Arquilla und Ronfeldt herangezogen. Behandelt werden der Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz und der Militärische Abschirmdienst sowie Ansätze zur Vernetzung der deutschen Sicherheitsarchitektur. Abschließend wird nach einem eventuellen Reformbedarf bei der Bekämpfung des Triopols gefragt. (ICE2)

[125-L] Germann, Jan-Peter:

Terror und Anti-Terror: politische Gewalt, Sicherheitspolitik und die strategische Kultur der Terrorismusbekämpfung in Deutschland, Marburg 2009, 348 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hebis:04-z2009-07096)

INHALT: "Vor dem Hintergrund des umfassenden sicherheitspolitischen Paradigmenwechsels der jüngeren Vergangenheit verfolgt die hier vorgelegte Arbeit ein zweifaches Interesse. Zunächst soll ein diffuser Untersuchungsgegenstand - Terrorismus als Form politischer Gewalt sowie die Methoden und Strategien seiner Bekämpfung - umfassend aufgehellert werden. Dabei wird nach der ratio terroristischen Handelns ebenso zu fragen sein, wie nach einer funktionalen Abgrenzung von ähnlichen, nicht aber gleichen Strategien politischer Veränderung. Es gibt keinen Terrorismus per se, weshalb kein terroristischer Archetyp beschrieben werden kann. Zur Unterscheidung terroristischer Akteure und Agenden ist infolgedessen eine Differenzierung nach sekundären Motiven und primären Zielsetzungen erforderlich. Die Literatur hat indessen eine Vielzahl unbrauchbarer Kategorisierungsversuche hervorgebracht, die entweder an Übersimplifizierung oder aber an übermäßig scholastischem Detailreichtum leiden. Auch hat sie bisweilen falsche, d.h. empirisch widerlegbare Schlüsse gezogen; etwa jener, wonach es sich bei Terrorismus um eine grundsätzlich erfolgsversprechende Strategie han-

dele. Aus der Unschärfe des Terrorismusbegriffs folgt die Unschärfe des Bekämpfungsdiskurses. Hier sollen entlang zweier grundsätzlicher Modellierungen der Auseinandersetzung ('Terrorismus als Rechtsverletzung' und 'Terrorismus als Krieg') die wesentlichen politischen, strategischen und taktischen Bezugspunkte einer allgemeinen Terrorismusbekämpfungskonzeption aufgezeigt werden. Insbesondere mit Blick auf den zweiten Teil der Arbeit wird in diesem Zusammenhang das gegenwärtige System der Terrorismusbekämpfung in Deutschland nach seinen Regeln und Akteuren differenziert. Dabei gilt es besonders, ihre materiellen Inhalte in die Systematik staatlicher Sicherheitsgewähr zu verorten. Dies erscheint zunächst schwierig, da eine Einordnung in die hergebrachte Dualität von äußerer oder innerer Sicherheit aufgrund einer funktionalen Entdifferenzierung in der staatlichen Sicherheitsproduktion kaum noch sinnvoll gelingt. Daneben stellt die Arbeit die Frage nach der Validität der bislang soweit ersichtlich nicht (oder nur unzureichend) empirisch und theoretisch fundierten These einer 'realpolitischen Verschiebung' in der deutschen Terrorismusbekämpfungspolitik seit dem 11. September 2001. Zur Beantwortung der Frage, ob sich Veränderungen in den normativen Grundlagen deutscher Antiterrorpolitik seit dem 11.09.2001 in Richtung eines realpolitischen Paradigmas nachweisen lassen, wird in dieser Arbeit das Instrument der strategischen Kulturanalyse herangezogen. Es geht davon aus, dass verschiedene Akteure aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen von Sicherheit in vergleichbar erscheinenden strategischen Kontexten unterschiedliche Strategien verfolgen können." (Autorenreferat)

[126-L] Glawe, Robert (Hrsg.):

Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur - Impulse für die nationale Strategiedebatte,

(Wissenschaft & Sicherheit, Bd. 6), Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl. 2009, 341 S., ISBN: 978-3-8305-1574-6

INHALT: "Wie lässt sich der Auftrag an den Staat, effektive Sicherheit für seine Bürger zu gewährleisten, zukünftig erfüllen? Woran ist staatliche Sicherheit zukünftig festzumachen? Was sind die strategischen Kulturen der Zukunft? Wie wird Sicherheit im vereinten Europa gestaltet? Wo sind institutionelle Veränderungen in der deutschen Sicherheitsarchitektur geboten? Welche rechtlichen Instrumentarien sind angesichts der aktuellen Bedrohungslage zur Gefahrenabwehr notwendig und verfassungsrechtlich geboten? Welche Anforderungen stellt die Reform des Sicherheitssektors an die Persönlichkeit der Entscheidungsträger in Militär und Verwaltung? Welche Rolle kommt dabei Spezialkräften zu? Antworten auf diese Fragen gibt der neue Sammelband des Forschungsprojektes 'Wissenschaft & Sicherheit'. Das Projekt wird zu einer Debatte über die grundsätzliche Neustrukturierung der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur beitragen. In diesem Sammelband werden das Gesamtgefüge der deutschen Sicherheitsbehörden und der Streitkräfte kritisch untersucht und Impulse für eine optimierte Neuausrichtung gegeben." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Reinhold Robbe: Geleitwort (9); Ernst-Reinhard Beck: Geleitwort (11); Björn Peter Kilian: Vorwort (13); Robert A. P. Glawe: Zur neuen deutschen Sicherheitsarchitektur - eine Einführung (15-25); Grundsätzliche Aspekte: Hans-Christian Crueger: Internationale Sicherheit im 21. Jahrhundert - Über Kontinuität und Wandel eines politischen Schlüsselbegriffs (27-34); Jan P. Germann: Strategische Kultur und Terrorismusbekämpfung: Zur Analyse normativer Bedingungsfaktoren auf einem virtuellen Politikfeld (35-47); Manuel Ladiges: Gedanken zur Reform der Notstandsverfassung (49-66); Sibylle Lang: Anforderungen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die deutsche Sicherheitsarchitektur (67-82); Sybille Reinke de Buitrago: The Human Factor: How Psychological-Cultural Aspects Shape German Security Policy (83-94); Kirsten Verclas: Fehlende sicherheitsstrategische Debatte in Deutschland: Ursachen, Folgen und Strategien (95-106); Mattias G. Fischer: Das grundgesetzliche Regelungsdefizit im Katastrophenfall: Bedeutung und Konsequenzen der fundamentalen Passivität des verfassungsändernden Gesetzgebers nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz (107-117); Thomas M. Wandering: Ressortübergreifendes Sicherheitsmanagement und Nationaler Sicherheitsrat (119-137); Die einzelnen Instrumente staatlicher Sicherheit: Die Streitkräfte: Andreas Ahammer & Stephan Nachtigall: Wehrpflicht 'reloaded' - warum der Verkürzung des Wehrdienstes eine sinnvolle Ausgestaltung folgen muss (139-145); Korvin Knop: Anforderungsprofil und Herausforderungen - der militärische Vorgesetzte im Kontext sicherheitspolitischer Veränderungen (147-154); Jan Krahmann: Globaler Trend zur Privatisierung von militärischen Dienstleistungen (155-166); Stefan Axel Boes: Die Auswirkungen der ESVP auf Struktur und Einsätze der Bundeswehr (167-174); Stephan Maninger & Thomas Hastreiter: Deutsche Spezialkräfte:

Der Faktor 'Mensch' - Herausforderungen und Anforderungen an das Humankapital in der veränderten Sicherheitsrealität (175-186); Timo Noetzel & Martin Zapfe: Den Einsatz im Fokus? Das Verteidigungsministerium und die Auslandseinsätze (187-194); Alexander Poretschkin: Echte EU-Streitkräfte (195-203); Karen Birgit Spring: Wird die Justiz 'einsatzfest'? (205-217); Constanze Scheel: Das Going Global der Bundeswehr: Auslandseinsätze der Bundeswehr zwischen friedensnormativem Anspruch und Einsatzrealität (219-231); Jörg Schnurre: Sind die Streitkräfte obsolet? Volkswirtschaftliche Aspekte von In- und Auslandseinsätzen der Bundeswehr (233-247); Der Bevölkerungsschutz: Christian Endreß: Aspekte eines modernen Bevölkerungsschutzes (249-266); Gerke Wachtel: Technische Herausforderungen bei der Kooperation von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben - zur Einführung des Digitalfunks BOS (267-279); Polizei und Nachrichtendienste: Dorothee Dienstbühl: Probleme sicherheitsbehördlicher Kooperation veranschaulicht am Beispiel von Maßnahmen zur Eindämmung terroristischer Finanztransfers (281-295); Johanna Elo-Schäfer: Die Auslandseinsätze der deutschen Polizei - Neue Aufgaben und ihre Konsequenzen (297-306); Andreas Schwegel: Auf dem Weg zu einem 'deutschen FBI'? Bundeskriminalamt (BKA) und föderale Sicherheitsarchitektur im Zeichen der Terrorismusbekämpfung (307-319); Philip Lechtape: Die zukünftige Rolle der Nachrichtendienste - Herausforderungen am Beispiel des Bundesnachrichtendienstes (321-335).

[127-L] Hansen, Stefan:

Neue deutsche Sicherheitsarchitektur: ist eine Reform der Kompetenzverteilung zwischen Polizeibehörden, Nachrichtendiensten und den Streitkräften notwendig?, (Analysen zur Sicherheitspolitik, Bd. 3), Frankfurt am Main: P. Lang 2009, 176 S., ISBN: 978-3-631-58535-1

INHALT: "Das Bedrohungspotenzial des transnationalen Terrorismus hat einen enormen Reformschub innerhalb der deutschen Sicherheitsarchitektur ausgelöst, der noch nicht zu einem Abschluss gelangt ist. Die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden wurden erweitert, Polizeibehörden und Nachrichtendienste 'vernetzt' und die Streitkräfte 'transformiert'. Diese Studie stellt die neue Sicherheitsarchitektur ausführlich vor und analysiert sämtliche umstrittenen Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen. So werden etwa die Anti-Terror-Datei, das Terrorismusabwehrzentrum und das Luftsicherheitsgesetz sowie das neue BKA-Gesetz einschließlich der 'Online-Durchsuchung' detailliert untersucht. Auch ein weiterer Reformbedarf, beispielsweise hinsichtlich eines Bundeswehr-Einsatzes im Inneren, des 'Trennungsgebotes' oder des Bundessicherheitsrates, wird unter Beachtung des empfindlichen Verhältnisses von Sicherheit und Freiheit geprüft." (Autorenreferat)

[128-L] Hanus, Vera:

Counterterrorism compared: a case study of the United States and Germany after September 11, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 105 S., ISBN: 978-3-8364-1423-4 (Standort: Wehrbereichs-Bibliothek VI München()-08/215)

INHALT: "The attacks of 11 September 2001 represented a new terrorist trend which targets liberal Western states. The United States and Germany both interpreted September 11 as a declaration of war and an imminent security threat. However, the two states adopted different counterterrorism concepts in response to the attacks: The U.S. endorsed a 'war' against terrorism, whereas Germany delineated a 'fight' against terrorism. Why do some policy-makers understand terrorism as a war and others as a crime - while facing the same terrorist threat? In this publication the author Vera Hanus examines why the U.S. and Germany recur to diverging counterterrorism strategies after September 11. The analysis first traces the difference to the rhetorical 'frames' and the subsequent 'policy frameworks'. Secondly, three theories of International Relations - Neorealism, Utilitarian Liberalism and Social Constructivist Institutionalism - serve as complex and thorough explanatory framework." (author's abstract)

[129-L] Huster, Stefan; Rudolph, Karsten:

Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat?, in: Stefan Huster (Hrsg.) ; Karsten Rudolph (Hrsg.): Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008, S. 9-22

INHALT: Die Autoren gehen in ihrer Einleitung zum vorliegenden Sammelband auf die Sicherheitsgesetzgebung und die Sicherheitsdiskussion in Deutschland ein und diskutieren die Frage, ob sich gegenwärtig eine Entwicklung vom Rechts- zum Präventionsstaat vollzieht. Beim Terrorismus handelt es sich ihrer Meinung nach um eine Bedrohung, die weder personell noch lokal eindeutig identifizierbar ist, die Schadensdimensionen bisher unbekannten Ausmaßes erreicht und welche schließlich einen diffusen, systemischen Charakter besitzt. Sie teilt damit zahlreiche Eigenschaften technischer Großrisiken und fördert auf diese Weise die Tendenz, das Risiko- und Vorsorgedenken aus dem Umwelt- und Technikrecht in das Recht der inneren Sicherheit - also in einen besonders sensiblen Bereich - zu übertragen. Diese Tendenz war bereits vorher unübersehbar: Die Ausrichtung nicht nur auf Kriminalitätsbekämpfung, sondern auch auf Kriminalprävention ist seit einiger Zeit der Grundzug der gegenwärtigen Gesetzgebung und der sicherheitspolitischen Diskussion. Dieser Grundzug, kombiniert mit den technischen Möglichkeiten der digitalen Revolution, die dem Staat neue Überwachungsmethoden anbietet, führt zu einer weiteren, tiefer liegenden Problematik: Nicht nur die Struktur der neuen terroristischen Bedrohungen unterläuft die herkömmlichen rechtsstaatlichen Sicherungen, sondern auch die technologische Struktur möglicher staatlicher Abwehrmaßnahmen. Diese Entwicklungen werfen eine Reihe von rechtsstaatlichen Folgeproblemen auf, die die Autoren kurz umreißen. (ICI2)

[130-F] Kahl, Martin, Dr. (Bearbeitung):

Terrorismus und Terrorismusbekämpfung

INHALT: Umfassende Analyse der politischen Strategien zur Terrorbekämpfung unter Berücksichtigung der Grundzüge und Erscheinungen des Terrorismus.

ART: Eigenprojekt *ENDE*: 2008-12 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-866077-22, e-mail: kahl@ifsh.de)

[131-L] Knelangen, Wilhelm:

Die deutsche Politik zur Bekämpfung des Terrorismus, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Alexander Höse (Hrsg.) ; Kai Oppermann (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik : Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 173-196, ISBN: 978-3-531-14982-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007/3693)

INHALT: "Der Beitrag geht der Frage nach, welche Rolle Deutschland beim internationalen Kampf gegen den Terrorismus spielt. Es wird gezeigt, dass terroristische Gewalt in der deutschen Debatte traditionell als eine innenpolitische Herausforderung wahrgenommen wurde, die nur am Rande über Bezüge zur Außen- und Sicherheitspolitik verfügt. Diese Einschätzung ist nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre obsolet geworden. Der entscheidende qualitative Wandel der deutschen Politik der Terrorismusbekämpfung ist in der Bereitschaft zu sehen, die internationale Koalition auch mit militärischen Mitteln zu unterstützen." (Autorenreferat)

[132-L] Kuhli, Milan:

Der internationale Terrorismus als Herausforderung des deutschen Strafrechts: Erwägungen zu einer Gratwanderung, in: Sicherheit und Frieden : S + F, Jg. 28/2010, H. 2, S. 104-109

INHALT: "The phenomenon of terrorism makes people fear about the internal security in Germany - a fear which results in the demand for state reactions. This article asks to what extent criminal law is a proper instrument with which to come to terms with the phenomenon of terrorism. Unlike 'ordinary'

criminals, terrorists embrace a system of absolute beliefs and convictions. But in democratic cultures, such absolute beliefs and convictions are subject to the outcomes of democratic procedures, and thus the terrorist necessarily stands outside such a culture. Criminal law in a rule of law state fundamentally depends on communicating with criminals - sending a message of deterrence, for example, or of condemnation, or serving any of a number of other expressive functions. And the question with terrorists whose views are so absolute as to be unalterable is whether such communication is possible at all. These are practical limits to the use of criminal law as an instrument with which to deal with terrorism, but there are also normative limits, which are discussed in this article as well." (author's abstract)

[133-L] Lange, Hans-Jürgen:

Der Wandel des föderalen Sicherheitsverbundes, in: Stefan Huster (Hrsg.) ; Karsten Rudolph (Hrsg.): Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008, S. 64-81

INHALT: Hinsichtlich der Frage, ob ein "Systemwechsel" des deutschen Sicherheitssystems vorgenommen werden sollte, lassen sich zwei Grundpositionen voneinander unterscheiden: Die Forderung nach einer neuen Sicherheitsarchitektur ist sehr stark mit der Zielsetzung verbunden, die wichtigsten Zuständigkeiten in der inneren Sicherheit, insbesondere diejenigen, die für die Terrorismusbekämpfung wichtig sind, beim Bund zu zentralisieren. Eine zweite Position argumentiert in Richtung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs, der vor allem eine stärkere Verzahnung von innerer und äußerer Sicherheit fordert. Allen anderen Positionen, die ein maßvolles Vorgehen anmahnen oder Bedenken hinsichtlich des Abbaus föderaler Zuständigkeiten formulieren, wird vorgeworfen, die aktuellen Gefahren des Terrorismus zu unterschätzen und nicht genügend für die Sicherheit der Bürger gegenüber der terroristischen Gefahr zu unternehmen. Trifft aber tatsächlich die Annahme zu, der zufolge mehr Zentralisation und die Zusammenlegung aller sicherheitsrelevanten Bereiche zu wenigen großen Sicherheitsbehörden des Bundes Garanten für mehr Sicherheit sind? Der Autor zeichnet zur Beantwortung dieser Frage zunächst die sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem 11. September 2001 nach, um danach die einseitigen Fokussierungen der Sicherheitspolitik, die Erweiterung des Sicherheitsdenkens und die verschiedenen Staatsverständnisse zu erörtern. Er umreißt abschließend die Konturen einer integrierten Sicherheitspolitik. (ICI2)

[134-L] Lange, Hans-Jürgen:

Eckpunkte einer veränderten Sicherheitsarchitektur für die Bundesrepublik: Gutachten, in: Martin H.W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 179-210, ISBN: 978-3-86676-000-4 (Standort: UB Koblenz(KOB7)-PO/M/2007/2558-2006/07)

INHALT: Das Gutachten von 2005 behandelt die maßgeblichen Aspekte zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit in Deutschland, und zwar: (1) die Grundlinien der Sicherheitspolitik (Veränderungen der bisherigen Sicherheitspolitik, die neue Qualität des Terrorismus, die Notwendigkeit einer Defizitanalyse des bestehenden Sicherheitssystems), (2) die Polizeien des Bundes (Bundesgrenzschutz/Bundespolizei, Bundeskriminalamt), (3) Verfassungsschutz (Bundesamt für Verfassungsschutz, militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst), (4) Katastrophenschutz von Bund, Ländern und Kommunen), (5) Koordination der Inneren Sicherheit (Bundesministerium des Inneren, Innenministerkonferenz, Terrorismus-Abwehrzentrum, Nationaler Sicherheitsrat), (6) die parlamentarische Kontrolle der Inneren Sicherheit, (7) das europäische Sicherheitssystem (europäischer Sicherheitsverbund, Europol, Eurojust, europäische Grenzpolizei, europäischer Nachrichtendienst, europäischer Katastrophenschutz), (8) die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs (Bundeswehr, die Erweiterung des Sicherheitsdenkens), (9) die Balance von Sicherheit und Freiheit (Leitlinien einer liberalen Innen- und Rechtspolitik). (ICG2)

[135-L] Langguth, Gerd:

Deutschland und der internationale Terrorismus: eine Annäherung in neun Thesen, in: Eckhard Deutscher (Hrsg.) ; Hartmut Ihne (Hrsg.) ; Uwe Holtz (Adressat): "Simplizistische Lösungen verbieten sich" : zur internationalen Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert ; Festschrift zu Ehren von Professor Uwe Holtz, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010, S. 37-50

INHALT: Der Autor stellt zur sicherheitspolitischen Lage in Deutschland und zur Bedrohung durch den internationalen Terrorismus folgende Thesen auf: (1) Der Terrorismus ist eine Methode der asymmetrischen Kriegsführung eines unterlegenen Akteurs gegenüber einem überlegenen Gegner. Die ideologische Zielsetzung bestimmt dabei das Ausmaß der Gewaltanwendung. (2) Terroristen brauchen den medialen Resonanzboden, um Botschaften zu transportieren und die Effekte ihres Handelns zu potenzieren. (3) Europa und Deutschland sind mit den Herausforderungen eines historisch begründeten und regional begrenzten Terrorismus seit langem vertraut. Dieser "Gewöhnungseffekt" schwächt das Bewusstsein für die Gefahrensituation, da zudem die von terroristischen Aktivitäten auch für Deutschland ausgehenden Gefahren von den politisch Verantwortlichen nicht deutlich genug benannt werden; (4) Der islamistische Terrorismus ist die größte sicherheitspolitische Herausforderung für die internationale Staatenwelt. Europa und Deutschland sind nicht mehr nur propagandistische, sondern tatsächliche Angriffsziele von terroristischen Anschlägen fanatischer Islamisten geworden. (5) Der islamistische Fundamentalismus ist die utopistische Antithese zur gesamten westlichen Welt- und Werteordnung im Sinne einer radikalen Antwort auf die Unfähigkeit zur Bewältigung politischer und sozialer Wandlungsprozesse. (6) Der Terrorismus lässt sich nicht besiegen, sondern allenfalls bekämpfen, da es die Terroristen sind, die Ziele und Methoden der von ihnen geplanten und verwirklichten Anschläge auswählen. (7) Die Herausforderung durch den islamistischen Terrorismus ist global und verlangt deshalb nach einer globalen Antwort. Die Attentäter und Anschläge erfolgten aber aus dem zivilisatorischen Netz und der klandestinen Anonymität der Gesellschaft heraus, so dass Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung im Innern ansetzen müssen. (8) Mit der terroristischen Bedrohung schwinden die klaren Grenzen von Innen- und Außenpolitik. Ein wirkungsvoller Antiterrorkampf muss deshalb die Synergieeffekte aus innen- und außenpolitischen Gegenmaßnahmen einschließen. (9) Deutschland und die gesamte westliche Welt muss die seit der Aufklärung schwerlich und schmerzlich erkämpften liberalen Freiheitswerte offensiv verteidigen. Abgrenzung bedeutet nicht zwangsläufig Ausgrenzung, sondern weniger Toleranz gegenüber den Gefährdungen der Freiheit. (ICI2)

[136-CSA] McAdams, A. James:

Spying on Terrorists: Germany in Comparative Perspective, in: German Politics and Society 2007, 25, 3, Autumn, 70-88., 2007, ISSN: 1045-0300

INHALT: Intelligence and law enforcement agencies in western democracies are turning increasingly to electronic surveillance tools in their efforts to identify and combat new terrorist threats. But this does not mean that they are equally equipped to undertake these measures. As the author shows by comparing surveillance activities in three countries-Great Britain, the United States, and Germany-the Federal Republic's more restrictive legal norms and institutions provide its government with much less freedom of maneuver than its allies.

[137-L] Mertes, Joachim; Robbers, Gerhard (Hrsg.):

Antworten auf den internationalen Terrorismus: Gewährleistung der inneren Sicherheit durch Bund und Länder ; Referate und Diskussionen des Workshops zu dem Thema "Antworten auf den Internationalen Terrorismus - Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Bund und Länder" am 13. und 14.09.2006, (Rechtspolitisches Symposium, Bd. 6), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 125 S., ISBN: 978-3-631-57183-5 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3162)

INHALT: "Der internationale Terrorismus stellt grundlegend neue Anforderungen an die Verantwortlichen der Inneren Sicherheit. Insbesondere die stark föderal geprägte Sicherheitsarchitektur Deutschlands muss geeignete Antworten auf neue Bedrohungen der Inneren Sicherheit finden. In einem zweitägigen Workshop im Plenarsaal des Landtages Rheinland-Pfalz wurden diese neuen Herausfor-

derungen diskutiert. Dieser Band umfasst die Vorträge und die Diskussionen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Rüdiger Freiherr von Fritsch: Der internationale Terrorismus und die neuen Herausforderungen an die Sicherheitsstruktur Deutschlands (11-20); Wolfgang Bosbach: Reformbedarf auf Bundesebene aus der Sicht der Koalitionsparteien (21-26); Dieter Wiefelspütz: Sicherheitsarchitektur heute: Reformbedarf aus der Sicht der Koalitionsparteien (27-49); Manfred Baldus: Nationale und internationale Kooperation in Fragen der Polizeiarbeit (51-66); Heinrich Amadeus Wolff: Die Bundesländer und die Gewährleistung der Inneren Sicherheit (67-76); Paul Dubois: Kanada im Kampf gegen den internationalen Terrorismus (87-93); Wolf Plesmann: Gemeinsame Schritte zur Bekämpfung des Terrorismus in Europa (109-116).

[138-L] Meyer, Hendrik:

Terror und innere Sicherheit: Wandel und Kontinuität staatlicher Terrorismusbekämpfung, (PoliThesis - Diskussionspapiere des Instituts für Politikwissenschaft und der Graduate School of Politics GraSP-Münster), Münster: Schöling 2006, 113 S., ISBN: 978-3-86523-054-6 (Standort: UB Münster(6A)-MD8920/251A; miami.uni-muenster.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-4138/meyer_terror_innere_sicherheit.pdf)

INHALT: Die Anschläge vom 11. September 2001 führten weltweit zu einem sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel, der nicht nur im international geführten "war on terror" sichtbar wird, sondern auch in teils weit reichenden innenpolitischen Maßnahmen zahlreicher Länder. Auch Deutschland reagierte mit den so genannten Sicherheitspaketen rasch auf die Anschläge. Dabei wurden auch Erinnerungen an die Anti-Terror-Maßnahmen der 1970er Jahre reaktiviert. Das vorliegende Buch gibt einen Überblick über die ersten staatlichen Reaktionen auf den Terrorismus und fragt dann danach, ob durch diese Veränderungen im Politikfeld Innere Sicherheit tatsächlich Schritte zur Abschaffung des Rechtsstaates getan wurden, oder ob es sich bei der staatlichen Reaktion auf den Terrorismus nicht vielmehr um einen Ausbau des Rechtsstaates handelt. Der Autor sieht in der gegenwärtigen Entwicklung eher einen "Ausbau des Rechtsstaats", da der Begriff "Abbau" ein Abwenden von rechtsstaatlichen Prinzipien und damit ein Abwenden von demokratischen Strukturen impliziert. Diese Abwendung findet aber für ihn durch die Terrorismusgesetze nicht statt. Im Gegenteil: Zur Durchsetzung des staatlichen Programms "Terrorbekämpfung" bedient sich die Regierung ihrer Kompetenz zur Rechtssetzung: "Die Veränderung und Modifikation von zahlreichen Paragraphen machen aus der Rechtsordnung ein dem Kampf gegen den Terrorismus angepasstes Instrument". Anders als in den USA, wo der Terroranschlag als kriegerischer Akt bewertet wurde, blieb in Deutschland die Schwelle zwischen Krieg und Terrorismus gewahrt, indem die Angriffe vom 11. September "lediglich" als terroristischer Akt gewertet wurden. (ICA2)

[139-L] Middel, Stefan:

Präventive Terrorismusbekämpfung nach den Anschlägen vom 11. September 2001, in: Martin H. W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): 2008/2009, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2009, S. 153-175, ISBN: 978-3-86676-053-0

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit den Herausforderungen des bundesdeutschen Rechtsstaates hinsichtlich der Wahrung von Sicherheit und Freiheit bei der Terrorismusbekämpfung nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA. Besondere Bedeutung bei der Diskussion um die Verfassungsmäßigkeit der Sicherheitsmaßnahmen erlangte das vom BVerfG im Volkszählungs-urteil vom 15.12.1983 entwickelte Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 I i.V.m. 1 I GG), da die verstärkten Bemühungen zur präventiven Terrorismusbekämpfung mit einer Ausweitung der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten durch den Staat Hand in Hand gehen. Vor diesem Hintergrund werden hier die (verfassungs-)rechtlichen Probleme skizziert. So liefert der erste Schritt zunächst (1) einen Überblick über die präventiv-polizeiliche Rasterfahndung, (2) Kernaussagen der Entscheidung des BVerfG vom 4.4.2006 sowie (3) kritische Anmerkungen zu dieser Entscheidung. Der zweite Schritt befasst sich mit dem Anti-Terror-Paket I und seinen Einzelgesetzen (1) zur Abschaffung des so genannten Religionsprivilegs und zur (2) Änderung des Vereinsgesetzes vom 4.12.2007. Der dritte Schritt widmet sich schließlich dem Anti-Terror-Paket II hinsichtlich (1) der Änderungen im BVerfSchG, (2) der originären Datenerhebungscompetenz für

das BKA, (3) dem Einsatz der Bundespolizei als Sky-Marshalls sowie (4) der biometrischen Merkmale in Personaldokumenten. Im Anschluss folgt eine kurze Beschreibung des Vierten Finanzmarktförderungsgesetzes und des Geldwäschebekämpfungsgesetzes, ferner eine Erörterung des Urteils des BVerfG vom 15.2.2006 zu Paragraph 14 III Luftsicherheitsgesetz. Der sechste Schritt betrachtet sodann das Gemeinsame-Daten-Gesetz vom 22.12.2006, das die Errichtung einer zentralen Antiterrordatei beim BKA und die Legalisierung projektbezogener gemeinsamer Daten regelt. Im siebten Schritt wirft der Autor einen Blick auf das Terrorismusbekämpfungsgesetz und merkt im Schlusswort an, dass die Schwierigkeiten des Rechtsstaats, einen angemessenen Ausgleich zwischen Sicherheit und Freiheit herbeizuführen, Folge seiner Janusköpfigkeit sind: Der Rechtsstaat ist auf die Wahrung grundrechtlicher Freiheiten ausgerichtet, kann diese vor Übergriffen Dritter aber nicht schützen, ohne sie selbst zu beeinträchtigen. (ICG2)

[140-L] Middel, Stefan:

Innere Sicherheit und präventive Terrorismusbekämpfung, (Frankfurter Studien zum Datenschutz : Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Datenschutz an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Bd. 31), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 421 S., ISBN: 978-3-8329-2695-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/3945)

INHALT: Die Maßnahmen zur präventiven Terrorismusbekämpfung in Deutschland bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen staatlichem Schutzauftrag und rechtsstaatlich gebotener Distanz, zwischen Sicherheit und Freiheit. Der Verfasser setzt sich mit dieser Thematik in vier Schritten auseinander. Zunächst werden die Verpflichtung des Staates zur Gewährleistung Innerer Sicherheit sowie die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus erörtert. Im Anschluss daran wird die präventive polizeiliche Rasterfahndung analysiert, bevor die Anti-Terror-Pakete I und II mit ihren Gesetzesänderungen auf dem Gebiet der präventiven Terrorismusbekämpfung behandelt werden. Das Augenmerk gilt hierbei besonders der Beeinträchtigung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung. Abschließend werden die anhand konkreter Einzelmaßnahmen aufgezeigten Schwierigkeiten des Rechtsstaats, im Rahmen der Terrorismusbekämpfung einen angemessenen Ausgleich zwischen Sicherheit und Freiheit herbeizuführen, auf eine abstraktere Ebene transferiert, um so allgemeingültige Aussagen über die verfassungsrechtlichen Fragestellungen bei der Beurteilung präventiver Sicherheitsmaßnahmen zu gewinnen. Hier geht es um die Vorsorgebefugnisse des Staates und um das allgemein zwiespältige Verhältnis von Sicherheit und Freiheit im Rechtsstaat. (ICE2)

[141-L] Möllers, Martin H. W.:

Innenpolitische Dimensionen der Sicherheitspolitik in Deutschland, in: Stephan Böckenförde (Hrsg.) ; Sven Bernhard Gareis (Hrsg.): Deutsche Sicherheitspolitik : Herausforderungen, Akteure und Prozesse, Opladen: B. Budrich, 2009, S. 131-172

INHALT: Die innenpolitische Dimensionen der Sicherheitspolitik ist lange Zeit streng von der internationalen Sicherheit - der "äußeren Sicherheit" - getrennt worden und hat in Deutschland zu einer Aufteilung der Funktionen zwischen Organen der äußeren (Militär u. a.) und inneren (Polizei u. a.) Sicherheit geführt. Insbesondere der internationale Terrorismus verändert nicht erst seit dem 11. September 2001 jedoch diese scharfe Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, die sich immer weiter auflöst. Zunehmend hat dies eine Vermischung der Aufgaben von Militär und Polizei im nationalen, aber auch im internationalen Maßstab zur Folge. Die Gewalt "neuer Kriege" richtet sich vor allem gegen die Zivilbevölkerung: Hochhäuser und Züge werden zu Schlachtfeldern, Fernsehbilder zu Waffen im Kontext zu Erpressungsversuchen. Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist die Privatisierung von Gewaltanwendung, die sich parallel zur vor allem wirtschaftlichen Internationalisierung und Globalisierung der Staaten entwickelt hat: Substaatliche und nichtstaatliche Akteure organisieren sich überregional und auch global. Sie werden eher von wirtschaftlichen als von politischen Motiven angetrieben, ihre globale Organisation ermöglicht technisch vor allem das Internet. Völkerrechtlichen Begrenzungen und Regulierungen entziehen sie sich durch zum Teil nicht vorhersehbare "Rationalitäten" und individuelle "Militärstrategien" wie etwa Geiselnahmen. Diese Privatisierung von Gewaltanwendung bedingt ganz maßgeblich die nichtmilitärischen Dimensionen der Sicherheitspolitik, weil sie sich einerseits im erheblichen Maße gegen die Zivilbevölkerung richtet und

andererseits ihre "Täter" aus der Zivilbevölkerung rekrutiert. Daran wird deutlich, dass Sicherheitspolitik stark in zivile Strukturen eingebettet ist. Es wird untersucht, wer die Handelnden der innenpolitischen Dimensionen von Sicherheitspolitik sind, in welchen Zusammenhängen und Strukturen sie im (sicherheits-)politischen Mehrebenensystem von Ländern, Bund und Europäischer Union (EU) agieren sowie welchen Herausforderungen die Akteure sich stellen müssen. Schließlich werden auch die spezifischen Handlungsabläufe und Entscheidungsprozesse der staatlichen Akteure thematisiert, die im engen Zusammenhang zu Prozessabläufen, Strategien und Programmen stehen, welche die zivile Sicherheitspolitik im Rahmen internationaler Kooperationen kennzeichnen. (ICF2)

[142-L] Niklaus, René:

Zum Abschuss freigegeben?: eine interpretative Mikro-Policy-Analyse des Sicherheitskonzeptes zur Abwehr terroristischer Gefahren aus dem Luftraum, Marburg: Tectum Verl. 2006, 209 S., ISBN: 3-8288-8977-8 (Standort: ZLB Berlin(109)-Pol/217/220)

INHALT: "Die Terroranschläge des 11. September 2001 auf die Vereinigten Staaten und der 'Irrflug' eines Sportflugzeuges über Frankfurt am Main am 5. Januar 2003 veranlassten die Bundesregierung, die Sicherheitsarchitektur im deutschen Luftraum neuartigen Gefahren anzupassen: Das Luftsicherheitsgesetz soll einer veränderten Sicherheitslage im Luftraum Rechnung tragen und so im Extremfall selbst den Abschuss von Passagierflugzeugen ermöglichen, um einem terroristischen Anschlag zu begegnen. Die vorliegende Untersuchung nutzt einen post-positivistischen Ansatz der Policy-Forschung, den interpretativen Ansatz von Dvora Yanow, um die Maßnahme des Abschusses eines von Terroristen entführten Flugzeuges durch die Bundeswehr im deutschen Luftraum zu analysieren. Im Rahmen der Arbeit generiert der Autor multiple Bedeutungsstrukturen und verortet die Maßnahme in ihrem Kontext. Die aktuelle Analyse wurde parallel zum Gesetzgebungsprozess durchgeführt und stützt sich auf Interviews, von denen eine Auswahl beigefügt ist." (Autorenreferat)

[143-L] Normann, Lars:

Deutsche Sicherheitsstrukturen im 21. Jahrhundert: streitbare Demokratie und ihre institutionelle Umsetzung durch den Verfassungsschutz, (Akademische Schriftenreihe), München: GRIN-Verl. 2006, 139 S., ISBN: 978-3-638-00005-5 (Standort: B d. Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe(208)-FP1301)

INHALT: "Der islamistische Totalitarismus manifestierte mit seinen Terroranschlägen eine Zäsur für die institutionellen Sicherheitsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland. Der daraufhin implementierte Reformprozess erstreckte sich über die nachfolgenden Jahre und in mannigfaltigen Diskussionen über die innere Sicherheitsstruktur wurden Themen vom 'Kompetenzwettbewerb' bis zum Trennungsgebot erörtert. Diese Studie stellt in einem Theorieteil die Genese und das Konzept des grundlegenden Verfassungsprinzips der BRD, der streitbaren Demokratie und der fdGO, anhand der Sicherheitsinstitutionen dar. Am Beispiel der praktischen Arbeit des administrativen Verfassungsschutzes wird fokussiert, wie dieses Konzept konkret umgesetzt wird. Im empirisch-analytischen Teil werden die aktuellen Reformbemühungen und Diskussionen vor und nach den Terroranschlägen vergleichend anhand einer Zeitungs- und Verfassungsschutzberichtsanalyse bzgl. des Islamismus untersucht. Der Autor mahnt in seinen Schlussfolgerungen u.a. eine ganzheitlichere Reformkonzeption der bundesrepublikanischen Sicherheitsstrukturen an. Explizit das Trennungsgebot und die Kontrollmechanismen sind in die Reformbemühungen nicht adäquat eingebunden worden. Der administrative Verfassungsschutz mit vorverlagerten Ermittlungskompetenzen zeigt in der Auseinandersetzung mit dem Islamismus, dass er ohne die Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen als Frühwarn Einheit versagt." (Autorenreferat)

[144-F] Preuß, Torsten (Bearbeitung); Anter, Andreas, Prof.Dr. (Betreuung):

Terrorismus und Innere Sicherheit (Arbeitstitel)

INHALT: Während des Promotionsvorhabens werden ausgewählte Strukturen und Konzepte deutscher Sicherheitsbehörden vor dem Hintergrund "Kampf gegen den Terrorismus" analysiert. Hierzu wird zunächst die Verfassungsarchitektur des Grundgesetzes untersucht, um daran anschließend einzelge-

setzliche Maßnahmen im "Kampf gegen den Terrorismus" vorzustellen. Im weiteren Verlauf soll nachgewiesen werden, dass die vorhandenen Konzepte bezüglich der Bekämpfung des Terrorismus zwar in der Regel eine hohe juristische Stringenz aufweisen, dabei aber vorherrschenden sozialwissenschaftlichen Theorien und Erkenntnissen über das Gewaltphänomen Terrorismus zum Teil deutlich widersprechen. Es muss deshalb auch geklärt werden, inwieweit sich aus dieser Diskrepanz möglicherweise Probleme für eine erfolgreiche Terrorismus-Bekämpfung auf Basis des Grundgesetzes ergeben. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Leipzig, Fak. für Sozialwissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft Bereich Politisches System der Bundesrepublik Deutschland (Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0341-97-35625, e-mail: tpreuss@uni-leipzig.de)

[145-F] Schlachetzki, Constantin, M.A. (Bearbeitung); Sturm, Roland, Prof.Dr.phil.habil. (Betreuung):

Heimatschutz und Sicherheit kritischer Infrastrukturen vor dem Hintergrund potentiellen Marktversagens - eine Analyse staatlicher und privatwirtschaftlicher Maßnahmen zur Terrorabwehr in Deutschland und den Vereinigten Staaten

INHALT: Spätestens seit dem 11. September 2001 stellt sich Terrorismus von bisher ungekannter Dimension als eine der zentralen strategischen Herausforderungen für die westlichen Industrienationen dar. Ein wesentliches Element der Terrorabwehr und des Heimatschutzes ist dabei die Sicherung kritischer Infrastrukturen - jener essentiellen Systeme und Dienste, die das physische sowie virtuelle Fundament von Gesellschaft und Industrie bilden, was sie wiederum im Rahmen asymmetrischer Kriegsführung zu hochgradig gefährdeten Zielen macht. Eigentümer und Betreiber kritischer Infrastrukturen ist meist nicht der Staat, sondern überwiegend die private Industrie. Vor diesem Hintergrund postulieren die Heimatschutzstrategien Deutschlands und der Vereinigten Staaten auch, dass Marktkräfte bzw. privatwirtschaftliche Akteure selbsttätig dafür Sorge trügen, ein angemessenes Sicherheitsniveau in diesem Teilbereich der nationalen Sicherheit zu garantieren. Aus neoklassisch-ökonomischer Perspektive lässt sich jedoch bezweifeln, ob diese Grundannahme realistisch ist: In der Theorie müssten schließlich Heimatschutz und die Sicherheit kritischer Infrastrukturen - wie andere "öffentliche Güter" auch - zumindest partiell von Marktversagen betroffen sein, da rationalen privatwirtschaftlichen Akteuren nur sehr begrenzt Anreize zur Partizipation an der Bereitstellung von kollektiv nutzbaren Gütern vorliegen. Zentrales Anliegen dieser Dissertation ist es nun, zuerst unter Heranziehung ökonomischer und spieltheoretischer Konzepte das Verhalten privater Marktkräfte im Kontext der Herausforderung des Heimatschutzes in drei ausgewählten Bereichen kritischer Infrastruktur zu untersuchen, um ggf. auch hier vorliegende wesentliche strukturelle Ursachen von Marktversagen - wie etwa Externalitäten, Informationsasymmetrien und Interdependenzen - identifizieren zu können. Als Fallbeispiele dienen dabei der maritime Transportsektor, Hochrisiko-Produktionsanlagen der chemischen Industrie sowie der Terrorversicherungsschutz. Daran anschließend folgt die empirische Analyse von bisher in diesen drei Bereichen jeweils in Deutschland und den Vereinigten Staaten angewandten Instrumenten zur Verbesserung des Heimatschutzes im Spektrum von freiwilliger Kooperation der Marktteilnehmer bis hin zu staatlicher Sicherheitsregulierung. Ziel der Dissertation ist es, ein auf realistischen Grundannahmen basierendes Verständnis der Möglichkeiten ebenso wie der Grenzen des Wirkens freier Marktkräfte und staatlicher Autoritäten zur gemeinsamen Gewährleistung von Heimatschutz und der Sicherheit kritischer Infrastrukturen zu erlangen. Dadurch soll das Aufzeigen von Handlungsoptionen für Regierungs- und privatwirtschaftliche Akteure ermöglicht werden, potentiell Marktversagen zu minimieren sowie die Terrorabwehrfähigkeit und Widerstandskraft gegen Angriffe in Deutschland und den Vereinigten Staaten zu optimieren. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten

ART: Dissertation; gefördert *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

INSTITUTION: Technische Universität Chemnitz, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politik und Parteienentwicklung in Europa" der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz); Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie, Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I (Kochstr. 4, 91054 Erlangen)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: constantin.schlachetzki@gmx.de)

[146-L] Schlögel, Martina:

Das Bundeskriminalamt nach der Novelle des BKA-Gesetzes: ein "Deutsches FBI" oder ein neuer Akteur im Rahmen der Terrorismus-Prävention?, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 58/2009, H. 1, S. 25-32 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ein generelles Problem der Terrorismusbekämpfung seit dem Jahr 2001 ist, dass die tradierten Mittel des Rechtsstaats als für den Schutz der Bürger nicht mehr ausreichend erachtet werden. So findet seit den Anschlägen von New York im September 2001 in vielen westlichen Demokratien ein beispielloser Umbau der Rechtsordnungen statt. Dieser Umbau kollidiert in Deutschland mit Verfassungsprinzipien wie dem Schutz der Menschenwürde, dem Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und dem Trennungsgebot von polizeilicher und geheimdienstlicher Tätigkeit." (Autorenreferat)

[147-L] Schneider, Patricia:

Terrorismusbekämpfung als Einsatzfeld für die Bundeswehr?: eine Pro-und-Kontra-Diskussion, in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Armin Wagner (Hrsg.): Armee im Einsatz : Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 260-273

INHALT: Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington ist der transnationale Terrorismus die größte sicherheitspolitische Gefahr der Gegenwart. Transnationale Terrorgruppen wie al-Qaida bilden auf materiellen, organisatorischen oder ideellen Strukturen aufbauende Netzwerke, die länderübergreifend Terroranschläge vorbereiten und durchführen können. Die Bundeswehr wurde im Zuge der Operationen "Enduring Freedom" und "Active Endeavour" Teil des globalen Kampfes gegen den Terror. Deutsche Marineverbände patrouillieren seit November 2001 am Horn von Afrika bzw. im Mittelmeer, um Schifffahrtswege vor terroristischen Attacken zu schützen und terroristische Nachschublinien zu blockieren. In Afghanistan wurde das Kommando Spezialkräfte (KSK) mit der Terroristenjagd beauftragt, während Bundeswehrsoldaten seit Dezember 2001 die "International Security Assistance Force" (ISAF) unterstützen, die ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau, für die neue Zentralregierung und die Etablierung von demokratischen staatlichen Strukturen herstellen und aufrechterhalten soll. Darüber hinaus patrouillieren seit September 2006 Einheiten der Marine unter UN-Mandat entlang der libanesisch-israelischen Seegrenze, um illegale Waffenlieferungen über See zu verhindern. Im vorliegenden Beitrag werden die Pro- und Kontra-Argumente vor allem in der deutschen Debatte zum Einsatz der Bundeswehr zur Terrorismusbekämpfung vorgestellt und gegeneinander abgewogen. (ICI2)

[148-L] Schulte, Philipp H.:

Terrorismus und Anti-Terrorismus-Gesetzgebung: eine rechtssoziologische Analyse, (Kriminologie und Kriminalsoziologie, Bd. 6), Münster: Waxmann 2008, 306 S., ISBN: 978-3-8309-1982-7 (Standort: Karlsruhe BGH(208)-PH87602008003)

INHALT: "Die Arbeit befasst sich mit der Interaktion von Terrorismus und den in Deutschland erlassenen Anti-Terrorismus-Gesetzen. Hierbei handelt es sich um die Gesetze, die der Gesetzgeber seit 1974 in unmittelbarer Reaktion auf terroristische Gewalt erlassen hat. Die Schwerpunkte der Arbeit bilden jeweils das Gesetzgebungsverfahren im historischen Kontext, die inhaltliche Bewertung und schließlich die Klärung, ob das Anti-Terrorismus-Gesetz erfolgreich im Kampf gegen den Terrorismus war bzw. ist. Um diese Fragestellungen umfassend beantworten zu können, werden vorab eine Definition für das Phänomen Terrorismus erarbeitet und die Formen des Terrorismus beleuchtet, die in Deutschland zum Erlass von Anti-Terrorismus-Gesetzen geführt haben." (Autorenreferat)

[149-L] Schwarz, Christoph:

Die Frage einer nationalen Sicherheitsstrategie für Deutschland als Gegenstand des außenpolitischen Diskurses, in: Jan Rohwerder (Hrsg.) ; Christian Volk (Hrsg.): Junge politikwissenschaftliche Perspektiven : Dokumentation der Aachener Herbstgespräche, Hamburg: Kovac, 2009, S. 171-194

INHALT: Der Verfasser nähert sich dem Thema "Sicherheit" aus nationalstaatlicher Perspektive und fragt nach der Notwendigkeit einer Nationalen Sicherheitsstrategie für Deutschland. Er analysiert die Argumente von Kritikern und Befürwortern eines solchen Strategiepapiers und kommt zu dem Schluss, dass es weniger darum geht, ob ein solches Papier nützlich oder schädlich wäre, als darum, das der deutschen Außenpolitik vielfach attestierte Strategiedefizit in den Blick zu nehmen und diesem durch den Aufbau strategischen Wissens in Politik wie Wissenschaft zu begegnen. Das Ziel einer durch strategische Überlegungen und nicht durch politisches Kalkül bestimmten Diskussion um die zukünftige Ausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik und damit auch das Pro und Contra einer Nationalen Sicherheitsstrategie bedarf als ersten Schritt des Aufbaus strategischer Analysekapazitäten. (ICE2)

[150-L] Schwegel, Andreas:

Auf dem Weg zu einem "deutschen FBI"? Bundeskriminalamt (BKA) und föderale Sicherheitsarchitektur im Zeichen der Terrorismusbekämpfung, in: Robert Glawe (Hrsg.): Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur - Impulse für die nationale Strategiedebatte, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2009, S. 307-319

INHALT: Die sicherheitsbehördlichen Instrumentarien in Deutschland wurden wie auch in anderen europäischen Ländern in den letzten Jahren erheblich ausgebaut. Dem Bundeskriminalamt (BKA) als koordinierende Sicherheitsbehörde für die Länderpolizeien und für den Informationsaustausch kommt dabei eine Schlüsselrolle zu und es ist bei der internationalen Terrorismusbekämpfung noch stärker gefordert, als es zu Zeiten der linksterroristischen Bedrohung der Fall war. Allerdings ist vielfach, auch seitens von Fachleuten, zu hören, das BKA werde "durch die Zuweisung zahlreicher neuer Eingriffsbefugnisse zu einer Art deutschem FBI umgewandelt, das in Konkurrenz zu den Polizeien der Länder weit im Vorfeld von Rechtsgutverletzungen agieren kann". Im vorliegenden Beitrag wird dieser gern genutzte Vergleich des BKA mit der US-Kriminalbehörde näher untersucht, wozu zunächst kurz das Aufgabenprofil des amerikanischen "Federal Bureau of Investigation" erläutert wird. Anschließend wird die Entwicklung des BKA näher dargestellt, indem die juristischen Rahmenbedingungen der Entstehungszeit des BKA skizziert, die wichtigsten Weichenstellungen der Behörde von den 1970er bis zu den 1990er Jahren nachgezeichnet und ausführlicher auf die Terrorismusbekämpfung seit dem Jahr 2001 eingegangen wird. Im Mittelpunkt stehen vor allem rechtspolitische Fragen zu Eingriffsrechten und Befugnissen der Behörde, welche nähere Aufschlüsse über die Veränderungen im Aufgabenprofil und der Stellung des BKA im Gefüge der deutschen Sicherheitsbehörden geben können. (ICI2)

[151-L] Sinai, Joshua:

Terrorism and Germany: the threat and the response, in: Katharina von Knop (Hrsg.) ; Heinrich Neisser (Hrsg.) ; Martin van Creveld (Hrsg.): Countering modern terrorism : history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004, Bielefeld: Bertelsmann, 2005, S. 289-302, ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde deutlich, dass von Deutschland aus terroristische Aktivitäten eines militanten Islamismus geplant und ausgeführt worden sind. Die Bundesregierung reagierte daher relativ schnell mit einer Reihe von Gesetzen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Im Dezember 2001 wurden 17 Gesetze verabschiedet, die die Sicherheitsarchitektur des Staates grundlegend im Sinne eines "Präventionsstaats" veränderten. Das "Terrorismusbekämpfungsgesetz" setzte seine Bürger massiven Misstrauens- und Überwachungsmaßnahmen aus, um Sicherheitsrisiken durch "Schläfer" zu minimieren. Diese Entwicklung entsprach genau jenem

Trend, der auch für die USA identifiziert wurde. Der vorliegende Beitrag erörtert in diesem Kontext die Frage, ob und wie die Schily-Gesetze in ihrer Gesamtheit das Verhältnis des Bürgers zum Staat verändern. So findet so gut wie keine öffentliche Erfolgskontrolle dieser Maßnahmen statt, und sie wird auch von den zuständigen Bundesländern als zu arbeitsintensiv abgelehnt. Einige Gesetzesmaßnahmen, die nach 2001 verabschiedet wurden, verstärken insgesamt diese Tendenz: das Gesetz zur Neuregelung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (G-10 Gesetz von 2001), das Finanzmarktförderungsgesetz (2002), das Telekommunikationsgesetz (2004) und das Übereinkommen mit den USA zur Erfassung und Verwendung von EU-Passagierdaten (2005). (ICA)

[152-L] Staack, Michael:

Einsatz der Bundeswehr im Innern?, in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Armin Wagner (Hrsg.): *Armee im Einsatz : Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 274-283

INHALT: Der Autor vertritt die Auffassung, dass an einem restriktiven Einsatz der Bundeswehr im Innern festgehalten werden sollte. Zwar sind Herausforderungen bzw. Problemlagen innerer und äußerer Sicherheit tatsächlich stärker miteinander verknüpft als das in früheren Zeitperioden der Fall gewesen ist. Daraus ergibt sich jedoch nicht zwingend die Notwendigkeit einer Vermischung von polizeilichen und militärischen Aufgaben und Instrumenten bei der Gefahrenabwehr. Es wäre nach Meinung des Autors fahrlässig, den bewährten Grundsatz der innenpolitischen Neutralität der Bundeswehr aufzugeben. Jede Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten der Streitkräfte im Inland über den bestehenden Wortlaut des Grundgesetzes hinaus bedarf zudem einer ausdrücklichen und präzisen Ermächtigung des Verfassungsgesetzgebers. Im vorliegenden Beitrag werden zunächst die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt, die die Einsätze der Bundeswehr im Innern ermöglichen und begrenzen. In einem kurzen Abriss wird außerdem der Spezialfall des Luftsicherheitsgesetzes und der neuen Debatte über einen "übergesetzlichen bzw. überverfassungsmäßigen Notstand" kritisch diskutiert. Abschließend wird eine Prognose dazu gewagt, ob sich zusätzliche Einsätze im Innern zu einer wichtigen Zukunftsaufgabe der "neuen Bundeswehr" entwickeln könnten. (ICI2)

[153-L] Stern, Klaus:

Keine Freiheit ohne Sicherheit: die Terrorismusbekämpfung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: *Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit*, Jg. 54/2008, H. 6 = Nr. 463, S. 40-45 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_13898-544-1-30.pdf)

INHALT: Der politische Wille, den Terrorismus zu bekämpfen, ist in den einzelnen Staaten der Welt unterschiedlich ausgeprägt. Die Europäische Union hat sich seit längerem der Terrorismusgefahr angenommen und mehrere Abkommen zur Intensivierung der Bekämpfung geschlossen. Bei Staaten, die auf der Herrschaft des Rechts aufgebaut sind, wie es für die europäischen Länder der Fall ist, ist das Bekämpfungspotenzial allerdings immer rechtsstaatlich gebunden. Grenzen setzt vor allem das Verfassungsrecht und die Rechtsprechung in Staaten, die wie Deutschland eine ausgeprägte Verfassungsgerichtsbarkeit eingerichtet haben. Diese Rechtsprechung muss die staatliche Sicherheitspolitik in ihr Kalkül einbeziehen und sie hat mittlerweile einen beachtlichen Umfang erreicht, der bereits zur Frage geführt hat, ob der Terrorismusbekämpfung zu enge Fesseln angelegt sind. Im vorliegenden Beitrag wird diese Frage näher diskutiert, indem unter anderem gesetzgeberische Maßnahmen, legislative Sicherheitsaspekte, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Sicherheitsgesetzen sowie die neuen Instrumente gegen neue Gefahren kritisch in den Blick genommen werden. (ICI2)

[154-L] Stock, Jürgen:

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus aus kriminologischer Sicht, in: Thomas Feltes (Hrsg.) ; Christian Pfeiffer (Hrsg.) ; Gernot Steinhilper (Hrsg.) ; Hans-Dieter Schwind (Adressat): Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen : Festschrift für Professor Dr. Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag, Heidelberg: C. F. Müller, 2006, S. 741-755, ISBN: 3-8114-5241-X (Standort: LB Stuttgart(24)-55/20752)

INHALT: Der Beitrag beschreibt den internationalen Terrorismus als Untersuchungsgegenstand der Kriminologie mit besonderem Blick auf die Bundesrepublik Deutschland. So werden im ersten Schritt die Rahmenbedingungen zur Erforschung des internationalen Terrorismus dargestellt, und zwar (1) die gewandelte Rolle des Staates zu Beginn des 21. Jahrhunderts und (2) die neue Rolle des Strafrechts. Der zweite Schritt liefert bisherige staatliche Ansätze zur Analyse und Bekämpfung dieses Kriminalitätsbereiches. Dazu gehören (1) legislative und (2) repressive Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sowie (3) Maßnahmen zur Prävention bzw. Frühaufklärung. Die Ausführungen machen deutlich, dass man eine fundierte kriminologische Erforschung des internationalen Terrorismus braucht, will man dieses komplexe Phänomen wirksam bekämpfen. Da Kriminalpolitik ohne gesicherte kriminologische Grundlagen kaum auskommen kann, gehört die anwendungsorientierte kriminologische Forschung zu den natürlichen Anliegen der Kriminalpolitik. (ICG2)

[155-L] Stolle, Peer:

Die aktuellen Terrorismus-Verfahren und ihre Folgen: eine erste Bestandsaufnahme, in: Kriminologisches Journal, Jg. 40/2008, H. 2, S. 123-136 (Standort: USB Köln(38)-XF146; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.juventa.de/zeitschriften/kriminologisches_journal/abstracts/Jahrgang2008/04200802123.html?2)

INHALT: "Teilweise seit Jahren ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen verschiedene Personen wegen 'Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung'. Erst aufgrund von Durchsuchungen und Festnahmen im Frühjahr/ Sommer 2007 erhielten die Betroffenen und auch eine breitere Öffentlichkeit Kenntnis von den Verfahren. Die Beschuldigten wurden monate- bzw. jahrelang überwacht und ausgeforscht. Diese umfangreichen Ermittlungen sind einerseits typisches Merkmal von Terrorismus-Verfahren, andererseits sind sie auch Ausdruck einer Risikologik, die immer weitere Teile der staatlichen Kriminalitätskontrolle und Sicherheitspolitik erfasst." (Autorenreferat)

[156-L] Urban, Johannes:

Die Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006, 400 S., ISBN: 3-531-15263-7 (Standort: USB Köln(38)-34A754)

INHALT: "Johannes Urban untersucht die Stärken und Schwächen des deutschen Vorgehens gegen den Internationalen Islamistischen Terrorismus. Mit Hilfe eines "Ziele-Strategien-Modells", das auf dem Instrumentarium der Zweck-Mittel-Analyse beruht, wird der Bekämpfungsansatz der Bundesrepublik charakterisiert und evaluiert. Der Autor ermittelt, mit welchen Strategien welche Ziele erreicht werden sollten - und welche Mittel dabei zum Einsatz kamen. Inwieweit dabei zweckmäßig vorgegangen wurde, zeigt das Verhältnis staatlicher Maßnahmen zu spezifischen Gefahrenmerkmalen des Internationalen Islamistischen Terrorismus, also ob Maßnahmen symmetrisch oder asymmetrisch zu jenen waren bzw. sind. Ausgehend vom so identifizierten Handlungsbedarf - aber auf dem Fundament gültiger normativer Grundlagen und Prinzipien - gibt die Studie Empfehlungen, wie der deutsche Bekämpfungsansatz mit Augenmaß operativ und organisatorisch optimiert werden könnte." (Autorenreferat)

[157-L] Urban, Johannes:

A wie Afghanistan, Z wie Zuwanderung - Terrorismusbekämpfung im Licht einer umfassenden Systematik, in: Uwe Backes (Hrsg.) ; Eckhard Jesse (Hrsg.): 16. Jahrgang 2004, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 169-186, ISBN: 3-8329-0996-6

INHALT: Der Verfasser entwickelt eine umfassende Systematik der Terrorismusbekämpfung in Gestalt eines Ziele-Strategien-Modells, das es ermöglicht, Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung in den jeweiligen strategischen Kontext einzuordnen und auf ihren Beitrag zur Erreichung der Ziele der Terrorismusbekämpfung hin zu bewerten. Das Modell wird am Beispiel von vier aktuell diskutierten Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung illustriert: Einsatz der Bundeswehr zur Gefahrenabwehr (Luftsicherheitsgesetz), Aufnahme weiterer Sicherheitsbestimmungen ins Ausländerrecht (Zuwanderungsgesetz), Zentralisierung der Sicherheitsbehörden, Reorganisation des Zivil- und Katastrophenschutzes. Die untersuchten Maßnahmen tragen nach Einschätzung des Verfassers den unterschiedlichen Ansatzpunkten der Terrorismusbekämpfung Rechnung und verbessern so die Chancen der Gefahrenprävention. Er beklagt allerdings ein massives Umsetzungsdefizit. (ICE2)

[158-F] Walthelm, Britta, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Sturm, Roland, Prof.Dr.phil.habil. (Betreuung):

How have the 9/11 terrorist attacks stimulated policy change in the UK, Germany and Spain? A study of the dynamics of policy change after significant events

INHALT: The thesis addresses the question of how the terrorist attacks on the USA of September 11, 2001 stimulated policy change. By way of examining the policy reaction in three large Western European countries - the UK, Germany, and Spain - it will be investigated how the 9/11 attacks stimulated policy change and whether processes of policy change and stability followed similar patterns. For this purpose, the case studies provide a comparative analysis of the perceptions of policy problems relating to the 2001 events as well as their "digestion" in decision making processes at national levels. The research wants to contribute to the refinement of theories of the policy process, more specifically of theories of policy change and learning after significant events. The terrorist attacks on New York and Washington, D.C., on September 11, 2001 were perceived as major historical events not only in the United States: In the immediate aftermath of September 11, 2001, an oratory of "everything has changed" was widely heard all across Western Europe. Political elites emphasised repeatedly and in unison that after the terrorist attacks the world was not the same as before. The events were seen as a violation of fundamental principles by liberal democratic societies alike. In Europe, this was evident in the condemnation of the attack both at the European and national levels. On the international level, perhaps most visibly within the framework of the United Nations, common responses to the novel threat of international terrorism were agreed upon. Moreover, Europe's political leaders declared that the incidents in the US constituted an attack on all open societies and demanded the Member States of the European Union to proceed jointly. Although the body of literature on the development of counter-terrorism policies in Europe has expanded remarkably since 2001, systematic accounts of how 9/11 as an event affected policy decisions in Western European states are still missing. The thesis takes up this puzzle and investigates the dynamics of policy change more thoroughly and within a clear cut theoretical framework. In theoretical terms, the research starts off from the idea that significant "trigger events" can stimulate policy change as they bring up certain issues on the government's agenda. To analyze the mechanisms behind policy change, the thesis employs the notion of learning. Learning is understood as a process in which individuals involved in policy making (and possibly belonging to groups) deliberately apply experience and new information concerning the policy problem, the potential solutions to the problem and/ or arguments they make to advance their preferred policies to policy decisions. Policy change is interpreted as the result of such learning processes in the policy process. If policy change can be linked to a particular event, it constitutes a case of event-related policy change. | **ZEITRAUM:** ab 2001 | **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Spanien

ART: Dissertation; gefördert **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

INSTITUTION: Technische Universität Chemnitz, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politik- und Parteienentwicklung in Europa" der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz); Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie, Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I (Kochstr. 4, 91054 Erlangen)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: britta-walthelm@gmx.net)

[159-L] Weigel, Andreas:

Der Beitrag bundesdeutscher Nachrichtendienste zur Abwehr globaler terroristischer Aktivitäten, in: Nikolas Dörr (Hrsg.) ; Till Zimmermann (Hrsg.): Die Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland : Beiträge anlässlich einer Tagung von StipendiatInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vom 23.-27. Januar 2006, Bamberg: WVB-Verl., 2007, S. 35-44, ISBN: 978-3-86573-307-8 (Standort: UB München(12)-8079910)

INHALT: Organisierte Kriminalität, defekte oder kollabierende Staaten, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der global agierende Terrorismus sind neue Herausforderungen für die Nachrichtendienste. Nach der Auflösung des Zentrums für Nachrichtenwesen der Bundeswehr sind der Bundesnachrichtendienst und das neu geschaffene "Gemeinsame Terrorismus Abwehrzentrum" die wichtigsten Akteure in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Strategien zur Terrorismusbekämpfung muss ein erweiterter Sicherheitsbegriff zu Grunde liegen. (ICE2)

[160-CSA] Wiefelsputz, Dieter:

Once Again: Case of Defense by Terrorist Attacks?, in: Recht und Politik 2007, 43, 1, 3-10., 2007, ISSN: 0344-7871

INHALT: The coalition agreement of 11 November 2005 by CDU, CSU, & SPD states that: because of the threat of international terrorism, internal & external security has become increasingly intertwined. Nonetheless, the basic separation between police & military tasks apply. On 15 February 2006, the Federal Constitutional Court decided that Sec. 14, clause 3 of the German Aviation Security Act adopted on 11 January 2005, is null & void. It does not make sense, to evaluate a grave terrorist attack on the German Federal Republic as a case of defense according to Article 115 clause 1 sub-clause 1 GC (Geneva Convention). Cross-border terrorist attacks on the German Federal Republic can be averted militarily by the Federal Armed Forces according to Article 87a clause 1 sub-clause GG (Basic Constitutional Law) within the framework of defense, if the attacker displays a military operation & organization structure or the destruction potential is on a warlike scale. No amendment to the constitution is necessary in order to qualify the fending off of such attacks as defense, as the term defense includes the military abatement of such terrorist attacks.

[161-F] Wiener, Antje, Prof.Ph.D.; Alkoby, Asher, Dr.; Liste, Philip, Dr. (Bearbeitung):

Evaluating the "global community of courts" thesis. A case study of counterterrorism measures in Canada and Germany

INHALT: Scholars of international law and politics have argued that the gradual development of a 'global community of courts' holds the potential to improve compliance of states with international law and advance the harmonization of legal systems in the world. National courts increasingly use international norms in their decisions even when such norms have not been incorporated into their domestic legal systems, i.e. they are not binding in a formal sense. Judicial 'cross fertilization' also occurs as a result of mutual referencing of foreign decisions that have persuasive appeal, and through extensive networking initiatives - judicial conferences, visits, and workshops. It is argued that this phenomenon signals a deep conceptual shift from two legal systems - international and domestic - to one. Judicial cooperation thus has significant consequences for the way law is developed and applied at the national and international levels, since sovereign state borders matter less than interactions across them. However, the emergence of shared principles, as well as values and norms underlying this 'global community of courts', remains to be documented. Current research on judicial cooperation draws heavily on court rulings in different jurisdictions and offers conclusive observations on the role played by international and comparative law in these rulings. In this project, we aim to formulate a more rigorous conceptual framework for the study of the domestic effect of international and comparative law. We hypothesize that increased judicial cooperation does not necessarily result in increased conformity across the globe because different interpretations of the meanings of norms are expected to persist. We define this overlooked dimension of normative change as the 'cultural validation' of law, and posit that since distinct meanings of norms are derived from specific socio-cultural environments, the translation of meanings from international or foreign law to domestic law cannot

simply be achieved by way of judicial interaction.| *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Kanada, Bundesrepublik Deutschland

ART: gefördert *BEGINN*: 2010-01 *ENDE*: 2011-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Alexander von Humboldt-Stiftung

INSTITUTION: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialwissenschaften Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Global Governance (Allende-Platz 1, 20146 Hamburg)

KONTAKT: Institution -Sekretariat- (Tel. 040-42838-4086, Fax: 040-42838-6878, e-mail: Christiane.Krueger@wiso.uni-hamburg.de)

3 Terrorismusbekämpfung internationaler Sicherheitsallianzen

[162-L] Aaron, David L.; Beauchesne, Ann M.; Burwell, Frances G.; Nelson, C. Richard; Riley, K. Jack; Zimmer, Brian:

The post 9/11 partnership: transatlantic cooperation against terrorism, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Alexander Höse (Hrsg.) ; Kai Oppermann (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen : Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 347-371, ISBN: 3-531-14579-7 (Standort: UB Bonn(5)-2005/8522)

INHALT: Die strategische Partnerschaft von USA und EU im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus wird nach Einschätzung der Autoren innerhalb der nächsten drei Jahre zu einer Erfolgsgeschichte der transatlantischen Beziehungen führen. Diese Kooperation wird rasch anwachsen und Behörden und Institutionen in den USA und Europa zusammen führen, die bisher noch nie zusammen gearbeitet und sogar teilweise noch nicht existiert hatten. Die Autoren zeichnen in ihrem Beitrag die Anfänge und den Verlauf der internationalen Partnerschaft seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 detailliert nach und zeigen am Beispiel einiger Initiativen und Gesetzesänderungen, wie durch den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus vorhandene Unstimmigkeiten im transatlantischen Verhältnis gelöst werden konnten. Sie diskutieren ferner zukünftige Perspektiven bei der weiteren Ausgestaltung und Vertiefung der Partnerschaft von USA und EU, die sich u.a. auf den Datenschutz, den Schutz der Privatsphäre, die Strafverfolgung und den Schutz von Grenzen und Infrastrukturen im internationalen Rahmen beziehen. (ICI)

[163-L] Bauer, Michael; Algieri, Franco:

Viel erreicht, aber noch viel zu tun: die Vielschichtigkeit europäischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, in: Erwin Müller (Hrsg.) ; Patricia Schneider (Hrsg.): Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus : Sicherheit vs. Freiheit?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 163-179, ISBN: 3-8329-2073-0 (Standort: UB Wuppertal(468)-41PEN682)

INHALT: Der Beitrag gibt zunächst einen Überblick über die historische Entwicklung der Terrorismusbekämpfung in Europa bis zur Gründung der EU. Im Folgenden wird erläutert, welche Neuerungen sich durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam und die formelle Inkorporation innen- und außenpolitischer Fragen in den europäischen Integrationsprozess im Sinne eines etappenweisen Ausbaus der rechtlichen Grundlagen für eine europäische Terrorismusbekämpfung ergeben. Sodann werden die politischen, rechtlichen und organisatorischen Entwicklungen diskutiert, die sich seit dem 11. September 2001 und dem 11. März 2004 in den Bereichen "Dritte Säule" und GASP ergeben haben. Abschließend werden die beschriebenen Entwicklungen hinsichtlich ihrer Eignung bewertet, die Sicherheit gegenüber terroristischen Aktivitäten zu erhöhen und den Anforderungen parlamentarischer und justizieller Kontrolle gerecht zu werden. (ICE2)

[164-L] Bendiek, Annegret:

Die Terrorismusbekämpfung der EU: Schritte zu einer kohärenten Netzwerkpolitik, (SWP-Studie, S 21), Berlin 2006, 34 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3229;www.swp-berlin.org/produkte/diskussionspapier.php?id=6136)

INHALT: "Mit der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung, die der Europäische Rat im Dezember 2005 verabschiedet hat, strebt die EU die Vernetzung mitgliedstaatlicher Außen- und Innenpolitiken in der Terrorabwehr an. Der dazugehörige Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung wurde zuletzt im Februar 2006 aktualisiert und enthält mehr als 160 Einzelmaßnahmen in den vier Arbeitsfeldern der EU-Strategie (Prävention, Schutz, Verfolgung und Reaktion). Das Hauptziel der EU-Politik ist, 'den Netzwerken des Terrors Netzwerke gegen den Terror' gegenüberzustellen. Die EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung treibt die europäische Netzbildung maßgeblich voran, aber nicht im Sinne einer Vergemeinschaftung. Ideen zur Gründung einer europäischen CIA, einer Generaldirektion Homeland Security oder zur Einführung einer supranationalen Polizei und Staatsanwaltschaftsbehörde haben sich nicht durchgesetzt. Die tragenden Säulen in der europäischen Vernetzung bleiben weiter-

hin die Mitgliedstaaten. Es ist davon auszugehen, dass die Kohärenzprobleme bei der Vernetzung europäischer Außen- und Innenpolitiken erst mittel- bis langfristig behoben werden können. Um bereits erzielte Fortschritte in der europäischen Zusammenarbeit zu verstetigen, sollte der Mehrwert einer europäischen Vernetzung für die nationale Politik gesteigert und die EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung stärker auf das Arbeitsfeld der Prävention als Querschnittsaufgabe der Außen- und Innenpolitik ausgerichtet werden. In der Arbeit werden konkrete Vorschläge für das achtzehnmonatige Arbeitsprogramm der Teamratspräsidentschaft (Deutschland, Portugal, Slowenien) 2007 bis 2008 unterbreitet." (Autorenreferat)

[165-F] Beyer, Anna Cornelia, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Rittberger, Volker, Prof.Ph.D. (Betreuung): **Participation in global governance - EU and ASEAN counterterrorism (working title)**

INHALT: Whereas it could be argued, that Global Governance as such is a necessary result of globalization, participation in Global Governance is not an automatic result of interdependence but has its distinct causes and motivations. By looking at European integration theory as well as compliance theory it was established that participation might be motivated by a variety of systemic as well as domestic factors which deserve further attention. If causal mechanisms of participation in Global Governance are understood, the construction of a working Global Governance system might be facilitated. Regions here are understood as macro-regions, meaning entities that comprise a number of states. Within the concepts of Global Governance - from Rosenau and the Commission on Global Governance to Kahler, Neyer and Zürn for example - regions are only marginally theorized as actors. The researcher regards participation as one central feature among others (legitimacy, authority) for defining an entity as an actor. As the selected regions do participate in Counterterrorism, it is possible to establish these regions as the relevant actors for research on causes of participation. Her research focuses on the following questions: 1. How do regions participate in Global Governance? 2. Which factors are causal for participation? And 3. What are the most important factors for participation? As forms of participation (dependent variable) count compliance with United Nations regulations, active participation in multilateral programmes, promotion of counterterrorism, and congruent rhetoric. As possible causes (independent variable) are regarded: endogenous factors as absolute power, experience with integration and thus socialization, the calculation of threat and perception of terrorism (cost-benefit); exogenous factors as relative power, interdependence with other actors and perception of dependency from other actors, complementarities of the elites, external pressure and authority of central institutions and actors (UN and US).| **ZEITRAUM:** 2001-2007 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Europa (EU), Südostasien (ASEAN)

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Beyer, Cornelia: Regional participation in global governance: ASEAN counterterrorism. 13 S.+++Dies.: Participation in global governance - EU and ASEAN counterterrorism. Ursachen regionaler Partizipation an Global Governance im Bereich der Terrorismusbekämpfung.

ART: Dissertation **BEGINN:** 2005-08 **ENDE:** 2008-08 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Universität Tübingen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Arbeitsbereich Internationale Beziehungen, Friedens- und Konfliktforschung (Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 07071-297-6140, e-mail: cornelia.beyer@uni-tuebingen.de)

[166-L] Billen, Christophe:

Ist die OSZE der geeignete Rahmen für kooperative Terrorismusbekämpfung in Zentralasien?, in: 2005, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 295-314

INHALT: Alle Teilnehmerstaaten der OSZE haben gelobt, so der Verfasser, Terrorismus zu verhüten und zu bekämpfen - in dieser Hinsicht verbindet sie ein gemeinsames Interesse. Damit dies wirklich gelingt, sollte die OSZE in all ihren Gremien und Institutionen, aber auch in ihren Teilnehmerstaaten selbst den eigentlichen Ursachen von Terrorismus auf den Grund gehen. Dazu könnten die Teilnehmerstaaten einen unabhängigen Expertenrat einrichten, dem Fachleute aus allen Subregionen der OSZE angehören. Der Rat könnte untersuchen, was einzelne Menschen oder auch Gruppen dazu be-

wegt, zu terroristischen Mitteln zu greifen. Dabei sollte er nicht nur regionale Besonderheiten berücksichtigen, sondern sich auch mit staatlicher Politik als Ursache für die Verbitterung vieler Menschen befassen, die sie unter Umständen in die Arme terroristischer Gruppen treibt. Die OSZE könnte auch zu einem Forum werden, in dem die Teilnehmerstaaten nach dem Vorsorgeprinzip ihre Besorgnis angesichts der Politik anderer Teilnehmerstaaten zum Ausdruck bringen könnten, da eine bestimmte Politik heftige Gegenreaktionen hervorrufen und so dazu führen kann, dass unschuldige Zivilisten durch terroristische Anschläge ihr Leben verlieren. Was die Kooperation der OSZE mit regionalen und anderen internationalen Organisationen in Zentralasien anbelangt, so könnte sie die Zusammenarbeit mit der GUS, der Organisation des kollektiven Sicherheitsvertrages und der Shanghai-Kooperationsorganisation (SCO) sowohl auf Leitungsebene als auch vor Ort über die Einladung zu Konferenzen und Treffen hinaus verstärken. Auf der Grundlage ihrer jeweiligen Vorteile könnte eine solchermaßen vertiefte Zusammenarbeit eine wirksame, wenn auch nur partielle Antwort auf den latenten Vorwurf der GUS-Länder und insbesondere Russlands sein, die OSZE werde vom Westen instrumentalisiert, um demokratische Werte östlich von Wien zu befördern, wie es in dem Papier der GUS-Mitgliedsländer zur Lage der OSZE zum Ausdruck kommt. (ICF2)

[167-L] Brown, David:

The EU and counter-terrorism: a reliable ally in the 'war on terror'?, in: Franz Eder (Hrsg.) ; Gerhard Mangott (Hrsg.) ; Martin Senn (Hrsg.): Transatlantic discord : combating terrorism and proliferation, preventing crises, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 121-143, ISBN: 978-3-8329-2729-5 (Standort: UB Duisburg(464)-01/PDO/2564)

INHALT: Der von der Bush-Regierung selbsterklärte "Krieg gegen der Terror" bzw. gegen die "Achse des Bösen" mit ihren "Schurkenstaaten" Irak, Iran, Afghanistan, Nordkorea u.a. trat in eine international kritische Phase mit dem nicht von der UNO legitimierten "Präventivkrieg" der USA und seinen "willigen" Verbündeten gegen den Iran 2003. Der vorliegende Beitrag beschreibt, wie die EU vor der Erfahrung einer Verschärfung des Terrorismus durch diese Intervention und einer fortschreitenden politischen Destabilisierung des Nahen und Mittleren Osten eine eigenständige Strategie zur Eindämmung bzw. Bekämpfung des internationalen Terrorismus vorgelegt hat. Der Autor moniert aus amerikanischer Sicht, dass die Europäer zu lange ignoriert haben und weiter ignorieren, dass Europa nicht mehr nur der "Ruheraum" für "Schläfer" ist, sondern hier eine neue Qualität des internationalen Terrorismus durch kaum mit dem Islamismus vernetzte eigenständige "Zellen" entstanden ist. (ICA)

[168-L] Buttlar, Christian von:

Zur globalen Antiterrorismus-Strategie der Vereinten Nationen, in: Martin H.W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen: Politischer Extremismus : Bd. 2, Terrorismus und wehrhafte Demokratie, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 215-226, ISBN: 978-3-86676-008-0

INHALT: Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der spätestens mit den Anschlägen vom 11. September 2001 durch das Netzwerk der Al Qaida in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt ist, sind die Vereinten Nationen bemüht, ihrer Führungsrolle gerecht zu werden, um einen Rahmen für Abwehrmaßnahmen gegen nicht-staatliche Akteure zu schaffen, spezielle Einrichtungen zur zwischenstaatlicher Koordinierung und Kooperation zur Verfügung zu stellen, etwa zum Austausch und zur Weiterbearbeitung von Informationen, und Sanktionen zu verhängen, die weltweit einheitlich gelten und durchgesetzt werden sollen. Sowohl die 192 Mitgliedstaaten zählende Generalversammlung als auch der von fünfzehn Staaten gebildete Sicherheitsrat haben mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog von präventiven wie repressiven Gegenmaßnahmen auf die terroristische Bedrohung reagiert. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass der universal koordinierte wie auch einzelstaatliche Kampf gegen den Terror zu einer ständigen Abwägung im Spannungsverhältnis zwischen individuellen Freiheits- und Menschenrechten einerseits und kollektiven Sicherheitsbedürfnissen auf der anderen Seite zwingt und dass es in der Natur der Sache liegt, dass hier von Land zu Land teilweise unterschiedliche Entscheidungen und Wertungen getroffen werden, wie sie etwa im Zusammenhang mit der Anerkennung des Kriegsgefangenenstatus für Terroristen oder dem Zugang zum ordentlichen Rechtsweg intensiv diskutiert werden. Auf UN-Ebene herrscht in dieser Hinsicht ein eindeutiges und

uneingeschränktes Bekenntnis zur strengen Einhaltung der menschenrechtlichen Standards in jeder Phase des globalen Kampfes gegen den Terrorismus vor. Das gewissermaßen wasserdichte Hauptargument gegen jede Einbuße an menschenrechtlichen Standards lautet, dass die Abwehr des Terrors selbst unmittelbar der Verteidigung der Menschenrechte - ausgedrückt in der Würde des Individuums - dient und folglich die Preisgabe oder auch nur Kompromissbereitschaft schon in sich eine Niederlage gegenüber dem Terrorismus bedeutet. (ICA2)

[169-L] Eder, Franz; Mangott, Gerhard; Senn, Martin (Hrsg.):

Transatlantic discord: combating terrorism and proliferation, preventing crises, Baden-Baden:

Nomos Verl.-Ges. 2007, 253 S., ISBN: 978-3-8329-2729-5 (Standort: UB Duisburg(464)-01/PDO/2564)

INHALT: "Focusing on transnational terrorism, nuclear proliferation, and regional crises, this anthology analyzes US and European perspectives on threats, respective countermeasures, and contemporary challenges for US-European relations such as the Iranian nuclear program." (author's abstract). Contents: Franz Eder, Gerhard Mangott, Martin Senn: Understanding Mars and Venus: A Model for Security Policy Analysis (9-30); Matthias Dembinski: Transatlantic Cooperation or Discord: The United States, the European Union and Nuclear Non-Proliferation (31-62); Derek D. Smitha: Vulnerable Superpower: U.S. Strategy Against Weapons of Mass Destruction in the 21st Century (63-94); Anthony Seaboyer, Oliver Thränert: The EU-3 and the Iranian Nuclear Program (95-120); David Brown: The EU and Counter-Terrorism: A Reliable Ally in the 'War on Terror'? (121-144); Jeremy Shapiro Daniel Byman: Bridging the Transatlantic Counterterrorism Gap (145-164); Daniel S. Hamilton: Tackling Terror: A Transatlantic Agenda (165-186); Fraser Cameron: The European Union and Conflict Prevention (187-206); Reinhardt Rummel: The EU's Preference for Prevention - Burden or Boost for the Transatlantic Security Partnership? (207-236); Alice Ackermann: The United States' Perspective on Conflict Prevention (237-248).]

[170-L] Fischer, Susanne:

Terrorismus 'bekriegen'?: Mittel und Wege europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in:

Ronald H. Tuschl (Projektleiter) ; Wilhelm Nolte (Hrsg.): Der Krieg der Armen? : der internationale Terrorismus in der neuen Weltordnung ; Ergebnisse der State-of-Peace-Konferenz 2005, Münster: agenda Verl., 2005, S. 88-106, ISBN: 3-89688-259-7 (Standort: UB Eichstätt(824)-00MK3500S332-48)

INHALT: Das Ziel des vorliegenden Aufsatzes besteht erstens darin, anhand von theoretischen Überlegungen zu den Merkmalen des Terrorismus darzulegen, dass dieser mit kriegerischen Mitteln nicht effektiv eindämmbar ist. Es wird gezeigt, dass aus den Merkmalen des kriegerischen Akteurs spezifische Strukturen resultieren, die den Einsatz militärischer Mittel - das "Bekriegen" von Terrorismus - ineffektiv werden lassen. Zweitens wird die Genese der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) seit der Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) auf dem Europäischen Gipfel im Dezember 2003 nachgezeichnet. Eine kritische Analyse macht deutlich, dass vorrangig militärische Mittel zur Bekämpfung von Terrorismus im Rahmen der ESVP ausgebildet wurden, während die Entwicklung ziviler Fähigkeiten unzureichend vorangetrieben worden ist. Die Mittel und Wege der ESVP zur Eindämmung von Terrorismus lassen somit eine deutliche Präferenz kriegerischer Optionen erkennen. Anhand verschiedener Gipfelbeschlüsse, Deklarationen und Berichte kann ferner nachgewiesen werden, dass innerhalb der ersten und der dritten Säule der EU umfangreiche Instrumente zur Bekämpfung von Terrorismus, z.B. im Kontext von Maßnahmen der Verbrechensbekämpfung oder Strafverfolgung, entwickelt worden sind. Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Mittel und Wege der ESVP weniger zur Eindämmung von Terrorismus, als für klassische "peace-keeping" oder "peace-enforcement"-Einsätze und für Maßnahmen der Konfliktprävention unter dem Dach der UNO geeignet sind. (ICI2)

[171-L] Glaeßner, Gert-Joachim; Lorenz, Astrid (Hrsg.):

Europäisierung der inneren Sicherheit: eine vergleichende Untersuchung am Beispiel von organisierter Kriminalität und Terrorismus, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 300 S., ISBN: 3-531-14518-5 (Standort: UB Bonn(5)-2005-9162)

INHALT: "Das vorliegende Buch will zwei Lücken in der analytischen Beobachtung von Sicherheitspolitik zu schließen helfen: Erstens mangelte es trotz der reichhaltigen, aber doch zumeist kriminologischen, institutionenzentrierten oder politisch-ideologisch aufgeladenen Arbeiten zur inneren Sicherheit bislang an sozialwissenschaftlichen Beiträgen, die neben formalem Institutionenwandel und materieller Politik auch die entscheidenden Akteure, die öffentliche Debatte sowie die historischen und politisch-kulturellen Hintergründe von Sicherheitspolitik ergründen. Zweitens besteht ein Mangel an systematisch vergleichenden politikwissenschaftlichen Analysen zur inneren Sicherheit, zumal wenn man die beschränkte EU-Binnenperspektive verlassen möchte. Das Buch untersucht, ob und wie stark die besonders 'souveränitätsgeladene' Politik der inneren Sicherheit jeweils auf nationaler Ebene europäisiert ist. Europäisierung wird gemeinhin als Prozess der Verlagerung von politischen Entscheidungen von der nationalen auf die europäische Ebene bezeichnet, der seinerseits Rückwirkungen auf die nationale Politik hat. Unser Ansatz geht darüber hinaus und beleuchtet auch die nicht-institutionelle Dimension, so die Veränderung von Wahrnehmungen und die Übernahme von Werten. Herunter gebrochen wird das Thema auf folgende Fragen: Welche Auswirkungen hat die zunehmende politische Integration Europas auf den Bereich innerer Sicherheit? Wie integrationsoffen ist er? Wirken sich nationale Spezifika, historisch-kulturelle Eigenheiten auf die politische Debatte sowie auf institutionelle Entwicklungen aus? Und macht die Europäisierung, so sie denn in diesem Feld der Politik erkennbar ist, an den Grenzen der Europäischen Union Halt? Während der erste Teil des Buches dessen analytisches Grundkonzept und die zentralen Begrifflichkeiten erläutert, analysiert der folgende Beitrag zur Ebene der EU zunächst, wie die Mitgliederstaaten sich schrittweise auf eine Annäherung ihrer Politik der inneren Sicherheit einigten und worin sich dies manifestiert. Er bildet den Übergang zu zehn Fallstudien, die jeweils prüfen, inwieweit die Politiken der Länder dem Bild offizieller Dokumente integrierter Sicherheitspolitik entsprechen. Der letzte Abschnitt des Buches resümiert die empirischen Befunde, diskutiert vergleichend den Stand der Europäisierung und problematisiert einzelne Aspekte des Themas, um die weitere Forschung anzuregen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Gert-Joachim Glaeßner, Astrid Lorenz: Europäisierung der Politik innerer Sicherheit - Konzept und Begrifflichkeiten (7-20); Gert-Joachim Glaeßner, Astrid Lorenz: Europa und die Politik der inneren Sicherheit (21-42); Sebastian Bukow: Deutschland: Mit Sicherheit weniger Freiheit über den Umweg Europa (43-62); Mechthild Baumann: Frankreich: Republikanisches Vermächtnis trifft auf moderne Bedrohungen (63-84); Gert-Joachim Glaeßner: Großbritannien: Ein europäischer Sonderweg in der Politik innerer Sicherheit (85-106); Anja C. Baukloh: Italien: Sicherheitskonzepte im Widerstreit politischer Interessen (107-126); Edwin Bakker: Niederlande: Expansives Sicherheitskonzept, moderate Europäisierung (127-146); Gert-Joachim Glaeßner: Spanien: Sicherheitspolitik zwischen Kooperationszwang und nationalem Eigeninteresse (147-164); Claudia Y. Matthes: Polens Politik der inneren Sicherheit: Europäisierung auf der Überholspur (165-184); Carsten Schymik: Norwegens neue Gesellschaftssicherheit: europäisiert wider Willen (185-202); Silvia von Steinsdorff: Türkei: Sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel als Voraussetzung oder Folge des EU-Beitrittswunsches? (203-224); Petra Stykow: Russland: Wandel der Sicherheitspolitik als Funktion der Innen- und Außenpolitik (225-244); Anja C. Baukloh, Gert-Joachim Glaeßner, Astrid Lorenz: Vergleichende Beobachtungen zur Europäisierung der inneren Sicherheit (245-272).

[172-L] Hamilton, Daniel S.:

Tackling terror: a transatlantic agenda, in: Franz Eder (Hrsg.) ; Gerhard Mangott (Hrsg.) ; Martin Senn (Hrsg.): Transatlantic discord : combating terrorism and proliferation, preventing crises, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 165-186, ISBN: 978-3-8329-2729-5 (Standort: UB Duisburg(464)-01/PDO/2564)

INHALT: Der Beitrag beschreibt aus amerikanischer Sicht den gegenwärtigen Stand der transatlantischen Beziehungen im Bereich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus, um daraus einige Vorschläge abzuleiten, wie die existierenden Spannungen in einem gemeinsamen Projekt überwunden werden können. Die gegenwärtigen ad hoc-Bemühungen zu einer Zusammenarbeit sollten zu ei-

nem systematischen Programm gebündelt werden, das die verschiedenen Institutionen und Maßnahmen - Geheimdienste, Diplomatie, Polizei, Militär, Abstimmungen im Bankwesen, die Sicherheit der Flug- und Seehäfen, ABC-Abwehr, Katastrophenschutz u.a.m. - auf transnationaler Ebene koordiniert. Die geforderte Reorganisation bzw. "Revolution" in der internationalen Sicherheitspolitik entspringt der Notwendigkeit, dass heutzutage die Grenzen zwischen innerer und internationaler Sicherheit, zwischen Kriminalität und Krieg bei den "asymmetrischen Konflikten" verschwinden. (ICA)

[173-F] Hegemann, Hendrik, M.A. (Bearbeitung); Brzoska, Michael, Prof.Dr. (Betreuung):

Governing counterterrorism: the fight against transnational terrorism and the role of international institutions

INHALT: Die Forschung zur internationalen Kooperation in der Terrorismusbekämpfung hat sich bisher entweder auf die Staaten und deren Interessen und Wahrnehmungen konzentriert oder sich lediglich mit den Strategien und Arbeitsweisen internationaler Institutionen beschäftigt. Die Rolle internationaler Institutionen als Akteure innerhalb des Kooperationsprozesses wurde bisher jedoch kaum genauer untersucht. Zudem fehlt es in der Literatur an theoriegestützten Analysen, die eine systematischere Behandlung des Themas ermöglichen könnten. Das Dissertationsprojekt fragt daher, wann und wie internationale Institutionen als Akteure Kooperation in der Terrorismusbekämpfung seit dem 11. September 2001 ermöglicht, implementiert und weiter entwickelt haben. *ZEITRAUM:* seit 2001

METHODE: Die Arbeit stützt sich auf verschiedene Theorien der internationalen Beziehungen und deren Annahmen zur Rolle internationaler Institutionen. Daraus wird ein Modell entwickelt, wann und durch welche Mechanismen sich internationale Institutionen als Akteure innerhalb des Forschungsprozesses etablieren konnten. In qualitativen Fallstudien wird dieses Modell dann auf die Europäische Union und die Vereinten Nationen angewendet. *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview; Dokumentenanalyse, offen.

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN:* 2008-10 *ENDE:* 2011-09 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Promotionsstipendium

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-866077-65, e-mail: hegemann@ifsh.de)

[174-F] Heller, Regina, Dr.; Kahl, Martin, Dr. (Bearbeitung):

Externe Governance der EU im Bereich der Terrorismusbekämpfung

INHALT: Das Projekt untersucht die Terrorismusbekämpfungsstrategien der EU gegenüber ihren südlichen und östlichen Nachbarstaaten. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass sich die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit angesichts neuer Bedrohungslagen und Bedrohungswahrnehmungen zunehmend auflösen. Die EU reagiert auf diese neue Situation, indem sie versucht, ihre Steuerungs- und Problemlösungsfähigkeit jenseits ihrer Grenzen im Rahmen von Kooperationen mit Drittstaaten zu erweitern und zu optimieren. Analysiert wird, wie die EU im Rahmen von externer Governance versucht, kurzfristige (operative) Abwehrstrategien mit langfristigen, strukturbildenden Maßnahmen (soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung) in Einklang zu bringen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)

KONTAKT: Heller, Regina (Dr. Tel. 040-866077-66, Fax: 040-8663615, e-mail: heller@ifsh.de)

[175-F] Kahl, Martin, Dr.; Heller, Regina, Dipl.-Pol. (Bearbeitung):

Konvergenzen in der Terrorbekämpfung EU, Russland, USA

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union, Russland, USA
ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
 -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83,
 20144 Hamburg)
KONTAKT: Kahl, Martin (Dr. Tel. 0251-35704,
 e-mail: martinkahl@web.de); Heller, Regina (Tel. 040-866077-64, Fax: 040-8663615, e-mail:
 regina_heller@web.de)

[176-F] Kahl, Martin, Dr. (Leitung):

Die EU und der Kampf gegen den Terrorismus

INHALT: Analysiert werden die Strategien und Instrumente, die Institutionen, strafprozessrechtlichen Verfahren und Informationssysteme, die die EU zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus entwickelt (hat). Auf den Binnenbereich der EU bezogen werden Fragen nach dem Vorrang von "Freiheit" und "Sicherheit" bearbeitet, bezogen auf die Politik gegenüber Drittstaaten Fragen nach der Vereinbarkeit von Strategien zur Ursachenbeseitigung mit kurzfristigen Abwehrstrategien. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Problem der Wirksamkeit der Anti-Terrorismuspolitik der EU angesichts des spezifischen Profils und der spezifischen Strategien islamistischer Terroristen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union
ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
 -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83,
 20144 Hamburg)
KONTAKT: Leiter (Tel. 0251-35704, e-mail: martinkahl@web.de)

[177-L] Kahl, Martin:

Nach Madrid und London: die EU im Kampf gegen den Terrorismus, in: Reinhard Mutz (Hrsg.) ; Bruno Schoch (Hrsg.) ; Corinna Hauswedell (Hrsg.) ; Jochen Hippler (Hrsg.) ; Ulrich Ratsch (Hrsg.): Friedensgutachten 2006, Münster: Lit Verl., 2006, S. 237-245, ISBN: 3-8258-9511-4 (Standort: UB Essen(465)-11PEL1850-2006)

INHALT: Die Anschläge von Madrid (März 2004) und London (Juli 2005) haben den Handlungsdruck auf die Europäische Union, wirksame Strategien und Instrumente zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zu entwickeln und umzusetzen, deutlich erhöht. Die Problemstruktur des Terrorismus hat aber dazu geführt, dass die Prävention von Anschlägen und die Verfolgung terroristischer Straftäter für die Union ein schwieriges Unterfangen bleibt, denn es stellen sich Fragen nach der Vereinbarkeit von langfristig angelegter Ursachenbeseitigung mit kurzfristigen Abwehrstrategien. Zudem ist die Terrorismus-Politik der EU in ihrer praktischen Umsetzung durch eine Reihe von grundsätzlichen Zielkonflikten und Paradoxien gekennzeichnet, so dass mit ihrer Beseitigung auch auf längere Sicht nicht gerechnet werden kann. Sie betreffen insbesondere Fragen der Verbreitung und Aufrechterhaltung demokratischer Prinzipien und bürgerlicher Freiheitsrechte in ihrem Verhältnis zu Drittstaaten und Drittstaatsangehörigen als auch zu den eigenen Bürgern. Durch die Einführung neuer Informationssysteme und die Intensivierung des Datenaustausches verschärft sich ferner das Spannungsverhältnis von "Freiheit" und "Sicherheit". Mit Blick auf das gegenwärtige Profil terroristischer Akteure muss nach Ansicht des Autors daher die Wirksamkeit der von der EU eingeführten oder geplanten Maßnahmen als problematisch gelten. (ICI2)

[178-L] Kaim, Markus:

Zehn Jahre auf der NATO-Agenda: Terrorismusbekämpfung durch die Nordatlantische Allianz, in: Sicherheit und Frieden : S + F, Jg. 27/2009, H. 2, S. 107-112

INHALT: Seit dem 11. September rechnet die NATO den internationalen Terrorismus zu den größten Bedrohungen des kommenden Jahrzehnts. Seit damals sind die strukturellen Maßnahmen - im Ge-

gensatz zu den operativen Maßnahmen - beschränkt geblieben. Die vier Operationen der NATO zur Terrorismusbekämpfung haben die Erkenntnis gebracht, dass die Instrumente der NATO ineffizient und ihre Ansätze ungeeignet sind. Konfrontiert mit verschiedenen Akteuren und Bedrohungen sehen die USA und einige EU-Staaten die Vergeltungs-Optionen unterschiedlich. Die NATO-Optionen traten in den Hintergrund, da ihre Strategien nur als Duplikate schon vorhandener Pläne gesehen wurden. Die Koordinierung auf Ministerialebene durch einen Stellvertretenden Generalsekretär oder ein transatlantisches Beratungsgremium könnten zu einer neuen, multidimensionalen Strategie beitragen. Der Erfolg bleibt jedoch unsicher. (ICEÜbers)

[179-L] Knelangen, Wilhelm:

Die Europäische Union und die Bekämpfung des Terrorismus, in: Martin H.W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): *Europäisierung und Internationalisierung der Polizei*, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2006, S. 69-80, ISBN: 3-935979-75-4 (Standort: SUB Hamburg(18)-A2006/6779)

INHALT: Die Terroranschläge von New York und Washington bedeuteten für die politische Gestaltung der Zusammenarbeit von Polizeien, Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten in Europa keine "Stunde Null", denn die meisten Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung knüpften an bereits zuvor im Rat der Innen- und Justizminister diskutierte Projekte an. Dennoch haben die Staats- und Regierungschefs am 21. September 2001 ihre Absicht erklärt, den Kampf gegen den Terrorismus "mehr denn je zu einem vorrangigen Ziel der Europäischen Union zu machen", und die Ernsthaftigkeit dieses Anliegens mit der Verabschiedung des "Aktionsplans zur Bekämpfung des Terrorismus" unterstrichen. Neben der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie - nach den Beschlüssen des Europäischen Rates von Sevilla im Juni 2002 - der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegt der Schwerpunkt des Aktionsplans auf Maßnahmen und Initiativen aus dem Politikfeld innere Sicherheit, wie der Autor im vorliegenden Beitrag näher ausführt. Er zeigt ferner mit Blick auf die Madrider Anschläge vom 11. März 2004, dass die strukturellen Probleme der innen- und justizpolitischen EU-Kooperation auch durch die neue Herausforderung des transnationalen Terrorismus nicht gelöst worden sind und eine Erneuerung des Aktionsplans notwendig machen. (ICI2)

[180-L] Knop, Katharina von; Neisser, Heinrich; Creveld, Martin van (Hrsg.):

Countering modern terrorism: history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004, (International Security Conference "Countering Modern Terrorism: History, Current Issues and Future Threats", 2004), Bielefeld: Bertelsmann 2005, 504 S., ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: "Seit dem 11. September 2001 hat die Frequenz, Komplexität und Internationalität terroristischer Anschläge dramatisch zugenommen. Die Zellen des modernen Terrorismus sind fast über die ganze Welt verteilt, vereint durch gemeinsame Ideologien. Das Zusammenfallen dieser konstituierenden Elemente ergibt ein einzigartiges Bedrohungspotenzial und macht eine effiziente Bekämpfung sowie innovative Denkansätze und Handlungsparameter erforderlich. Daher ist es das zentrale Thema der zweiten Internationalen Sicherheitskonferenz, das Phänomen des modernen Terrorismus sowie mögliche Gegenmaßnahmen international und interdisziplinär zu diskutieren. Diese und andere Fragen werden von Regierungsvertretern und Führungskräften der Wirtschaft aus Deutschland, der EU, Amerika, Israel und Russland diskutiert - mit dem Ziel, Lösungsansätze zu erarbeiten." (Autorenreferat). Inhalt: Marc Sageman: Jihadi networks of terror (15-30); Katharina von Knop: The power resources of al-Qaeda and its affiliates (31-68); Michael E.G. Chandler: The intricacies of funding the al-Qaida network (69-70); Eithan Azani: Hizballah terror organization of global reach (71-86); Gabriel Weimann: Terror online: how do terrorists use the Internet? (87-109); Martin van Creveld: On counterinsurgency (113-130); Bassam Tibi: "Countering terrorism" als Krieg der Weltanschauungen (131-172); Boaz Ganor: Transition from "international cooperation" to a "joint counterterrorism campaign" (173-180); Peter S. Probst: How to counter the global Jihadists (181-194); Rudolf Adam: Prävention und moderne Terrorismusformen (195-202); Stephan Maninger: Die Rolle von Kultur in der Dynamik und der Bekämpfung von Terrorismus (203-223); Heinrich Neisser: Maßnahmen der Europäischen Union zur Terrorismus-Abwehr (227-238); Thomas H. Johnson, James A. Russell: A hard day's night? The United States and the global war on terrorism (239-272);

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Gefährdet der Terrorismus den liberalen Verfassungsstaat? (273-288); Joshua Sinai: Terrorism and Germany: the threat and the response (289-302); A.S. Kulikov: Russian perspectives, international terrorism today, retaliatory measures (303-312); Aleksandr A. Kovalev: Das Recht auf Selbstverteidigung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus (313-320); Ralph Alexander Lorz, Lars Mammen: Die Bedeutung multilateraler Konventionen für das Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus (321-336); Ernst Uhrlau: Cooperation between national and international security services in countering global terrorism (339-346); August Hanning: Die Rolle des Bundesnachrichtendienstes bei der Aufklärung des Internationalen Terrorismus (347-352); Peter J. Sharfman: Information sharing in support of strategic intelligence (353-358); Yael Shahar: Non-conventional terrorism: challenge & response (361-380); Elisabeth Hauschild: Bedrohungslage biologische Waffen - Identifizierung biologischer Kampfstoffe (381-384); Eric Herren: Tools for countering future terrorism (385-396); Joshua Sinai: Forecasting terrorists' warfare: 'conventional' to CBRN (397-406); Burkhard Theile: Technologies against terrorism (407-416); Matthias Hostenstein, Daniel Bircher: Anforderungen an Informationen zum Schutz von kritischen Infrastrukturen (417-422); Martin Dudziak: I3BAT and Nomad EyesTM - modeling the "design of death" and incorporating terrorist thinking into countermethods of sensing and preventive response (423-437); Christoph Rojahn: Internationaler Terrorismus als Herausforderung für die moderne Unternehmenssicherheit (441-452); Günter Lessing: Risikomanagement und Sicherheitsstrategien in der Wirtschaft (453-466); Bruno Gas: Wege zur Versicherung des Terrorrisikos (467-472); U. Fuhrmann: Bekämpfung von großen Schadensereignissen durch kommunale Sicherheitsbehörden im Rahmen der föderalen Struktur Deutschlands (475-486); J. Schmidt: Einsatzkonzept ÜMANV - "MANV überörtlich" (487-490); P. Rechenbach: Sicherheitsmaßnahmen in unterirdischen Verkehrsanlagen (491-496).

[181-L] Lorz, Ralph Alexander; Mammen, Lars:

Die Bedeutung multilateraler Konventionen für das Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus, in: Katharina von Knop (Hrsg.) ; Heinrich Neisser (Hrsg.) ; Martin van Creveld (Hrsg.): Countering modern terrorism : history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004, Bielefeld: Bertelsmann, 2005, S. 321-336, ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: Eine effektive Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus setzt die Zusammenarbeit der Staaten auf internationaler Ebene voraus. Vor allem internationale Konventionen stellen ein wichtiges völkerrechtliches Instrumentarium dar, um gegen die verschiedenen Formen terroristischer Gewalt wirksam vorgehen zu können. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass und warum multilaterale Abkommen nur von begrenzter Bedeutung sind. Terroristische Täter bewegen sich trotz ihrer globalen Organisation und der Nutzung zwischenstaatlicher Verflechtungen auch immer innerhalb einer bestimmten nationalen Rechtsordnung; sie müssen daher zunächst mit Mitteln des innerstaatlichen Rechts bekämpft werden. Aufgrund der transnationalen Struktur terroristischer Organisationen und der damit einhergehenden Ablösung ihres Tätigkeits- und Wirkungsbereiches von nationalstaatlichen Beschränkungen stoßen rein innerstaatliche Regelungen allerdings rasch an ihre Grenzen. An dieser Stelle gewinnen multilaterale Konventionen entscheidende Bedeutung, da sie auf internationaler Ebene einheitliche Regelungen zum Umgang mit den grenzüberschreitend agierenden Akteuren bereitstellen. Insgesamt besteht jedoch bislang kein wirksames internationales Abkommen zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus. (ICA2)

[182-CSA] Martinez, Luis Miguel Hinojosa:

The Legislative Role Of The Security Council In Its Fight Against Terrorism: Legal, Political And Practical Limits, in: International & Comparative Law Quarterly 2008, 57, 2, Apr, 333-359., 2008, ISSN: 0020-5893

INHALT: This article studies the normative activity developed by the Security Council (SC) in recent years, particularly in the fight against terrorism. This legislative activity has aroused a great deal of controversy both among scholars and the States. Is the SC acting ultra vires? Has it revealed a new form of creating of international norms, which overrides definitively States' consent as the only material source of international law? This contribution tries to answer these questions by investigating the

scope of the SC powers in the Charter, their historical background and the reaction of UN Member States towards its Resolutions. After this analysis, it is submitted that the SC does have a legislative capacity, but with important legal, political and practical limits.

[183-L] Masala, Carlo:

Eine europäische Haltung zum internationalen Terrorismus, in: KAS-Auslandsinformationen, 2010, Nr. 8, S. 6-20 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_20256-544-1-30.pdf?100802125719)

INHALT: "Aus verschiedenen Gründen ist es schwierig, eine europäische Haltung zum internationalen Terrorismus zu formulieren. In Mitgliedsstaaten, die Ziel terroristischer Angriffe waren, ist das öffentliche Bewusstsein für die Bedrohungen weitaus größer als in jenen Staaten, die von Anschlägen verschont geblieben sind. Die Europäische Union ist zudem nach wie vor kein einheitlich handelnder Akteur im Bereich der Justiz- und Innenpolitik sowie in dem der Außen- und Sicherheitspolitik. Dies ist nicht ohne Konsequenzen für eine einheitliche Antiterrorismuspolitik." (Autorenreferat)

[184-L] Mészáros, Tarquin:

Terrorismusbekämpfung im Rahmen des UN-Systems - Zu den Schwierigkeiten der globalen Bearbeitung des Terrorismusproblems: eine Untersuchung im Rahmen des Global Governance-Ansatzes, (Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, Nr. 49), München 2007, 119 S. (Graue Literatur; www.gsi.uni-muenchen.de/lehreinheiten/le_ib/publikationen/arbeitspapier/ap49.pdf)

INHALT: "Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie steht die Beantwortung der übergeordneten Frage, warum das UN-System als Mechanismus zur Bearbeitung des globalen Terrorismusproblems nicht hinreichend funktioniert. Einer derart formulierten Fragestellung liegen vier Prämissenzugrunde, die ihrerseits der Begründung und Herleitung bedürfen. So impliziert die Fragestellung erstens, dass Terrorismus ein Globalproblem darstellt, was seine globale Bearbeitung im Rahmen des UN-Systems notwendig macht. Zweitens unterstellt die Fragestellung, dass das UN-System in der gegenwärtigen Form im Hinblick auf die Bearbeitung des Terrorismusproblems tatsächlich dysfunktional ist. Mit anderen Worten: Die Fragestellung suggeriert, dass sich die internationale Staatengemeinschaft in der Tat schwer tut, das Globalproblem des Terrorismus im Rahmen der UNO zu bearbeiten. Die Frage, ob dies tatsächlich der Fall ist, muss somit zunächst geklärt werden, und erst anschließend kann -unter der Voraussetzung, dass sie bejaht wurde - die Frage nach dem 'Warum' gestellt werden. In dieser Weise soll in dieser Arbeit vorgegangen werden. Drittens vermeidet die Fragestellung durch die Hinzufügung des Adverbs 'hinreichend' sprachlogisch eine binäre Codierung in: Funktionieren/Nicht-Funktionieren bzw. Funktionalität/Dysfunktionalität. Im empirisch-analytischen Fortgang der vorliegenden Arbeit wird sich nämlich zeigen, dass hinsichtlich der Frage, ob das UN-System funktioniert, Graduierungen zugelassen werden müssen. So ist es durchaus denkbar, dass eine differenzierte Analyse zu dem Ergebnis kommt, dass das UN-System in einigen in ihm angelegten Handlungsfeldern der Terrorismusbekämpfung weniger funktioniert und in anderen mehr - eine Sichtweise also, die eine Formulierung der zentralen Fragestellung mit einer 'ja - nein'-Dichotomisierung ausgeschlossen hätte. Und viertens schließlich impliziert die Problemstellung, dass es (a) so etwas wie Global Governance gibt und dass (b) das UN-System in umfassendem Sinne als ein innerhalb des Global Governance-Systems zentral positionierter Mechanismus globaler Problemregulierung aufzufassen ist, der auch im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Terrorismusproblems zur Anwendung gekommen ist. Es wird also unterstellt, dass ein terrorismuspolitisches Global Governance-System existiert. All dies sind Annahmen, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit hergeleitet und begründet werden sollen. Bereits angedeutet wurde, dass ein spezifisches Global Governance-Modell die empirisch-analytische Untersuchung der im Rahmen des UN-Systems verfolgten Anti-Terrorismus-Politik anleiten soll. Wie im nächsten Kapitel im Zuge der Konzeptualisierung der Arbeit noch ausführlicher entwickelt wird, basiert dieses theoretische Modell auf einem funktionalistischen Verständnis von Global Governance. Danach wird Global Governance begriffen als ein auf internationaler Ebene institutionalisierter Mechanismus globaler Problembearbeitung. Dieser kommt dann zum Tragen, wenn die funktionalen Erfordernisse eines universellen Normen-, Institutionen-

und Diskurssysteme erfüllt sind. Im Rahmen eines solchen Global-Governance-Ansatzes lassen sich die zwei Leitfragen dieser Arbeit (die letztlich als Differenzierungen unserer übergeordneten Untersuchungsfrage nach der Funktionsfähigkeit des UN-Systems im Hinblick auf das terroristische Globalproblem angesehen werden können) bearbeiten. Diese lauten: Inwieweit werden die Vereinten Nationen den funktionalen Anforderungen gerecht, die das theoretische Modell globaler Problembearbeitung in Global Governance-Systemen impliziert? Welche Grenzen sind den Vereinten Nationen bei der globalen Bearbeitung des Terrorismusproblems gesetzt? In Anbetracht der zentralen Fragestellung, der theoretischen Konzeptualisierungsvorgaben und der beiden Leitfragen erscheint ein dreiteiliger Aufbau der Arbeit als sinnvoll und angemessen: Im ersten Teil der Arbeit sollen die theoretisch-konzeptuellen Grundlagen geschaffen werden, auf denen die in den beiden Hauptteilen der Arbeit getätigte Untersuchung aufbauen soll. Der zweite Teil der Arbeit widmet sich dem empirischen Fall 'Terrorismusbekämpfung im Rahmen des UN-Systems' und der Frage der Funktionsfähigkeit des UN-Systems als Mechanismus zur Bearbeitung des globalen Terrorismusproblems. In einer zwei Kapitel umfassenden Ursachenanalyse werden im dritten Teil der Arbeit Erklärungen für die diesbezügliche Funktionsunfähigkeit des UN-Systems erörtert." (Textauszug)

[185-L] Monar, Jörg:

EU-Antiterrorismusmaßnahmen und die EMRK: Probleme der Kompatibilität, in: Constance Grewe (Hrsg.) ; Christoph Gusy (Hrsg.): Menschenrechte in der Bewährung : die Rezeption der Europäischen Menschenrechtskonvention in Frankreich und Deutschland im Vergleich, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, S. 223-243, ISBN: 3-8329-1269-X

INHALT: Die EU hat sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA zunehmend zu einem eigenständigen Akteur im Bereich der Terrorismusbekämpfung entwickelt, eine Entwicklung, die durch die Bombenanschläge in Madrid am 11. März 2004 noch weiter vorangetrieben worden ist. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der Beitrag die Probleme der Kompatibilität hinsichtlich der EU-Antiterrorismusmaßnahmen und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Dabei werden folgende Schwierigkeiten im Rahmen des europäischen Staatenbundes betrachtet: (1) Probleme im Bereich der strafrechtlichen Mindestharmonisierung, (2) Probleme im Bereich der gegenseitigen Anerkennung richterlicher Entscheidungen, (3) Probleme im Bereich der Koordination und des Informationsaustausches sowie (4) Probleme im Bereich der Kooperation mit Drittstaaten. Die EU-Antiterrorismusmaßnahmen bewegen sich wie die nationalen Maßnahmen im Spannungsfeld zwischen dem Bestreben, der Gefahr des Terrorismus durch effizientere Maßnahmen zu begegnen, und der auch von der EU immer wieder betonten Notwendigkeit, dieser gesteigerten Effizienz nicht Freiheiten und Grundrechte der Bürger im Sinne der EMRK zu opfern. Nach Einschätzung des Autors würde eine erfolgreiche Ratifizierung des europäischen Verfassungsentwurfs durchaus erhebliche Fortschritte hinsichtlich der Gewährleistung der Kompatibilität von EU-Antiterrorismusmaßnahmen mit der EMRK bringen. (ICG2)

[186-L] Müller, Erwin; Schneider, Patricia (Hrsg.):

Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus: Sicherheit vs. Freiheit?, (Demokratie, Sicherheit, Frieden, Bd. 180), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2006, 384 S., ISBN: 3-8329-2073-0 (Standort: UB Wuppertal(468)-41PEN682)

INHALT: Politikwissenschaftler und Juristen, aber auch Politiker aus Deutschland und den Institutionen der Europäischen Union blicken auf die Terrorismusbekämpfung der EU. Die Beiträge in der ersten Hälfte thematisieren eher grundsätzlich das sogenannte Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit im Nachklang der Anschläge vom 11. September 2001: Die Autoren beleuchten die Bedeutung von Bürger- und Freiheitsrechten angesichts terroristischer Anschläge und der Terrorismusbekämpfung von Sicherheitsbehörden. Außerdem diskutieren sie Tendenzen einer Europäisierung der 'Staatsaufgabe' Sicherheit mit den daraus folgenden Spannungen zwischen nationaler und europäischer Politik. Die zweite Hälfte des Buches ist den konkreten Aspekten der Terrorismusbekämpfung durch die EU gewidmet: Darin geht es um den Stand, die Perspektiven und die Probleme der polizeilich-justiziellen Zusammenarbeit deren legislative und operative Einzelaspekte - wie etwa den EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung, den Europäischen Haftbefehl, die Europäisie-

rung der Polizeiarbeit und den Schutz der Außengrenzen - sowie schließlich die Einbindung der Parlamente. Eine Dokumentation der EU-Rahmenbeschlüsse zur Terrorismusbekämpfung und zum Europäischen Haftbefehl von 2002 sowie eine Bibliografie ergänzen den Band. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Erwin Müller / Patricia Schneider: Einführung (9-30); Wolfgang Hoffmann-Riem: Freiheit und Sicherheit im Angesicht terroristischer Anschläge (33-42); Burkhard Hirsch: Terrorbekämpfung und Bürgerrechte (43-58); Wolf R. Dombrowsky: Terrorismus und Freiheitsrechte (59-80); Christian Callies: Die Europäisierung der Staatsaufgabe Sicherheit unter den Rahmenbedingungen des freiheitlichen Rechtsstaats (83-109); Gert-Joachim Glaeßner: Sicherheit durch Integration? Nationale und europäische Politik im Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit (110-132); Franco Frattini: Internal and External Dimension of Fighting Terrorism (135-139); Wilhelm Knelangen: Die innen- und justizpolitische Zusammenarbeit der EU und die Bekämpfung des Terrorismus (140-162); Michael Bauer / Franco Algeri: Viel erreicht, aber noch viel zu tun: Die Vielschichtigkeit europäischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (163-179); Hans J. Giessmann: Die Donquichotterie der Bekämpfung von Terror mit militärischen Mitteln (180-199); Susanne Voigt: Der EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung - ein wirksames Mittel der Terrorabwehr? (201-232); Hanne C. Eis: Der Europäische Haftbefehl und seine Umsetzung in deutsches Recht (233-260); Wolfgang Wagner: Europäisierung der Polizeiarbeit ohne Europäisierung von Grundrechtsschutz und parlamentarischer Kontrolle? (261-284); Martin Kahl: Die Anti-Terrorismus-Politik der EU und der Schutz der Außengrenzen (285-306); Sylvia-Yvonne Kaufmann: Das Europäische Parlament und die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen anhand von Fallbeispielen (309-334); Siegfried Kauder / Joachim A. Jobi: Die parlamentarische Beteiligung des Bundestages bei der Terrorismusbekämpfung im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (335-348).

[187-L] Nabers, Dirk:

Allianz gegen den Terror: Deutschland, Japan und die USA, (Forschung Politik), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 363 S., ISBN: 3-531-14803-6 (Standort: UB Bonn(5)-2006/3105)

INHALT: "Wie wird kollektives Handeln zwischen staatlichen Akteuren möglich? Diese zentrale Frage, der sich die IB seit langem widmet, ist der Ausgangspunkt der Untersuchung. Als Antwort wird ein Theoriemodell entworfen, das versucht, konstruktivistische und diskurstheoretische Einsichten zu verbinden. Nur durch die Analyse der Kultur des internationalen Systems, so das Argument, kann die Frage nach Erfolg und Misserfolg der Zusammenarbeit von Staaten beantwortet werden. Als Fallbeispiel dient die Konstruktion der Allianz gegen den Terror nach dem 11. September 2001. Die Arbeit analysiert die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland auf der einen und den USA und Japan auf der anderen Seite. Die Arbeit beschränkt sich auf einen wichtigen Ausschnitt des internationalen Systems. Sie untersucht die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland auf der einen sowie den USA und Japan auf der anderen Seite, wobei die Analyse auf eine Positionierung der drei Staaten in der Weltpolitik und eine Bewertung der Kooperationskultur im internationalen System abzielt." (Textauszug)

[188-L] Neisser, Heinrich:

Maßnahmen der Europäischen Union zur Terrorismus-Abwehr, in: Katharina von Knop (Hrsg.) ; Heinrich Neisser (Hrsg.) ; Martin van Creveld (Hrsg.): Countering modern terrorism : history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004, Bielefeld: Bertelsmann, 2005, S. 227-237, ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: Seit den terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 in den USA hat innerhalb der EU die Terrorismusbekämpfung einen neuen Stellenwert. Sie führten zu einer erneuerten Solidarität zwischen den transatlantischen Partnern im Kampf gegen den Terrorismus und verliehen dem Counter-Terrorismus eine Priorität auf der politischen Agenda der Europäischen Union. Neben einer verstärkten Kooperation im internationalen Bereich verstärkte die Gemeinschaft der europäischen Staaten ihre Anstrengungen, im eigenen System präventiv dem Terrorismus zu begegnen. Die Bekämpfung des Terrorismus war vor 9/11 eine Aufgabe der wechselseitigen Hilfe der Staaten (legal assistance).

Schritte gegen terroristische Gruppierungen oder Personen waren daher reaktiv und nicht präventiv. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die Kooperation durch die dritte Säule (Zusammenarbeit in den Bereichen von Justiz und Innerem) einer gemeinsamen Rechtsetzung ersetzt. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass die Anti-Terrorismus-Politik der EU heute ein Spezialfall zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist, sie wird der justiziellen Kooperation zugeordnet. Im Rahmen dieser Möglichkeiten hat der Rat schon vor dem 11. September 2001 eine Reihe von Beschlüssen und Aktionsplänen akzeptiert, die dem Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gegen den Terrorismus dienen sollten. Sie betrafen beispielsweise die Einrichtung eines Europäischen justiziellen Netzes mit Befugnis bei terroristischen Straftaten oder die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Finanzierung von terroristischen Gruppierungen. (ICA)

[189-F] Nölke, Andreas, Prof.Dr.; Boer, Monica den; Hillebrand, Claudia (Bearbeitung):

Transgouvernementale Netzwerke im Kampf gegen den Terrorismus

INHALT: Fokus auf der Prüfung der demokratischen Legitimität von Antiterrornetzwerken in der Europäischen Union. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union

VERÖFFENTLICHUNGEN: Nölke, Andreas; Boer, Monica den; Hillebrand, Claudia: Legitimacy under pressure: the European web of counter-terrorism networks. in: Edwards, Geoffrey; Meyer, Christoph (eds.): Sonderheft des Journal of Common Market Studies "Europe's Reponse to International Terrorism: The Contested Frontier of Integration" (in Begutachtung).

ART: gefördert *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Deutscher Akademischer Austauschdienst -DAAD-

INSTITUTION: Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie (Robert-Mayer-Str. 5, 60054 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Nölke, Andreas (Prof.Dr. Tel. 069-798-22075, Fax: 069-798-28460, e-mail: a.noelke@soz.uni-frankfurt.de)

[190-L] Ooyen, Robert Chr. van:

Politikwissenschaftliche Studien zu Innerer Sicherheit und Polizei: Europäisierung von Grenzpolitik und Terrorismusbekämpfung, in: Martin H.W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 415-420, ISBN: 978-3-86676-000-4 (Standort: UB Koblenz(KOB7)-PO/M/2007/2558-2006/07)

INHALT: Der Aufsatz befasst sich mit dem aktuellen Forschungsstand in der Politikwissenschaft zu dem Untersuchungsgegenstand 'Innere Sicherheit und Polizei in der EU'. Dabei konzentrieren sich die Ausführungen zunächst auf eine Dissertation von 2006 zur Rolle Deutschlands bei der Europäisierung der Grenzpolitik: Wie viel und vor allem welcher 'Fingerabdruck' der Bundesregierung findet sich hier, angesichts der Tatsache, dass sowohl die 1984 zwischen Deutschland und Frankreich beschlossene Aufhebung von Grenzkontrollen, auf die dann ein Jahr später das Schengener Abkommen unter Einbezug der Benelux-Staaten folgte, als auch die Gründung einer europäischen Grenzschutzagentur von deutscher Seite initiiert wurde? Ferner wird ein Sammelband von 2006 vorgestellt, dessen Beiträge sich mit der Terrorismusbekämpfung in der EU beschäftigen: mit den EU-Rahmenbeschlüssen zu Terrorismusbekämpfung und Haftbefehl aus dem Jahre 2002, mit der Frage des Einsatzes militärischer Mittel und dem Schutz der Außengrenzen vor Terrorismus. Vorgeschaltet ist den Analysen ein Teil, der sich mit Grundsatzfragen von Freiheit und Sicherheit in den Zeiten des Terrors auseinandersetzt. Die besprochenen Publikationen machen deutlich, dass die Diskussion über die Europäisierung der Grenzpolitik und Terrorismusbekämpfung im politikwissenschaftlichen Bereich einsetzt. Allerdings auch nur hier. (ICG2)

[191-L] Pankratz, Thomas; Benczur-Juris, Tibor:

Necessity, opportunities and limits on the cooperation of intelligence agencies in the fight against international terrorism in the framework of the European Union, in: Josef Schröfl (Hrsg.) ; Sean Michael Cox (Hrsg.) ; Thomas Pankratz (Hrsg.): *Winning the asymmetric war : political, social and military responses*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2009, S. 125-140

INHALT: Der Kampf gegen Terrorismus kann nicht effektiv geführt werden, wenn er ausschließlich auf die Bereiche der Polizeiüberwachung, der Streitkräfte oder die Geheimdienste begrenzt wird. Es muss vielmehr eine umfassender Ansatz als Mischung aus Polizei, Gerichtbarkeit, Militär, Wirtschaft und Geheimdienst erreicht werden. Wenn eine verstärkte Kooperation erreicht werden soll, sind der Kooperationswille der nationalen Sicherheitskräfte und ihre Bereitschaft, nationale und europäische Barrieren der Geheimdienststrukturen außer Kraft zu setzen, entscheidend. Die Kooperation muss in einer koordinierten und synchronisierten Weise verlaufen; europäische Institutionen wie SITCEN und EUROPOL müssen ihr Berichtswesen weiterentwickeln; die europäischen Geheimdienste müssen ein Netzwerk ausbauen; die europäischen Institutionen (besonders CTG, SITCEN und EUROPOL) müssen sich untereinander vernetzen und schließlich, muss die Bedeutung der Geheimdienste und die Notwendigkeit ihrer Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus von politischer Seite und in der Öffentlichkeit anerkannt werden. Dabei ist eine asymmetrische Kooperation unter den europäischen Staaten nicht zu vermeiden, aber teilweise auch nicht wünschenswert. (ICB)

[192-L] Pankratz, Thomas; Benczur-Juris, Tibor:

Asymmetrie in der Symmetrie: Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation von Nachrichtendiensten am Beispiel der Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Rahmen der Europäischen Union, in: Josef Schröfl (Hrsg.) ; Thomas Pankratz (Hrsg.) ; Edwin Micewski (Hrsg.): *Aspekte der Asymmetrie : Reflexionen über ein gesellschafts- und sicherheitspolitisches Phänomen*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 53-68, ISBN: 3-8329-1762-4 (Standort: UB Bonn(5)-2006/7036)

INHALT: Der Beitrag zum sicherheitspolitischen Phänomen der Asymmetrie untersucht die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation von zivilen Nachrichtendiensten im Rahmen der EU bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. In das Thema einführend werden zunächst die 'Comprehensive Security' als symmetrischer Ansatz zur Bekämpfung einer asymmetrischen Bedrohung sowie die Kernaufgaben der Nachrichtendienste im Kampf gegen den internationalen Terrorismus beschrieben. Im Anschluss werden die Aspekte der Kooperation von Nachrichtendiensten dargestellt, unterteilt in (1) mögliche Formen und Dimensionen der nachrichtendienstlichen Kooperation und (2) die Inhalte der Kooperation. Daran knüpfen die Grenzen und Probleme der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung an, und zwar: (1) politische Dimensionen sowie institutionelle Aspekte auf (2) intrastaatlicher Ebene und (3) europäischer Ebene bzw. (4) die Besonderheiten der Nachrichtendienste ('Intelligence Culture'). Ferner werden multilaterale (EUROPOL, PWGT, SEEIC u.a.) und bilaterale nachrichtendienstliche Kooperationsformen vorgestellt. Grundsätzlich überwiegt die horizontale bi- und multinationale Kooperation insbesondere im informellen Rahmen, das heißt, es gibt nicht 'die' Kooperation der Nachrichtendienste. Eine internationale Kooperation der Nachrichtendienste vor allem auf europäischer Ebene, um zu einer gemeinsamen Lagebeurteilung zu kommen und um Gegenmaßnahmen rechtzeitig setzen zu können, ist in Ansätzen vorhanden, und es zeigt sich, dass heute die Nachrichtendienste besser zusammenarbeiten als jemals zuvor und sich von ihren Abschottungstendenzen lösen. (ICG2)

[193-L] Petchsiri, Apirat; Vasilache, Andreas:

Terrorism and the region: adopting the EU's approach to Southern Thailand, in: Iwona Hanska (Hrsg.) ; Christoph Schuck (Hrsg.) ; Andreas Vasilache (Hrsg.) ; Kirsten Westphal (Hrsg.) ; Reimund Seidelmann (Adressat): *Nachdenken über Europa : Probleme und Perspektiven einer Ordnungsmodells* ; Festschrift für Reimund Seidelmann, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 401-419

INHALT: Die Autoren untersuchen die vergangene Situation im südlichen Gebiet Thailands, wo die thailändische Regierung zahlreiche Anstrengungen unternahm, um mit Separatisten, Aufständischen

und Terroristen als einem nationalen Problem fertig zu werden - jedoch mit inkonsistenten Versuchen und zweifelhaften Resultaten. Sie erläutern zunächst den historischen Hintergrund für die wachsende Unsicherheit in Thailands "tiefem Süden" und das Entstehen von Separatistenbewegungen. Sie nehmen anschließend eine Kritik an den ihrer Meinung nach unzureichenden und unangemessenen regionalen Anstrengungen der "Association of Southeast Asian Nations" (ASEAN) vor und beleuchten deren Initiativen zur Terrorismusbekämpfung. Sie ziehen dabei Parallelen zwischen dem Terrorismus in Nordirland und dem Süden Thailands und unterbreiten einige policy-orientierten Vorschläge für ein Umdenken bei den ASEAN-Mitgliedstaaten. Sie stellen im Kontrast dazu die regionalen Anstrengungen der Europäischen Union dar, welche mit ähnlichen Problemen in einer innovativen und nicht zuletzt erfolgreicherer Weise umgeht. Sie zeigen abschließend auf, wie die ASEAN ihr multilaterales Leistungsvermögen beim Umgang mit regionalen Sicherheitsfragen, insbesondere mit dem Problem des Terrorismus verbessern könnte. (ICI)

[194-L] Peters, Dirk:

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Frage nach internationaler Sicherheit, in: KAS-Auslandsinformationen, 2010, Nr. 8, S. 44-65 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_20258-544-1-30.pdf?100802155030)

INHALT: "Nach wie vor steht der Kampf gegen den internationalen Terrorismus weit oben auf der Agenda der NATO. Der im November zu verabschiedenden neuen Strategie muss es gelingen, die Rolle von Streitkräften im Rahmen einer vernetzten Sicherheitsarchitektur zu bestimmen und den militärischen Beitrag für die Unterbindung des internationalen Terrorismus zu definieren. Eine Intensivierung des Dialogs mit Nicht-NATO-Staaten sowie die Harmonisierung mit wichtigen Akteuren, vorrangig der EU, im Sinne des Comprehensive Approach ist wünschenswert." (Autorenreferat)

[195-L] Petretto, Kerstin:

Afrika und der "Global War on Terror", in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 85-96 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Die Auswirkungen der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 waren nicht nur auf die westliche Welt beschränkt. Für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus wurden in allen Teilen der Welt und auf verschiedenen Ebenen Akteure sensibilisiert und mobilisiert. Der afrikanische Kontinent ist hier keine Ausnahme. Afrika rückte durch den von den USA angestoßenen Kampf gegen den Terrorismus erstmals wieder näher an das Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Die afrikanischen Regierungen verurteilten die Anschläge vom 11. September in ihren ersten offiziellen Stellungnahmen vorbehaltlos. Auch wenn insbesondere die muslimisch geprägten Länder die Militärschläge gegen Afghanistan mit Argwohn und Vorbehalt betrachten, haben sich die afrikanischen Staaten deklaratorisch mehrheitlich dem internationalen Kampf gegen den Terrorismus angeschlossen. Dabei wurde anerkannt, dass der Kontinent einen möglichen Rückzugsort für transnational operierende Terroristen bietet. Die Staaten und Regionen Afrikas sind von terroristischen Bedrohungen unterschiedlich betroffen. Im Fokus des internationalen Interesses stehen bislang Nordafrika und die Region am erweiterten Horn mit dem auf die umliegenden Länder ausstrahlenden Krisenherd Somalia. Darüber hinaus gelten auch die Staaten der Sahelzone als höchst gefährdet. Alle drei Regionen verfügen über einen vergleichsweise hohen Anteil an muslimischer Bevölkerung, wenngleich diese bisher nicht so stark von radikalen Strömungen geprägt ist wie in vielen arabischen Staaten. Die Afrikanische Union (AU), die sämtliche afrikanische Staaten (mit Ausnahme Marokkos) umfasst, ist auf kontinentaler Ebene die federführende Organisation im Kampf gegen den Terrorismus. Sie ist die 2002 etablierte Nachfolgeorganisation der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU). Darüber hinaus haben auf subregionaler Ebene die verschiedenen Regionalorganisationen multilaterale Projekte zur Terrorismusbekämpfung initiiert. Der vorliegende Beitrag befasst sich zunächst mit der Terrorismusdefinition und der Bedrohungsanalyse. Im Anschluss daran werden die Maßnahmen der operativen und strukturellen Terrorismusbekämpfung vorgestellt. Abschließend geht der Autor auf die Schwierigkeiten bei Beschlussfassung und Umsetzung ein. (ICD2)

[196-L] Reckmann, Jan:

Die EU als kollektiver Akteur?: Reaktionen der Europäischen Union auf die Terroranschläge vom 11. September 2001, in: Mathias Jopp (Hrsg.) ; Peter Schlotter (Hrsg.): Kollektive Außenpolitik - Die Europäische Union als internationaler Akteur, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 149-178

INHALT: Die Akteurqualität der EU wird entlang der einzelnen Phasen des Politikzyklus von der Problemerkennung über die Problemformulierung bis zur Umsetzung untersucht. Hierfür werden zunächst die unmittelbaren Reaktionen der betroffenen europäischen Akteure auf die Terroranschläge vom 11. September betrachtet. Übereinstimmungen bei der Problemwahrnehmung und eine gemeinsame Positionsbestimmung sind dabei entscheidend für das Zustandekommen einer kollektiven Handlungsfähigkeit. Anschließend wird die Umsetzung gemeinsamer Zielvorstellungen in konkrete, interne wie externe Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus untersucht und nach empirischen Belegen für Säulen und Ebenen übergreifende Handlungsansätze gefragt. Die europäische Krisenbewältigungsfähigkeit während des Afghanistankonflikts wird daraufhin überprüft, welche charakteristischen Beschränkungen und Stärken der EU als kollektiver Akteur bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus beobachtet werden können. (ICE2)

[197-L] Reckmann, Jan:

Außenpolitische Reaktionen der Europäischen Union auf die Terroranschläge vom 11. September 2001, Münster: Lit Verl. 2004, 187 S., ISBN: 3-8258-7717-5 (Standort: UB Bonn(5)-2004-5343)

INHALT: Im Mittelpunkt des Untersuchungsinteresses steht der besondere Charakter des außen- und sicherheitspolitischen Regierens im institutionellen Kontext der EU. Die Untersuchung konzentriert sich auf den Zeitraum zwischen September 2001 und März 2003. Behandelt werden die unmittelbare Reaktion auf die Anschläge, die Rolle der EU im Afghanistan-Konflikt sowie externe Einflüsse auf das europäische Selbstverständnis wie transatlantische Differenzen, der Nahostkonflikt und die Irak-Krise als Sprengsatz europäischer Einigkeit. Die Untersuchung verdeutlicht die charakteristischen Widersprüche des außenpolitischen Regierens in der EU. Sie lässt zwei gegenläufige Entwicklungen erkennen: die Bereitschaft zu geschlossenem Handeln einerseits, nationale Abweichungen von der gemeinsamen Haltung andererseits. (ICE2)

[198-L] Riecke, Henning:

Terrorismusbekämpfung in der EU: Fortschritt mit Widersprüchen, in: Martin Koopmann (Hrsg.) ; Stephan Martens (Hrsg.): Das kommende Europa : deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 289-304

INHALT: Ein Blick auf die Terrorabwehr in der Europäischen Union (EU) zeigt eine hohe Dichte von Strategien, neu gebildeten Strukturen und beschlossenen Maßnahmen vor allem bei der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Bereich von Justiz und Innenpolitik (JI). Die Tatsache, dass die EU-Mitgliedstaaten immer noch die Hauptverantwortung für die Terrorabwehr tragen, wirft folgende Fragen auf: Wie viel Einfluss kann die europäische Koordination auf die Politik der Mitgliedstaaten haben? Wird die europäische Herangehensweise, mit dem Fokus auf der Strafverfolgung, dem komplexen Charakter des Phänomens Terrorismus gerecht? Welchen Nutzen hat die "Europäisierung" des Antiterrorkampfes? Um diesen Fragen nachzugehen, wird im vorliegenden Beitrag zunächst die Natur des neuen, globalisierten Terrorismus diskutiert und für einen umfassenden Ansatz der Terrorabwehr argumentiert. Eine Übersicht über die JI-Kooperation und ihre ehrgeizigen Fünfjahresprogramme, die den Rahmen für die Terrorabwehr bilden, leitet über in eine Diskussion der neuen Strategie gegen den Terrorismus, mit der die EU im Jahr 2006 einen konzeptionellen Rahmen geschaffen hat. Ein besonderes Augenmerk wird ferner auf die Ziele und Möglichkeiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gelegt. (ICI2)

[199-L] Rosand, Eric:

Den Terrorismus weltweit bekämpfen: die Rolle der Vereinten Nationen, in: Vereinte Nationen : Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, Jg. 57/2009, H. 3, S. 99-103

INHALT: "Die von der UN-Generalversammlung im September 2006 angenommene Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus spiegelt den Konsens aller UN-Mitgliedstaaten und nicht nur des UN-Sicherheitsrats wider. Um die Führungsrolle der Vereinten Nationen langfristig zu stärken, sollten jedoch einige der bestehenden Mechanismen angepasst werden. Dazu gehört die Einrichtung eines Büros für Terrorismusbekämpfung, die Entsendung von Experten in wichtige Mitgliedstaaten sowie die Einrichtung des Amtes eines Hohen Kommissars für die Terrorismusbekämpfung." (Autorenreferat)

[200-L] Schaller, Christian:

Völkerrechtliche Rahmenbedingungen und die Rolle der Vereinten Nationen bei der Terrorismusbekämpfung, in: Ulrich Schneekener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 13-28 (Graue Literatur;
www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Die Aktivitäten der Vereinten Nationen (UN) zur Bekämpfung von Terrorismus reichen bis in die siebziger Jahre zurück. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 haben diese Anstrengungen jedoch erheblich an Fahrt und Qualität gewonnen. Innerhalb des UN-Systems, dem zahlreiche Sonderorganisationen, Fonds und Programme angeschlossen sind, ist die Bekämpfung von Terrorismus mittlerweile zur Querschnittsaufgabe geworden. Darüber hinaus wurde auch die Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen, nichtstaatlichen Organisationen und dem privaten Sektor intensiviert. Aufgrund ihres soliden normativen Fundaments, ihrer universellen Mitgliedschaft und globalen Reichweite sowie ihrer politischthematischen Bandbreite sind die Vereinten Nationen prädestiniert dafür, eine führende Rolle bei der multilateralen Terrorismusbekämpfung zu spielen. Allerdings stoßen die Vereinten Nationen als internationale Organisation mit 192 Mitgliedstaaten gerade in einem derart sensiblen Bereich wie der Terrorismusbekämpfung immer wieder an ihre Grenzen. Dies geschieht meist dann, wenn Staaten ihre Souveränität oder andere vitale Interessen durch einzelne Maßnahmen berührt oder verletzt sehen. Mitunter führen politische Meinungsverschiedenheiten und das Misstrauen zwischen den Regierungen zu unüberwindbaren Blockaden. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der universellen völkerrechtlichen Konvention zur Bekämpfung von Terrorismus, die die UNO verabschieden möchte. Zunächst geht der Autor auf die völkerrechtlichen Grundlagen ein. Im Anschluss wird der andauernde Streit um die Definition von Terrorismus skizziert. Im Anschluss daran wird auf die Rolle der UN-Organe bei der Terrorismusbekämpfung eingegangen. Abschließend befasst sich der Autor mit den neuen Initiativen, nämlich der Anti-Terrorismus-Strategie und dem Aktionsplan. (ICD2)

[201-F] Scharpenack, Inga (Bearbeitung); Blumenwitz, Dieter, Prof.Dr. (Betreuung):

Grenzüberschreitender Terrorismus und seine internationale Bekämpfung

INHALT: Phänomen des grenzüberschreitenden Terrorismus; allgemeine und historische Grundlagen; rechtliche Grundlagen der Terrorismusbekämpfung; Terrorismusbekämpfung im hoheitsfreien Räumen; Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus; individuelle und kollektive Selbstverteidigung; Recht der Selbstverteidigung nach Art. 51 UN-Charta; Selbstverteidigung und Gewohnheitsrecht; Selbstverteidigung vor dem Hintergrund der Ereignisse vom 11. September; kollektive Sicherheit; grenzüberschreitende Maßnahmen. *ZEITRAUM:* 1945-2002 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* ganze Staatengemeinschaft

METHODE: deskriptiv; analytisch

ART: Abschlussarbeit **BEGINN:** 2001-12 **ENDE:** 2002-06 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Wissenschaftler

INSTITUTION: Hochschule für Politik München (Ludwigstr. 8, 80539 München)

KONTAKT: Herr Grün (Tel. 089-285018)

[202-L] Schneckener, Ulrich (Hrsg.):

Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, (SWP-Studie, S 14), Berlin 2007, 120 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: "Seit dem 11. September 2001 wurden in zahlreichen internationalen Organisationen und multilateralen Foren umfassende Beschlüsse, Initiativen oder Aktionspläne zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Die Studie leistet eine Bestandsaufnahme und erste Bewertung dieser Aktivitäten; sie fragt nach den Möglichkeiten und Grenzen multilateraler Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Analysiert werden Maßnahmen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO, der G 8, des Golfkooperationsrates, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit sowie der Afrikanischen Union. Dabei stehen folgende Aspekte im Zentrum: Was wird unter Terrorismus verstanden? Welche Bedrohungsanalysen liegen vor? Welche operativen und strukturellen Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung wurden beschlossen und umgesetzt? Gibt es eine Diskrepanz zwischen faktischer und deklaratorischer Politik? Welche Staaten können als Vorreiter gelten, welche treten eher als 'Bremsen' auf? Im Ergebnis wird deutlich, dass es - ungeachtet gravierender Differenzen zwischen den Organisationen - einige allgemeine Trends bei der internationalen Terrorismusbekämpfung gibt und dass der formalisierte multilaterale Rahmen nur begrenzt genutzt wird. Er dient zumeist dazu, Standards und Normen zu setzen oder weiterzuentwickeln sowie Programme zu verabschieden, deren Umsetzung aber selten überprüft wird. Zudem ist die Zusammenarbeit - selbst innerhalb der EU - in erster Linie am kleinsten gemeinsamen Nenner orientiert und nicht an einer gemeinsam definierten Zielvorstellung." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ulrich Schneckener: Internationale Terrorismusbekämpfung - im Spannungsfeld zwischen USA und Vereinten Nationen (7-12); Christian Schaller: Völkerrechtliche Rahmenbedingungen und die Rolle der Vereinten Nationen bei der Terrorismusbekämpfung (13-30); Annegret Bendiek: Europäische Union: Netzwerke bilden, um Netzwerke zu bekämpfen (31-42); Markus Kaim: Nato: Möglichkeiten und Grenzen militärischer Terrorismusbekämpfung (43-52); Ulrich Schneckener: G 8: Terrorismusbekämpfung in Form von "Club Governance" (53-64); Guido Steinberg: Golfkooperationsrat: Deklaratorische Terrorismusbekämpfung (65-74); Gudrun Wacker: Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit: wider die "drei üblen Kräfte" von Terrorismus, Separatismus und Extremismus (75-84); Kerstin Petretto: Afrika und der "Global War on Terror" (85-98); Ulrich Schneckener: Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung (99-104).

[203-L] Schneckener, Ulrich:

Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 99-104 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Seit dem 11. September 2001 wurden in zahlreichen internationalen Organisationen und multilateralen Foren umfassende Beschlüsse, Initiativen oder Aktionspläne zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Die Studie leistet eine Bestandsaufnahme und erste Bewertung dieser Aktivitäten; sie fragt nach den Möglichkeiten und Grenzen multilateraler Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Analysiert werden Maßnahmen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO, der G 8, des Golfkooperationsrates, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit sowie der Afrikanischen Union. Dabei stehen folgende Aspekte im Zentrum: Was wird unter Terrorismus verstanden? Welche Bedrohungsanalysen liegen vor? Welche operativen und strukturellen Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung wurden beschlossen und umgesetzt? Gibt es eine Diskrepanz zwischen faktischer und deklaratorischer Politik? Welche Staaten können als Vorreiter gelten, welche treten eher als Bremsen auf? Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung unter besonderer Berücksichtigung der anderen in dem Band "Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung" (SWP-Studie 2007/S 14, Juni 2007) zusammengefassten Artikel. Es wird deutlich, dass es - ungeachtet gravierender Differenzen zwischen den Organisationen - einige allgemeine Trends bei der internationalen Terrorismusbekämpfung gibt und dass der formalisierte multilaterale Rahmen nur begrenzt genutzt wird. Er dient zumeist dazu, Standards und Normen zu setzen oder weiterzuentwickeln sowie Programme zu verabschieden, deren Umsetzung aber selten überprüft wird. Zudem ist die Zusammenarbeit - selbst innerhalb der EU - in erster Linie am kleinsten gemeinsamen Nenner orientiert und nicht an einer gemeinsam definierten Zielvorstellung. (ICD2)

[204-L] Schneckener, Ulrich:

G 8: Terrorismusbekämpfung in Form von "Club Governance", in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 53-62 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Bei der G 8 handelt es sich nicht um eine internationale Organisation, sondern um ein multilaterales Forum, das den Anspruch erhebt, Weltordnungspolitik im Sinne von Global Governance mitzugestalten. Die G 7/G 8 - begründet 1975 - ist dabei längst nicht mehr nur ein Forum für globale Wirtschafts- und Finanzpolitik. Aktuell dürfte über die Hälfte aller Gipfelthemen - und die damit verbundenen Initiativen und Expertengruppen - aus sicherheitspolitischen Fragen im engeren Sinne bestehen. Die Palette reicht von Krisenmanagement und Konfliktprävention über die Bekämpfung organisierter Kriminalität bis zu Abrüstung, Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Infrastruktursicherheit. Die G 8 ist insofern zu einem wichtigen Baustein von Global Security Governance geworden. Aus Sicht der beteiligten Regierungen bietet die G 8 gegenüber stärker formalisierten Organisationen den Vorteil, relativ flexibel auf aktuelle Herausforderungen reagieren und neue Themen auf die Tagesordnung bringen zu können. Dabei kann sich insbesondere die jährlich rotierende Präsidentschaft als "Agenda-Setter" profilieren, eigene Anliegen zu G-8-Schwerpunkten machen und diesen somit weltpolitische Aufmerksamkeit verschaffen. Gerade für die USA oder Japan bietet die G 8 eine Möglichkeit, sich mit europäischen Partnern auszutauschen und Initiativen abzustimmen, ohne sogleich mit allen 27 Mitgliedstaaten der EU konfrontiert zu sein. Umgekehrt betrachten die europäischen G-8-Staaten das Forum als willkommene Gelegenheit, außerhalb des formalisierten EU- oder Nato-Rahmens mit den USA und anderen Ländern weltpolitische Themen beraten zu können. Dies gilt in besonderer Weise für Deutschland und Italien, die nicht als ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat vertreten sind. Diese Struktur macht die G 8 auch zu einem wichtigen - oder zumindest potentiell wichtigen - Akteur auf dem Feld der multilateralen Terrorismusbekämpfung, nicht zuletzt als Impulsgeber und als Förderer der Aktivitäten anderer. Der vorliegende Beitrag befasst sich zunächst mit der Terrorismusdefinition und der Bedrohungsanalyse. Im Anschluss daran werden die Maßnahmen der operativen und strukturellen Terrorismusbekämpfung vorgestellt. Abschließend geht der Autor der Frage nach, wie und ob die Maßnahmen umgesetzt werden. (ICD2)

[205-L] Schneckener, Ulrich:

Internationale Terrorismusbekämpfung - im Spannungsfeld zwischen USA und Vereinten Nationen, in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 7-12 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Seit dem 11. September 2001 wurden in zahlreichen internationalen Organisationen und multilateralen Foren umfassende Beschlüsse, Initiativen oder Aktionspläne zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über das Thema unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnis der UNO und der USA. Besonders berücksichtigt werden dabei zwei Dokumente, die im Herbst 2006 erschienen sind und auf exemplarische Weise die Spannungsfelder und Problemzonen der internationalen Terrorismusbekämpfung deutlich machen. Die Rede ist von der National Strategy for Combating Terrorism (September 2006) der amerikanischen Regierung und der United Nations Global Counter-Terrorism Strategy (September 2006), die die UN-Generalversammlung beschlossen hat. Beiden Dokumenten liegen unterschiedliche Bedrohungsanalysen zugrunde, was entsprechende Konsequenzen sowohl für die Inhalte als auch für die Art und Weise der Bekämpfung von Terrorismus hat. Zum einen heben beide Strategiepapiere jeweils andere Aspekte der Terrorismusbekämpfung hervor; zum anderen räumen sie der multilateralen Zusammenarbeit einen sehr unterschiedlichen Stellenwert ein. Es wird deutlich, dass sich die beiden Ansätze in bestimmten Teilbereichen der Terrorismusbekämpfung durchaus ergänzen, insbesondere dann, wenn es um die Etablierung eines langfristig angelegten Regimes geht, etwa zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Im Prinzip vertreten beide Ansätze aber gegensätzliche Positionen: Befürworter der amerikanischen Vorgehensweise argumentieren, dass der selektive Ansatz effektiver sei, da er eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Gleichgesinnten ermögliche und rascher Ergebnisse pro-

duziere. Man könne problembezogener agieren und müsse sich nicht auf Kompromisse und im Zweifel auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken. (ICD2)

[206-F] Schneider, Patricia, Dr. (Bearbeitung); Schneider, Patricia, Dr. (Leitung):

Das Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit bei der Terrorismusbekämpfung

INHALT: Das Projekt befasst sich mit den Zielen und Mitteln der Terrorbekämpfung im Rahmen der "polizeilich-justiziellen Zusammenarbeit" (PJZ) in der EU. Wie kann transnationalen Terrorrisiken begegnet werden? Gefragt wird, wie die PJZ die Sicherheit im "Europäischen Rechtsraum" stärken kann und welche Wirkungen durch veränderte Kompetenzen zu erzielen sind. Effizienzdefizite der PJZ und Möglichkeiten ihrer Überwindung sollen aufgezeigt werden. Die Schlüsselfrage des Projekts dreht sich um die Balance von "Sicherheit und Freiheit", d.h. um eine Sicherheitspolitik, bei der die Freiheitsrechte der Unionsbürger gewahrt werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa

ART: keine Angabe *ENDE:* 2012-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 040-866077-20, Fax: 040-866-3615, e-mail: Schneider@ifsh.de)

[207-L] Stoll, Peter-Tobias:

Die zwei Seiten der Sicherheit: Internationale Kooperation zur Bekämpfung des Terrorismus und die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, in: Die Zukunft des Völkerrechts in einer globalisierten Welt, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 114-130, ISBN: 3-8329-1812-4 (Standort: UB Siegen(467)-33QWB1805)

INHALT: Es wird gezeigt, dass der internationale Terrorismus im Kern eine Bedrohung des Individuums darstellt und dass es die erste Aufgabe des Gemeinwesens ist, den Einzelnen vor solchen Übergriffen zu schützen. Die Freiheit vor Furcht sollte als individuelles Recht auf Sicherheit verstanden werden, das einen Anspruch auf Schutz gegen das Gemeinwesen verbrieft. Die vielfältigen Formen der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus zeigen, dass die internationale Ordnung ihre Aufgabe, Frieden zu schaffen, längst nicht mehr allein in der Verhütung zwischenstaatlicher militärischer Gewalt sehen kann. Die Bekämpfung von Gewalt, die von nichtstaatlichen Gruppen ausgeht, kann nicht mehr allein den einzelnen souveränen Staaten überlassen bleiben, sondern setzt wegen ihrer transnational angelegten organisatorischen Verflechtung und weltweiten Aktivitäten voraus, dass die Staaten zu einer gemeinsamen Verurteilung solcher Taten kommen und auf dieser Basis gemeinsam handeln. Diese Notwendigkeit zur Zusammenarbeit hat bereits einen Wandel der Grundlagen der internationalen Ordnung bewirkt. (GB)

[208-L] Utterström, Anna:

Counter-Terrorism in the European Union, in: Stefan Olsson (Hrsg.): Crisis management in the European Union : cooperation in the face of emergencies, Berlin: Springer, 2009, S. 139-155

INHALT: Die Verfasserin untersucht die innere Sicherheit der EU hinsichtlich der Antiterror-Aktivitäten und Strukturen. Vor dem Hintergrund der Darstellung des Konzepts und der Entwicklung der Regelungen bezüglich dieser Aktivitäten werden sie im Einzelnen analysiert. Es wird der Frage nachgegangen, welche Ressourcen der EU, welche rechtliche Vorschriften und welche Akteure sich zur Bekämpfung des Terrorismus einsetzen lassen. Ein Schwerpunkt der Untersuchung bezieht sich auf die Organisation von Antiterror-Aktivitäten. Abschließend werden konkrete Empfehlungen in Bezug auf die innere Sicherheit der EU zur Diskussion gestellt. (ICF)

[209-L] Voigt, Susanne:

Der EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung - ein wirksames Mittel der Terrorabwehr?, in: Erwin Müller (Hrsg.) ; Patricia Schneider (Hrsg.): Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus : Sicherheit vs. Freiheit?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 201-232, ISBN: 3-8329-2073-0 (Standort: UB Wuppertal(468)-41PEN682)

INHALT: Ziel des Beitrags ist eine politikwissenschaftliche Bewertung des "Rechtsakts zur Bekämpfung des Terrorismus". Er folgt hierzu einem Ansatz der Politikfeldanalyse, dem Policy-Zyklus-Modell. Analysiert werden die Reaktion der EU auf den 11. September 2001 und der EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung (RBTerr) hinsichtlich institutionellem Kontext, der Verhandlungen im Ministerrat, Inhalt sowie Umsetzung in nationales Recht. Die Wirksamkeit des Rahmenbeschlusses im Kampf gegen den Terrorismus wird hinsichtlich kontroverser Debatten um Formulierungen und der Implementation in den Mitgliedstaaten diskutiert. Die Verfasserin zeigt, dass der RBTerr der Bevölkerung der EU Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit demonstrieren sollte und ein großer Teil der diesbezüglichen Aktivitäten daher symbolisch-rituellen Charakters war. Die effektive Wirkung des Rahmenbeschlusses wird vor allem von Umsetzungsdefiziten gehemmt, sodass eine Harmonisierung auf diesem Gebiet nicht zu Stande kam. (ICE2)

[210-L] Weber, Sebastian:

Europäische Terrorismusbekämpfung: das Strafrecht als Integrationsdimension der Europäischen Union, (Hamburger Studien zum Europäischen und Internationalen Recht, Bd. 50), Berlin: Duncker & Humblot 2008, 197 S., ISBN: 978-3-428-12888-4

INHALT: Vor der Hintergrund völkerrechtlicher Strategien zur Terrorismusbekämpfung und ihrer Grenzen wird in der vorliegenden Studie die Frage untersucht, ob einer Union souveräner Staaten weitere Wege eröffnet sind, um der Herausforderung des internationalen Terrorismus zu begegnen. Es wird danach gefragt, ob ein europäischer Strafrechts- und Strafverfolgungsraum eine Antwort auf die Bedrohung der zivilen Sicherheit durch Terrorismus sein kann. Bei der Erörterung der Strategien und Handlungsinstrumente europäischer Zusammenarbeit in Strafsachen gewinnt die Vereinbarkeit der getroffenen Maßnahmen mit den Bürgerrechten und die Frage eine besondere Beachtung, inwieweit die Rechtsschutzmöglichkeiten des Einzelnen der erreichten Integrationstiefe entsprechen. Das Funktionieren des Unionsrechts sowie das Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten und der überstaatlichen Ebene werden hierzu anhand konkreter Mechanismen der Europäischen Integration erläutert. Es werden ferner die Voraussetzungen und Bedingungen analysiert, die das Unionsverfassungsrecht erfüllen muss, um eine unionsweite Kooperation bei der Strafverfolgung und damit auch eine europäische Terrorismusbekämpfung demokratisch und rechtsstaatlich legitimieren zu können. Dabei rücken vor allem die Zuständigkeit und Funktion des Europäischen Parlaments wie auch die Rechtsschutzmöglichkeiten des Einzelnen, insbesondere die Zugangsmöglichkeiten zum Europäischen Gerichtshof wie zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. (ICI2)

[211-L] Witschel, Georg; Brandes, Marius:

Die Vereinten Nationen und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik München, Sonderband, 2006, Bd. 1, S. 22-50

INHALT: "Der Beitrag zeigt auf, dass die Institutionen der Vereinten Nationen auch weiterhin die reichhaltigsten Möglichkeiten bieten, um die Plage des internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Die Generalversammlung entwickelt gegenwärtig neue internationale Rechtsinstrumente, zusätzlich zu den bereits bestehenden 12 Anti-Terrorismus-Abkommen, und der Sicherheitsrat weitet seine bisherigen pragmatischen Bemühungen aus, um alle Formen des Terrorismus zu kriminalisieren. Dieser Beitrag stellt die These auf, dass in der Hauptsache der Sicherheitsrat dasjenige Organ ist, welches messbare Erfolge zu verzeichnen hat, insbesondere aufbauend auf der bahnbrechenden Resolution 1373. Es wird außerdem dargelegt, dass vor allem die Unfähigkeit der Mitgliedstaaten, den langwierigen Disput über die Definition des Terrorismus zu beenden, eine effektive Reaktion auf den Terrorismus behindert. Im Wesentlichen sollte jedoch die Wichtigkeit der Vereinten Nationen als Leitort-

ganisation im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nicht unterschätzt werden, und ihre Leistung bei der Entwicklung normativer Konzeptionen des Problems, bei gleichzeitiger Verfolgung mehr pragmatischer Ansätze, kann nur bewundert werden. Dementsprechend ist die Grundlage dieses Beitrags die Auffassung, dass das UN-Netzwerk für internationalen Frieden und internationale Sicherheit zwar nicht vollkommen ist, aber unterstützt und als Basis für weitere Verbesserungen in der Zukunft angesehen werden muss." (Autorenreferat)

[212-L] Wolny, Kerstin:

Die völkerrechtliche Kriminalisierung von modernen Akten des internationalen Terrorismus: unter besonderer Berücksichtigung des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, (Schriften zum Völkerrecht, 175), Berlin: Duncker & Humblot 2008, 316 S., ISBN: 978-3-428-12501-2

INHALT: Die technische, strukturelle und logistische Weiterentwicklung des internationalen Terrorismus stellt eine besondere Herausforderung für das internationale Strafrecht dar. Zwar existiert eine Reihe von völkerrechtlichen Anti-Terrorismus-Abkommen, diese beziehen sich aber auf die klassischen Formen terroristischer Gewaltakte und sind auf eine nationale Strafverfolgung ausgerichtet. Damit seien sie der neuen Dimension des internationalen Terrorismus kaum gewachsen, schreibt die Autorin. Da der moderne Terrorismus eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit als höchste völkerrechtliche Schutzgüter darstelle, sei eine internationale Strafgerichtsbarkeit erforderlich, 'die die nationalen Kompetenzen zur Strafverfolgung terroristischer Verbrechen zwar nicht ersetzen soll, aber doch zu ergänzen hat.' (22) Vor diesem Hintergrund untersucht Wolny, ob das Völkerstrafrecht ein Instrumentarium zur Erfassung und strafrechtlichen Verfolgung von schweren Akten des internationalen Terrorismus bereithält. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob diese unter die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes fallen und - da der internationale Terrorismus ausdrücklich nicht in den sachlichen Zuständigkeitsbereich einbezogen wurde - 'als eines der im IStGH-Statut normierten Völkerrechtsverbrechen (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression) qualifiziert werden können' (23). Wolny gelangt zu dem Ergebnis, dass Aggression und Völkermord hierfür ausscheiden, aber - unter bestimmten Voraussetzungen - die Tatbestände Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einschlägig sind. Aufgrund der Defizite im nationalen Recht und 'in Ermangelung kriminalisierender Regelungen sowohl im Völkervertrags- als auch im Völkergewohnheitsrecht' spricht sich die Autorin dafür aus, 'die Zuständigkeit des IStGH auf Akte des internationalen Terrorismus zu erstrecken'. (276) Die Arbeit befindet sich auf dem Stand vom November 2006. (ZPol, NOMOS)

4 Militärische Intervention – legitimes Mittel der außen- und sicherheitspolitischen Terrorismusbekämpfung?

[213-L] Asad, Talal:

Terrorismus und gerechter Krieg, in: WestEnd : neue Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 7/2010, H. 1, S. 38-61

INHALT: keine Angaben

[214-L] Corn, Tony:

Vergeßt Clausewitz!: Überlegungen zum globalen Krieg gegen den Terrorismus, in: Merkur : deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 61/2007, H. 1 = H. 693, S. 15-25 (Standort: USB Köln(38)-AP4481; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Essay macht deutlich, dass im Irak wie in Afghanistan die Experten haben Lehrgeld für die Einsicht zahlen müssen, dass das Gebot "Kenne deinen Feind, und kenne dich selbst" wichtiger ist als alle "Clausewitzologie", wie sie an amerikanischen Militärakademien nach dem Motto "Laien reden von Strategie, Experten reden von Logistik" gelehrt wird. Kenne deinen Feind: Auf der taktischen und der operativen Ebene zumindest lässt Ethnologie, nicht die "Clausewitzologie", die Grammatik und Logik der Stammeskriege erkennen und bietet das notwendige begriffliche Arsenal, "um das Feuer erwidern zu können". Kenne dich selbst: Einzig durch die ethnologische Selbstdistanzierung wird sich das Militär der USA (mit seinen verschiedenen 'Stämmen': Armee, Marine etc.) seiner eigenen kulturellen Befangenheiten bewusst werden und seine militärische Kultur neuen Feinden anpassen. Der entscheidende Fehler in der militärischen Kultur der USA besteht damit in ihrem "Technologismus". Der zweite strukturelle Fehler besteht in einer Doktrin des Verhältnisses zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich aus der Zeit des Kalten Krieges. Den dritten Fehler sieht der Autor im "strategischen Realismus", der heute immer mehr zu einem Synonym für Mangel an Erinnerungsvermögen, Wille und Phantasie wird. (ICA2)

[215-L] Deiseroth, Dieter:

Jenseits des Rechts: Deutschlands "Kampfeinsatz" am Hindukusch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 54/2009, H. 12, S. 45-54 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/dezember/jenseits-des-rechts)

INHALT: "Die Farce der 'Wiederwahl' von Präsident Hamid Karsai hat die Legitimationsprobleme der afghanischen Regierung - und damit auch des internationalen Militäreinsatzes - verdeutlicht. Zugleich spitzt sich die militärische Lage im Land weiter zu; auch die Bundeswehr nimmt zunehmend an Kampfhandlungen teil. Der Autor diskutiert die Verfassungsmäßigkeit des bundesdeutschen Militäreinsatzes im Kontext des 'Krieges gegen den Terror' und plädiert angesichts der anstehenden ISAF-Mandatsverlängerung durch den Bundestag für einen neuen Kurs." (Autorenreferat)

[216-L] Denninger, Erhard:

Fünf Thesen zur "Sicherheitsarchitektur": insbesondere nach dem 11. September 2001, in: Martin H.W. Möllers (Hrsg.) ; Robert Chr. van Ooyen: Politischer Extremismus : Bd. 2, Terrorismus und wehrhafte Demokratie, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2007, S. 113-125, ISBN: 978-3-86676-008-0

INHALT: Die NATO hat, und zwar lange vor 11. Sept. 2001, in ihrer Aufgabenumschreibung ihr Selbstverständnis als rein militärisches Verteidigungsbündnis verlassen zugunsten der Wahrnehmung transnationaler, grenzüberschreitender "wirksamer Krisenreaktionseinsätze". Dieser Ausweitung der Verteidigungsaufgabe entspricht der offizielle US-amerikanische Sprachgebrauch, der konsequent

vom "Krieg gegen den internationalen Terrorismus" ausgeht. In diesem Sinne meint auch der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler, Terrorismus nicht mehr als eine Form organisierter Kriminalität, sondern als politisch-militärische Strategie zu betrachten, die sich in der Folge "asymmetrischer Konflikte" einstellt. Der Autor fragt vor diesem Hintergrund nach den Folgen für das Verständnis der BRD für den Bereich der "äußeren Sicherheit". Der Beitrag sieht und diskutiert hier dreierlei: (1) Der Begriff der "Verteidigung", der nach Art. 87 a Abs. 2 GG für den Einsatz der Streitkräfte maßgebend ist, verliert seinen bisher in Art. 115 a Abs. 1 GG verankerten territorialen Bezug. (Ein Angriff mit Waffengewalt gegen das Bundesgebiet wird dort als 'Verteidigungsfall' legal definiert). (2) Der in Art. 51 der UN-Charta wie in Art. 5 des NATO-Vertrages maßgebliche, auch auf das deutsche Verfassungsrecht überwirkende völkerrechtliche Begriff des "bewaffneten Angriffs" verliert, kurz gesagt, seinen bisher notwendigen Staatsbezug. Denn nach dem neuen Nato-Konzept ist nicht mehr der "Kriegsfall" oder "Verteidigungsfall", also ein "militärischer bewaffneter Konflikt" zwischen Staaten Voraussetzung für den Streitkräfteeinsatz. (3) Der Begriff der Verteidigung verliert seinen rechtfertigenden Bezug zum universellen System der durch den Sicherheitsrat der UN repräsentierten Völkergemeinschaft, wenn die präventive Krisenreaktion der NATO oder eines NATO-Mitgliedes sich von dem in der UN-Charta vorgesehenen Verfahren zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit löst. (ICA2)

[217-CSA] Duyvesteyn, Isabelle:

Great expectations: the use of armed force to combat terrorism, in: *Small Wars and Insurgencies* 2008, 19, 3, Sept., 328-351., 2008, ISSN: 0959-2318

INHALT: This article looks at the use of armed force in order to stop terrorist activity. There is little agreement among experts about the importance of the use of force in past counter-terrorism campaigns. Based on limited empirical investigation, it is indicated that police and judiciary measures have been much more frequently used than the military. Concerning the effectiveness of the use of force; there are few indications that it contributes to lessening terrorism. Rather the opposite is the case; the use of force makes things worse. It complies with the aim of terrorist organizations to provoke the state into overreacting. More research is warranted into the specific conditions under which force is used. It remains possible that in very specific circumstances, military force can make a difference.

[218-L] Freuding, Christian:

Die Operation Enduring Freedom und Active Endeavour - Deutschlands militärischer Beitrag zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus, in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Armin Wagner (Hrsg.): *Armee im Einsatz : Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 340-352

INHALT: Die schrumpfende Stimmenmehrheit im Parlament zur deutschen Beteiligung an der "Operation Enduring Freedom" (OEF) sowie die in der Öffentlichkeit vorgenommene Suggestierung einer Aufgabenteilung zwischen dem "guten" ISAF ("International Security Assistance Force") und dem vermeintlich "bösen" OEF-Einsatz, dem die Alleinverantwortung für die zivilen Opfer in Afghanistan zugeschrieben wird, weisen darauf hin, dass OEF aus deutscher Perspektive vom Kristallisationspunkt der "uneingeschränkten Solidarität" bis heute zunehmend zum Kristallisationspunkt der gewachsenen Amerikakritik in Politik und Öffentlichkeit geworden ist - ungeachtet des tatsächlichen Operationszwecks, des Operationsverlaufs und der Beteiligung deutscher Streitkräfte hieran. Der Autor vertritt daher die These, dass außen- und bündnispolitische Erwägungen wie auch innenpolitische Aspekte zu Beginn von OEF und in deren Verlauf in stärkerem Maße die Entscheidung über eine deutsche Beteiligung und deren Art und Umfang - also "Ob" und "Wie" - bestimmt haben als tatsächliche militärische Erfordernisse und die Unterstützungsanforderungen der Bündnispartner. Im Gegensatz hierzu bleibt die Marineoperation "Active Endeavour" bis heute ein unaufgeregtes Stiefkind des deutschen militärischen Beitrags zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus. (ICI2)

[219-L] Gareis, Sven Bernhard:

Militärische Beiträge zur Sicherheit, in: Stephan Böckenförde (Hrsg.) ; Sven Bernhard Gareis (Hrsg.): Deutsche Sicherheitspolitik : Herausforderungen, Akteure und Prozesse, Opladen: B. Budrich, 2009, S. 99-129

INHALT: Die Streitkräfte müssen das Land und seine Grenzen nicht mehr vor möglicherweise aggressiven Nachbarn schützen, die Globalisierung hat nach dem Ende der bipolaren Weltordnung andere, abstraktere Risiken, Bedrohungen und strategische Erfordernisse hervorgebracht. Das Scheitern von Staaten, regionale Instabilität, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, transnationaler Terrorismus: Um diesem neuen und komplexen Risikobündel wirksam entgegenzutreten zu können, bedarf es eines differenzierten politischen Instrumentariums, welches auch militärische Einsätze nicht aussparen kann. Die Entwicklung hin zu einer aktiveren Verwendung des Militärs als Instrument deutscher Sicherheitspolitik ist bis in die 1990er Jahre unter Überschriften wie 'Militarisierung der Außenpolitik' oder 'Normalisierung' leidenschaftlich diskutiert worden. Seit einer Reihe von Jahren ist die Debatte jedoch in eine eher konstruktiv-kritische bis wohlwollende Begleitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr eingemündet, was durchaus als Akzeptanz einer sich einstellenden Normalität gewertet werden darf. Im dem Beitrag wird untersucht, unter welchen Bedingungen, mit welchen Zielen, aber auch unter welchen Schwierigkeiten sich der Funktionswandel der Bundeswehr hin zu einem wichtigen Instrument deutscher Sicherheitspolitik vollzogen hat. Um das Ausmaß dieser Veränderungen richtig einordnen zu können, wird auf die Faktoren und Bedingungen eingegangen, welche die Rolle und das Selbstverständnis der Bundeswehr in der deutschen Sicherheitspolitik über Jahrzehnte nachhaltig prägten und die noch immer von bemerkenswerter Wirkkraft sind. (ICF2)

[220-L] Gatliff, Jason:

Terrorism and just war tradition: issues of compatability, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 230 S., ISBN: 978-3-8364-1582-8 (Standort: SLUB Dresden(14)-MK/3100/G261)

INHALT: "Jason Ratliff argues that some types of terrorism are permissible within a Just War framework. When evaluating any use of force, two questions need to be addressed: (1) was it appropriate to use force, and (2) was force used appropriately. It is within the scope of these two questions that most of the objections to terrorism arise. Ratliff argues that a terrorist act can meet the standards of a Just War. Ratliff shows how these standards can be met in response to two objections to terrorism, that terrorists lack the authority to make war, and that the random targeting of civilians renders terrorism unjustifiable. Ratliff approaches the first question from the perspective of a Locke an theory of individual sovereignty. Ratliff shows that the authority to use force rests with governments because that authority has been granted them by those individuals they govern. When governments fail to use their delegated authority appropriately, then individuals can once again exercise their rights. Ratliff deals with the second question, the appropriateness of intentionally targeting civilians, by arguing that many more members of the civilian population are combatants than most people realize. Ratliff argues that anyone who is dangerous in the martial sense, where the martial sense of dangerousness is understood as having one's behaviour purposely directed in support of military activities, is a combatant." (author's abstract)|

[221-L] Gießmann, Hans J.:

Die Donquichotterie der Bekämpfung von Terror mit militärischen Mitteln, in: Erwin Müller (Hrsg.) ; Patricia Schneider (Hrsg.): Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus : Sicherheit vs. Freiheit?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 180-199, ISBN: 3-8329-2073-0 (Standort: UB Wuppertal(468)-41PEN682)

INHALT: Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, welcher Art die Bedrohung durch den Terrorismus ist, welche militärischen Konsequenzen hieraus erwachsen können und welche militärischen Mittel wegen dieser Konsequenzen geeignet erscheinen, einen Beitrag zur Minderung der Gefahren zu leisten. Er wendet sich gegen den Trend, die Bedrohung durch den Terrorismus zu Aufrüstung und militärischen Machtprojektionen zu missbrauchen. Desgleichen wendet er sich aber auch gegen eine Fundamentalkritik, die dem Militär eine Rolle in der Bekämpfung von Terrorgefahren abspre-

chen will. Unter bestimmten Umständen kann der Einsatz militärischer Mittel gegen Terrorakteure sehr wohl erforderlich sein, wenn sie in ein plausibles integratives Gesamtkonzept eingebettet sind. Der Verzicht auf militärische Gewalt kann demgegenüber den Glauben an die Zweckdienlichkeit des Terrors fördern. Aktive Terrorabwehr muss mit struktureller Vorsorge kombiniert werden. (ICE2)

[222-L] Gießmann, Hans-Joachim:

Mit Schwertern gegen Windmühlen?: über militärische Mittel gegen Terrorismus, in: Ulrike Kronfeld-Goharani (Hrsg.): *Friedensbedrohung Terrorismus : Ursachen, Folgen und Gegenstrategien*, Münster: Lit Verl., 2005, S. 243-263, ISBN: 3-8258-9264-6 (Standort: LB Fulda(66)-2006/1848)

INHALT: Der Beitrag zu den Möglichkeiten der Bekämpfung des Terrorismus geht der Frage nach, welcher Art die Bedrohung durch den Terrorismus ist, welche militärischen Konsequenzen daraus erwachsen können, und ob und welche militärischen Mittel wegen dieser Konsequenzen geeignet erscheinen, die Terrorgefahr zu mindern. Nach einer Bedrohungsanalyse werden Legitimität und Effizienz der bisher eingesetzten militärischen Mittel zur Terrorbekämpfung beschrieben sowie die zu beobachtenden Asymmetrien des Antiterrorkrieges beleuchtet. Die Bedrohungslage gestaltet sich nach Einschätzung des Autors diffus und die bisher angewandten Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus sind nicht sehr erfolgreich. Es drängt sich ein Vergleich mit Don Quichotte auf, der in seinem Kampf gegen die Windmühlen scheitert, da er nicht nur Art und Ausmaß der Gefahr völlig falsch einschätzt, sondern auch ungeeignete Mittel gegen die vermeintliche Bedrohung einsetzt. Dem gemäß fordert der Verfasser eine stärkere 'integrative Sicht aller tauglichen Gegenmittel' und kollektive Politikansätze gegen eine existente Terrorgefahr. (ICG2)

[223-L] Greven, Michael Th.:

Militärische Verteidigung der Sicherheit und Freiheit gegen den Terrorismus?: Überlegungen zur neuen deutschen militärpolitischen Doktrin, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Gerhard Kümmel (Hrsg.) ; Marika Lerch (Hrsg.) ; Thomas Noetzel (Hrsg.) ; Wilfried von Bredow (Adressat): *Sicherheit und Freiheit : außenpolitische, innenpolitische und ideengeschichtliche Perspektiven ; Festschrift für Wilfried von Bredow*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 10-21, ISBN: 3-8329-0443-3 (Standort: UB Bonn(5)-2004-1666)

INHALT: Der Autor kommentiert die neue verteidigungspolitische Richtlinie der Bundesrepublik Deutschland, wonach "zukünftig die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt werden müsse". Er weist auf Mehrdeutigkeiten und Ambivalenzen in den Pressemitteilungen des Verteidigungsministers hin und diskutiert die Bedeutungen von Sicherheit und Freiheit in der neuen militärpolitischen Maxime. Er geht in diesem Zusammenhang ausführlicher auf die veränderte weltpolitische Bedrohungslage durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 und auf den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan ein. Weitere Schwerpunkte seiner Ausführungen beziehen sich auf den Wandel der NATO-Verteidigungsdoktrin nach dem Ende des Kalten Krieges und auf die politischen und militärischen Strategien der USA bei der Terrorismusbekämpfung. (ICI)

[224-L] Hetzer, Wolfgang:

Sicherheit durch Angriffskriege?: Terrorabwehr: militärische Herausforderung oder rechtsstaatliche Bewährungsprobe?, (Rechtspolitisches Forum, Nr. 38), Trier 2006, 60 S. (Graue Literatur; www.irp.uni-trier.de/pdf/38_Hetzer.pdf)

INHALT: Der Autor problematisiert die Tatsache, dass die Durchbrechung der Grenzen des rechtlichen Denkens für die Terrorbekämpfung seit geraumer Zeit typisch ist. Denn die Geschichte des Kampfes gegen den Terrorismus in Deutschland hat gezeigt, wie schnell Verantwortliche von Anfang an bereit waren, rechtsstaatliches Denken über den Haufen zu werfen. Diese Denkverbotsrhetorik beruht nach Meinung des Autors auf der Unterstellung, dass die Befürworter des Rechtsstaatsdenkens zu unfreiwilligen, aber sehr wirkungsvollen Verbündeten des Terrorismus mutieren. Tatsächlich stellt das Polemisieren gegen Denkverbote die Legitimationsfrage auf den Kopf und es kommt zu einer Art Beweislastumkehr, die den Rechtsstaat zu einer Antwort auf die Frage zwingt, ob seine Regeln dem

Terrorkampf im Wege stehen. Jenseits von Hysterie und Angst ist aber dem Autor zufolge die Frage zu stellen, ob das jeweilige Antiterrorgesetz mit den in Deutschland immer noch geltenden rechtsstaatlichen und verfassungsmäßigen Maximen zu vereinbaren ist. Es zeichnet sich eine Gefahr ab, die vielleicht noch größer werden kann als diejenige, die von den zu erwartenden terroristischen Anschlägen ausgeht. Ein Rechtsstaat, der sich angesichts von ernsthaften Bedrohungen selbst zur Disposition stellt und seinen Feinden die elementaren Grundrechte abspricht, verliert seine Würde und die Achtung vor dem eigenen zivilisatorischen Wert. (ICI2)

[225-L] Höntzsch, Tillmann:

Das Konzept der Zivil-Militärischen Kooperation (CIMIC) - der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, (AIPA - Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik, 3/2007), Köln 2007, 53 S. (Graue Literatur; www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/aipa/aipa0307.pdf)

INHALT: "Seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und dessen stabilisierender Wirkung auf alle internationalen Beziehungen sieht sich die westliche Welt mit einer zunehmenden Zahl von Konflikten mit regionalen bzw. globalen Auswirkungen konfrontiert, die sich auf ihre eigene sicherheitspolitische Lage auswirken und sie somit zum Handeln zwingen. Im Gegensatz zum klassischen zwischenstaatlichen Krieg bedarf es zur Lösung dieser Konflikte neuer Instrumentarien bzw. Strategien. Man gelangte zu der Überzeugung, dass den sicherheitspolitischen Herausforderungen nur mit einem komplementären Vorgehen beim Krisenmanagement, d.h. der Verknüpfung militärischer und ziviler Instrumente und Fähigkeiten, begegnet werden kann. Im Laufe der 1990er Jahre wurden die internationalen Kriseninterventionen immer komplexer und die Berührungspunkte zwischen militärischen und zivilen Akteuren nahmen zu. Folgerichtig wurden Überlegungen angestellt, wie diese zivil-militärischen Beziehungen geregelt werden können. Im Rahmen der NATO wurde Ende der 1990er Jahre die militärische Antwort in Form des Konzepts der 'Civil-Military-Co-operation' (CIMIC) geliefert, die auch zur Grundlage des deutschen Konzepts der 'Zivil-Militärischen Zusammenarbeit der Bundeswehr im Ausland' (ZMZ/A) wurde. In dieser Arbeit soll zunächst das theoretische CIMIC-Konzept anhand der maßgeblichen Dokumente der NATO und der Bundeswehr erläutert werden. Ergänzend soll dabei auch auf die Vorstellungen der zivilen Seite zur Gestaltung zivil-militärischer Beziehungen bzw. auf andere Formen der Kooperation (PRT) verwiesen werden. Anschließend wird die praktische CIMIC-Arbeit am Beispiel des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan dargestellt." (Autorenreferat)

[226-L] Hubel, Helmut:

Deutsche Außenpolitik vor neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Alexander Höse (Hrsg.) ; Kai Oppermann (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik : Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 71-86, ISBN: 978-3-531-14982-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007/3693)

INHALT: Im Anschluss an den US-Politikwissenschaftler Roland Paris wird eine Erweiterung des traditionellen Konzepts der nationalen Sicherheit um weitere Dimensionen vorgeschlagen. Dabei werden Objekte der Sicherheit (Staaten, Gesellschaftliche Gruppen und Individuen) und Ursachen der Sicherheitsbedrohung (militärisch, indirekt oder nichtmilitärisch) unterschieden. In einer Vier-Felder-Matrix werden (1) traditionelle bzw. nationale Sicherheit, (2) umfassende bzw. erweiterte Sicherheit, (3) innerstaatliche Sicherheit und (4) menschliche Sicherheit ausgewiesen und analysiert. (GB)

[227-L] Kaim, Markus:

Nato: Möglichkeiten und Grenzen militärischer Terrorismusbekämpfung, in: Ulrich Schneckener (Hrsg.): Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung, 2007, S. 43-51 (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4062)

INHALT: Bereits seit dem Jahr 1999 steht Terrorismus auf der Agenda der Nato. Im April 1999 hatte die Allianz ein strategisches Konzept verabschiedet, in dem darauf verwiesen wurde, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Sicherheitsinteressen der Allianz auch durch andere Risiken be-

droht sein könnten als die Aggression staatlicher Akteure - etwa durch terroristische Angriffe. In dem Dokument wurde formuliert, die Streitkräfte und die Infrastruktur der Nato müssten diesen veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Während es bei den europäischen Nato-Mitgliedern zu diesem Zeitpunkt noch vergleichsweise wenig Erfahrung mit islamistisch inspiriertem Terrorismus gab, hatten die Vereinigten Staaten bereits Berührung damit gehabt (World Trade Center 1993, Angriffe auf US-Botschaften in Nairobi und Dar es Salam 1998). Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 erfuhr diese sicherheitspolitische Herausforderung eine vollständige Neubewertung - auch weil erstmals der Verteidigungsfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrags ausgerufen wurde - und genießt seitdem in den entsprechenden Bedrohungsanalysen der Allianz höchste Priorität. Der vorliegende Beitrag befasst sich zunächst mit Terrorismusdefinition und Bedrohungsanalyse. Im Anschluss daran werden die Maßnahmen der operativen und strukturellen Terrorismusbekämpfung vorgestellt. Abschließend geht der Autor auf die Probleme bei der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen ein. (ICD2)

[228-L] Kohlhoff, Jörg:

Vom Krieg gegen Terrorismus: im Spiegel der Lehre des Generals Carl von Clausewitz, Neckenmarkt: ed. nove 2007, 386 S., ISBN: 978-3-85251-169-6 (Standort: SLUB Dresden(14)-MZ8050K79)

INHALT: Der Verfasser schlägt einen weiten Bogen vom Widerstandskampf gegen die nationalsozialistische Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg zu aktuellen Konflikten mit islamischem Fundamentalismus und Terrorismus. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die Region des Nahen und Mittleren Ostens und des Persischen Golfs. Der Verfasser analysiert die Bedeutung des Terrorismus in "begrenzten Kriegen" und Bürgerkriegen in Vergangenheit und Gegenwart. Vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges und gestützt auf Clausewitz macht er auf die Konsequenzen aufmerksam, die eine Interventionsarmee wie die Bundeswehr im Kampf mit dem islamisch-fundamentalistischen Widerstand ziehen muss. Terrorismus begreift er als Form des Krieges, der Guerilla verwandt und oft in sie übergehend. Als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele wird er nicht nur von strukturell unterlegenen Gruppierungen angewandt, sondern auch von hoch gerüsteten Gesellschaften. Terrorismusbekämpfung erfordert eine enge Verzahnung von Diplomatie und Politik, Geheimdiensten, regulärem Militär und irregulären Söldnern. (ICE2)

[229-L] Kovalev, Aleksandr A.:

Das Recht auf Selbstverteidigung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, in: Katharina von Knop (Hrsg.) ; Heinrich Neisser (Hrsg.) ; Martin van Creveld (Hrsg.): *Countering modern terrorism : history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference,* Berlin, 15-17 December 2004, Bielefeld: Bertelsmann, 2005, S. 313-320, ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: In der UN-Charta (Art 2, Abs. 4) wird eines der Grundprinzipien des internationalen Rechts wie folgt formuliert: "Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede Androhung oder Anwendung von Gewalt, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtet ist, da dies mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist." Das internationale Recht kennt drei Ausnahmen von diesem Prinzip: (1) Wenn der Sicherheitsrat feststellt, dass der Frieden bedroht ist oder gebrochen wurde oder dass es zu einem Angriff gekommen ist, legt er die Maßnahmen fest, die zu ergreifen sind. Dies kann bis hin zu einem militärischen Einsatz gehen (Art. 42 der UN-Charta). (2) Die Selbstverteidigung mit militärischen Mitteln (sowohl als Maßnahme eines Einzelnen als auch als gemeinsames Vorgehen) sowie das Recht eines Staates, sich gegen den Aggressor zu verteidigen (Art. 51 der UN-Charta), sind legitim und garantiert. (3) Den Fall des Krieges zum Zwecke der Befreiung einer Nation kann im Grunde genommen als militärisches Mittel angesehen werden, um das Recht auf Selbstbestimmung für alle Völker zu sichern. Der vorliegende Beitrag geht auf die Frage ein, was unter Selbstverteidigung zu verstehen ist. Dazu wird Art. 51 der UN-Charta interpretierthinsichtlich seiner Relevanz für den Terrorismus: "Bei einem bewaffneten Angriff gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen schränkt diese Charta in keiner Weise das naturgegebene Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung ein, bis der Sicherheits-

rat die Maßnahmen getroffen hat, die erforderlich sind, um den Frieden in der Welt und die internationale Sicherheit zu gewährleisten. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Rechts auf Selbstverteidigung trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen". (ICA2)

[230-L] Löfflmann, Georg:

Verteidigung am Hindukusch?: die Zivilmacht Deutschland und der Krieg in Afghanistan,

Hamburg: Diplomica Verl. 2008, 88 S., ISBN: 978-3-8366-5772-3

INHALT: Die zentrale Forschungsfrage der Studie lautet: Worin liegen die Beschränkungen des Afghaneinsatzes der Bundeswehr begründet, die einen Kampfeinsatz deutscher Soldaten effektiv ausschließen? Nach der Hypothese des Autors sind die operativen Beschränkungen der Bundeswehr, die von den politischen Eliten in Deutschland erlassen wurden, vor allem eine Folge der strategischen Kultur des Landes. Denn angesichts der historischen Erfahrung und der sicherheitspolitischen Entwicklung der letzten 50 Jahre berührt ein Kampfeinsatz deutscher Streitkräfte noch immer tief verwurzelte Tabus in Politik und Gesellschaft, die einen offensiven Einsatz militärischer Mittel erheblich einschränken. Daher ist die Bundeswehr operativen Restriktionen unterworfen, die eine entsprechende militärische Verwendung effektiv ausschließen. Die politische Grundlage für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan bildet dabei das Leitbild der Multilateralismus, d. h. das militärische Engagement ist sichtbarer Ausdruck der internationalen Verantwortung und der aktiven Bündnissolidarität Deutschlands. Gleichzeitig wird versucht, das Einsatzprofil der deutschen Soldaten am Leitbild der militärischen Zurückhaltung zu orientieren, das für die Sicherheitspolitik Deutschlands auch weiterhin von großer Bedeutung ist. Da zu Beginn des 21. Jahrhunderts beide Leitbilder der strategischen Kultur Deutschlands nicht mehr kongruent zueinander stehen, aber weiterhin für die Formulierung sicherheitspolitischer Entscheidungen relevant sind, kommt es zu Inkonsistenzen und Widersprüchen, wie sie an den Einsatzbeschränkungen der Bundeswehr deutlich werden. (ICI2)

[231-L] Löser, Wolf-Dieter:

Die Bundeswehr und der Kampf gegen den internationalen Terror, in: Georg Meggle (Hrsg.): Terror & der Krieg gegen ihn : öffentliche Reflexionen, Paderborn: mentis Verl., 2003, S. 247-261, ISBN: 3-89785-381-7

INHALT: Auf der Grundlage seiner Erfahrungen aus den Einsätzen deutscher Soldaten in Südosteuropa und Afghanistan zeigt der Verfasser, in welchem Rahmen sich die schon vor dem 11. September 2001 eingeleitete Umstrukturierung der deutschen Streitkräfte bewegt. Er verweist zunächst auf die verfassungsrechtlichen und einfach-gesetzlichen Rahmenbedingungen, die den Primat der Politik über Funktion und Einsatz der Bundeswehr festschreiben. Vor diesem Hintergrund wird das erweiterte Aufgabenspektrum der Streitkräfte aus militärpolitischer Perspektive thematisiert, wobei der Schwerpunkt hier auf dem Einsatz gegen den internationalen Terrorismus liegt. Abschließend werden die Anforderungen an die Streitkräfte in Auslandseinsätzen und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus aus militärischer Sicht sowie damit verbundene Anforderungen an die Truppenführer angesprochen. Ein abschließender Blick in die Zukunft gilt politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Problemfeldern im diskutierten Kontext, die einer nachhaltigen Lösung bedürfen. (ICE2)

[232-L] Lüdtko, Ralph-Maria; Strutyński, Peter (Hrsg.):

Von der Verteidigung zur Intervention: Beiträge zur Remilitarisierung der internationalen

Beziehungen, (Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Bd. 14), Kassel: Jenior 2007, 240 S., ISBN: 978-3-934377-21-9 (Standort: UB Siegen(467)-31PDL1377)

INHALT: "Vier Jahre nach dem Beginn des Irakkriegs und sechs Jahre nach dem Beginn des Afghanistankriegs sind beide Länder nicht zur Ruhe gekommen. Im Gegenteil: Die alten Probleme bestehen fort, Krieg und Besatzung aber haben neue Probleme geschaffen. Längst spricht man von der 'Vietnamisierung' des Irak und der 'Irakisierung' Afghanistans, um das Ausmaß der verursachten Katastrophe auch nur annähernd zu beschreiben. Beide Kriege sind aber nur die Spitze eines Eisbergs an Gewaltkonflikten und militärischen Auseinandersetzungen, die im Nahen und Mittleren Osten, in Zen-

tral- und Südasien und in Afrika an der Tagesordnung sind. Die Bundesrepublik Deutschland hat begonnen, ihre Streitkräfte zu einer 'Armee im Einsatz' umzubauen, die EU schafft sich mit den berüchtigten Battle Groups ein militärisches Instrument zur weltweiten Intervention - beide werden somit anschlussfähig an die USA, die seit den Anschlägen vom 11.9.2001 ohnehin das Recht zum permanenten 'Krieg gegen den Terror' für sich reklamieren. Das vorliegende Buch enthält Texte, die zum Friedenspolitischen Ratschlag 2006 sowie zur Friedensvorlesungsreihe 2006/2007 an der Uni Kassel entstanden sind und zum Teil für den Druck aktualisiert wurden." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Peter Strutyński: Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Prüfstand (7-16); Wolfgang Schreiber: Kriege, Konfliktherde und Kriegsursachen im 21. Jahrhundert (17-23); Ulrike Borchart: Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU im Spannungsfeld von Sicherheit, ökonomischer Notwendigkeit und Menschenrechten (24-39); Thomas Roithner: Konfliktfeld EU versus Völkerrecht (40-45); Norman Paech: UNO und Völkerrecht stehen auf dem Spiel (46-55); Ernst Woit: Die Legitimation imperialistischer Kriege verhindern! (56-63); Detlef Bald: Von der Verteidigung zur Intervention. Die Bundeswehr - das staatliche Mittel der Macht (64-74); Lühr Henken: Das neue Strategiebuch für die Bundeswehr (75-86); Heiko Humburg: PR-Strategien der Bundeswehr in Zeiten der Jugendarbeitslosigkeit und "Harz IV" (87-101); Joachim Guilliard: Irak: Wie weiter nach dem gescheiterten Krieg (102-121); Werner Ruf: Islamische Bedrohung? (122-139); Arne C. Seifert: Anti-iranische Offensive: Mehr als ein Atomstreit (140-150); Lühr Henken: Nächster Interventionskandidat Sudan? (151-174); Rolf Verleger: Ist Nächstenliebe antisemitisch? (175-196); Im Wortlaut. Shalom 5767 (197-200); Bernd Hahnfeld: Wege zu einem Atomwaffenfreien Deutschland (201-213); Tanja Ernst: Die Neugründung Boliviens? (214-226); Erhard Crome: Globalisierung - von oben oder von unten? (227-238); Alois Reisenbichler: Denken - diskutieren - beten - handeln für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (239-240).

[233-L] Meiser, Christian; Buttlar, Christian von:

Militärische Terrorismusbekämpfung unter dem Regime der UN-Charta, (Saarbrücker Studien zum Internationalen Recht, Bd. 30), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 104 S., ISBN: 3-8329-1650-4 (Standort: UB Bonn(5)-2005/9411)

INHALT: Die Arbeit leistet vor dem Hintergrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA einen Beitrag zur völkerrechtlichen Diskussion des Terrorismus und seiner Bekämpfung unter dem Regime der UN-Charta. Dabei wird die These erörtert, wonach sich in der völkerrechtlichen Literatur nach dem 11. September in mehrfacher Hinsicht eine deutlich veränderte Akzentuierung erkennen lässt. Hieraus mag man ersehen, dass sich auch das Völkerrecht dem neuartigen Gefährdungspotential des Terrorismus, wie es sich in den Attacken der al-Quaida realisiert hat, nicht verschließen kann. In das Thema einführend werden zunächst die Charakteristika des Neuen Internationalen Terrorismus und der Wandel der Sicherheitsstrukturen in ihren Grundzügen beschrieben. Sodann werden im ersten Teil die völkerrechtlichen Grundlagen der militärischen Terrorismusbekämpfung dargestellt. Der zweite Teil widmet sich im Anschluss dem staatlichen Selbstverteidigungsrecht gegen Terrorismus nach Artikel 51 der UN-Charta. Der dritte Teil veranschaulicht schließlich die völkerrechtliche Zulässigkeit von militärischen Präventivschlägen gegen den Internationalen Terrorismus. Die Untersuchung verdeutlicht nicht zuletzt, dass wichtige Aspekte der militärischen Terrorismusbekämpfung zwingend der Entscheidung durch den Sicherheitsrat bedürfen (Regimewechsel, Verhältnismäßigkeit, Beurteilung der latenten zukünftigen Gefahr usw.). Die von Terrorakten betroffenen Staaten sind gut beraten, diese Hauptverantwortung des UN-Sicherheitsrates weniger als Einschränkung des eigenen Handlungsspielraumes, sondern vielmehr als Chance zu begreifen: Denn die militärische Terrorismusbekämpfung wird auch in Zukunft mit Unsicherheiten sowohl im Tatsächlichen wie auch im Normativen zu kämpfen haben. Damit aber besteht immer die Gefahr, dass sich die Glaubwürdigkeit und Legitimierbarkeit unilateraler militärischer Maßnahmen verflüchtigt. (ICG2)

[234-L] Overhaus, Marco:

Zwischen kooperativer Sicherheit und militärischer Interventionsfähigkeit: die deutsche Sicherheitspolitik im Transformationsprozess der NATO vom Ende des Kalten Krieges bis zum Kampf gegen den Terrorismus, Trier 2008, 464 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:385-5068)

INHALT: "Der Handlungsspielraum der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik hat sich mit dem Wegfall der systemischen Zwänge des Kalten Krieges und der letzten formalen Souveränitätsbeschränkungen nach 1990 erhöht. Zugleich bewahrheitete sich die von einigen neorealistischen Beobachtern vertretene Befürchtung nicht, Deutschland könne nun seine Bindungen im Rahmen der euro-atlantischen Sicherheitsinstitutionen aufgeben und fortan einen unilateraleren sicherheitspolitischen Kurs einschlagen. Stattdessen unterstrichen alle Bundesregierungen die weiterhin zentrale Bedeutung der NATO für die deutsche Sicherheitspolitik. Auf der Grundlage dieser beiden Beobachtungen - dem erweiterten Handlungsspielraum und dem fortdauernden deutschen Bekenntnis zur NATO - kann die Erwartung formuliert werden, dass Deutschland den zu Beginn der 1990er Jahre neu einsetzenden Transformationsprozess der Allianz aktiv und mit eigenen Impulsen begleitet hat und entsprechende Initiativen unternahm. Ein erster Blick auf die sicherheitspolitische Praxis enttäuscht diese Erwartungen jedoch. Lediglich im Zusammenhang mit der ersten Osterweiterung wurde der deutschen Bundesregierung (und insbesondere dem früheren Verteidigungsminister Volker Rühe) eine gestaltende Funktion zuerkannt, während sie im Bereich des militärischen Krisenmanagements in der Regel als Bremser qualifiziert wurde. Auch im Zusammenhang mit der globaleren Ausrichtung der NATO nach dem 11. September 2001 scheint die Bundesrepublik Deutschland sich über weite Strecken eher den Vorgaben des amerikanischen Bündnispartners angepasst zu haben, als dass sie den Prozess aktiv mitgestaltete. Die vorliegende Arbeit untersucht vor diesem Hintergrund den Gestaltungswillen der deutschen NATO-Politik von 1991 bis 2005 in den zentralen Bereichen der NATO-Osterweiterungen, des militärischen Krisenmanagements und der Antiterrorpolitik nach dem 11. September 2001. Trifft das Urteil weitreichender deutscher Passivität zu oder lassen sich differenziertere Handlungsmuster identifizieren? Wie lassen sich diese Handlungsmuster erklären? Zur Bearbeitung der Fragestellung wird ein Analyserahmen entwickelt, dem das spezifische deutsche Funktionsverständnis gegenüber der NATO als Institution zugrunde liegt. Die institutionalistische Theorie in den Internationalen Beziehungen hat ein Spektrum allgemeiner und spezifischer Funktionen entwickelt, welche die europäischen Sicherheitsinstitutionen aus Sicht ihrer Mitgliedstaaten erfüllen sollen. An dem einen Ende dieses Spektrums steht die allgemeine und primär nach innen gerichtete Funktion. Sie zielt auf die kooperative Sicherheit im Sinne der gegenseitigen Beeinflussung und Einbindung der Mitgliedstaaten ab. Dagegen handelt es sich bei der militärischen Interventionsfähigkeit um eine in erster Linie nach außen gerichtete, die militärische Handlungsfähigkeit der NATO betreffende spezifische Funktion. Zwar umfasst dieses Spektrum nicht ausschließlich Entweder-Oder-Kategorien. Allerdings stehen allgemeine und spezifische Funktionen vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Ressourcen sowie unterschiedlicher Anforderungen an die NATO-Strukturen (beispielsweise im Sinne der Exklusivität vs. Inklusivität) in einem Spannungsverhältnis. Somit werden die Mitgliedstaaten der Allianz die verschiedenen Funktionen der NATO unterschiedlich gewichten. Auch der deutschen Politik liegt ein spezifisches Funktionsverständnis zugrunde, welches durch innenpolitische, z.T. kulturell und historisch geprägte, Faktoren bestimmt wird. Das Ziel der Arbeit ist es, den Gestaltungswillen der deutschen Politik im NATO-Transformationsprozess nach dem Ende des Kalten Krieges nachzuzeichnen und das dieser Politik zugrunde liegende Funktionsverständnis von institutioneller Kooperation zu analysieren. Dem erkennbaren Bestreben der Bundesregierungen auch nach 1990, die Institution NATO zu erhalten, zu stärken und schließlich auch um neue Mitglieder zu erweitern steht dabei eine zögerliche Haltung gegenüber dem militärischen Krisenmanagement und der Schaffung der militärischen Voraussetzungen zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele gegenüber (Verteidigungshaushalt, Bundeswehrreform). Die Arbeit kommt zu dem Schluss, dass sich dieser scheinbare Widerspruch mit dem deutschen Funktionsverständnis erklären lässt, welches der kooperativen Sicherheit einen deutlich höheren Stellenwert einräumt als der militärischen Interventionsfähigkeit." (Autorenreferat)

[235-L] Paech, Norman; Seifer, Kerstin:

Die Bundeswehr im Krieg: Kampfeinsätze in Afghanistan und die Erosion des Völkerrechts, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 53, S. 47-55 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Der Krieg gegen Jugoslawien von 1999 und die 2001 erfolgte Kriegserklärung der USA an alle Welt im Zeichen des Antiterrorkampfes haben nach Einschätzung der Autoren die Grundfesten des alten Weltordnungssystems erschüttert. Die Bundesrepublik Deutschland hat durch ihre Beteiligung an der NATO-Intervention in Jugoslawien unter der rot-grünen Regierung und gegenwärtig durch verstärkte militärische Kampfeinsätze in Afghanistan an der Schwächung des UNO-Friedenssystems unmittelbar mitgewirkt. Spätestens nach dem 11. September 2001, als der weltweite Antiterrorkampf auch in Deutschland als zentrale Aufgabe der Sicherheitspolitik definiert wurde, ist der Krieg nun wieder eine Option in der Politik geworden. Die Autoren problematisieren in ihrem Beitrag die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und weisen darauf hin, dass die "Operation Enduring Freedom"(OEF) in Afghanistan ohne Mandat der UNO erfolgte. Sie thematisieren ferner die mangelnde faktische Trennung der Militäreinsätze OEF und ISAF ("International Security Assistance Force") und skizzieren abschließend Perspektiven einer grundlegenden Neuausrichtung der Afghanistanpolitik. (ICI2)

[236-L] Rose, Jürgen:

Mission Impossible: die Bundeswehr am Hindukusch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 52/2007, H. 10, S. 1237-1244 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2007/oktober/mission-impossible)

INHALT: Nachdem der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan anfänglich von der Mehrheit der Deutschen durchaus erwartungsvoll mitgetragen wurde, ist mittlerweile Ernüchterung eingetreten. Denn sowohl im fernen Einsatzland als auch an der "Heimatfront" ist die Lage zunehmend prekär geworden: Mit dem Einsatz von Tornado-Waffensystemen beteiligt sich die Bundeswehr in Afghanistan nun erstmals direkt an der Kriegsführung, und zwar nicht nur im ihr zugewiesenen Operationsgebiet Nordafghanistan, sondern flächendeckend auch auf dem gesamten Staatsgebiet. Als besonders problematisch stellt sich dies nach Ansicht des Autors im Hinblick auf die massiv geführten militärischen Einsätze der US-Streitkräfte im Süden und Osten Afghanistans dar. Der Autor erläutert das Bundeswehrmandat und den Kampfeinsatz am Hindukusch, der seines Erachtens zu einem asymmetrischen und dauerhaften Abnutzungskrieg geführt hat. Dies belegen auch das Konstrukt der "illegalen Kämpfer" und der gescheiterte Wiederaufbau in Afghanistan. Angesichts dieser Lage stellt sich immer drängender die Frage nach dem Sinn der deutschen Militärpräsenz in Afghanistan, wobei ein Rückzug aus dem aussichtslosen Guerillakrieg offenbar ein Tabubruch darstellt. (ICI2)

[237-L] Schaller, Christian:

Humanitäres Völkerrecht und nichtstaatliche Gewaltakteure: neue Regeln für asymmetrische bewaffnete Konflikte?, (SWP-Studie, S 34), Berlin 2007, 31 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4581)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit der Frage, ob das humanitäre Völkerrecht in seiner gegenwärtigen Fassung noch einen geeigneten rechtlichen Rahmen für aktuelle Konflikte bietet, an denen nichtstaatliche Gewaltakteure beteiligt sind. Auf diesem Hintergrund untersucht die Studie einzelne Aspekte asymmetrischer Auseinandersetzungen, die aus Sicht des humanitären Völkerrechts besondere dogmatische und anwendungsbezogene Probleme aufwerfen. Dabei geht es unter anderem darum, den humanitär-völkerrechtlichen Charakter verschiedener Konfliktsituationen, den kollektiven Status der beteiligten nichtstaatlichen Akteure und die individuelle Rechtsstellung der in die Feindseligkeiten involvierten Personen zu bestimmen. Im Mittelpunkt stehen grenzüberschreitende Einsätze staatlicher Streitkräfte gegen militärisch organisierte bewaffnete Gruppen. Der Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe ISAF und die Operation Enduring Freedom in Afghanistan verdeutlichen, vor welchen schwierigen Herausforderungen Streitkräfte stehen, wenn sie die Aufgabe haben,

nichtstaatliche Gewaltakteur unter Beachtung der Pflichten des humanitären Völkerrechts effektiv zu bekämpfen. Der Fokus der Studie richtet sich ebenfalls auf den Irak. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass das humanitäre Völkerrecht in seiner aktuellen Gestalt trotz einiger Regelungsdefizite und offener Auslegungsfragen insgesamt in der Lage ist, bewaffnete Konflikte unabhängig davon zu erfassen, ob sie eine besondere Asymmetrie aufweisen. Gleichwohl kann die extreme Asymmetrie zwischen Konfliktparteien zur Folge haben, dass das Völkerrecht faktisch seine Bindungskraft verliert. Die Herausforderung besteht mithin eher in der effektiven Anwendung und Durchsetzung des geltenden Rechts als in der Suche nach neuen Regelungen. (ICH2)

[238-L] Scheel, Constanze:

Das Going Global der Bundeswehr: Auslandseinsätze der Bundeswehr zwischen

friedensnormativen Anspruch und Einsatzrealität, in: Robert Glawe (Hrsg.): Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur - Impulse für die nationale Strategiedebatte, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2009, S. 219-231

INHALT: Nach Meinung des Mitbegründers der Friedens- und Konfliktforschung Johan Galtung besteht das primäre Ziel darin, das Gleichgewicht zwischen Frieden und Gewalt zugunsten des Friedens zu beeinflussen, bessere Bedingungen zu schaffen und die Gewalt zu reduzieren, wobei er dem kulturellen Faktor besondere Bedeutung beimisst. An diesem Leitgedanken orientiert sich die vorliegende politikwissenschaftliche Arbeit. Vor dem Hintergrund des Formwandels von Krieg und Gewalt sowie der geographischen Ausdehnung der Auslandseinsätze der Bundeswehr wird ein Spannungsverhältnis zwischen friedensnormativem Anspruch und Realität der Einsätze festgestellt. Die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland lässt nach Meinung der Autorin zahlreiche wichtige Fragen unbeantwortet, wie z. B.: Ist die Entwicklung vom Sicherheitsimporteur zum Sicherheitsexporteur möglich, ohne die Parameter für den eigenen friedensnormativen Anspruch zu verschieben? Sind die Grenzen der Belastbarkeit der Bundeswehr nicht bereits erreicht? Welche Überlegungen und Konzepte gibt es bezüglich der friedenspolitischen Ausgestaltung von Auslandseinsätzen und zum veränderten Anforderungsprofil des Soldaten im erweiterten Aufgabenspektrum? Die Autorin diskutiert hierzu die Ambivalenz des Einsatzes militärischer Truppen, die Rolle des Multilateralismus in Deutschland sowie friedenspolitische Leitfragen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. (ICI2)

[239-L] Schilling, Sebastian:

Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: ein geeignetes Mittel zur nachhaltigen Bekämpfung des internationalen Terrorismus?, in: Karl Gabriel (Hrsg.) ; Christian Spieß (Hrsg.) ; Katja Winkler (Hrsg.): Religion - Gewalt - Terrorismus : religionssoziologische und ethische Analysen, Paderborn: Schöningh, 2010, S. 133-168

INHALT: "Der Autor beschäftigt sich mit einem konkreten Beispiel der Terrorismusbekämpfung, nämlich dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Er analysiert diesen Militäreinsatz als Strategie der Terrorismusbekämpfung, die auf Stabilisierung und Wiederaufbau eines Landes setzt, das als Rückzugsraum des internationalen Terrorismus gilt. Der Beitrag bietet einen Überblick über verschiedene konkrete Maßnahmen, die jeweils kritisch bewertet werden. Schließlich plädiert Schilling angesichts der negativen Erfolgsbilanz des Einsatzes für die Orientierung an sogenannten whole government approaches, die sich durch Vernetzung verschiedener Politikbereiche und der beteiligten Akteure auszeichnen." (Autorenreferat)

[240-L] Schmidt-Radefeldt, Roman:

Terrorismusbekämpfung zwischen Krieg und Frieden - ein Beitrag zum ius post bellum in Afghanistan, in: August Pradetto (Hrsg.): Human security und Auslandseinsätze der Bundeswehr : Dokumentation des 1. Symposiums an der Helmut-Schmidt-Universität - Universität der Bundeswehr Hamburg, Münster: Lit Verl., 2005, S. 165-182, ISBN: 3-8258-9083-X (Standort: LB Schwerin(33)-89.83/42A1136)

INHALT: Nach dem Sturz des Taliban-Regimes setzen alliierte Spezialkommandos, darunter auch Einheiten des deutschen Kommandos Spezialkräfte, ihre Antiterrorereinsätze mit Zustimmung der Zentralregierungen in Kabul und Islamabad fort. Es handelt sich hierbei um eine völkerrechtlich zulässige "Intervention auf Einladung". Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Rechtsgrundlagen und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen der Operation Enduring Freedom (Selbstverteidigungsrecht, Bündnisfall, humanitäres Völkerrecht) auch post bellum gelten. Der Verfasser zeigt, dass die Voraussetzungen eines internen bewaffneten Konflikt in Afghanistan nicht mehr vorliegen. Die Terrorismusbekämpfung ist eine vom UN-Sicherheitsrat mit getragene friedenssichernde Ordnungsmaßnahme, an der sich die Bundeswehr beteiligen darf. Die Rahmenbedingungen dieser Maßnahme müssen sich vom humanitären Völkerrecht in Richtung Menschenrechte verschieben, um einen rechtsfreien Raum zu vermeiden. So ist eine "Zivilisierung" des Krieges gegen den internationalen Terrorismus möglich. (ICE2)

[241-L] Scholz, Michael:

Staatliches Selbstverteidigungsrecht gegen terroristische Gewalt, (Schriften zum Völkerrecht, 165), Berlin: Duncker & Humblot 2006, 206 S., ISBN: 978-3-428-12180-9

INHALT: Nach herkömmlicher völkerrechtlicher Auslegung stehen Staaten nur dann Selbstverteidigungsbefugnisse gegen Bedrohungen durch nicht-staatliche Akteure zur Verfügung, wenn diese einem anderen Staat zurechenbar sind. Der Autor fragt, ob das Völkerrecht offen ist für eine Auslegung, wonach den durch terroristische Aktivitäten betroffenen Staaten dieselben Rechte eingeräumt werden wie bei staatlichen Angriffen - und zwar sowohl auf fremden Hoheitsgebiet als auch auf hoheitsfreiem Territorium und auf eigenem Staatsgebiet. Scholz setzt sich zunächst allgemein mit der Zurechnungsdogmatik und den völkerrechtlichen Grundsatzfragen zum Selbstverteidigungsrecht auseinander. Den Schwerpunkt der Arbeit bildet dann die Textauslegung von Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen. Hieraus und aus der Betrachtung der jüngeren Staatenpraxis folgert Scholz, 'dass auf das Erfordernis der staatlichen Zurechenbarkeit für die Aktivierung des Selbstverteidigungsrechts gegen Private verzichtet werden kann.' (184) Darüber hinaus gelangt der Autor zu differenzierten Voraussetzungen und Einschränkungen des Selbstverteidigungsrechts gegen den internationalen Terrorismus. (ZPol, NOMOS)

[242-L] Schwehm, Johannes:

Präventive Selbstverteidigung: eine vergleichende Analyse der völkerrechtlichen Debatte, in: Archiv des Völkerrechts, Bd. 46/2008, H. 3, S. 368-406 (Standort: USB Köln(38)-FHM Ga 00252; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Speerspitze des außenpolitischen Kurswechsels der Vereinigten Staaten nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon bildete der Anspruch auf ein unilateral zu exekutierendes, präventives Selbstverteidigungsrecht. Dieser von Seiten der Bush-Administration im Krieg gegen den Irak dann auch tatsächlich exekutierte Anspruch ist sowohl inner- als auch außerhalb der USA heftig umstritten. Auffällig ist, dass sich in der akademischen Debatte über diese Problematik zwei Auslegungen des völkerrechtlich verankerten Selbstverteidigungsrechts in unvermittelter Art und Weise gegenüberstehen. Zwar existieren eine Vielzahl von Positionsbestimmungen und Rechtsgutachten, die für die eine oder andere Positionen votieren; an systematisch vergleichenden Arbeiten herrscht dagegen ein offensichtlicher Mangel. Diesen zumindest ein Stück weit zu beheben, setzt sich der vorliegende Aufsatz zum Ziel. Der Autor widmet sich zunächst der terminologischen Verwirrung, welche in der Debatte über präventive Selbstverteidigung noch immer vorherrscht. Es folgt die vergleichende Analyse des völkerrechtlichen Teils der Debatte über präventive Selbstverteidigung. So soll zunächst der Begründungszusammenhang der Gegner und im Anschluss derjenige der Befürworter erschlossen werden. Als Kristallisationspunkt der Kontroverse erweist sich die Frage, welche Kriterien angesichts der zu beobachtenden Parallelität von alten und neuen Bedrohungsszenarien für eine Definition des Anwendungsbereichs des staatlichen Rechts auf Selbstverteidigung normative Geltung beanspruchen können. Offensichtlich lässt sich diese Frage nicht völkerrechtsimmanent beantworten, sondern verlangt nach einer über den genuin juristischen Horizont hinausgehenden Einbeziehung moralischer und politischer Diskurse. (LO2)

[243-CSA] Tonnies, Sibylle:

What Becomes Of The War Against Terrorism?, in: WeltTrends 2008, 58, Jan-Feb, 17-20., 2008, ISSN: 0944-8101

INHALT: When is a war against terrorism legitimate. Ambivalent discussions surrounding 'humanitarian intervention' have hit international law in the heart, in which the Kosovo war excels as an example of extremely thin ice. When once again today, international law is claimed as legitimizing foreign policies and actions, the author of the present article demands at the same time a prohibition of wars against terror.

[244-L] Weck, Jan Christian:

Diskussion über die angemessene Antwort auf die terroristische Bedrohung von außen - präventive und präemptive Gewalt gegen islamistische Terroristen im Ausland, (Selected Term Paper, No. 13), Aachen 2006, 44 S. (Graue Literatur; www.ipw.rwth-aachen.de/for/select/select_13.html)

INHALT: In der vorliegenden Arbeit beschäftigt sich der Autor mit dem Phänomen des islamistischen Terrorismus und den Abwehrmaßnahmen, die potenzielle Opfer in Zukunft vor Anschlägen der Art vom 11. September 2001 oder schlimmeren schützen sollen. Die Motivation und das Ziel beim Verfassen der Arbeit war es, den islamistischen Terrorismus soweit zu verstehen, dass deutlich wird, welches Ausmaß die Bedrohung tatsächlich hat und welche Strategie der Terrorismusbekämpfung ihr angemessen ist. Dabei widmet sich der Autor ausschließlich der terroristischen Bedrohung von außerhalb. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf die Diskussion, inwiefern militärische Interventionen auf dem Territorium anderer Staaten im Rahmen der Terrorismusbekämpfung legitim und zweckmäßig sind. Grundlage aller Überlegungen ist die Überzeugung, dass eine Bekämpfung der islamistischen Terroristen neben Prävention nur durch den Einsatz von Gewalt erfolgreich sein kann. Wenn also versucht wird abzuwägen, welche Maßnahmen angebracht sind, dann stellt sich nicht die Frage ob, sondern in welchem Rahmen militärische Gewalt legitim ist. (ICD2)

[245-L] Weiss, Dieter:

Deutschland am Hindukusch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 43, S. 6-14 (www.bpb.de/files/JWO9MR.pdf)

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit dem Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Da die Taliban der Anordnung der Vereinten Nationen nicht Folge leisteten, Osama bin Laden auszuliefern, wurde ein UN- Sicherheitsratsbeschluss erlassen, aufgrund dessen auch die Bundeswehr in Afghanistan aktiv ist. Afghanistan soll nicht noch einmal zum Rückzugsraum für Terroristen werden, das Land soll beim Aufbau eines modernen Staates unterstützt werden. Der Beitrag schildert die überaus komplexe gesellschaftspolitische Situation in dem bergigen Land am Hindukusch: Es ist von archaischen Clan-Strukturen und Wertvorstellungen durchdrungen und wird von "Warlords" beherrscht. Es gibt quasi keine funktionierende Zentralgewalt. Der Beitrag erwähnt die immensen finanziellen Mittel, die die internationale Gemeinschaft mittlerweile für Afghanistan aufgewendet hat. Der Artikel hebt dann hervor, dass die "Sicherheitslage" das vorherrschende Problem darstellt. Das Anwachsen des Terrorismus ist zum einen auf die Enttäuschung der Bevölkerung zurückzuführen, da der Aufbau nur in Schritten vorankommt und zudem immer wieder von Extremisten behindert und zerstört wird. Es gibt aber auch "zivile Opfer" bei Angriffen des Militärs auf Terroristen, was zu Verbitterung und Hass bei manchen Afghanen führt und den Extremisten Unterstützung bringt. Der Beitrag schildert dann die "Sprachlosigkeit" der deutschen Politik und wendet sich schließlich den Zielen und avisierten "Zeithorizonten" sowie der "politischen Akzeptanz" des Einsatzes in der deutschen Bevölkerung zu. Aus militärischer Sicht leidet der Afghanistan-Einsatz unter Kapazitätsgrenzen, das heißt, zu geringer Truppenbereitstellung. Während gegenwärtig rund 48.000 Soldaten in Afghanistan stationiert sind, wäre eine Militärpräsenz zwischen 200.000 und 800.000 Soldaten erforderlich, je nach Ansatz. Andere Zahlen sprechen von 365.000 Soldaten. Die Personalknappheit hängt mit der Widerständigkeit der NATO-Partner und internationalen Verbündeten zusammen, mehr Truppen zu schicken, so-

wie mit der Bindung großer amerikanischer Kontingente im Irak. Ein weiteres Problem sind Anzahl, Motivation und Ausbildung der afghanischen Polizei. Es gibt landesweit nur rund 16.000 Polizisten, die zudem oft nur rudimentär ausgebildet sind. Hinzu kommt ein "Loyalitätsproblem" in der multiethnischen afghanischen Gesellschaft, da die Polizisten dem sozialen Gefüge unterworfen sind, in dem sie und ihre Familien leben. Die Polizisten passen sich daher oft den Machtverhältnissen und Bedingungen ihrer Heimatregion an, sind extrem korrupt und gehen nicht gegen die lokalen "Warlords" vor. Auf der Ausrüstungsebene der Bundeswehr schließlich gibt es das Problem, dass zu wenige Hubschrauber und gepanzerte Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Die Stützpunkte im Norden Afghanistans (wo es noch relativ ruhig ist), sind ebenfalls verbesserungswürdig, was den militärischen Schutz gegen Terroristenüberfälle angeht. Der Afghanistan-Einsatz kann aber noch gut 10-15 Jahre weitergehen. Der Artikel fordert daher eine öffentliche Debatte ein, um zu klären, was erreicht werden kann und was erreicht werden soll. Dies umso mehr, als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung dem Einsatz kritisch gegenüber stehen. (ICB)

[246-L] Zürcher, Christoph:

Die Bundeswehr in Afghanistan (ISAF), in: Hans J. Gießmann (Hrsg.) ; Armin Wagner (Hrsg.): *Armee im Einsatz : Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 328-339

INHALT: Mit dem Bonner Abkommen von 2001 wurde ein neues Kapitel in der leidvollen jüngeren Geschichte Afghanistans aufgeschlagen. Auf den Trümmern, die fast drei Jahrzehnte Krieg hinterlassen haben, sollte ein friedlicher, stabiler, demokratischer und moderner Staat aufgebaut werden. Die internationale Gemeinschaft verpflichtete sich, diesen Prozess mit großzügigen Entwicklungshilfen und der Entsendung internationaler Sicherheitskräfte voranzutreiben, und Deutschland war von Beginn an bestrebt, hier eine wichtige Rolle zu spielen. Etwa 3.300 deutsche Soldaten sind gegenwärtig in Afghanistan stationiert und der Wiederaufbau wurde bis heute mit 650 Mio. Euro mitfinanziert. Damit stellt Deutschland das drittgrößte Truppenkontingent und ist der viertgrößte bilaterale Geber. Der vorliegende Beitrag nimmt eine Bewertung des deutschen militärischen Beitrags in Afghanistan vor, wobei es sich um eine vorläufige, schlaglichtartige Einschätzung handelt, da der Bundeswehreinsatz nicht abgeschlossen ist und sich das sicherheitspolitische Umfeld laufend ändert. Es werden drei zentrale Aspekte des Einsatzes beleuchtet: die Schaffung von Sicherheit, die Förderung von Akzeptanz bei der Bevölkerung sowie die zivil-militärische Zusammenarbeit. (ICI2)

5 Exkurs: Aspekte nationaler und internationaler Sicherheitspolitik der USA

[247-L] Aubrey, Stefan M.:

Combating Al-Qaeda and the jihadist ideology: an in-progress review of the US national counter-terrorism strategy, in: Josef Schröfl (Hrsg.) ; Sean Michael Cox (Hrsg.) ; Thomas Pankratz (Hrsg.): *Winning the asymmetric war : political, social and military responses*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2009, S. 261-294

INHALT: Eine effektive Anti-Terrorismus-Strategie gegen Al-Quaida basiert auf drei Elementen: einer militärischen Stärke, Rechtsmitteln und dem Verbots der Finanzierung von Terroristen; der Notwendigkeit, die USA von weiteren katastrophalen Terrorattacken zu beschützen und der Kampf gegen die Ideologie, die den Jihad-Terrorismus antreibt sowie der Einbindung muslimischer Staaten in Demokratisierungs- und Transformationsprozesse. Diese Elemente sind weder neu noch revolutionär. Bisher sind in den ersten beiden Elementen beträchtliche Fortschritte gemacht worden, jedoch in Bezug auf das dritte Element gibt es noch Unzulänglichkeiten. Der Beitrag untersucht die bisherigen Erfolge dieser drei Elemente und gibt Empfehlungen zur Koordination einer geschlosseneren nationalen Anti-Terror-Strategie. Generell gilt, dass der Kampf gegen das Al-Quaida-Netzwerk, seine Nachfolgeorganisationen und andere Unterstützungsgruppen des Jihad gerichtet werden muss. Der "globale Krieg gegen den Terror" richtet sich nicht gegen einen Feind, sondern gegen eine Taktik. Um dies zu berücksichtigen, muss zunächst die Natur der Bedrohung, die von Al-Quaida ausgeht, verstanden und von dem klassischen Euro-Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre unterschieden werden. (ICB)

[248-CSA] Barker, Brig:

Criminal Justice and the Prevention of Terrorism., in: *Journal of Counterterrorism & Homeland Security International* 14 no 1 22-27, 2008, ISSN: 1552-5155

INHALT: In 1974 Yasser Arafat said, 'I come bearing an olive branch in one hand, and the freedom fighter's gun in the other. Do not let the olive branch fall from my hand.' Whether one agrees with Arafat, the Co founder of the Palestinian Liberation Organization, or not, his words go to the dichotomy of defending a nation. In his case he was ostensibly defending a territory, while the U.S. faces the continuing challenge of proactively protecting citizens from further terrorist attacks such as that of 9/11. The 'prevention of terrorism' echoes in most media channels on a daily basis, but is it just a popular psychological buzz word? Is the U.S. truly preventing terrorist acts domestically with the current criminal justice system, or are there other more effective methods. In considering the alternatives, the options appear to be clear. The nation can rely on the current prosecutorial system or integrate the use of military tribunals as part of the ongoing war on terror. Preemptive prosecution is not without precedent in this nation. Even Al Capone was prosecuted for tax fraud because the government couldn't arrest him for any more serious crimes. This paper will dissect, review, and make recommendations regarding the above options. This will include a historical review of various international terrorism cases prosecuted in the U.S., what part if any military tribunals could have, and whether their utilization would enhance the prevention efforts. Due to the complexity of the matter and nuances therein, this paper will primarily focus on international terrorists, and more specifically Islamic militants.

[249-L] Berger, Lars:

Die USA und der islamistische Terrorismus: Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten, Paderborn: Schöningh 2007, 481 S., ISBN: 978-3-506-76369-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/6410)

INHALT: Der Verfasser legt eine umfassende Darstellung über das Wechselspiel zwischen der Außenpolitik der USA, der Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten und den Strategien des islamistischen Terrorismus vor. Der zeitliche Rahmen erstreckt sich vom ersten Anschlag auf das World Tra-

de Center 1993 über die Attentate vom 11. September 2001 und die Kriege in Afghanistan und im Irak bis zum offenkundigen Scheitern der Irak-Politik von Präsident Bush. Im Mittelpunkt steht die Analyse des Zusammenhangs zwischen den Aktionen des islamistischen Terroristen gegen die USA und die Regime in Saudi-Arabien und Ägypten, den Gegenstrategien der Präsidenten Clinton und Bush sowie den Reaktionen der arabischen Öffentlichkeiten und Regierungen. Zunächst wird der transnationale islamistische Terrorismus als neue Form der terroristischen Bedrohung bestimmt. Dann werden die innenpolitischen Grundlagen der Anti-Terrorismus-Politik der USA auf institutioneller und gesellschaftlicher Ebene sowie im Zusammenhang mit der außenpolitischen "Grand Strategy" der USA behandelt. Im Folgenden wird die Politik der USA gegenüber der terroristischen Herausforderung vor und nach dem 11. September 2001 analysiert. Hierbei geht es sowohl um die direkte terroristische Bedrohung, also die Anschläge in den USA von 1993 und 2001, in Somalia, Saudi-Arabien, Kenia und Tansania sowie den Anschlag auf die USS Cole und den Irak-Krieg als auch um indirekte Bedrohungen in Gestalt der Bedrohung Saudi-Arabiens und Ägyptens durch den Islamismus. (ICE2)

[250-L] Beyer, Cornelia:

Anmerkungen zur Terrorismusbekämpfung, in: Thomas Kron (Hrsg.) ; Melanie Reddig (Hrsg.): Analysen des transnationalen Terrorismus : soziologische Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 59-83, ISBN: 978-3-531-15412-1

INHALT: Die von den USA verfolgte Strategie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist nach Ansicht der Autorin zum Scheitern verurteilt, da sie nicht die Ursachen des Phänomens berücksichtigt, das sie zu bekämpfen sucht. Die Konsequenz ist ein Anstieg terroristischer Aktionen im Rahmen des von den Vereinigten Staaten geführten "Global War on Terrorism" (GWOT). Die Autorin beleuchtet die Ursachen für den neuen Terrorismus, die nach ihrer Einschätzung vor allem in der amerikanischen Hegemonie bzw. "failed globalisation", der Rolle der Vereinigten Staaten im Israel-Palästinenser-Konflikt sowie in kulturellen Divergenzen bestehen. Sie skizziert darüber hinaus ökonomische und psychologische Ursachen des Terrorismus und setzt sich mit der gegenwärtigen Strategie der Vereinigten Staaten im GWOT kritisch auseinander. Die beschriebenen Motive der USA im Kampf gegen den Terrorismus verzerren ihrer These zufolge die Strategie zu einer Machtpolitik, die das Ziel der Sicherheit nicht erreicht. Vielmehr nimmt der internationale Terrorismus in Reaktion auf die angewandten Maßnahmen zu. Nicht militärische Einsätze in "haven states", sondern eine multilaterale Kooperation im "soft policies"-Bereich könnten den internationalen Terrorismus direkt in seiner Organisation schwächen und weniger konkrete Angriffsflächen für weitergehende Aggressionen bieten. (ICI2)

[251-L] Beyer, Cornelia:

Zur US-Strategie gegen den Terrorismus, in: Wissenschaft und Frieden : W&F, Jg. 25/2007, H. 1, S. 29-32 (www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0484)

INHALT: "Dieser Artikel fokussiert auf die Strategie der Vereinigten Staaten gegen den internationalen Terrorismus. Internationaler Terrorismus gilt als die Geißel des neuen Jahrtausends, doch sind die US-Strategien gegen dieses Phänomen der politischen Gewalt ausreichend und adäquat? Um diese Frage zu beantworten, untersucht die Autorin zuerst die Strategiepapiere der Administration um dann zu diskutieren, ob die Ansätze der Natur des Problems gerecht werden." (Autorenreferat)

[252-L] Beyer, Cornelia:

Die Strategie der Vereinigten Staaten im "War of Terror", (Politikwissenschaft), Münster: Lit Verl. 2006, 144 S., ISBN: 3-8258-9495-9 (Standort: ULB Göttingen(7)-2006A21824)

INHALT: Die Verfasserin referiert zunächst die Grundzüge einer wissenschaftlichen Analyse des internationalen Terrorismus. Vor diesem Hintergrund stehen zwei Fragestellungen im Mittelpunkt. Es geht zum Einen um die öffentliche Darstellung dieses Phänomens durch die amerikanische Regierung unter Präsident Bush, zum Anderen um die konkreten politischen Strategien, die die amerikani-

sche Regierung nach dem 11. September zur Terrorismusbekämpfung einsetzte. Die Analyse zeigt, dass sowohl Rhetorik als auch Strategien der Erscheinung des Terrorismus nicht optimal angepasst sind. Ursachen, Transnationalität und Netzwerkstruktur des Terrorismus werden vernachlässigt - mit der Folge, dass der internationale Terrorismus zunimmt. Abschließend werden alternative Strategien zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus thematisiert. (ICE2)

[253-L] Beyer, Cornelia:

Die "War on Terror"-Rhetorik auf dem Prüfstand, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 35/2006, H. 1, S. 93-107 (Standort: USB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-63585;www.oezp.at/pdfs/2006-1-6-Beyer.pdf)

INHALT: "Die Vereinigten Staaten führen einen Krieg der Worte. Ihre Rhetorik dient als Grundlage für die Strategien im Kampf gegen den Terrorismus. Aus den Beschreibungen des Phänomens leiten sich die tatsächlichen politischen Aktionen ab. Laut den Ergebnissen aus der neuen Kriegs- und Terrorismusforschung sind dabei drei Möglichkeiten der Beschreibung oder Deutung denkbar: a) Der internationale Terrorismus wird in fremden Nationen verortet, b) er kann als primär transnationales Netzwerk beschrieben werden oder c) als Phänomen, das hauptsächlich in den jeweils angegriffenen Staaten selbst verortet wird. Entsprechend der Deutungen und Wahrnehmungen bezüglich des internationalen Terrorismus ergeben sich logisch verschiedene Strategien zu seiner Bekämpfung. Die Strategie der Vereinigten Staaten leitet sich aus der Verortung des Terrorismus in fremden Nationen, den so genannten 'haven states', ab. Aus diesem Verständnis ist sie zumindest logisch nachvollziehbar. Die Kriegs- und Terrorismusforschung kommt jedoch zu abweichenden Beschreibungen und damit auch Empfehlungen zu der Bekämpfung von Terrorismus. Dies lässt die Einschätzung zu, dass die Strategien der Vereinigten Staaten nicht auf eine rasche Verminderung des internationalen Terrorismus angelegt sind, sondern auf einen langfristigen Konflikt speziell mit Staaten des Mittleren und Nahen Ostens." (Autorenreferat)

[254-CSA] Boyle, Michael J:

The war on terror in American grand strategy, in: International Affairs 2008, 84, 2, Mar., 191-209., 2008, ISSN: 0020-5850

INHALT: The 9/11 attacks made the war on terror the central plank of American grand strategy. Yet despite its importance in shaping US policy choices, there has been considerable confusion over how the war on terror relates to foreign policy goals. This article attempts to locate the war on terror within American grand strategy and makes three claims. First, it argues that the Bush administration's approach to the war on terror rests on a false analogy between terrorism and fascism or communism. This has led to misinterpretations of the goals of the war on terror and to a persistent misuse of American power. Second, it suggests that the central purpose of the war on terror should be to de-legitimize terror as a tactic and to induce states to assume responsibility for controlling terrorists within their borders. American grand strategy should be focused on creating a normative anti-terror regime with costly commitments by linchpin states-defined as great powers and crucial but endangered allies such as Pakistan and Saudi Arabia-rather than on conducting regime change against rogue states on the margins of the international system. Success in the war on terror should be measured not by the perceived legitimacy of discrete US policy choices, but by the number of these crucial states who accept the de-legitimation of terrorism as a core foreign policy principle and act accordingly. Third, it argues that bilateral enforcement of an anti-terror regime imposes high costs for US power and puts other elements of American grand strategy- including the promotion of democracy and the promotion of human rights-at risk. To reduce these costs and to preserve American power over the long-term, the US should attempt to institutionalize cooperation in the war on terror and to scale back ambitious policy choices (such as achieving a democratic revolution in the Middle East) which increase the risks of state defection from the anti-terror regime.

[255-L] Braml, Josef:

Tyranny of the Majority?: die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte nach den Terroranschlägen von New York und Washington, in: Jochen Hils (Hrsg.) ; Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Defekte Demokratie - crusader state? : die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier: Wissenschaftl. Verl. Trier, 2006, S. 189-233, ISBN: 978-3-88476-851-8 (Standort: LB Koblenz(929)-2007 3372)

INHALT: Der Autor untersucht die veränderten politischen Rahmenbedingungen in den Vereinigten Staaten aus der Perspektive der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen. Die Auswirkungen der Terroranschläge des 11. September 2001 auf die Gesellschaft und das politische System der USA bewertet er anhand eines konzeptionellen Referenzrahmens aus der empirischen Demokratietheorie, der "Embedded Democracy", welches Indizien dafür liefert, dass sich auf amerikanischer Seite ein problematisches nationales und internationales Rechtsverständnis artikuliert. Der Autor thematisiert ferner das Spannungsverhältnis zwischen persönlichen Freiheitsrechten und Sicherheit sowie die von der Exekutive geschaffene "Zweiklassengesellschaft". Er beleuchtet das Handeln jener Akteure, welche die in der liberalen Perspektive als autonom angenommenen gesellschaftlichen Präferenzen beeinflussen oder sogar manipulieren können. Dies sind vor allem der Präsident mit seiner Deutungshoheit als "Interpreter-in-Chief" und die Sicherheitsexperten aus den "Think Tanks". Der Autor diskutiert abschließend die Grenzen liberaler Demokratien und weist auf Gefahren für die Vorbilddemokratie Amerika durch die Entstehung einer "Mehrheitstyannei" hin. (ICI)

[256-L] Braml, Josef:

Innere (Un)Sicherheit der USA seit dem 11. September, in: Beate Rosenzweig (Hrsg.) ; Ulrich Eith (Hrsg.): Islamistischer Terrorismus : Hintergründe und Gegenstrategien, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2006, S. 96-118, ISBN: 3-89974301-6

INHALT: Anders als in Europa wurden in den Vereinigten Staaten die Anschläge des 11. September nicht als terroristische, sondern als kriegerische Akte interpretiert. Diese kollektive amerikanische Wahrnehmung hat nicht nur fundamentale Auswirkungen auf die Verfassung der einzelnen Bürger, sondern auch auf die Gesellschaft der Vereinigten Staaten. Im "Krieg für eine gerechte Sache" ist die Bevölkerung eher bereit, materielle und ideelle Opfer zu bringen. Darüber hinaus eröffnet ein derartiges Szenario dem Präsidenten als Oberstem Befehlshaber und der in seinem Namen handelnden Exekutive einen umfangreichen Gestaltungsspielraum. Die entscheidende Frage ist, ob gesellschaftlicher Druck einen Gegenimpuls auslöst, der das Pendel wieder stärker in Richtung persönliche Freiheitsrechte ausschlagen lässt. Bis auf weiteres besteht die Gefahr, dass der amerikanische Rechtsstaat sich weiterhin zum Sicherheitsstaat entwickelt. (GB)

[257-L] Busch, Heiner:

Vom Feindstrafrecht zur Rechtlosigkeit: das antiterroristische Netzwerk von Militär, Polizei und Geheimdienst, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 53, S. 113-123 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Der Autor setzt sich zu Beginn mit den Positionen des Strafrechtslehrers Günther Jakobs kritisch auseinander, welcher im Jahr 2004 den Begriff des "Feindstrafrechts" in die rechtswissenschaftliche Diskussion in Deutschland eingeführt hat. Ziel dieses Strafrechts ist nicht die Verfolgung einzelner strafbarer Handlungen, die bereits begangen worden sind, sondern die Abwehr zukünftiger Gefahren, die von dem "Feind" ausgehen. Der Staat dürfe den "Feind" auch nicht mehr als Person behandeln, "weil er ansonsten das Recht auf Sicherheit der anderen Personen verletzen würde". Der Autor problematisiert vor diesem Hintergrund die US-Praktiken der "außerordentlichen Zuführung" (extraordinary renditions) im Kontext des Irak-Krieges und der weltweiten Terrorismusbekämpfung sowie die mangelnden Rechtsgrundlagen für Befragungen in den Gefangenenlagern von Guantanamo. Er weist darauf hin, dass die USA die Unterscheidung zwischen Bürgern und Feinden durch den sogenannten "Military Commissions Act" im Jahr 2006 formell rechtlich verankert haben und dass der antiterroristische Krieg durch ein Netzwerk transnationaler Kooperation von Militär, Geheimdiensten, Staatsschutz und polizeilichen Spezialkräften eine neue Qualität erreicht hat. (ICI)

[258-L] Crane, Conrad:

Fighting insurgencies and terrorists in post-conflict situations, in: Joachim Krause (Hrsg.) ; Charles King IV Mallory (Hrsg.): International state building an reconstruction efforts : experience gained and lessons learned ; a publication of the Aspen Institute Germany, Opladen: B. Budrich, 2010, S. 99-115

INHALT: Der Beitrag arbeitet zunächst die Unterschiede zwischen militärischen Operationen im engeren Sinne und einer nachfolgende Phase heraus, wenn der bewaffnete Konflikt im konventionellen Sinne abgeschlossen ist. Der Ausdruck "post-conflict-situation" im Titel indiziert diesen Sachverhalt. In den Focus der Sicherheitskräfte geraten jetzt andere gewaltsame Aktionen wie terroristischen Anschläge oder Übergriff von Aufständischen, die spezifische Abwehr- und Bekämpfungsformen erfordern. Der Autor beschreibt die Stärken und Schwächen der US-Amerikanischen Kampagne COIN (Counterinsurgency) hinsichtlich ihrer militärischen, paramilitärischen, politischen ökonomischen, psychologischen und zivilgesellschaftlichen Aspekte. Das Programm versucht die vielfältigen amerikanischen Versuche mit militärischen und zivilen Interventionen aufzuarbeiten und zu integrieren. Die Ausführungen stützen sich dabei hauptsächlich auf Erfahrungen und Studien zur Lage im Irak und in Afghanistan. (ICA)

[259-L] Feuerstein, Andreas:

Human rights and the war on terrorism: the Bush administration's treatment of alleged enemy combatants and the United States judiciary's reaction thereupon, Stuttgart: Ibidem-Verl. 2005, 159 S., ISBN: 3-89821-463-X

INHALT: Was bedeutet der Anti-Terror-Krieg der Bush-Administration für die US-amerikanische Demokratie und wie reagiert die amerikanische Justiz auf damit verbundene Menschenrechtsverletzungen? Welche Haltung nimmt der US-Supreme-Court hinsichtlich des extraterritorialen Gefangenenerlagers Guantanamo Bay ein? Am Beispiel von drei Rechtsfällen (Rumsfeld gegen Padilla, Hamdi gegen Rumsfeld, Rasul gegen Bush) untersucht Feuerstein die Praxis des Obersten Gerichtshofes. Er versteht die Judikative als politischen Akteur und bettet seine Untersuchung in den Gesamtkontext des politischen Systems ein. Außerdem berücksichtigt er vergleichbare Fälle des nationalen Notstands in der Geschichte der USA. Was die Auslegung der Verfassungsmäßigkeit betrifft, kommt er zu folgendem Fazit: 'So far, in times of national crisis, the Judiciary in the United States has repeatedly proven that when the going gets tough it sticks with Executive, routinely affirming the constitutionality of its actions, no matter how troubling they were' (19). (ZPol, NOMOS)

[260-L] Ford, Christopher A.:

Terrorbekämpfung als Priorität für die US-Sicherheitspolitik, in: KAS-Auslandsinformationen, 2010, Nr. 8, S. 66-89 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_20259-544-1-30.pdf?100802124414)

INHALT: "Die Anti-Terror-Politik von George W. Bush ist von US-Präsident Barack Obama mehrfach als übertrieben hart bezeichnet worden. Seine Regierung hat jede Gelegenheit genutzt, um politisch davon zu profitieren, dass sie offenbar einen weniger drastischen Ansatz verfolgt. Tatsächlich tut die neue Regierung genau das, was alle US-Regierungen schon immer getan haben: sie navigiert im Spannungsfeld zwischen sich widersprechenden Werten, indem sie Kompromisse eingeht, die als von den Umständen gerechtfertigt erscheinen." (Autorenreferat)

[261-CSA] Freeman, Michael:

Democracy, Al Qaeda, and the Causes of Terrorism: A Strategic Analysis of U.S. Policy. in: Studies in Conflict & Terrorism 31 no 1 40-59, 2008, ISSN: 1057-610X

INHALT: How will the strategy of spreading democracy affect the threat of terrorism from Al Qaeda and likeminded Islamic extremist groups? This article analyzes how spreading democracy would impact four different sets of underlying motivations that lead to this kind of terrorism. It will show that the

widespread belief in the power of democracy is likely misplaced because democracy will be unlikely to change perceptions of occupation, will itself threaten Islamic identity and culture, will be unlikely to mitigate economic grievances, and will be unlikely to provide a more legitimate government than one based on religious law.

[262-L] Hawley, Thomas M.:

Liberalism versus terrorism: warfare, crime control, and the United States after 11 September, in: Julia M. Eckert (Hrsg.): *The social life of anti-terrorism laws : the war on terror and the classifications of the 'dangerous other'*, Bielefeld: transcript Verl., 2008, S. 33-54

INHALT: Es ist dem Autor zufolge die Interaktion zwischen der "Kriminologie des Fremden" und der Kriegsführung des Liberalismus, welche die problematischen Praktiken der US-Regierung im Kampf gegen den Terrorismus ermöglicht und zum Wandel der Einstellungen der Bürger zum liberalen Staat beiträgt. Der Autor skizziert zunächst die Grundzüge der Liberalismustheorie von John Locke und fragt nach dem Wesen der Freiheit, welche die Theorie des Gesellschaftsvertrages verspricht. Er zeichnet anschließend den Wandel von der Wohlfahrt zur Kriegskunst in der US-amerikanischen Politik nach und problematisiert unter anderem die Tatsache, dass das US-Justizministerium das Recht der Rechtlosigkeit der vom Militär zu "feindlichen Kämpfern" erklärten Gefangenen definiert und einen rechtsfreien Raum für das Militär im Krieg gegen den Terrorismus verlangt. Er verdeutlicht dies am Beispiel der öffentlichen Diskussionen über die Kriegsgefangenen und "Bürger-Terroristen" Yaser Esam Hamdi, John Walker Lindh und José Padilla. In einem weiteren Abschnitt setzt er sich kritisch mit den Menschenrechtsverletzungen im Gefangenenlager "Guantanamo Bay" in Kuba auseinander. (ICI)

[263-L] Horlohe, Thomas:

Die neue US-Strategie für Afghanistan und Pakistan, in: *Sicherheit und Frieden* : S + F, Jg. 27/2009, H. 4, S. 251-259

INHALT: Die neue AfPak-Strategie der Obama-Administration implementiert den strategischen Wandel, den Militär und Sicherheitsexperten lange gefordert haben. AfPak geht es um eine Integration des Militärs mit nicht-militärischen Mitteln, um die Beteiligung von Nachbarstaaten und regionalen Mächten und um eine Betonung der afghanischen Sicherheitskräfte. AfPak bietet damit weitaus bessere sicherheitspolitische Chancen in "Paschunistan" als die von der Regierung Bush betriebene Nicht-Strategie. AfPak sieht jedoch nur eine begrenzte militärische Verstärkung vor, setzt sehr ambitionierte Ziele für die afghanischen Streitkräfte und ringt um eine Integration militärischer Aktionen in den zivilen Wiederaufbau. Vor allem weist AfPak kaum Perspektiven in der Bekämpfung der Korruption oder in Bezug auf Alternativen zum Opiumanbau auf. Mit der Aufstockung der Anti-Taliban-Kampagne in Pakistan geht AfPak beträchtliche politische Risiken ein. Zudem scheint AfPak unsicher bei der Entscheidung für eine Zielpriorität: Krieg gegen den Terror oder nachhaltige Staatenbildung. Die Vermischung beider Ziele und die Proklamierung des zweiten Ziels zur Vorbedingung für das erste ist kaum als Exit-Strategie tauglich. (ICE2)

[264-L] Johnson, Thomas H.; Russell, James A.:

A hard day's night?: the United States and the global war on terrorism, in: Katharina von Knop (Hrsg.) ; Heinrich Neisser (Hrsg.) ; Martin van Creveld (Hrsg.): *Countering modern terrorism : history, current issues and future threats ; proceedings of the Second International Security Conference, Berlin, 15-17 December 2004*, Bielefeld: Bertelsmann, 2005, S. 239-271, ISBN: 3-7639-3309-3 (Standort: UB Bonn(5)-2005-7905)

INHALT: Das internationale politische System des 20. Jahrhunderts war durch Blockbildungen oder ein "System dominanter Systeme" gekennzeichnet. Die Bipolarität der Supermächte des Kalten Krieges etablierte einen Satz von "Spielregeln" im internationalen Verkehr, die entlang der bekannten Konfliktlinien auch einen relativ klaren Orientierungsrahmen boten. Der vorliegende Beitrag rekonstruiert aus der Perspektive der USA, dass und wie sich mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zu-

sammenbruch der UdSSR eine neue Dynamik in den internationalen Beziehungen etabliert hat, die wieder stärker von relativ autonomen Subsystemen und -regionen geprägt ist. Neue Akteure tauchten auf der politischen Bühne auf, die sich durch das "Gleichgewicht des Schreckens" oder "mutual destruction" nicht mehr beeindrucken oder kontrollieren ließen. So ist das gegenwärtige System internationaler Beziehungen durch eine Vielzahl von "asymmetrischen Konflikten" und Akteuren jenseits und unterhalb des traditionellen Nationalstaats gekennzeichnet. Das Ende der "westfälischen Ordnung" wird damit der Zeit der Religionskriege vergleichbar. Das neokonservative Amerika favorisiert daher eine hobbesche Lösung des Problems einer neuen Weltordnung, d. h. es wird mit "harter Hand" gegen "Schurkenstaaten" und politische Kriminelle (Terroristen) mit dem (angemäßen) Anspruch eines "Weltpolizisten" vorgegangen. (ICA)

[265-L] Khal, Martin; Wolf, Reinhard:

National security state?: Terror, Sicherheitsfixierung und die Entwicklung der amerikanischen Demokratie, in: Jochen Hils (Hrsg.) ; Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Defekte Demokratie - crusader state? : die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier: Wissenschaftl. Verl. Trier, 2006, S. 141-187, ISBN: 978-3-88476-851-8 (Standort: LB Koblenz(929)-2007 3372)

INHALT: Ausgangspunkt des vorliegenden Beitrages sind folgende Fragen: Belegen die militärischen Interventionen nach dem 11. September 2001, dass die Vereinigten Staaten - zumindest im Bereich des außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses - noch nicht (oder nicht mehr) wirklich demokratisch organisiert sind? Wenn sich die USA tatsächlich zu einem "Crusader State" entwickelt haben, wird dann der missionarische Einsatz für die weltweite Verbreitung der Demokratie mit einer dauerhaften Beeinträchtigung demokratischer Partizipation im eigenen Land erkaufte? Schlägt das liberale Empire gleichsam im Inneren gegen die demokratische Selbstbestimmung zurück? Die Autoren untersuchen in drei Dimensionen - in der Gesellschaft insgesamt, im Verhältnis zwischen Administration und Kongress sowie innerhalb des Regierungsapparats - mögliche Degenerationsformen der US-Demokratie, die mit den Konzepten des Garnisonsstaates, des Sicherheitsstaates und dem Begriff der imperialen Präsidentschaft umschrieben werden können. Nach ihren Ergebnissen kann gegenwärtig kein klarer Trend in Richtung Militarismus und autoritärer Präsidentschaft festgestellt werden. Dass die Bush-Regierung den Präventivkrieg gegen den Irak nach innen durchsetzen konnte, lag weniger an einer Degeneration der amerikanischen Demokratie, sondern eher an anderen Faktoren, wie der hohen militärtechnologischen Überlegenheit der USA und der Verunsicherung der Bevölkerung nach den Terroranschlägen von New York und Washington. (ICI2)

[266-L] Köckritz, Jan A.:

Der "Krieg gegen den Terrorismus" an seiner "Zweiten Front": amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001 in Südostasien ; die Beispiele Indonesiens, Malaysias und der Philippinen, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2010, 315 S., ISBN: 978-3-8329-5251-8

INHALT: "Der Wandel der US-Außen- und Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001 wirkte sich auch auf die Beziehungen der USA zu Südostasien aus: Terroristische Verbindungen zu und Anschläge in der Region begründeten das amerikanische Bestreben, entsprechend der konzipierten Programmatik des 'Krieges gegen Terrorismus' auch dort, an der 'zweiten Front', den Terrorismus zu bekämpfen. Analysiert werden die Genese des 'Krieges gegen den Terrorismus' und dessen Adaption in den bilateralen Beziehungen der USA zu Indonesien, Malaysia und den Philippinen. Die regionalen Auswirkungen auf das Gleichgewicht der Interessen, das sich gegenwärtig zwischen dem amerikanischen Vorgehen und der chinesischen Charmeoﬀensive neu einpendelt, werden ebenfalls einer Analyse unterzogen." (Autorenreferat)

[267-L] Kögler, Konrad:

Rechtlos in Guantanamo?: Folgen des US-Supreme-Court-Urteils vom 28. Juni 2004, Marburg: Tectum Verl. 2007, 94 S., ISBN: 978-3-8288-9212-5

INHALT: Berichte über Folterungen und menschenunwürdige Haftbedingungen mutmaßlicher Terrorverdächtiger auf dem US-Militärstützpunkt Guantanamo haben weltweit politisches Aufsehen erregt und Debatten über den Rechtsstatus dieses Militärgefängnisses ausgelöst. Die Eckpfeiler des Systems Guantanamo waren zum einen die Verweigerung der Anerkennung völkerrechtlicher Regelungen und zum anderen die Aushebelung der US-Justiz. Letzteres wurde in einem Grundsatzurteil des Obersten Gerichtshofs der USA im Juni 2004 für verfassungswidrig erklärt. Der Autor rekonstruiert das rechtliche und politische Ringen um den Rechtsstatus der inhaftierten Terrorverdächtigen und fragt nach den Folgen des Grundsatzurteils. Zwar seien neue Tribunale und Institutionen geschaffen und der alleinige Kontrollanspruch der Exekutive aufgehoben worden, dennoch, so Kögler, seien auch nach dem Urteil nachhaltige Verbesserungen für die Gefangenen nicht erkennbar. 'Diese Entscheidung bewirkte vorerst nur, dass ihnen der Weg für weitere Verfahren offen steht, deren Verlauf andauert und deren Ausgang trotz aller positiven Signale der untersten Instanz ungewiss ist'(82). (ZPol, NOMOS)

[268-L] König, Hans-Dieter:

George W. Bush und der fanatische Krieg gegen den Terrorismus: eine psychoanalytische Studie zum Autoritarismus in Amerika, (Psyche und Gesellschaft), Gießen: Psychosozial-Verl. 2008, 314 S., ISBN: 978-3-89806-789-8

INHALT: Der Autor untersucht zwei Reden George W. Bushs und eine Ansprache Osama bin Ladens sowohl in ihrer Wirkung auf das Publikum als auch daraufhin, was sie über die Redner verraten. Zudem schildert König den Umgang von Patienten mit den Erlebnissen um den 11. September 2001 aus seiner psychoanalytischen Praxis. Dabei strebt er die Perspektive einer politischen Psychologie in der Tradition von Max Horkheimers kritischer Gesellschaftstheorie an, die ebenfalls die Psychoanalyse als Forschungsinstrument nutzt. Konstanter Bezugspunkt sind die irrationalen Affekte infolge des 11. September, die an Vorurteile und aggressive Impulse appelliert hätten. Die Reden Bushs zeigten dessen Inszenierung als Feldherr und Prediger, der zum Krieg gegen ein Abstraktum, das Böse, aufrufe. Dabei lägen die Folterpraktiken im Guantanamo Bay und in Abu Ghureib in der Logik eines Denkens des Autoritarismus, der die Welt durch Zerstörung neu schaffen wolle. Der Autor betont, dass die Bilder des 11. September nicht nur bei Amerikanern, sondern auch bei Europäern massive Ängste und aggressive Impulse auslösten, die irrationale Fantasien und autoritäre Verhaltensbereitschaften freisetzen, und nimmt dabei Bezug auf Theodor W. Adornos Autoritarismusstudie. Zu Beginn des Buches wird detailliert die Methode erläutert, was den Nachvollzug dieses für manchen Leser womöglich exotischen Ansatzes erleichtert. Außerdem wird Bezug auf Alfred Lorenzers Tiefenhermeneutik genommen, die sehr fruchtbar zur Analyse von Gruppenerleben ist. Im dritten Kapitel findet sich zudem eine kritische Untersuchung der ebenfalls psychoanalytischen Studie 'Bush auf der Couch' von Justin Frank von 2004. Den Abschluss bildet eine Auseinandersetzung mit Richard Sennetts These vom sanften Faschismus in den USA, die von König verworfen wird. Seiner Ansicht nach handelt es sich um einen Autoritarismus, der die Möglichkeiten der Demokratie in zahlreichen Bereichen blockiere. Der Text weist eine gewisse Redundanz auf, da das Buch Ergebnis zweier zusammengeführter Forschungsprojekte ist. (ZPol, NOMOS)

[269-L] Müller, Harald:

George W. Bushs "Krieg gegen den Terror": eine Bilanz, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 57/2006, H. 406, S. 41-50 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.hss.de/downloads/PolitischeStudien406.pdf)

INHALT: Der Beitrag zu der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik der USA erörtert die fünf Schwerpunkte der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Dazu gehören die folgenden Aktivitäten: (1) Der Heimatschutz, (2) die Operationen der CIA, (3) die Demokratisierung in den moslemischen Staaten, (4) Vorbeugungen gegen den Terror mit Massenvernichtungswaffen sowie (5) Präventivschläge gegen sogenannte 'Schurkenstaaten'. Neben grundlegenden Bedenken gegen die Kriegsstrategie der USA bilanziert der Autor die fünf 'Kriegsfronten' wie folgt: Der Heimatschutz weist bei freundlicher Bewertung ein leichtes Plus auf. Die Operationen der CIA stehen deutlich im Minus.

Die Bilanz der Demokratisierungsanstrengungen ist schwach ausgeglichen. Die Bemühungen um die Prävention von Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen sind deutlich positiv. Die Präventionstrategie gegen die 'Schurkenstaaten' steht deutlich im Minus und bewegt auch die Gesamtbilanz dorthin. Amerikas 'Krieg gegen den Terror' stiftet mehr Kosten als Nutzen. Die amerikanischen WählerInnen werden darauf früher oder später reagieren. (ICG2)

[270-L] Nabers, Dirk:

Amerikanische Konstruktionen des Krieges und der Selbstverteidigung nach dem 11. September 2001, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft : Journal of Political Science, Jg. 17/2007, H. 2, S. 357-378 (Standort: USB Köln(38)-EWA Z3338; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In vielen politikwissenschaftlichen und völkerrechtlichen Analysen wird der amerikanische 'Krieg gegen den Terror' als eine neue Art von Krieg angesehen, der sowohl das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen als auch das Recht auf Selbstverteidigung nach einem Angriff von außen berührt. Eine Diskursanalyse der Konstruktionen des Kriegsbegriffs und der Selbstverteidigung seit dem 11. September 2001 durch die US-Regierung zeigt, dass die amerikanische Kritik an der gängigen Auslegung des Selbstverteidigungsrechts nicht in eine positive Rechtsbehauptung umgesetzt wurde. Stattdessen wurde der in der Tradition der philosophischen Lehre vom Krieg zentrale Begriff 'Gerechtigkeit' in unterschiedlicher Weise moralisch, evangelikal oder juristisch gebraucht und damit eine große Unsicherheit in der völkerrechtlichen Diskussion erzeugt. Auf keinen Fall eignete sich der Diskurs jedoch zur Schaffung neuen Gewohnheitsrechts nach dem 11. September oder zur Reinterpretation des völkerrechtlichen Gewaltverbots." (Autorenreferat)

[271-L] Nowak, Manfred:

Das System Guantanamo, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2006, H. 36, S. 23-30 (www.bpb.de/files/IOG81A.pdf)

INHALT: "Im 'Krieg gegen den Terror' hat die Regierung der USA ein ganzes System von Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus entwickelt, das außerhalb des Rechtsstaats angesiedelt ist und mögliche demokratische oder rechtsstaatliche Kontrollen durch amerikanische oder internationale Instanzen bewusst einschränkt oder gar ausschaltet." (Autorenreferat)

[272-CSA] Roth, Kenneth:

After Guantanamo: The Case Against Preventive Detention, in: Foreign Affairs 87 no 3 9-16, 2008, ISSN: 0015-7120

INHALT: The U.S. detention facility at Guantanamo Bay has become a stain on the United States' reputation. Shutting it down will cause new problems. Rather than hold terrorism suspects in preventive detention, the United States should turn them over to its criminal justice system.

[273-L] Schmittchen, Dirk:

"Rogue States" - "Schurkenstaaten": ein stringentes US-Konzept im Kampf gegen Terrorismus und Proliferation von ABC-Waffen?, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2006, 22 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2818)

INHALT: Der Beitrag zur Außen- und Sicherheitspolitik der USA befasst sich mit folgenden Fragen: (1) Woher stammt die Bezeichnung Rogue State (Schurkenstaat)? (2) Ist der Begriff adäquat, um das Verhalten der als Rogue States bezeichneten Staaten zu beschreiben? (3) Ergeben sich aus der Verwendung des Begriffs Rogue State eine konsequente und schlüssige Politik sowie eine zielorientierte einheitliche Strategie, die es rechtfertigen, eine geografisch uneinheitliche Gruppe von Staaten mit einem einheitlichen Begriff zu belegen? (4) War die Strategie erfolgreich, d.h. hat die Rogue State-Rhetorik zu signifikanten Verhaltensänderungen in den betroffenen Staaten geführt? Die Beantwortung

tung beginnt im ersten Schritt mit einer Chronologie des Schlüsselbegriffs Rogue State in den USA. Im zweiten Schritt werden sodann einige generelle Überlegungen zu dem Terminus formuliert, um so die Bedeutung des Begriffs für die Außen- und Sicherheitspolitik darzulegen. Im dritten Schritt richtet sich im Rahmen kurzer Fallbeispiele der Fokus auf die konkrete Politik der USA gegenüber einigen Rogue States (Nordkorea, Iran, Kuba, Libyen), um die Stringenz der US-Politik zur Eindämmung der von diesen Staaten ausgehenden Bedrohungen zu überprüfen. Für die Verständigung auf eine gemeinsame Strategie kann der auf US-Interessen bezogene und durch eine, wie die Fallbeispiele aufzeigen, inkonsequente, keineswegs kohärente Politik gegenüber den einzelnen Rogue States gekennzeichnete Begriff kaum hilfreich sein. (ICG2)

[274-L] Schwanitz, Wolfgang G.:

Amerikas ungeschriebene Islampolitik I: das Weiße Haus und die Beziehung zwischen Terror und Islam ; Tl. 1: wie Amerikas Anti-Terror-Politik entstand, in: KAS-Auslandsinformationen, 2006, Nr. 9, S. 4-29 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_9280_1.pdf)

INHALT: "Die Anschläge vom 11. September 2001 stellten nicht nur den in jüngerer Zeit wohl schwersten Schlag gegen die amerikanische Nation dar, sie waren auch der Beginn einer radikalen Neuorientierung des sicherheitspolitischen Konzepts der mächtigsten Nation der Welt. Für Washington hatte der Kampf gegen den Terror fortan Priorität, wenngleich er auch keine Neuerfindung der Administration des George W. Bush war. Bereits in den frühen achtziger Jahren waren die Anfänge einer US-Anti-Terror-Politik artikuliert worden, doch war diese durch Inkohärenz, Ineffizienz und fehlendes Verständnis für die Kausalzusammenhänge in den Ursprungsregionen des Terrors selbst geprägt. Tief in den Wahrnehmungs- und Bewertungsmustern des Kalten Krieges verwurzelt, waren die Sicherheitsstrategen der Regierungen Carter, Reagan, Bush sen., Clinton und selbst Bush jun. für den möglichen Zusammenhang zwischen Islamismus und Terror lange Zeit unempfindlich. Arabisch-islamische Länder wurden als Nebenschauplätze des Ost-West-Konflikts begriffen, ihre Regierungen zur Erreichung kurz- und mittelfristiger Ziele instrumentalisiert und gegeneinander ausgespielt. Erst die wachsenden Erkenntnisse über die Strukturen des Terror-Netzwerks al-Qa'ida führten zum Bild eines neuen Feindes der USA, dessen Züge erkennbar islamistisch sind und dessen Ziel der Kampf gegen die Amerikaner und ihre Werte auf weltweiter Bühne ist." (Autorenreferat)

[275-L] Sheikhzadeh, Shahram:

Das außen- und sicherheitspolitische Verhalten der USA nach dem 11. September 2001, Aachen 2008, 363 S. (Graue Literatur; deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=992567599&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=992567599.pdf)

INHALT: "Der 11. September 2001 brachte vielen unschuldigen Menschen den Tod. Dieses Ereignis beeinflusste das politische, militärische und kulturelle Verhalten und die Sicherheit vieler Länder insbesondere der USA so sehr, dass viele Sicherheitsmaßnahmen von diesen Ländern getroffen wurden. Auch die Beziehung zwischen den USA, ihren Freunden und ihren Feinden geriet unter den Einfluss dieses Ereignisses. In diesem Zusammenhang geriet auch die Beziehung zwischen den USA und der Europäischen Union unter ein anderes Licht. Im Laufe des kalten Krieges sahen die USA eine Bedrohung in den Mitgliedern des Warschauer Paktes, die von Fulda Gap zum Westen kam. Heute gibt es eine andere Bedrohung in Form von islamischem Fundamentalismus (islamischem Terrorismus), die mit und nach dem Ereignis des 11. Septembers 2001 die USA erneut zu Aktionen und Reaktionen veranlasst. Die USA stellen diese neue Situation als sehr bedrohlich und kritisch dar und versuchen andere Staaten in Richtung ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen, in die Innenpolitik anderer Länder einzugreifen und militärische Gemeinschaften zu bilden, mit der Absicht die wirtschaftliche, militärische und politische Sanktionen gegen 'manche' Länder als natürlich darstellen zu lassen. 'Diese neue Welt ist voller Zeichen des ehemaligen kalten Krieges. Man muss wiederholen, dass die Gefährdung der Sicherheit jeden Tag zunimmt'. 'Solche zunehmende Bedrohungen machen sich in Form von atomaren Waffen und Massenvernichtungsmitteln bis zum Terrorismus, sichtbar'. Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der neuen Komplexität der internationalen Beziehungen und dem Scheitern einer 'neuen (friedlichen) Weltordnung' spätestens nach dem 11. September 2001 haben die

Fragen wie z.B., unter welchen Bedingungen die Anwendung militärischer Gewalt im internationalen System und insbesondere durch die westlichen Demokratien angesichts der Menschenrechtsverletzungen, und neuen Bedrohungslagen zu akzeptieren ist, deutlich an Bedeutung gewonnen. War die völkerrechtliche Lage in den internationalen Beziehungen nach der militärischen Interventionen der NATO und der USA mit ihren Verbündeten in der 'Koalition der Willigen' im Kosovo 1999 schwierig, brachte der Irakkrieg mit sich neue Schwierigkeiten. Die Rolle der UN wurde auch dadurch unter Fragezeichen gesetzt. Die Bedeutung vieler Begriffe wie 'demokratischer Interventionismus', 'Selbstverteidigungsrecht', 'Präventivkrieg' und 'Verbreitung der Demokratie' usw. musste aktiv diskutiert und neu definiert werden. Diese Begriffe sind natürlich keineswegs neu, wurden jedoch während der Zeit der Bipolaren Weltordnung anders betrachtet und diskutiert. In der neuen anscheinend Unipolaren Weltordnung sind die humanitäre Intervention des 'Westens' im Kosovo und der US-amerikanische nach der Ablehnung vieler Staaten u.a. einiger EU-Mächte allmählich statt Krieg gegen den Terror 'war for democracy' genannte Irakkrieg die Eckpunkte der grundsätzlichen Problematik, inwieweit es legal oder zumindest legitim sein kann, auch ohne das Vorliegen eindeutiger formaler Rechtfertigungsgründe eines Krieges seit wenigstens 1945 wie der Selbstverteidigung oder der Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat Gewalt gegen andere Staaten anzuwenden. Obwohl die Antworten auf diese Fragen vielschichtig und bekanntlich oftmals emotional-ideologisch diskutiert worden sind, wie die öffentlichen und akademischen Debatten um die Selbstermächtigung der NATO im Jahre 1999 zeigen jedoch, dass eine akademische Diskussion über das Verhalten der USA gegenüber ihren Verbündeten in der Europäischen Union nachdem 11. September 2001 immer noch notwendig ist. Um den Einfluss des Ereignisses vom 11. September auf das Verhalten zwischen den USA und der Europäischen Union besser zu verstehen, muss zuerst die politische Strategie in den Vereinigten Staaten von Amerika nach diesem Ereignis untersucht und analysiert werden." (Autorenreferat)

[276-L] Spillmann, Kurt R.:

Amerika im Kampf gegen das "Böse": 9/11 und die Folgen, in: Dieter Ruloff (Hrsg.): China und Indien: Supermächte des 21. Jahrhunderts? : mit Beiträgen zum Thema Nachhaltigkeit und Amerikas Selbstbild, Diessenhofen: Rüegger, 2006, S. 157-187, ISBN: 978-3-7253-0827-9 (Standort: LB Koblenz(929)-2007/2643)

INHALT: Der Verfasser behandelt aus historischer Perspektive die Frage nach dem Selbstbild der Supermacht USA. Er beginnt mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und dem Bürgerkrieg und schlägt einen breiten Bogen über den Ersten Weltkrieg, die Zwischenkriegszeit, den Völkerbund, den Kalten Krieg, die Attentate vom 11. September, die Kriege in Afghanistan und im Irak und die Familie Bush. Vor diesem Hintergrund werden die Neokonservativen und das Netzwerk der christlichen Rechten als die beiden heute einflussreichsten politischen Strömungen in den USA behandelt. Nach Einschätzung des Verfassers werden die Republikaner mit ihrem problematischen Menschenbild noch auf längere Zeit die amerikanische Politik dominieren. (ICE2)

6 Terrorismus und Medien - ein Verhältnis zwischen Aufklärung und Symbiose

[277-F] Al-Jabiri, Ishtar, Dipl.-Soz.; Glück, Antje, Dipl.-Journ. (Bearbeitung); Gerhards, Jürgen, Prof.Dr.; Schäfer, Mike S., Dr. (Leitung):

Zur massenmedialen Konstruktion der Terrorismusgefahr im interkulturellen Vergleich

INHALT: Individuen und Gruppen reagieren auf Ereignisse, die sie als Bedrohung interpretieren, mit Angst und Furcht. In der westlichen Welt wird gegenwärtig v.a. das Handeln islamistischer Terrorgruppen als zentrale Bedrohung interpretiert; in der islamischen Welt werden hingegen die völkerrechtlich teils unzureichend legitimierten Interventionen v.a. westlicher Länder als Staatsterrorismus interpretiert. Diese empfundenen Bedrohungen können zur Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen sowie zur (De)Legitimierung global wirksamer Politiken führen. Die entsprechenden Wahrnehmungen und Interpretationen von Bedrohungen speisen sich dabei meist nicht aus der unmittelbaren Erfahrung, sondern sind über Massenmedien vermittelt, die zentrale Institutionen der Konstruktion von Bedrohung und Angst darstellen. Vor diesem Hintergrund wird das beantragte Projekt eine Analyse der Medienberichterstattung über terroristische Bedrohungen im Vergleich westlicher und islamischer Länder vorlegen. Dabei sollen die massenmedial - konkreter: im Fernsehen - dargestellten Bedrohungen und damit verbundenen massenmedialen Emotionalisierungsstrategien in einer kulturvergleichenden Perspektive herausgearbeitet werden.

METHODE: keine Angaben **DATENGEWINNUNG:** Inhaltsanalyse, standardisiert (TV-Sendungen ARD, BBC, CNN, Al-Jazeera, Al-Arabia). Qualitatives Interview (TV-Journalisten).

ART: gefördert **BEGINN:** 2008-09 **ENDE:** 2010-08 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** im Rahmen des Exzellenzclusters "Languages of Emotions"

INSTITUTION: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Arbeitsbereich Makrosoziologie (Garystr. 55, 14195 Berlin)

KONTAKT: Schäfer, Mike S. (Dr. e-mail: mike.schaefer@fu-berlin.de, Tel. 030-838-57642)

[278-CSA] de Nelson, Sonia Ambrosio:

Understanding the Press Imaging of 'Terrorist': A Pragmatic Visit to the Frankfurt School, in: The International Communication Gazette 2008, 70, 5, Oct, 325-337., 2008, ISSN: 1748-0485

INHALT: Media is at the heart of many public debates in the same way as terrorism and Islam are part of a global discourse since the events of 9/11 in the United States. This article attempts to use the social construction of social problems approach to understand the media's imaging of 'terrorists' in the context of Singapore. Combining media research with social critical reflection provides the tools to identify the social rationale dimension. The application of such a procedure reveals the complex relationships between the media and their role in the process of 'nation building'. The city-state fits the order model of society, where social integration, order and stability are fundamental. The Singaporean population is predominantly non-Islamic Chinese; however, geographically Singapore is located between Malaysia, a Muslim country, and Indonesia, where 89 percent of the population are Muslims. The article looks at Singapore's mainstream English-language newspaper, The Straits Times, and its representation of terrorists following the events of 9/11. The data cover three periods: (1) immediately after 9/11; (2) between January and February 2002, when a group of men accused of 'terrorism-related activities' were arrested in Singapore; and (3) September 2002, when Singapore's authorities announced the arrest of a second group of 'suspect terrorists'.

[279-L] Elsbergen, Gisbert van:

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und 7. Juli 2005 im Spiegel der Presse, in: Peter Nitschke (Hrsg.): Globaler Terrorismus und Europa : Stellungnahmen zur Internationalisierung des Terrors, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 125-146, ISBN: 978-3-531-15520-3 (Standort: UB Hagen(708)-PDDNITG)

INHALT: Der Beitrag analysiert die Berichterstattung über Terrorismus in der Presse. Dabei stehen die beiden Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA und vom 7. Juli 2005 in London im Vordergrund der Betrachtung. Insgesamt werden sechs Tageszeitungen aus der Bundesrepublik Deutschland für einen Vergleich herangezogen. Neben dem Gesamteindruck der Titelseiten werden die Leitartikel, die Schlagzeilen und die Bilder einer genaueren Inhaltsanalyse unterzogen. Abschließend wird ein Ausblick auf weitere Forschungen in diesem Bereich gegeben. (GB)

[280-L] Elter, Andreas:

Propaganda der Tat: die RAF und die Medien, (Edition Suhrkamp, 2514), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, 287 S., ISBN: 978-3-518-12514-4

INHALT: Terrorismus ist immer auch eine Kommunikationsstrategie, lautet die zentrale These dieser Analyse. Der Autor verknüpft deshalb die Aspekte Terrorismus, Kommunikation und Medien miteinander und befasst sich mit dem 'Theater des Schreckens' im 20. Jahrhundert, bei dem die Öffentlichkeit der eigentliche Adressat der terroristischen Kommunikationsstrategie war (und ist). Im Mittelpunkt steht die RAF, weil sie die erste Gruppe war, die sich der elektronischen Massenmedien bediente - eingebunden in das Dilemma, zur Sicherung der eigenen Existenz geheim bleiben zu müssen, gleichzeitig aber spektakuläre oder grausame Taten zu verüben, um in der Öffentlichkeit den Effekt des Schreckens zu erzielen. Der Autor beginnt mit einem ideengeschichtlichen Überblick vom politischen Mord in der Antike bis zu den Nationalisten, Sozialisten und Anarchisten des Vormärz. Im Anschluss identifiziert er den Begriff der Propaganda der Tat als in der anarchistischen Tradition stehend, ausgehend von Bakunin und Kropotkin - für die Entstehung dieses Konzepts waren 'die Erfindung des Dynamits und die Verbreitung der Massenpresse entscheidend'. Propaganda der Tat meint das Zusammenwirken von Gewalt und Kommunikation, verbunden mit einer Eskalationsstrategie. Er beschreibt dann detailliert die Geschichte der RAF aus dem Blickwinkel ihrer kommunikativen Strategie: das von ihr erzeugte Klima der Angst, auch durch das Zusammenwirken von Eigen- und Fremdwahrnehmung, die 'Symbiose' vor allem mit der Bild-Zeitung, die mit RAF-Themen ihre Auflage steigerte, die programmatischen Schriften, in denen Elter die klassische marxistische Gesellschaftsanalyse wiederfindet. Das Gesamtbild der verschiedenen Kommunikationselemente (u. a. Bekennerschreiben, das Video vom Entführungsoffer Schleyer) offenbart eine sinnlose und unmenschliche Strategie der Terroristen - deren Motive von einem großen Teil der Bevölkerung nie nachvollzogen wurden - und den Stammheim-Mythos als vor allem der Selbstlegitimierung der Gruppe dienend. (ZPol, NOMOS)

[281-L] Frey, Bruno S.; Rohner, Dominik:

Blood and Ink! The common-interest-game between terrorists and the media, (Working Paper Series / University of Zurich, Institute for Empirical Research in Economics, No. 285), Zürich 2006, 22 S. (Graue Literatur; www.iew.unizh.ch/wp/iewwp285.pdf)

INHALT: "It has often been pointed out in the literature that a symbiotic relationship exists between terrorist groups and the media. As yet, however, no formal model has been built based on this issue and only very little empirical research has been done in this field. The present contribution builds a simple game theoretic model, focussing on the social interactions between terrorists and the media. The model has features of a common-interest-game and results in multiple equilibria. After a discussion of the policy implications of the model, an empirical analysis is performed. Using newspaper coverage, terror incidents and terror fatalities data, it is shown that media attention and terrorism do mutually Granger cause each other, as predicted by the model. Moreover, it is explained why terror attacks tend to be 'bloodier' in developing countries than in Europe and the United States." (author's abstract)|

[282-CSA] Ghetti, Michelle Ward:

The Terrorist Is a Star!: Regulating Media Coverage of Publicity-Seeking Crimes, in: Federal Communications Law Journal 60 no 3 481-534, 2008, ISSN: 0163-7606

INHALT: Publicity-seeking crimes, including terrorism, almost by definition depend on the media for their effectiveness. Twenty-five years ago, when the bulk of this article was written, critics both within and outside the news industry had begun to voice an awareness, if not a concern, for the ease with which such criminals obtained publicity on both a national and international platform and it looked as if something might be done within the media establishments to thwart this manipulation of the press. Today, it is possible to look back and see that, in fact, nothing has been done and, so, individuals such as Osama Bin Laden and Seung-Hui Cho now use media establishments directly to spread their messages of hate, violence, and intimidation. This article explores the psychology of terrorism and why it can hardly exist without the media, then turns to the American mass media, and discusses why it needs titillating crimes for its existence. It then identifies and discusses the four main effects or harms of media coverage of publicity-seeking crimes and the media's answers to these harms. Finally, it suggests solutions and the effect the First Amendment to the United States' Constitution has on those solutions.

[283-L] Glaab, Sonja (Hrsg.):

Medien und Terrorismus - auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung. (Wissenschaft & Sicherheit, Bd. 3), Berlin 2007, 206 S., ISBN: 978-3-8305-1435-0 (Standort: UB Bonn(5)-20076982)

INHALT: "Welche Kommunikationsstrategie wenden islamistische Terroristen an? Welche Rolle spielt dabei das neue Medium Internet? Versuchten schon andere terroristische Gruppierungen, wie RAF oder ETA, die Massenmedien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren? Wie berichte(te)n die Medien über terroristische Anschläge und wie sollten sie berichten? Welche Wirkung hat die mediale Darstellung des Terrorismus auf die öffentliche Meinung? Diesen und anderen Fragen zur häufig postulierten symbiotischen Beziehung zwischen Massenmedien und Terroristen geht der vorliegende Sammelband nach. Zu Wort kommen Wissenschaftler aus der Kommunikations-, Geschichts- und Rechtswissenschaft, sicherheitspolitische Praktiker sowie Journalisten. Die Fragestellungen der Beiträge sind dementsprechend vielfältig und beinhalten historische, empirische und normative Problemstellungen der Terrorismus- und Kommunikationsforschung." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ernst-Reinhard Beck: Geleitwort (7-8); Björn Peter Kilian: Vorwort (9-10); Sonja Glaab: Medien und Terrorismus - eine Einführung (11-16); Cornelia Glück: ETA und die Medien (17-30); Sonja Glaab: Die RAF und die Medien in den 1970er Jahren (31-50); Gabriel Weinmann: Online Terrorism - Modern Terrorists and the Internet (51-58); Elmar Theveßen: Die Nutzung der Medien durch Terroristen (59-74); Carola Richter: Kommunikationsstrategien islamistischer Terroristen (75-82); Stephan Alexander Weichen: Die Propaganda der Tat - Zur Kommunikationsstrategie des modernen Aufmerksamkeitsterrorismus (83-98); David Th. Schiller: 'When it bleeds, it leads the headlines...' Ein Essay zum Thema 'Medien und Terrorismus' aus journalistischer und sicherheitspolitischer Perspektive (99-114); Christine Seehaus: Terrorismus in Bildern - Die Grenzen des rechtlich Zulässigen (115-126); Michaela Maier & Karin Stengel: 'Wir werden diese Bilder nie vergessen!' Die Bedeutung des Faktors 'Visualität' in der Nachrichtenberichterstattung über internationale Krisen (127-138); Nicole Haußbeck: Zur Berichterstattung über Terrorismus in TV-Nachrichtensendungen am Beispiel der Terroranschläge in Kenia (139-154); Nikolaus Jakob: Die Diffusion von Terrormeldungen, die Wirkung von Anschlägen auf die öffentliche Meinung und die Folgen für das Vertrauen in der Demokratie (155-174); Christian Schicha: Der 11. September 2001 - Symbolische Politikvermittlung in den Medien (175-186); Liza Franke: Suicide Bombers in the Israeli/Palestinian Conflict: Martyrs or Terrorists? (187-203).

[284-L] Hartwig, Stefan:

Krieg mit Bildern: der Krieg gegen den Terrorismus und die Nutzung der Medien, in: Zeitschrift für Kommunikationsökologie, Jg. 6/2004, Nr. 2, S. 41-48

INHALT: Der Krieg gegen den Terrorismus ist eine asymmetrische Auseinandersetzung zwischen den USA und ihren Verbündeten und einer heterogenen, als Terroristen bezeichneten Gruppe. Auch die Operationen nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen in Afghanistan und Irak sind wegen der Organisationsform und technischer Ausstattung asymmetrische Operationen. Am Beispiel einiger Sequenzen von Bildern, deren Urheber die USA, islamische Gruppen und reguläre irakische Kräfte wa-

ren, wird dargestellt, wie der asymmetrische Krieg bewusst mit Bildern geführt wird. Die Kriegsgegner kommunizieren durch Bilder direkt miteinander und mit Dritten, es können Sequenzen von inhaltlichen Aussagen ausgemacht werden. Historisch bekannte Verhaltensmuster von Kriegsgegnern wie Fälschung von Bildern, falsche Zuordnung oder Erfindung von Sachverhalten finden dank der technischen Möglichkeiten verstärkte Anwendung. Sie werden von den Medien aufgegriffen und ins kollektive Gedächtnis eingehen. (PT)

[285-L] Haußecker, Nicole:

Nachrichtenberichterstattung über Terrorismus: eine Analyse der TV-Nachrichten über die Terroranschläge in Kenia 2002, in: conflict & communication online, Vol. 6, No. 1, 2007, 18 S. (www.cco.regener-online.de/2007_1/pdf/haussecker.pdf)

INHALT: "Nach der starken Kritik der Medienberichterstattung über Terrorismus, besonders nach dem 11.09.2001, werden die theoretischen Hintergründe ausgewählter Kritikpunkte betrachtet und ein weiteres terroristisches Ereignis, die Anschläge in Kenia am 28.11.2002, inhaltsanalytisch untersucht. Ziel dabei ist es, Aussagen bezüglich inhaltlicher und formaler Merkmale der Fernsehberichterstattung über ein terroristisches Ereignis zu treffen. Deshalb liegt der Fokus auf den folgenden drei Forschungsfragen: 1. Welche Nachrichtenfaktoren spielen für die Selektion und Intensität der Berichterstattung über das terroristische Ereignis eine Rolle? 2. Wird mit Emotionalisierung gearbeitet? 3. Liegen negative Stereotype und/ oder Feindbilder bezüglich der islamischen und arabischen Welt vor? Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen erwartete Tendenzen sowohl die Merkmale der Terrorismusberichterstattung als auch die Senderkonvergenzen und -divergenzen im dualen System betreffend. Der Nachrichtenwert eines terroristischen Ereignisses ist anfänglich sehr hoch, jedoch verliert das Ereignis ab dem dritten Tag aufgrund diverser Nachrichtenfaktoren deutlich an Beachtung in der Berichterstattung. Das Vorkommen emotionalisierender Mittel wird empirisch bestätigt. Nicht nur emotionale Sprache und Sprechweise, sondern vor allem Formen der expliziten Emotionalisierung sind vertreten. Damit wird die Vermutung bekräftigt, dass die Medien die mit den terroristischen Ereignissen verbundene beängstigende Stimmung senderabhängig unterschiedlich stark aufgreifen. Ein direkter islamischer Feindbildaufbau ist in der Berichterstattung nicht zu verzeichnen. Allerdings liegen latente negative Bewertungstendenzen sowie negative Stereotype bezüglich der arabischen und islamischen Welt vor, die das seit dem 11.09.2001 negativ geprägte Bild festigen. Die meist narrativ inszenierte Fixierung auf Bin Laden und al Qaida erfolgt oberflächlich und vernachlässigt mögliche Hintergründe sowie kontextuelle Einordnungen. Trotz der kritischen Stimmen nach dem 11.09.2001 findet der geforderte Wandel in der Terrorismus-Berichterstattung nicht in gewünschtem Ausmaß statt. Damals bemängelte Aspekte sind weiterhin vorzufinden, variieren jedoch senderspezifisch." (Autorenreferat)

[286-L] Linder, Bernadette:

Mediendemokratie und Terrorismus: eine problematische Symbiose?, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2008, 173 S., ISBN: 978-3-8364-6961-6

INHALT: "Die Welt sieht sich immer häufiger mit Terroranschlägen islamistischer Gruppierungen konfrontiert. Seit dem 11. September 2001 sind uns vor allem islamistische Gruppen wie Al-Qaida, Hamas und Fatah bekannt, die bereits fast täglich einen fixen Platz in den Weltnachrichten einnehmen. Ihre mediale Präsenz fußt hauptsächlich auf gewaltsamen Anschlägen gegen sogenannte Feinde, die es aus ihrer Sicht zu bekämpfen gilt. Das Buch beleuchtet viele Aspekte des internationalen Terrorismus und deren Berichterstattung in den Medien. Die Autorin nähert sich einerseits geschichtlich an die aktuelle Problematik, schafft andererseits eine Verbindung zu den Medien und deren Abhängigkeit von den Terroristen. Denn ohne reißende Story und exklusives Bildmaterial schwinden die Einschaltquoten der Nachrichtensender. Auch die Terroristen sind um eine Symbiose zu den Medien bemüht, da sie ohne ihre Berichte nicht den nötigen Schockeffekt erzielen können." (Autorenreferat)

[287-L] Münkler, Herfried:

Prime-Time-Terrorismus: immer mehr Terroristen setzen Fernsehbilder als Waffen ein, in: Jahrbuch Fernsehen 2008, 2008, S. 56-64, ISBN: 978-3-9807428-7-0 (Standort: UB Trier(385)-21/z13551; Graue Literatur)

INHALT: Das Fernsehen steht inzwischen weltweit vor dem Dilemma, einerseits seine Einschaltquoten erhöhen zu wollen und seiner Informationspflicht nachkommen zu müssen, andererseits aber mit seiner ausführlichen Berichterstattung über terroristische Gewaltverbrecher diesen eine globale Plattform für ihre Botschaften zu bieten. Eine geeignete Gegenstrategie ist bis heute nicht gefunden. (KB)

[288-L] Nossek, Hillel:

"News media"-media events: terrorist acts as media events, in: Communications : the European Journal of Communication Research, Vol. 33/2008, Nr. 3, S. 313-330 (Standort: USB Köln(38)-MXA00767; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.reference-global.com/toc/comm/33/3)

INHALT: Auf der Basis von Längsschnittuntersuchungen zur Medienberichterstattung über terroristische Angriffe legt der Beitrag ein Modell vor, wie die Berichterstattung über derartige Angriffe als ein Medienevent verstanden werden kann und untersucht die gesellschaftliche Funktion einer solchen Berichterstattung. Die wichtigste Annahme des Modells ist, dass Journalisten ihr Ritual der Berichterstattung verändern, wenn sie sich mit außergewöhnlichen terroristischen Anschlägen befassen. Sie geben ihren normalen normativen Bezugsrahmen, der derartige Aktivitäten nach kritischer Überprüfung des Regierungshandelns einordnen würde, auf und nehmen bei der Berichterstattung eine national-patriotische Haltung ein, die das Ziel hat, Normalität und Ordnung wiederherzustellen. Dieses Modell kann nützlich dabei sein, die Rolle der Medien nach einem Terroranschlag zu klären. Während die Medien auf der einen Seite das Risiko eingehen, das terroristische Ereignis noch zu verstärken, indem sie ihm die öffentliche Bühne bereiten, nach der die Täter suchen, untergraben auf der anderen Seite Journalisten, die als Patrioten und nicht als Profis handeln, die Botschaft der Terroristen. Anstatt dass eine Botschaft von Terror, Furcht und Alarm verbreitet wird, senden die Medien an das angegriffene Land und seine Gesellschaft eine Botschaft von Solidarität, Partnerschaft und unbeugsamem Widerstand gegen die terroristische Bedrohung. Das Modell kann auch dazu dienen, die Medienberichterstattung über andere krisenhafte Situationen und nicht nur die über massive Terrorattacken besser zu verstehen. (UNübers.)

[289-L] Petersen, Christer:

"Informationsbomben": mediale Eskalations- und Deeskalationsstrategien von Krieg und Terror im Kontext von 9/11, in: Barbara Korte (Hrsg.) ; Horst Tonn (Hrsg.): Kriegskorrespondenten : Deutungsinstanzen in der Mediengesellschaft, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 137-153, ISBN: 978-3-531-15091-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/7728)

INHALT: Bilder gehören zu den Ressourcen im Informationskrieg. Der Beitrag bezeichnet sie im Kontext der Anschläge des 11. Septembers mit einem Begriff von Paul Virilio als 'Informationsbomben'. Sie sind Mittel der Kriegsführung, die sowohl zu Zwecken der Eskalation als auch der Deeskalation eingesetzt werden können. Die symbolische Botschaft des Terrors, die Omnipotenz der terroristischen Bedrohung wurde durch die Massenmedien nicht nur verbreitet, sondern letztlich erst generiert, indem das Fernsehen, vor allen anderen Medien, die Ereignisse in einem Maße eskalierte, "das wohl selbst noch die kühnsten Erwartungen der Attentäter übertraf". Der Beitrag untersucht, wie die US-Regierung auf die Bilder des Terrors reagierte, und kommt zu dem Schluss, dass sie sich um eine mediale Deeskalation bemühte. "Der Eskalation der terroristischen Bedrohung wird mit einer Strategie der Informationsreduktion begegnet." Eine solche Strategie scheint zwar geeignet, die virtuelle Bedrohung durch "den Terror" medial einzudämmen, sie vertuscht aber gleichzeitig die Eskalation der faktischen Gewalt des "Krieges gegen den Terror". "Genau in dem Moment also, wo der Terror medial verbreitet und eskaliert wird, wird er zugleich auch schon wieder deeskaliert, da die Anschläge im Medialisierungsprozess ihres Bedrohungs- oder Beunruhigungspotentials und damit ihrer eigentlichen Botschaft beraubt werden." (RG)

[290-L] Richter, Carola:

Kommunikationsstrategien islamistischer Terroristen, in: Sonja Glaab (Hrsg.): Medien und Terrorismus - auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung, 2007, S. 75-81, ISBN: 978-3-8305-1435-0 (Standort: UB Bonn(5)-20076982)

INHALT: Der Beitrag widmet sich der Frage, wie die heute agierenden, fundamental-islamistischen Terroristen die Massenmedien für ihre Zwecke nutzen. Dabei wird herausgearbeitet, wie islamistische Terroristen neben der eigentlichen 'Propaganda der Tat' durch ihre spezifische Medienproduktion und der Konstruktion eines ideologischen Überbaus zu globaler massenmedialer Präsenz gelangen. In diesem Zusammenhang werden drei maßgebliche Faktoren erläutert: Erstens sind die Kommunikationsstrategien islamistischer Terroristen aus dem spezifischen Mediengebrauch repressierter Gruppen in den autoritären System des Nahen Ostens entstanden. Dieser Mediengebrauch ist gekennzeichnet von einer cross-medialen Nutzung kleiner Medien und Massenmedien und ist sowohl auf nationale als auch auf globale Zielpublika gerichtet. Zweitens präsentieren islamistische Terroristen in den von ihnen produzierten Images ein dichotomes Weltbild, das als Realisierung der westlichen Konstruktion des Orients zu verstehen, also Folge der Zuschreibung kultureller Andersartigkeit durch den Westen ist. Drittens wird dieses Weltbild dankbar von den Massenmedien sowohl in den arabischen als auch in der westlichen Welt aufgenommen, da diese Konstruktionen von beiden Seiten verstanden und von den Medien als bekannte Frames übernommen werden können. (ICG2)

[291-F] Scheufele, Bertram, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Terrorismus - mediale Konstruktion und individuelle Interpretation: ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Kommunikationswissenschaft Professur für Empirische Methoden der Kommunikationswissenschaft (Ernst-Abbe-Platz 8, 07743 Jena)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 03641-9-44939, Fax: 03641-9-44932, e-mail: bertram.scheufele@uni-jena.de)

[292-L] Schicha, Christian; Brosda, Carsten (Hrsg.):

Medien und Terrorismus: Reaktionen auf den 11. September 2001, (Ikö-Publikationen, Bd. 4), Münster: Lit Verl. 2002, 201 S., ISBN: 3-8258-5923-1

INHALT: Eine Reihe von Diskursen, die sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington und aufgrund des Anti-Terror-Krieges der USA entwickelten, wird in dem interdisziplinär ausgerichteten Sammelband thematisiert. Der Schwerpunkt der Beiträge liegt auf der kritischen Analyse der Medienberichterstattung über die Attentate. Darüber hinaus werden die Konsequenzen des Kriegseinsatzes in Afghanistan problematisiert. (RG). Inhaltsverzeichnis: Christian Schicha, Carsten Brosda: Medien, Terrorismus und der 11. September 2001: eine Einleitung (7-24). 1. Der Angriff auf Symbole - Bernhard Debatin: Semiotik des Terrors: Luftschiffbruch mit Zuschauern (25-38); Daniela Klimke: Dramaturgie eines Anschlags (39-45). 2. Journalismus, Medien und Terrorismus - Michael Haller: Der Journalismus im Medien-Theater (46-52); Carsten Brosda: Sprachlos im Angesicht des Bildes: Überlegungen zum journalistischen Umgang mit bildmächtigen Ereignissen am Beispiel der Terroranschläge vom 11. September 2001 (53-74); Hans Leyendecker: Kollateralschaden nach dem 11. September (75-79); Sascha Werthes, Richard Kim, Christoph Conrad: Die Terrorkrise als Medienereignis? Internationale Krisenkommunikation: eine Herausforderung im 21. Jahrhundert (80-93). 3. Symbolische Politikinszenierungen - Christian Schicha: Terrorismus und symbolische Politik: zur Relevanz politischer und theatralischer Inszenierungen nach dem 11. September 2001 (94-113); Franz Josef Röhl: Krieg der Zeichen: zur Symbolik des Attentats am 11. September (114-128). 4. Reaktionen in den USA -

Andrew Gross, Ingrid Stapf: Terror und Konsens: Reaktionen der US-Medien infolge des Terroranschlags am 11. September (129-138); Stefanie Walther: Der Starke ist am mächtigsten allein? Konsequenzen der Anschläge vom 11. September für die Sicherheits- und Außenpolitik der USA (139-150). 5. "Der Islam" und "Der Westen" - Thomas Meyer: Der 11. September und der Kampf der Kulturen (151-155); Heinz Fiedler: Der Nahe Osten und der politische Islam (156-167); Ibrahim Helal im Gespräch mit Michael Haller: "Zeig auch die Gegenseite!" Islamische Normen und Pressefreiheit - geht das zusammen? (168-173). 6. Ethik des Terrorismus - Georg Meggle: Terror und Gegen-Terror: erste ethische Reflexionen (174-187); Uwe Steinhoff: Die Ethik des Terrorismus (188-197).

[293-L] Schicha, Christian:

Der 11. September 2001 - Symbolische Politikvermittlung in den Medien, in: Sonja Glaab (Hrsg.): Medien und Terrorismus - auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung, 2007, S. 175-185, ISBN: 978-3-8305-1435-0 (Standort: UB Bonn(5)-20076982)

INHALT: Der Beitrag zu terroristischen Kommunikationsstrategien beschäftigt sich mit der Wahrnehmung, Wirkung und der Symbolik des Terrorismus bzw. der Berichterstattung über Terrorismus. Nach einleitenden Bemerkungen zur symbolischen Politikinszenierung diskutiert der Aufsatz die Bedeutung und Relevanz von Symbolen in den US-amerikanischen Medien am Beispiel der Terroranschläge vom 11. September 2001. Der Versuch, die Katastrophe zu verarbeiten, mündete sowohl in Trauerarbeit als auch in Formen symbolischer Politikinszenierungen, um das Gemeinschaftsgefühl der Amerikaner zu festigen. Der Ort des Verbrechens wurde zu einer Gedenkstätte. Nach dem ersten Schock hat sich das Leben in den USA inzwischen wieder weitestgehend normalisiert. Nach wie vor spielt der Patriotismus dort eine wichtige Rolle und beherrscht unter anderem durch das Symbol der amerikanischen Flagge an zahlreichen öffentlichen Plätzen das Straßenbild. Der inhaltliche Gehalt symbolischer Politikinszenierung, die im Rahmen zahlreicher offizieller Politikerauftritte im Anschluss an die Attentate zu beobachten waren, müssen jedoch kritisch hinterfragt werden. So ist zu untersuchen, ob es bei derartigen Aktionen um Rituale der glaubwürdigen Verarbeitung des Geschehens geht oder um Aspekte der politischen Machtsicherung aus strategischen Motiven heraus. Beim Blick auf die Medienberichterstattung im Anschluss an die Attentate ist ebenfalls Kritik angebracht. Es ist problematisch, mit einfachen Erklärungen durch Teile der Medienberichterstattung und die offizielle amerikanische Regierungspolitik komplexe Sachverhalte nach dem eindimensionalen Schema von 'Gut und Böse' zu simplifizieren. (ICG2)

[294-L] Soeffner, Hans-Georg:

Die eilige Allianz: Terrorismus und Medien, in: Antje Gunsenheimer (Hrsg.): Grenzen, Differenzen, Übergänge : Spannungsfelder inter- und transkultureller Kommunikation, Bielefeld: transcript Verl., 2007, S. 77-92

INHALT: Den Terrorismus zeichnet immer schon Folgendes aus: Täter, Opfer und unmittelbare Augenzeugen, diejenigen, die den terroristischen Akt selbst erfahren, bilden die kleinste Gruppe. Die eigentliche Zielgruppe besteht aus den narrativ und medial versorgten "Second hand"-Erlebenden. Je größer der Verbreitungsgrad und je höher die Verbreitungsgeschwindigkeit des medial erzeugten kollektiven Entsetzens ausfallen, umso besser geht das terroristische Kalkül auf. Auf dieses wirkungsorientierte "Grundgesetz" setzt der moderne Terrorismus. Der vorliegende Beitrag beschreibt dieses Zusammenspiel von moderner technischer Infrastruktur, globalisierten Mediensystemen und terroristischem Kalkül hinsichtlich einiger Strukturmerkmale: (1) Die technische Infrastruktur hochentwickelter Länder wird zur Schwächung eben dieser Technik genutzt. Komplexität auf der einen und dichte, elektronisch gesteuerte Vernetzung der unterschiedlichen technischen Systeme auf der anderen Seite machen diese Infrastruktur hochgradig anfällig. (2) Omnipräsenz und Verfügbarkeit sowohl der Medien als auch des Medienpublikums ermöglichen es, dass jedes "größere" Ereignis in kürzester Zeit - beliebig oft wiederholt - "zugestellt" werden kann. (3) Diese "präsentische Ordnung" führt zu einer durch Kommunikation synchronisierten Erlebnisintensität und dementsprechend zu einer Steigerung des kollektiven Affektes und des darauf folgenden Ressentiments. (4) Diese medial erzeugte und gestützte Kollektivierung der Emotionen bei einem - tendenziell - entterritorialisierten Publikum bildet die strukturelle Basis für den Versuch einzelner Personen oder Gruppen, die "uner-

hörte" Tat zum Ausgangspunkt und als Anlass für eine Charismatisierung der Täter, ihres (An-)Führers oder einer Gruppe bzw. "sozialen Bewegung" zu wählen. (ICA2)

[295-CSA] Soriano, Manuel R. Torres:

Terrorism and the Mass Media after Al Qaeda: A Change of Course?, in: Athena Intelligence Journal <http://www.athenaintelligence.org/athenajournale.htm> 2008, 3, 2, Apr-June, 1-19., 2008, ISSN: 1988-5237

INHALT: This article analyzes the possible relationship between terrorist groups & the media. As an example, a case study on the Al Qaeda organization will be used. Our methodology will involve analyzing the content of its public statements & examining the developments that have taken place during its history as an organization. Both perspectives suggest that terrorism's view of the media, far from being composed of rigorous ideological or political principles, is shaped by their calculations of estimated opportunities. Its perception of the mass media, has depended on its perception of estimated media impact. This has determined three stages during its history: (1) Hostility toward media that it has held responsible for hiding or distorting its message; (2) Adaptation to a new environment where there are networks that are willing to interpret reality from a perspective similar to the jihadist point of view (3) Exploitation of the Internet as an indirect means of obtaining the mass media's attention.

[296-F] Strüver, Anke, Dr. (Bearbeitung); Reuber, Paul, Prof.Dr.; Wolkersdorfer, Günter, Dr. (Leitung): **Der Anschlag von New York und der Krieg gegen Afghanistan in den Medien - eine Analyse der geopolitischen Diskurse**

INHALT: Das Forschungsprojekt analysiert die Medienberichterstattung über die Terroranschläge in New York und Washington sowie den daraus resultierenden Militärschlag gegen Afghanistan und die Diskussionen um einen Krieg gegen den Irak aus einer politisch-geographischen Perspektive. Im Zentrum des diskursanalytischen Vorgehens steht die Dekonstruktion der geopolitischen Rhetoriken, Leitbilder und Metaphern, die in den Medien über den Anschlag und dessen Implikationen aus der Perspektive unterschiedlicher Akteure verfasst und verbreitet wurden. - Welche geopolitischen Argumentationen verwenden sie? Wie werden die Terroristen bzw. die amerikanische Regierung und ihre Verbündeten dargestellt? Welche territorialen Semantiken einer neuen geopolitischen Gegnerschaft dienen zur argumentativen Legitimation der politischen und kriegesischen Gegenmaßnahmen? Mit welchen kartographischen und fotografischen Repräsentationen werden in den Medien die Argumentationen unterstützt? Kaum ein Ereignis der letzten Jahrzehnte machte die Macht geopolitischer Diskurse und die suggestive Kraft ihrer Abgrenzungs- und Begründungsrhetoriken deutlicher als der Anschlag vom 11. September sowie die in der Folge eingeleitete geopolitische Doktrin vom 'Kampf gegen den Terrorismus'. Das Beispiel eignet sich daher fast lehrbuchhaft, um die Rolle territorialisierender Codes sowie die Abhängigkeit des Krisenverlaufs von solchen Diskursen nachzuzeichnen. Die Dekonstruktion dieser vermeintlichen 'geopolitischen Wahrheiten' leistet einen konzeptionellen Beitrag zu einer zeitgemäßen Form der Friedensforschung. Nur die Offenlegung der Macht solcher Diskurse kann deren subtil-manipulativen Charakter enttarnen und damit mehr partizipative Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger der demokratischen Zivilgesellschaft bei der kritischen Bewertung solch einschneidender Ereignisse schaffen. (S. www.uni-muenster.de/Geographie/institut/arbeitsgruppen/AG_Reuber/Wolkersdorfer/Wolkersdorfer_Seite.htm). **ZEITRAUM:** 2001-2003

METHODE: Diskurstheorie und -analyse **DATENGEWINNUNG:** Inhaltsanalyse, standardisiert (Stichprobe: 10.000; Artikel in deutschen Printmedien; Auswahlverfahren: total). Inhaltsanalyse, offen (Stichprobe: 40; Auswahl deutscher Printmedien). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Auftragsforschung **BEGINN:** 2004-02 **ENDE:** 2006-01 **AUFTRAGGEBER:** Deutsche Stiftung Friedensforschung -DSF- **FINANZIERER:** Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Münster, FB 14 Geowissenschaften, Institut für Geographie Abt. Politische Geographie, Sozialgeographie (Robert-Koch-Str. 26, 48149 Münster)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0251-8331957, e-mail: struever@uni-muenster.de)

[297-L] Theveßen, Elmar:

Die Nutzung der Medien durch Terroristen, in: Sonja Glaab (Hrsg.): Medien und Terrorismus - auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung, 2007, S. 59-73, ISBN: 978-3-8305-1435-0 (Standort: UB Bonn(5)-20076982)

INHALT: Der Beitrag widmet sich der Frage, wie die heute agierenden, fundamental-islamistischen Terroristen die Massenmedien für ihre Zwecke nutzen. Auf der Basis von Interviews und Recherchen in verschiedenen Ländern zeichnet der Autor ein detailliertes Bild von der Rolle des Internets als 'Universität des Dschihad'. So dient das Internet vor allem als Propagandamedium und als Kommunikationsinstrument bei der Koordination von Anschlägen, bei der Schaffung von Öffentlichkeit und bei der Informationsgewinnung, beispielsweise für den Bau von Bomben. In diesem Zusammenhang werden ferner die daraus resultierenden Probleme für die Ermittler (Einschränkung der Meinungsfreiheit usw.) und die Gesellschaft erörtert. Durch die Nutzung modernster Medien seitens der Terroristen erlangt der Selbstmordattentäter Kultstatus unter den Anhängern einer neuen Subkultur des islamischen Terrorismus auch in westlichen Ländern - und die stehen dem Phänomen recht hilflos gegenüber. (ICG2)

[298-L] Trautmann, Sebastian:

"Terrorismus und Islamismus" als Medienthema: neue Bedeutungslinien im öffentlichen Diskurs zur Politik der Inneren Sicherheit, in: Christoph Butterwegge (Hrsg.) ; Gudrun Hentges (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration : Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 139-149, ISBN: 3-531-15047-2

INHALT: Der Beitrag zur Berichterstattung der Massenmedien in Deutschland beleuchtet an drei Themenkomplexen, auf welche Weise das öffentliche Bild des Islamismus und islamischen Terrorismus geprägt wird: (1) den Sicherheitsgesetzen der Jahre 2001 bis 2003, (2) dem radikale Islamismus am Fall Kaplans, des 'Kalifen von Köln', 2002/2004 sowie (3) der Al Quaida-Terroristenprozesse in Hamburg 2003 bis 2005. In diesem öffentlichen Diskurs in den Printmedien lassen sich neue Bedeutungslinien im allgemeinen Verständnis von Freiheit, Sicherheit und Recht ausmachen, die möglicherweise die nachhaltigsten innenpolitischen Folgen der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA darstellen. Dies betrifft insbesondere die Aspekte der Zuwanderung und Migration. (ICG2)

[299-L] Weichert, Stephan A.:

Die Propaganda der Tat - Zur Kommunikationsstrategie des modernen Aufmerksamkeitsterrorismus, in: Sonja Glaab (Hrsg.): Medien und Terrorismus - auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung, 2007, S. 83-98, ISBN: 978-3-8305-1435-0 (Standort: UB Bonn(5)-20076982)

INHALT: Der Beitrag vergleicht die mediale Strategie der heutigen Terroristen mit der Strategie der früheren Terroristengenerationen in einer Zeit ohne Internet, Satelliten- und Privatfernsehen. Anliegen des Essays ist es also, die Symbiose von Medien und Terroristen zu hinterfragen und die aktuellen Entwicklungen zu beleuchten, die durch den gewaltigen Aufmerksamkeitsschub via Medien einen Terrorismus neuer Art begünstigen. So wird zunächst die Berichterstattung über den Terrorismus in den Fernsehnachrichtensendungen betrachtet. In einem historischen Rückblick werden sodann die ideologischen Wurzeln des modernen Aufmerksamkeitsterrorismus seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu den 1970er Jahren beschrieben. Anschließend gilt das Augenmerk der Nutzung moderner Kommunikationsmittel wie dem Internet seitens der Terroristen zu Propagandazwecken sowie zur Planung, Koordination und Ausführung von Attentaten. Als Voraussetzung für ein medienpolitisches Verständnis des Terrorismus werden abschließend einige eng miteinander verknüpfte Aspekte, die maßgeblich zur Verschärfung der asymmetrischen Kommunikationsstrategie des Aufmerksamkeits-terrorismus beigetragen haben, thesenartig zusammengefasst. (ICG2)

[300-L] Weichert, Stephan A.:

Die Krise als Medienereignis: über den 11. September im deutschen Fernsehen, Köln: Halem 2006, 474 S., ISBN: 978-3-938258-21-7 (Standort: UB Bonn(5)-2006/8839)

INHALT: Einleitend wird das Fernsehen als Ritualisierungsmaschine dargestellt. Anhand des Beispiels des 11. Septembers 2001 wird die Verarbeitung des Ausnahmezustandes in den Medien geschildert, um die Relevanz des Ritualansatzes zur Analyse medialisierter Krisenereignisse zu begründen. Neben dem Forschungsstand zum Thema Medien- und Kommunikationsgesellschaft werden kulturtheoretische Themen zur Ritualisierung der Medienkommunikation erläutert. Die Funktionslogik des Fernsehens und die Ritualisierung der Medienereignisse stellen eigene Akzente der Untersuchung dar. Auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung der Ritualisierung des 11. September im deutschen Fernsehen werden Schlussfolgerungen bezüglich der rituellen Bedeutung der Krisenereignisse für Gesellschaft, Kultur und Journalismus abgeleitet. (ICG)

[301-CSA] Weimann, Gabriel:

The Psychology of Mass-Mediated Terrorism, in: American Behavioral Scientist 2008, 52, 1, Sept., 69-86., 2008, ISSN: 0002-7642

INHALT: The growing use and manipulation of modern communications by terrorist organizations have led communication and terrorism scholars to reconceptualize modern terrorism within the framework of symbolic communication theory. Some applied the theater-of-terror metaphor to examine modern terrorism as an attempt to communicate messages through the use of orchestrated violence. This article examines the psychological importance of the mass media for modern terrorism, the media tactics of terrorists, and the challenges they present to media organizations and governments. Special attention is given to the use of the Internet by modern terrorists and the rhetoric of terrorist Web sites based on 8-year-long monitoring of terrorist presence on the Internet and the analysis of more than 5,000 terrorist Web sites. Finally, the article concludes with various responses of modern democratic societies to the challenge poised by media-oriented and media-savvy terrorists.

[302-L] Winseck, Dwayne:

Information operations "Blowback": communication, propaganda and surveillance in the global war on terrorism, in: Gazette : the international journal of mass communications studies, Vol. 70/2008, Nr. 6, S. 419-441 (Standort: USB Köln(38)-MAP00647; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die USA stellten 2003 mit der Annahme einer breit angelegten Doktrin der "Informationsoperationen" (IO) die Informations- und Medienstrategien auf eine Ebene mit militärischer Macht und erklärten sie als entscheidend für die Herstellung einer allumfassenden Dominanz. Der Beitrag konzentriert sich auf die Rolle von IO beim Entwurf einer globalen Medienökologie und in der Schlacht um Kopf und Herzen insbesondere in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit. Der Autor vertritt auch die These, dass die Auswirkungen derartiger Operationen zu Hause ihre wichtigste Hinterlassenschaft darstellen können. Der IO-"Rückstoß" ist eine Folge davon, dass Überwachungs- und Propagandakampagnen, die auf ein ausländisches Publikum abzielen, auf Grund der Natur der globalen Medien und der Informationsflüsse in die USA zurückschwappen. Die allumfassende Doktrin verwischt auch die Grenzen zwischen "normalem" Medien-Spin und Öffentlichkeitsarbeit auf der einen und Propaganda und verdeckten Medienoperationen auf der anderen Hand. Die Konvergenz von kommerziellen Medien, Militär und Regierung bei solchen Operationen führt zu etwas, was einige als den "Militär- Information-Medien-Unterhaltung-Komplex" (MIME) bezeichnen. Letztlich bedeutet das starke Zutrauen des US-Militärs zum Internet und anderen öffentlichen Kommunikationsnetzwerken, dass der Cyberspace umgerüstet wird, um den Anforderungen von nationaler Sicherheit, Überwachung, Propaganda und Krieg im Cyberspace genügen zu können. (UNübers.)

7 Sicherheit und/oder Freiheit? Die Entwicklung von Bürger- und Menschenrechten im Kampf gegen den Terror

[303-L] Andreopoulos, George:

The human rights/ humanitarian framework in the age of terror, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 1/2007, Nr. 1, S. 19-36

INHALT: Viele Analytiker und Kommentatoren betrachten die Entwicklungen nach dem 11. September 2001 als eine Umkehrung des Fortschritts hinsichtlich der Menschenrechte. Deshalb steht diese Problematik aktuell auch auf der Tagesordnung der internationalen Gemeinschaft. Es wäre falsch, so der Verfasser, den 'Krieg gegen den Terror' und die humanitären Interventionen als Gegensätze zu betrachten. Im Gegenteil, zwischen ihnen bestehen mehrere Überlappungen. Der erste Aspekt bezieht sich auf die Bestätigung der Aktivitäten des UN-Sicherheitsrates im Hinblick auf relevante Organisationen und Gruppen zur Gewährleistung von Menschenrechten. Die Eröffnung des Sicherheitsdiskurses verstärkte die Fähigkeit und die Bereitschaft der Akteure im internationalen System, militärische Gewalt mit einem wachsenden Aufgebot an Möglichkeiten zu planen sowie die Legitimation der relevanten Initiativen durch den UN-Sicherheitsrat zu sichern. Ein zweiter Aspekt bezieht sich auf die Veränderung der Wahrnehmung der Terrorismusbedrohung. In der Zeit vor dem 11. September standen Gruppen mit antiwestlicher Orientierung im Mittelpunkt, die fähig sind, transnationale Gewalt auszuüben. Der heutige Blickwinkel setzt den Schwerpunkt auf Regionen, wo die vorherrschenden Bedingungen Terrorismus fördern oder erleichtern können. Ein dritter Aspekt bezieht sich auf die Veränderung der Orientierung der Aktivitäten: Während in der Vergangenheit die Durchführung von Interventionsmaßnahmen betont wurde, werden heutzutage Präventionsmaßnahmen vorgezogen. Hier bestehen interessante Parallelitäten zwischen den Diskussionen über die Möglichkeiten, dem Aufkommen des Terrorismus durch humanitäre Maßnahmen entgegen zu wirken, die innerhalb des humanitären Eingriffsdiskurses geführt werden, und den Diskussionen über die Verhinderung des Terrorismus innerhalb des Diskurses im Rahmen des "Kriegs gegen den Terrorismus". In diesem Kontext werden die Herausforderungen 'von oben' und die damit verbundenen Aktivitäten des UN-Sicherheitsrats sowie die Herausforderungen von unten, die die Tätigkeit von Menschenrechtsorganisationen betreffen, zur Diskussion gestellt. (ICG)

[304-CSA] Aradau, Claudia:

Forget Equality? Security and Liberty in the War on Terror, in: Alternatives 2008, 33, 3, July-Sept, 293-314., 2008, ISSN: 0304-3754

INHALT: The war on terror has triggered intense debates about the role of security and liberty, the trade-off between security and liberty, the meaning of security and the power of civil liberties. Nonetheless, while security has been closely dissected either as a governmental or exceptional practice, liberty has been largely shrouded in silence. Rather than contesting practices of security, liberty appeared degraded, a fetish, justifying restrictions and regulating conduct. This article unpacks the conditions of possibility for the degradation of freedom in the war on terror, and argues that freedom degenerates when its relation with equality is severed and it is instead tied up with security. Rather than the dichotomy liberty/security, I consider the triadic relationship with equality and the implications of the double demise of equality: On the one hand, the demise of equality from theories of security (starting with Hobbes); and on the other, the demise of equality in contemporary social and political thought.

[305-L] Arnauld, Andreas von; Staack, Michael (Hrsg.):

Sicherheit versus Freiheit?, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl. 2009, 132 S., ISBN: 978-3-8305-1705-4

INHALT: "Unter dem Eindruck terroristischer Anschläge und neuer bzw. neu wahrgenommener Bedrohungen ist 'Sicherheit' einmal mehr zu einem Leitthema der (Rechts-)Politik geworden. Ungeachtet, ob die in diesem Zuge geschaffenen Neuregelungen reale Verbesserungen der Sicherheitslage

bezwecken oder eher einem symbolischen Aktionismus geschuldet sind - betrachtet man Freiheit aus Sicht des Sicherheitsparadigmas, droht sie auf einen Unsicherheitsfaktor reduziert zu werden, wendet sich Sicherheitsdenken gegen Freiheitlichkeit. Dieser Band versammelt Einsprüche gegen eine solche Verkehrung der Verhältnisse. Als Theoretiker und Praktiker des Verfassungslebens beschäftigen sich die Autoren seit langem mit Fragen von Sicherheit und Freiheit und haben den gesellschaftlichen Diskurs oft kritisch und mahnend begleitet. Ihre Beiträge decken die wichtigsten aktuellen Themenfelder des Spannungsverhältnisses von Sicherheit und Freiheit ab: von der Kriminalpolitik über Einsätze der Bundeswehr im Innern und die Folterdebatte bis hin zur internationalen Bekämpfung des Terrorismus; eingerahmt werden sie von generellen Überlegungen zum Thema 'Sicherheit versus Freiheit' und der Rückkehr des 'starken Staates' in der globalen Finanzkrise." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Andreas von Arnould, Michael Staack: Sicherheit versus Freiheit? (9-30); Gerhart Baum: Im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit (31-38); Winfried Hassemer: Freiheit und Sicherheit am Beispiel der Kriminalpolitik (39-56); Burkhard Hirsch: Recht zur vorsätzlichen Tötung Unschuldiger? Der Streit über die Luftsicherheit (57-76); Jan Philipp Reemtsma: Zur Diskussion über die Re-Legitimierung der Folter (77-82); Thomas Bruha, Christine Claaszen: Sicherheit und Freiheit im internationalen Kampf gegen den Terrorismus (83-116); Wolfgang Hoffmann-Riem: Sicherheit braucht Freiheit (117-130).

[306-L] Arnim, Gabriele von; Deile, Volkmar; Hutter, Franz-Josef; Kurtenbach, Sabine; Tessmer, Carsten (Hrsg.):

Schwerpunkt: Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte, Jahrbuch Menschenrechte, 2003, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002, 400 S., ISBN: 3-518-39931-4

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Amnesty Lecture: Mary Robinson: Menschenrechte im Schatten des 11. September (25-36). Themenschwerpunkt Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte: Stefan Oeter: Welche Grenzen legt der internationale Menschenrechtsschutz der Terrorismusbekämpfung auf? Ein Thesenpapier (39-43); Erhard Denninger: Freiheit durch Sicherheit? Zur Rechtsstaatlichen Problematik des Terrorismusbekämpfungsgesetzes (44-54); Reinhard Marx: Menschenrechtsbewegung und der Kampf gegen terroristische Gewalt (55-78); amnesty international: Rechte in Gefahr. Sicherheit und Menschenrechte - einander widersprechende oder ergänzende Zielsetzungen? (79-87); Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen: Berücksichtigung von Sicherheitsbelangen ohne Beeinträchtigung des Flüchtlingsschutzes (88-99); Otto Böhm: Getrübte Hoffnungen. Der Internationale Strafgerichtshof nach dem 11. September (100-106). Zur Diskussion I: Menschenrechte und Biomedizin: Jens Georg Reich: Die Aufklärung des Human-Genoms und ihre menschen- und bürgerrechtlichen Folgen (109-117); Christa Nickels: Menschenwürde und Fortpflanzungsmedizin (118-129); Ingrid Schneider: Ausverkauf der Gene? Gewebe- und Gendatenbanken zwischen Persönlichkeitsschutz und Kommerzialisierung (130-144); Hille Haker: Menschenrechte und Biomedizin (145-156). Zur Diskussion II: Globalisierung und Menschenrechte: Karin Lukas: Wirtschaftliche Globalisierung und sozio-ökonomische Menschenrechte: eine Entdeckungsfahrt (159-166); Korinna Horta: Internationale Finanzinstitutionen und Menschenrechte (167-178); Helmut Schaffer: Weltbank und Menschenrechte (179-183); Ellinor Baumann: Der Global Compact - ein imagefördernder, bequemer 'Ruheplatz' für die Wirtschaft oder ein Schritt zur sozialen Verantwortung? (184-190); Brigitte Hamm: Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen in ihrer revidierten Fassung von 2000 - ihr Potential für den Schutz der Menschenrechte (191-200). Regionen und Länder: Henrik Bork: Todesstrafe in Japan (203-209); Johannes Voswinkel: Viel Leid und wenig Hoffnung: Menschenrechte in Rußland (210-220); Marianne Moor: Entführungen durch bewaffnete Gruppen in Kolumbien - warum Europa nicht länger abseits stehen darf (221-228); Rainer Huhle: Pinochet und die anderen ... Neue Entwicklungen beim Kampf gegen die Straflosigkeit in Lateinamerika (229-236). Internationale Menschenrechtsarbeit: Christian Hainzl / Nicolaus Marschik: Die 58. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen - emotionaler Diskurs und politisches Kalkül (239-247); Brita Wagener: Die Sonderberichterstatter Rechte auf Bildung, Nahrung, Wohnen (248-258); Manfred Nowak: Menschenrechtsverträge als Basis der Weltordnung des 21. Jahrhunderts (259-274); Mathias John: Kleinwaffenkonferenz der Vereinten Nationen - eine Chance für die Menschenrechte? (275-282). Menschenrechte in Deutschland und Europa: Hans-Joachim Heintze: Der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten der OSZE - Bilanz der Tätigkeit des ersten Amtsinhabers (285-294); Robert Chr. van Ooyen: Der neue Europäische Gerichtshof für Menschenrechte

(295-304); Norman Weiß: Wirkung und Mängel der Europäischen Sozialcharta (305-312); Ute Hausmann: 'Wir leugnen nicht, daß es Defizite gibt'. Bilanz des vierten deutschen Staatenberichts zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (313-323); Wolfgang Behlert: Zuwanderung und Menschenrechte (324-335). Service Teil: Rechtsvergleich zu: Präimplantationsdiagnostik (PID), Embryonenforschung, Klonen (339-344); Übersicht: Anthropologisch-ethische Kontroversen der Biomedizin (345-346); Petra Hanf: Das Forum Menschenrechte (FMR) (347-353); K. Peter Fritzsche: Erster UNESCO -Lehrstuhl für Menschenrechtserziehung in Deutschland (354-360); Menschenrechte als Leitlinie der Politik. Forderung des Forum Menschenrechte an den neu zu wählenden Deutschen Bundestag und die neue Bundesregierung (361-385); Ratifikationsstände wichtiger Menschenrechtsabkommen 386-389). (ZPol, NOMOS)

[307-F] Beestermöller, Gerhard, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Zum Spannungsverhältnis zwischen dem unbedingten Verbot der Tötung unschuldiger Menschen und der unabwiesbaren Notwendigkeit der Terrorismusbekämpfung

INHALT: Im Kampf gegen den Terrorismus ist das Grundrecht auf Leben neu in die Debatte geraten, insbesondere das unschuldiger Menschen, die weder durch ihr deliberatives Handeln irgendein Recht brechen, noch durch ihnen nicht vorwerfbares Verhalten anderen Schaden zufügen. Paradigma dieser Frage ist das Luftsicherheitsgesetz, das erlaubte, Flugzeuge mit ihren Passagieren und Besatzungen abzuschießen, die nach Lage der Dinge zur Tatwaffe eines Terroranschlags instrumentalisiert werden sollen, wenn dies nur so verhindert werden kann. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Erlaubnis und damit das Gesetz als verfassungswidrig außer Kraft gesetzt. Dabei hat es sein Urteil expressis verbis auf die Frage beschränkt, welche Eingriffe in Grundrechte im Rahmen der innerstaatlichen Rechtswahrung erlaubt sind, und damit die Frage offengelassen, ob ein derartiger Abschuss mit seinem Eingriff in das Lebensrecht Unschuldiger im Rahmen der Landesverteidigung erlaubt ist. Damit ist die Rechtsethik herausgefordert. Darf in der Verteidigung der Rechtsordnung als ganzer das Lebensrecht Einzelner missachtet werden? Fällt der Kampf gegen den Terrorismus überhaupt noch unter die innerstaatliche Rechtswahrung oder doch nicht eher unter das Regelwerk der Landesverteidigung? Lässt sich diese Unterscheidung überhaupt noch aufrechterhalten? Welche ethischen Grenzen muss der Kampf gegen den Terrorismus anerkennen? Fragen dieser Art stehen im Zentrum dieses Projektes.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Beestermöller, Gerhard: Das Luftsicherheitsgesetz als Krisenindikator. in: die Neue Ordnung, Jg. 60, 2006, S. 296-317.+++Ders.: Ist im Krieg gegen Terrorismus alles erlaubt? in: S+F: Sicherheit und Frieden, Jg. 23, 2005, S. 32-34.

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Institut für Theologie und Frieden (Herrengarten 4, 20459 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: beestermoeller@ithf.de)

[308-CSA] Beestermöller, Gerhard:

Must the Country Sacrifice Innocence?, in: Sicherheit und Frieden/Security and Peace 2008, 26, 1, 38-43., 2008, ISSN: 0175-274X

INHALT: Could shooting down a plane, killing its innocent passengers & potentially also people on the ground, ever be warranted if this were the only way to prevent a terrorist attack? This article considers an argument that compares these killings with the compulsory conscription of soldiers. If the state is permitted to send its citizens to war knowing that many will be killed in action, then it cannot be absolutely illegitimate to shoot down a plane. However, a state is only authorized to conscript its own citizens. On the basis of this comparison, it is therefore only legitimate for a state to shoot down a plane in such a situation if it can be certain that no foreigners will be killed in the plane or on the ground, which is highly unlikely. Furthermore, while conscription is only permitted if the state does not select citizens on the basis of their personal preferences, the likelihood of one's sitting on a plane very much does depend on personal preferences. Above all, sending soldiers to war is only justifiable if the war is legitimate. If a soldier fighting for a just cause is killed, he has suffered an act of injustice; a violation of his human rights has been committed by the unjust attacker. Thus, while a state

might be permitted to expose its soldiers to deadly unjust violence, a state is never allowed to commit an abuse of human rights itself.

[309-L] Bielefeldt, Heiner:

Gefahrenabwehr im demokratischen Rechtsstaat: zur Debatte um ein "Feindrecht", (Essay / Deutsches Institut für Menschenrechte, No. 9), Berlin 2008, 23 S., ISBN: 978-3-937714-71-4 (Graue Literatur;

files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d83_v1_file_48c505395089f_essay_gefahrenabwehr_im_demokratischen_rechtsstaat.pdf)

INHALT: Die Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit gehört zu den elementaren Aufgaben des demokratischen Rechtsstaates. Dies geschieht mittels der Androhung und notfalls Anwendung von Gewalt, deren legitimes Monopol der Staat innehat. Als Rechtsstaat unterwirft er sich bei der Ausübung des Gewaltmonopols zugleich rechtlichen Bindungen, insbesondere den Menschenrechten, deren Einhaltung über Mechanismen der Gewaltenteilung sowie durch Rückbindung politischen Handelns an die demokratische Öffentlichkeit kontrolliert wird. Der vorliegende Text zielt darauf ab, die normativen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats in Erinnerung zu bringen, die auch in Zeiten terroristischer Bedrohung und bei veränderter Sicherheitslage gewahrt werden müssen. An die Überlegungen zu Menschenwürde, Menschenrechten und rechtsstaatlichen Grundsätzen schließt sich eine kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept eines von rechtsstaatlichen Bindungen abgelösten "Feindrechts" an. (ICD2)

[310-L] Blaschke, Ulrich; Förster, Achim; Lump, Stephanie; Schmidt, Judith (Hrsg.):

Sicherheit statt Freiheit?: staatliche Handlungsspielräume in extremen Gefährdungslagen, (Schriften zum öffentlichen Recht, 1002), Berlin: Duncker & Humblot 2005, 190 S., ISBN: 3-428-11872-3

INHALT: Dass Freiheit und Sicherheit in einem prekären Spannungsverhältnis zueinander stehen, gehört seit jeher zu den klassischen Topoi der Staats- und Verfassungsdiskussion. Die politischen Reaktionen (nicht nur) der westlichen Staaten auf die Anschläge des 11. Septembers 2001 haben dieser Debatte jedoch neue Nahrung gegeben. Allerorten wurden die Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausgeweitet und bestehende Freiheitsräume eingegrenzt. Welche Handlungsspielräume dem Staat in extremen Gefährdungslagen legitimerweise zukommen, welche ihm aber auch verschlossen bleiben sollten, wird in dem Band von Rechtswissenschaftlern aus verschiedenen Perspektiven diskutiert. Die Beiträge gehen zurück auf eine Tagung der Fachschaft Jura des Bischöflichen Cusanuswerkes aus dem Herbst 2004. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Dirk Heckmann: Sicherheitsarchitektur im bedrohten Rechtsstaat. Neue Polizeibefugnisse zwischen gestalterischer Freiheit und grundrechtlicher Statik (9-28); Kyrill-A. Schwarz: Die Dogmatik der Grundrechte - Schutz und Abwehr im freiheitssichernden Staat (29-49); Fredrik Roggan: Unerhörte Intimsphäre. Zur Erfordernis kernbereichsschützender Regelungen im Sicherheitsrecht (51-75); Peter Dreist: Einsatz der Bundeswehr im Innern - Das Luftsicherheitsgesetz als Anlass zum verfassungsrechtlichen Nachdenken (77-106); Eric Hilgendorf: Tragische Fälle: Extremsituationen und strafrechtlicher Notstand (107-1321); Ralph Christensen: Wahrheit, Recht und Folter - Eine methodische Betrachtung (133-160); Fabian Wittreck: Achtungs- gegen Schutzpflicht? Zur Diskussion um Menschenwürde und Folterverbot (161-189).

[311-L] Brecher, Bob:

Torture and the 'ticking bomb': fantasy and the so-called war on terror, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 2/2008, Nr. 1, S. 110-124

INHALT: Nicht nur aus symbolischen Gründen hat die Regierung der Vereinigten Staaten nach der Erklärung des 'Kriegs gegen den Terror' das Verbot der Folter massiv attackiert. Da diese Handlungen der Regierung die Empfindlichkeiten der Öffentlichkeit verletzen, geht die US-Regierung davon aus, dass diese ernsthaft "umerzogen" werden müsse. Also: Wenn die US-Regierung erreichen kann, dass

die Öffentlichkeit Folter als ein legales Instrument akzeptiert, dann bestehen für ihre Anwendung keine Einschränkungen mehr. Der Autor zeigt, dass das Szenario der angeblichen Notwendigkeit der Folter im sogenannten 'Krieg gegen den Terror' eine Phantasie ist. Die gesellschaftliche Akzeptanz - so die These - ist mit der Institutionalisierung der Folter gleichzusetzen. Dieses Szenario ignoriert mithin die wichtigste Konsequenz, nämlich die moralische Wirkung dieser institutionalisierten Praxis auf die Gesellschaften selbst, die die Folter zum eigenen Schutz übernimmt. Die Institutionalisierung des Berufs des Folterers ist eine notwendige Bedingung für die Aufwertung der Folter. Diese Instrumentalisierung des 'Krieges gegen den Terror' mittels Verbreitung von Phantasien ist, so der Autor, der letzte Ausweg derjenigen, die die Macht zutiefst korrumpiert hat, um ihre Machtposition zu sichern. Dieser Umgang mit Folter ist dem Verfasser zufolge unehrlich und unaufrichtig. Er dient dem Ziel der Regierung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, die Überschreitung der moralischen und rechtlichen Einschränkungen durch den sogenannten 'Krieg gegen den Terror' zu legitimieren. (ICG)

[312-L] Bull, Hans Peter:

Freiheitspathos und Sicherheitspolitik, in: Recht und Politik : Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Jg. 44/2008, H. 1, S. 16-24 (Standort: USB Köln(38)-XF98; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.bwv-verlag.de/RuP2008-Payment.htm#Ausgabe_1/2008)

INHALT: Der Beitrag erörtert die Frage, ob in der Bundesrepublik Sicherheitsgewinn und Freiheitsverlust noch in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. So formuliert ein früherer Bundesverfassungsrichter: "Im Kampf gegen den Terrorismus läuft der Staat Gefahr, die Freiheit der Sicherheit zu opfern" und das Fernmeldegeheimnis könne man "getrost als Totalverlust abschreiben". Auch die Debatten um ein "Feindstrafrecht" oder den Einsatz der Streitkräfte im Innern lassen liberale Politiker, Kritiker und Juristen nicht kalt. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass bei diesen Fragen viel zu pauschal, teilweise überzogen und in gewissem Sinne irreführend argumentiert wird. Um die freiheitliche Ordnung gegen die Tendenz übertriebener Sicherheitsvorkehrungen zu schützen, wird die Lage schwarz in schwarz gemalt. Selbst wenn man bedenkt, dass Übertreibungen nötig sind, um Aufmerksamkeit für politische Themen zu erreichen - dieses Bild ist so weit von der bundesdeutschen Realität entfernt, dass nur sehr voreingenommene Betrachter Ähnlichkeiten erkennen können. Der Autor moniert hier insgesamt, dass an die Stelle der Problemuntersuchung und Tatsachenermittlung allzu oft allgemeine Annahmen treten, die nicht begründet werden, im schlimmsten Fall "Verschwörungstheorien". Auch die rechtliche Argumentation bleibt meistens auf einer abstrakten Ebene, stößt also nicht zu den jeweiligen Sachproblemen und alternativen Lösungswegen und -instrumenten vor. (ICA2)

[313-L] Dembinski, Matthias:

Fördert Europa die Sicherheit auf Kosten der Bürgerfreiheit?: ein Vorschlag zur Bewahrung der Bürgerfreiheit in transnationalen Räumen der Sicherheit, in: Wolbert K. Smidt (Hrsg.) ; Ulrike Poppe (Hrsg.): Fehlbare Staatsgewalt : Sicherheit im Widerstreit mit Ethik und Bürgerfreiheit, Münster: Lit Verl., 2009, S. 23-34

INHALT: Spätestens seit dem Vertrag von Amsterdam unterliegt der Bereich der inneren Sicherheit einem stetigen Prozess der Europäisierung, dessen Tempo nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 noch einmal deutlich erhöht wurde. Eine transnationale Kooperation und Vernetzung der Sicherheitsdienste mag angesichts funktionaler Notwendigkeiten, die sich etwa mit der Beseitigung der Binnengrenzen ergeben, sachlogisch erscheinen und aufgrund der transnationalen Qualität neuer Bedrohungen notwendig sein. Die transnationale Kooperation und Vernetzung stellt nach Meinung des Autors aber auch eine Herausforderung für die Qualität nationaler Demokratie und bürgerlicher Freiheitsrechte dar. Er zeigt in seinem Beitrag auf, wie sich durch eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an der europäischen Politik im Bereich der inneren Sicherheit Kontrollen verbessern und Vertrauen stärken lassen. Er beschreibt zunächst die Dimensionen der exekutiven Kooperation auf europäischer Ebene im Bereich der inneren Sicherheit und skizziert deren Risiken. Er entwickelt anschließend unter Rückgriff auf die Theorie der Informationsgewinnung durch Delegation und Anleihen bei anderen Politikfeldern einen Vorschlag zur Bewahrung von Bürgerfreiheit in transnationalen Räumen. (ICI2)

[314-L] Dombrowsky, Wolf R.:

Terrorismus und Freiheitsrechte, in: Erwin Müller (Hrsg.) ; Patricia Schneider (Hrsg.): Die Europäische Union im Kampf gegen den Terrorismus : Sicherheit vs. Freiheit?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 59-80, ISBN: 3-8329-2073-0 (Standort: UB Wuppertal(468)-41PEN682)

INHALT: Der Verfasser beschäftigt zunächst mit der Problematik des Generalverdachts, der den Grundsatz der Demokratie in den Vorsatz totaler Herrschaft umkehre. Zwar stimmt er dem Präventionsgedanken zu, er plädiert jedoch gegen eine Abkehr von der Unschuldsvermutung bis zum Beweis der Tat. Er weist im Folgenden darauf hin, dass entgegen den üblichen Annahmen zum Karriereverlauf von Terroristen die meisten Anschläge von "Assimilanten" durchgeführt werden, deren Inklusion nicht im erhofften Maße gelang. Hier eröffnen sich Perspektiven einer Terrorismusbekämpfung jenseits konventioneller strafrechtlicher Maßnahmen. Der Verfasser behandelt die Problematik abschließend aus dem Blickwinkel europäischer Identität und fordert einen Verzicht auf Abschottung zwischen der westlichen und der arabisch-islamischen Welt. (ICE2)

[315-L] Frankenberg, Günter:

Kritik des Bekämpfungsrechts, in: Kritische Justiz : Vierteljahresschrift für Recht und Politik, Jg. 38/2005, H. 4, S. 370-386 (Standort: USB Köln(38)-XF126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Zeichen von Terrorismus und Antiterrorismus hat sich eine 'neue Sicherheitsarchitektur' herausgebildet. Diese äußert sich auf nationaler Ebene zum einen in einem Spurwechsel von Freiheit zu Sicherheit, zum anderen in dem der legislativen Aktivität zu entnehmenden Konzept eines 'Bekämpfungsrechts'. Am Beispiel der bekämpfungsrechtlichen Phänomene: Sonderpolizeirecht, Feindstrafrecht und Rettungsfolter werden Gefährdungen der Normalität und Mentalität von Freiheit kritisiert." (Autorenreferat)

[316-L] Frowein, Jochen Abr.:

Terrorismus als Herausforderung für den Menschenrechtsschutz, in: Georg Nolte (Hrsg.) ; Hans-Ludwig Schreiber (Hrsg.): Der Mensch und seine Rechte : Grundlagen und Brennpunkte der Menschenrechte zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Göttingen: Wallstein, 2004, S. 51-70, ISBN: 3-89244-757-8 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3261)

INHALT: Nach dem 11. September 2001 hat der Sicherheitsrat der UN ausdrücklich die Berechtigung von Staaten anerkannt, gegen terroristische Bedrohungen das Recht der Selbstverteidigung nach Art. 51 der Satzung in Anspruch zu nehmen. Dies war die völkerrechtliche Rechtfertigung für den bewaffneten Einsatz gegen Al Kaida und die diese Organisation unterstützenden Taliban-Streitkräfte. Eine derartige Rechtfertigung für die bewaffnete Intervention im Irak war demgegenüber nicht vorhanden. Der vorliegende Beitrag untersucht vor diesem Hintergrund den völker- und kriegsrechtlichen Status von Terroristen, um dann mögliche legitime Einschränkungen von Menschenrechten beim Kampf gegen den Terrorismus zu erörtern. Die Ausführungen bestätigen, dass die Gewährleistung von Sicherheit zu den grundlegenden Aufgaben des Staates gehört. Das darf aber nicht zu der These führen, dass gegen die grundlegenden Freiheiten jeweils unproblematisch ein Recht auf Sicherheit als Beschränkung zum Einsatz gebracht werden kann. Im Extremfall würde das - so die Schlussfolgerung des Autors - dazu führen, dass etwa die kommunistische Diktatur der DDR das Grundrechtssystem besser beachtet hätte. Alle freiheitlichen Systeme beruhen darauf, dass sie einen Sicherheitsbegriff, der zur Unterdrückung der Bürger führt, nicht akzeptieren können. Dabei muss es auch nach dem 11. September 2001 bleiben. (ICA2)

[317-CSA] Gearty, Conor:

Terrorism and Human Rights, in: Government and Opposition 2007, 42, 3, 340-362., 2007, ISSN: 0017-257X

INHALT: Since the formal invocation of the Universal Declaration of Human Rights in 1948, much global discourse has been shaped by those principles, to the extent that one could without exaggeration describe the period as an 'age of human rights'. But will and indeed can that survive the perceived danger arising from violent acts of terrorism? Is this now an 'age of terrorism'- or at least, an 'age of counter-terrorism'- in which human rights are being accorded a secondary status? This article considers those contentions and also advocates particular roles for those who work in the human rights field.

[318-L] Göller, Thomas:

Normativität der Menschenrechte im Zeichen terroristischer Gewalt?, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.) ; Christine Mielke (Mitarb.): Globale Handlungsfelder : Medien - Politik - Bildung, Karlsruhe: Univ.-Verl. Karlsruhe, 2006, S. 149-170, ISBN: 978-3-86644-067-8 (Standort: UB Trier(385)-sn48315; digbib.ubka.uni-karlsruhe.de/volltexte/documents/2910)

INHALT: In Anbetracht der Entwicklungen nach den Terrorattentaten in den USA vom 11. September 2001 geht der Verfasser der Frage nach, ob die Menschenrechte heute tatsächlich normative Funktionen erfüllen können. Es wird in diesem Kontext die These vom 'Kampf der Kulturen' analysiert und gezeigt, dass die der Ansicht von einem 'Kampf' zugrunde liegende kulturessentialistische Auffassung sich als Fiktion oder gar als ein inszeniertes Täuschungsmanöver erweist. Ihr liegt implizit oder explizit die Vorstellung zugrunde, dass Kulturen und die ihnen inhärenten kulturellen Werte gleichsam homogene und invariante Gebilde sind, die gegenüber historischen, politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen resistent sind. Es wird argumentiert, dass der Begriff der Kultur die menschliche Fähigkeit zu individueller und kollektiver Selbstgestaltung impliziert. Als eine zentrale rechtsphilosophische Konsequenz wird postuliert, dass die Menschenwürde in ihren vielfältigen Ausdrucksformen gewahrt und geschützt werden soll. Daraus werden grundlegende allgemeine Rechte abgeleitet, die auf einzelstaatlicher Ebene konkretisiert werden und Gültigkeit in Bezug auf die Regelung der Beziehungen zwischen souveränen Staaten gewinnen. Es wird argumentiert, dass die Menschenrechtsidee für ein Minimum an Bedingungen steht, die für ein menschenwürdiges und friedliches Leben und Zusammenleben unverzichtbar sind. (ICG)

[319-L] Gössner, Rolf:

Staatlicher Antiterrorkampf - im Namen der Sicherheit und auf Kosten der Bürgerrechte?, in: Hans-Georg Soeffner (Hrsg.) ; Kathy Kursawe (Mitarb.) ; Margrit Elsner (Mitarb.) ; Manja Adlt (Mitarb.): Unsichere Zeiten : Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen ; Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008. Bd. 1 u. 2, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2010, S. 877-882

INHALT: keine Angaben

[320-L] Gössner, Rolf:

Menschenrechte in Zeiten des Terrors: Kollateralschäden an der 'Heimatfront', Hamburg: Konkret Literatur Verl. 2007, 288 S., ISBN: 978-3-89458-252-4

INHALT: Nicht vom Terrorismus gehe gegenwärtig die wirkliche Gefahr für freiheitlich-demokratisch verfasste Gesellschaften aus, sondern von der Aushöhlung liberaler Grundrechte im Zuge der staatlichen Terrorbekämpfung, argumentiert der Autor, der Jurist ist und unter anderem Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte. In den ersten beiden Teilen befasst er sich mit den Veränderungen des Rechtsstaats und beschreibt kritisch verschiedene Maßnahmen des Antiterrorkampfes. In den darauf folgenden drei Teilen werden deren Auswirkungen auf das Leben von Migranten sowie auf den Zustand der Bürger- und Menschenrechte und des Völkerrechts behandelt. Seine anfangs noch als Frage formulierte These belegt Gössner insgesamt mit einer Vielzahl von Beispielen. (ZPol, NOMOS)

[321-L] Göttler, Felix:

Angst, Staat und Terrorismus: der Bürger zwischen zwei Bedrohungen, in: Gisela Riescher (Hrsg.): Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst : Perspektiven einer demokratischen Sicherheit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010, S. 47-68

INHALT: keine Angaben

[322-L] Gramckow, Heike:

Der USA Patriot Act und seine (Un)-Vereinbarkeit mit der amerikanischen Idee von Bürgerfreiheiten und Bürgerrechten, in: Klaus Sessar (Hrsg.): Herrschaft und Verbrechen : Kontrolle der Gesellschaft durch Kriminalisierung und Exklusion, Münster: Lit Verl., 2008, S. 193-212, ISBN: 978-3-8258-1028-3

INHALT: "Der USA Patriot Act war kurz nach den Ereignissen des 11. September 2001 innerhalb von wenigen Wochen von der Bush-Regierung vorgelegt und ohne ausreichende Debatte vom Kongress verabschiedet worden. Die Bestimmungen dieses Gesetzes erleichtern den staatlichen Ermittlungsbehörden die Überwachung und den Zugriff auf Beweismaterial in einer Weise, dass die verfassungsrechtlich geschützten Freiheitsrechte erheblich beeinträchtigt werden können. Weitere Versuche der Regierung, diese Vorschriften weiter zu verschärfen, wurden jedoch abgelehnt, was insbesondere auf intensive Informationskampagnen einer Reihe einflussreicher privater Organisationen, die die Bewahrung von Bürgerrechten und des Rechtsstaates zum Ziel haben, zurückzuführen ist. Ende 2005 sollte die Gültigkeit einiger besonders umstrittener und zeitlich begrenzter Regelungen des Patriot Act auslaufen. Nach intensiven Debatten im Kongress und zum Teil auch in der Öffentlichkeit wurden diese Bestimmungen mit dreimonatiger Verspätung und einigen Einschränkungen auf weitere vier Jahre verlängert. Damit bleibt der Patriot Act eine verfassungsrechtlich bedenkliche Regelung, die die Freiheitsrechte von US-Bürgern und insbesondere von Ausländern erheblich beeinträchtigen könnte - einer der Gründe, weshalb die Debatte weiter anhält. Gleichzeitig sind die Reaktionen auf den Patriot Act ein Beispiel für den Umgang einer demokratischen Gesellschaft mit kontroverser Gesetzgebung - auch wenn die Ergebnisse bisher wenig zufrieden stellend sein mögen." (Autorenreferat)

[323-L] Haubrich, Dirk:

Anti-Terrorismusgesetze und Freiheitsrechte nach dem 11. September: Großbritannien, Frankreich und Deutschland im Vergleich, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Alexander Höse (Hrsg.) ; Kai Oppermann (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen : Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 287-304, ISBN: 3-531-14579-7 (Standort: UB Bonn(5)-2005/8522)

INHALT: Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurden weltweit in demokratischen Staaten Anti-Terrorismusgesetze mit dem Ziel erlassen, sich gegen ähnliche Ereignisse auf eigenem Territorium zu schützen. Beschränkungen der individuellen Versammlungs-, Religions-, und Redefreiheit sowie des Schutzes der Privatsphäre ließen in der Öffentlichkeit schon bald den Verdacht aufkommen, dass Regierungen die angsterfüllte Stimmung unter den Bürgern ausnutzten, um übermäßig autoritäre Gesetze einzuführen. Während Regierungen die Maßnahmen als notwendiges Mittel rechtfertigten, um staatliche Fähigkeiten im Bereich Anti-Terrorismus und Sicherheit auszubauen, sahen Menschenrechtsorganisationen in den Gesetzen eine gefährliche Einschränkung des Schutzes der Menschenrechte. Untersuchungen zu diesen zwei entgegengesetzten Gesichtspunkten wurden bislang nur sehr begrenzt vorgenommen, so dass sich weiterhin die Frage stellt, welches Gleichgewicht zwischen Sicherheit und demokratischer Freiheit mit diesen Gesetzen tatsächlich erreicht worden ist. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, durch eine vergleichende Analyse der Gesetzgebung in Frankreich, Großbritannien und Deutschland diese Frage näher zu untersuchen. Die Anti-Terrorismusgesetze der drei Länder werden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf acht Kategorien von Freiheitsrechten miteinander verglichen und es werden einige Hypothesen entwickelt, um die bestehenden Unterschiede zwischen den Ländern zu erklären. (ICI2)

[324-L] Heinz, Wolfgang S.:

Entwicklungen im Spannungsfeld von internationaler Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz, in: Karl Gabriel (Hrsg.) ; Christian Spieß (Hrsg.) ; Katja Winkler (Hrsg.): Religion - Gewalt - Terrorismus : religionssoziologische und ethische Analysen, Paderborn: Schöningh, 2010, S. 107-132

INHALT: "Thema des Beitrags sind die Gefährdungspotentiale für den Menschenrechtsschutz bei der internationalen Terrorismusbekämpfung. Der Autor nennt konkret Folter, Entführung, Internierung ohne Anklage oder Urteil und außergerichtliche Hinrichtungen als Auswirkungen der aktuell hauptsächlich auf militärische Aktionen konzentrierten Terrorismusbekämpfung. Durch klare menschenrechtsorientierte Gesetze, parlamentarische Kontrolle und eine aktive Zivilgesellschaft (in der den Medien eine besondere Verantwortung zukommt) soll der Gefahr der Menschenrechtsverletzungen aufgrund der Terrorismusgesetzgebung, insbesondere deren Diskriminierungs- und Marginalisierungsgefahr entgegengewirkt werden." (Autorenreferat)

[325-L] Heinz, Wolfgang S.:

Terrorismusbekämpfung und Schutz der Menschenrechte: Strategien in den USA, Großbritannien und Deutschland, in: Wolbert K. Smidt (Hrsg.) ; Ulrike Poppe (Hrsg.): Fehlbare Staatsgewalt : Sicherheit im Widerstreit mit Ethik und Bürgerfreiheit, Münster: Lit Verl., 2009, S. 39-72

INHALT: Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, einige nachweisbare Trends im Verhältnis zwischen Antiterrormaßnahmen und dem Schutz der Menschenrechte aufzuzeigen und menschenrechtspolitische Forderungen daraus abzuleiten. Unter Zugrundelegung ausgewählter Kriterien werden exemplarisch einige zentrale Strategien in drei Ländern - USA, Großbritannien und Deutschland - dargestellt und im Lichte des völkerrechtlichen Menschenrechtsschutzes bewertet. Im Mittelpunkt stehen weitgehend die sogenannten notstandsfesten Menschenrechte wie das Folterverbot (nicht einschränkbare Menschenrechte selbst im Ausnahmezustand und Krieg nach Art. 4 UN-Zivilpakt und Art. 15 Europäische Menschenrechtskonvention, EMRK). Es werden nur einige ausgewählte Entwicklungen, besonders im Bereich des Völker-, Verfassungs- und Strafrechts, exemplarisch berücksichtigt und des Weiteren die Rolle der Nachrichtendienste thematisiert. Es wird insbesondere danach gefragt, inwieweit völkerrechtliche Verträge beibehalten oder eingeschränkt worden sind, ob die Verfassung und andere nationale Gesetze geändert wurden und was sich unterhalb der Gesetzgebung in der Praxis der Sicherheitsbehörden gewandelt hat. (ICI2)

[326-L] Heinz, Wolfgang S.:

Internationale Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz, in: Siegfried Frech (Hrsg.) ; Michael Haspel (Hrsg.): Menschenrechte, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2005, S. 165-187

INHALT: "Nach dem 11. September 2001 stellt sich für die internationale Staatengemeinschaft die Frage, welche Strategien und Regeln für die Bekämpfung des Terrorismus gelten sollen und wer ihre Einhaltung überprüft. Unter dem Bedrohungspotenzial entgrenzter terroristischer Gewalt wächst die Bereitschaft, im Zuge von Gegenmaßnahmen die moralischen und rechtlichen Grenzen zu verschieben. Die Vorfälle in Abu Ghraib sind nur ein Beleg für Verletzungen der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts im Gefolge des Irakkrieges. Wolfgang S. Heinz schildert exemplarisch vier Typen von Menschenrechtsverletzungen im Irak und in Afghanistan. Opfer dieser militärischen Überreaktionen, legitimiert durch die Kriegsmetapher 'Global War an Terrorism', sind Gefangene und auch die Zivilbevölkerung. Bedenklich sind vor allem die damit einhergehenden rechtsstaatlichen Kontrollverluste und die Entwicklung "rechtsfreier Inseln" in Gefängnissen und Lagern. Von entscheidender Bedeutung - auch und gerade für die in Misskredit geratene westliche Menschenrechtspolitik-wird es sein, bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus Menschenrechtsnormen einzuhalten. Schlussfolgerungen und Empfehlungen am Ende des Beitrags mahnen eine umfassende und unabhängige Menschenrechtsbeobachtung des Kampfes gegen den Terrorismus an." (Autorenreferat)

[327-L] Heinz, Wolfgang S.:

Menschenrechte und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.) ; Christine Mielke (Mitarb.): Kultur und Gerechtigkeit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 93-101, ISBN: 978-3-8329-2604-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5007)

INHALT: Der vorliegende Beitrag zeigt, dass es heute an einer "systematischen Beobachtung" mangelt, inwieweit Menschenrechte während der internationalen Terrorismusbekämpfung eingehalten werden. Die Geheimhaltung verbirgt nicht nur das strategische und operative Vorgehen, sie deckt offensichtlich auch zahlreiche illegale Maßnahmen. Fehler bei der Terrorismusbekämpfung, besonders die Misshandlung von Gefangenen, fügen einer glaubwürdigen Terrorismusbekämpfung neben den Verletzungen der Opfer selbst einen erheblichen Schaden zu, weil sie Sympathie und Solidarisierungseffekte fördern. Eine Reihe von Sicherheitspolitikern hat das inzwischen offen eingeräumt. Der entscheidende Punkt ist, dass bei einer effektiven Bekämpfung des Terrorismus eine Demokratie um so schärfer hinschauen muss, wie ihre Sicherheitsorgane handeln, um Fehler zu ermitteln und gegebenenfalls zu bestrafen, aber auch um strukturelle Kontrollverluste zu verhindern. Bestimmte Ansätze der bisherigen Terrorismusbekämpfung haben dieser schweren Schaden zugefügt. Die Bilder von Abu Ghraib, aber auch die im Westen meist unbeachteten Opfer der Koalitionskriegsführung unter der Zivilbevölkerung im Irak, Afghanistan und Palästina werden in anderen Ländern sehr wohl zur Kenntnis genommen. (ICA2)

[328-L] Heinz, Wolfgang S.:

Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz in Europa: exemplarische Fragestellungen 2005/2006, (Studie / Deutsches Institut für Menschenrechte), Berlin 2007, 67 S., ISBN: 978-3-937714-37-0 (Graue Literatur;
files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d63_v1_file_4641e705b1a84_IUS-032_S_Terror3_ND1_RZ_WEB.pdf)

INHALT: "Im Zentrum der Studie stehen drei Themen der Terrorismusbekämpfung und des Menschenrechtsschutzes in Europa: die Abschiebung von Terrorverdächtigen in ihre Heimatländer trotz Foltergefahr, die Mängel bei der Aufklärungsarbeit zu den CIA-Flügen in Europa und die Entsendung von Sicherheitsbeamten in Drittländer zur Befragung von Verdächtigen, die sich dort in einer unklaren Rechtssituation befinden. Bei all diesen Themen geht es immer auch um den Anspruch einer rechtsstaatlichen Demokratie, staatliches Handeln nach Prinzipien von Transparenz und Zurechenbarkeit auszuweisen, damit es von Dritten (Parlament, Medien, anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren) beobachtet und bewertet werden kann." (Autorenreferat)

[329-L] Heinz, Wolfgang S.:

Internationale Terrorismusbekämpfung und Achtung der Menschenrechte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 3/4, S. 32-40
(www.bpb.de/files/21P8X7.pdf)

INHALT: "In diesem Beitrag werden legale, aber auch rechtswidrige Methoden der Bekämpfung des Terrors am Beispiel der USA, Israels und Deutschlands diskutiert. Einige der Maßnahmen unterminieren grundlegende Menschenrechte, und zwar über die Einschränkungen hinaus, die wichtige Menschenrechtsabkommen im Notstandsfall durchaus vorsehen. Aber auch die Normen des humanitären Völkerrechts sind davon betroffen wie z. B. in Guantanamo. Insgesamt fehlt es bisher an einer systematischen, unabhängigen Beobachtung der Menschenrechts- und Völkerrechtskonformität von Anti-Terror-Maßnahmen. So wurde in vielen Fällen das Schicksal von Zivilpersonen, die im Kampf gegen den Terror verwundet oder getötet worden waren, nicht aufgeklärt. Es muss daher auch bei demokratischen Staaten, die militärisch intervenieren, von einem gewissen 'Kontrollverlust' gesprochen werden." (Autorenreferat)

[330-F] Heller, Regina, Dr.; Kahl, Martin, Dr. (Bearbeitung); Gießmann, Hans J., Prof.Dr.Dr.sc. (Leitung):

Untersuchung von Argumenten exekutiver Akteure in den USA, der EU und Russland für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung

INHALT: Das Projekt untersucht die Überzeugungs- und Rechtfertigungsargumente exekutiver Akteure in den USA, der EU und in Russland, mit denen Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene legitimiert werden sollen. Geprüft wird, ob die Argumente ähnlich sind, sich gleichen bzw. ob sie sich zwischen den Rechtsräumen im Zeitverlauf angenähert haben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* USA, Europäische Union, Russland

ART: keine Angabe *ENDE:* 2008-07 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 040-866077-0, Fax: 040-8663615, e-mail: giessmann@ifsh.de)

[331-F] Heller, Regina, Dr.; Kahl, Martin, Dr. (Bearbeitung):

Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland

INHALT: Das Projekt untersucht die Überzeugungs- und Rechtfertigungsargumente für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene in den USA, der EU und in Russland. Geprüft wird, ob sich die Argumente, die von gouvernementalen Akteuren für eine Durchführung "außerordentlicher" (exzeptioneller) Maßnahmen ins Feld geführt werden, ähnlich sind, sich gleichen bzw. ob sie sich zwischen den Rechtsräumen im Zeitverlauf angenähert haben. Ziel ist es herauszufinden, ob in Bezug auf Begründungen außerordentlicher Maßnahmen bei der Bekämpfung des islamistisch motivierten Terrorismus eine Koalition gouvernementaler "norm challengers" entstanden ist. Die Existenz einer solchen Koalition könnte eine erodierende Wirkung auf die weltweite Geltung von Menschen- und Bürgerrechten haben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* USA, Europäische Union und Russland

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- (Beim Schlump 83, 20144 Hamburg)

KONTAKT: Heller, Regina (Dr. Tel. 040-866077-66, e-mail: heller@ifsh.de); Kahl, Martin (Dr. Tel. 040-866077-22, e-mail: kahl@ifsh.de)

[332-L] Hidalgo, Oliver:

Die Rückkehr des Leviathan: wie der transnationale Terrorismus die labile Balance zwischen Freiheit und Sicherheit im demokratischen Rechtsstaat (zer-)stört, in: Johannes J. Frühbauer (Hrsg.) ; Michael Hörter (Hrsg.) ; Anna Noweck (Hrsg.): Freiheit - Sicherheit - Risiko : christliche Sozialethik vor neuen Herausforderungen, Münster: Aschendorff, 2009, S. 65-81

INHALT: Die Rede von der Rückkehr des "Leviathan" ist dem Autor zufolge nicht mit einer Renaissance des Absolutismus zu verwechseln, sondern weist auf die rechtstheoretische Logik hin, die nach Hobbes eine lexikalische Ordnung zwischen Sicherheit und Freiheit generiert. Um den "Leviathan" zu reanimieren, muss der Rechtsstaat nicht zerstört, sondern nur in einseitiger Weise interpretiert werden. Nicht der Ausnahmezustand wird zum Paradigma des Regierens, sondern der "Leviathan" vermag selbst das noch zum Recht zu erklären, was die Grenzen des demokratischen Rechtsstaates längst überschreitet. Um so wichtiger ist es nach Meinung des Autors, angesichts der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus das Gespür für Ausnahme und Norm zu behalten. Denn die Geschichte des modernen Rechtsstaates wird weiter vom Konflikt zwischen "libertas" und "securitas" geprägt sein. Diejenigen, die hierin der Demokratie verpflichtet bleiben, trachten nicht da-

nach, das eine Prinzip zugunsten des anderen aufzugeben, sondern bleiben um eine Kompromissfindung bemüht. In der Beurteilung der aktuellen Debatten bietet es sich deshalb an, die jeweiligen Extreme bewusst zu machen, die von beiden Polen aus die labile Balance des demokratischen Rechtsstaates attackieren. Die theoretischen Überlegungen des Autors zeigen auch, wie schwer es sein wird, das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit weiterhin auszutarieren und die befürchtete Entwicklung vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat zu verhindern. (ICI2)

[333-L] Huster, Stefan; Rudolph, Karsten (Hrsg.):

Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat, (Edition Suhrkamp, 2543), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, 229 S., ISBN: 978-3-518-12543-4

INHALT: Die in den letzten zehn Jahren maßgeblich von Juristen und Politikern in der Öffentlichkeit geführte Kontroverse um die Abwehr des internationalen Terrorismus zeichnet sich durch ein hohes Maß an Emotionalität aus, geht es doch immer implizit um ein angemessenes Verständnis von (Rechts)Staatlichkeit. Auf diese generelle Frage wird zwar bei der Beurteilung von entsprechenden Gesetzesentwürfen oder in der Debatte über wegweisende Entscheidungen des BVerfG immer wieder verwiesen, jedoch bleiben im politischen Alltag die verfassungs- und demokratietheoretischen Implikationen der einzelnen Positionen häufig undiskutiert. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass die hier versammelten Beiträge explizit die prinzipielle Frage stellen, ob nicht angesichts der neuartigen terroristischen Bedrohung, die nicht mehr bloß eine konkrete Gefahr darstelle, sondern zu einem allgegenwärtigen und kaum mehr abzuschätzenden Risiko werde, die staatlichen Gegenmaßnahmen selbst eine neue Qualität annehmen müssen. Im Mittelpunkt der Kontroverse steht daher die Sorge: 'Wenn es nicht um die Abwehr einer konkreten Gefahr, sondern eines unbestimmten Risikos geht, das weder näher bezeichnet noch individuell zugerechnet werden kann, aber um so bedrohlichere Ausmaße annimmt, fehlt es an einem Maßstab für die Verhältnismäßigkeitsprüfung.' (Huster/Rudolph 18 f.) Wie notwendig diese Warnung ist, wird verständlich, wenn man bedenkt, mit welcher Leichtigkeit in der Debatte 'verstaubte Kategorien aus dem Alt-Arsenal kollektivistischen Staatsdenkens' (Baldus, 118) wiederbelebt werden. Solche Staatsmystifikationen sind zwar auch bei einigen politischen Beiträgen im vorliegenden Band zu finden, die Mehrzahl der Artikel ist jedoch gegen eine weitergehende Beeinträchtigung der grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte gerichtet. Dass angesichts der veränderten Bedrohungslage Freiheitssicherung neue Formen annehmen muss, ist unbestritten, nur impliziert der Kompetenzgewinn der Sicherheitsbehörden in einer freiheitlichen Demokratie selbst neue Kontrollmechanismen, wie Gusy in seinem Beitrag darlegt. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Stefan Huster und Karsten Rudolph: Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat? (9-23); Ulrich Schneekener: Warum lässt sich Terrorismus nicht besiegen? Herausforderungen und Leitlinien für die Terrorismusbekämpfung (25-44); Peter Schaar: Der Rüstungswettlauf in der Informationstechnologie (45-63); Hans-Jürgen Lange: Der Wandel des föderalen Sicherheitsverbundes (64-83); Erhard Denninger: Prävention und Freiheit. Von der Ordnung der Freiheit (85-106); Manfred Baldus: Freiheitssicherung durch den Rechtsstaat des Grundgesetzes (107-119); Christoph Gusy: Mehr als der Polizei erlaubt ist? Die Nachrichtendienste im Anti-Terrorkampf (120-135); Wolfgang Bosbach: Der Rechtsstaat in Zeiten des Terrors - Warum für die Sicherheitspolitik jeder Tag der 12. September ist (137-150); Ralf Stegner: Im Zweifel für die Freiheit (151-163); Burkhard Hirsch: Auf dem Weg in den Überwachungsstaat? "Es gilt dem bitteren Ende zu wehren!" (164-179); Gerhart R. Baum: Die Erosion des Grundrechtsschutzes im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit (181-190); August Hanning: Sicherheit gewährleisten - Freiheit wahren (191-207); Johannes Rux: Wie viel muss der Rechtsstaat wissen? Datenerhebung im Kernbereich des Persönlichkeitsrechts (208-227).

[334-L] Ignatieff, Michael:

Das kleinere Übel: politische Moral in einem Zeitalter des Terrors, Hamburg: Philo 2005, 277 S., ISBN: 3-86572-524-4

INHALT: Der Autor bemüht sich, moralische Antworten auf die Bedrohung zu geben, die der Terrorismus auf den demokratischen Verfassungsstaat ausübt. Im Zentrum seiner Überlegungen steht die Frage, wie Demokratien sich gegen diese neue Sicherheitsbedrohung zur Wehr setzen können, ohne

die Werte zu zerstören, für die sie stehen. Der Autor rückt dabei von einer Position ab, die Menschenrechte für schlechthin unverletzlich erklärt. Voraussetzung für eine Aufhebung von Rechten sei allerdings, dass Ausnahmen die Regel nicht zerstören, sondern sie bewahren. Aus diesem Grund dürfen sie nur vorübergehend sein, müssen öffentlich gerechtfertigt werden können und dürfen nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Von dieser Position aus unterzieht der Autor die Antworten der westlichen Demokratien auf die Bedrohung des Terrorismus, allen voran die Politik der USA nach dem 11. September, einer weit reichenden Kritik. Erstens sei eine nicht-öffentliche Form des Regierungshandelns auf Kosten legislativer Befugnisse unzulässig gestärkt worden und zweitens würden auch die politischen Rahmenbedingungen, die für das Aufkommen des Terrorismus von Bedeutung seien, sträflich vernachlässigt: 'Also wird eine Strategie der Terrorbekämpfung, die es nicht schafft gegen Ungerechtigkeit vorzugehen, die es nicht schafft, politische Kanäle zur Beseitigung von Groll aufrecht zu erhalten, mit rein militärischen Mitteln keinen Erfolg haben' (11). (ZPol, NOMOS)

[335-L] Krasmann, Susanne:

Folter im Ausnahmezustand?, in: Susanne Krasmann (Hrsg.) ; Jürgen Martschukat (Hrsg.): Rationalitäten der Gewalt : staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, Bielefeld: transcript Verl., 2007, S. 75-96, ISBN: 978-3-89942-680-9

INHALT: Die gegenwärtige Sicherheitspolitik ist nach der These der Autorin von einem spezifischen Realismus geprägt, der es ermöglicht, eine eminente Bedrohungslage als selbstevident wahrzunehmen und ins Spiel zu bringen, um außergewöhnliche Maßnahmen zu rechtfertigen. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben diesen Realismus sichtbar werden lassen. Im Unterschied zu den Konzeptionen der politischen Philosophie, z.B. von Carl Schmitt und Giorgio Agamben, werden dabei Recht und Rechtsstaatlichkeit nicht suspendiert, sondern im Namen der Sicherheit systematisch ausgehöhlt. Dieser Mechanismus beruht auf einer bestimmten liberalen Konzeption von Gesellschaft, wie die Autorin am Beispiel der jüngsten Debatte zur Rechtfertigung der Folter zeigt. Der Realismus, der Recht und Gesetz einer Macht des Faktischen unterstellt, ist nach ihrer Einschätzung kein singuläres Phänomen unilateraler US-amerikanischer Sicherheitspolitik, sondern ebenso auch in Deutschland zu beobachten. Sie erörtert einige zentrale Argumente aus der Debatte zur Rechtfertigung der Folter und zeigt, dass diese nicht ein Ausnahmediskurs, sondern ein Extrempol im Kontinuum eines allgemeinen Sicherheitsdiskurses darstellt, der im Verweis auf Gefahren außergewöhnliche politische Maßnahmen rechtfertigt und den Ausnahmezustand ins Recht "einschreibt". (ICI)

[336-L] Lepsius, Oliver:

Die Terrorismusgesetzgebung und das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in Deutschland, in: Beate Rosenzweig (Hrsg.) ; Ulrich Eith (Hrsg.): Islamistischer Terrorismus : Hintergründe und Gegenstrategien, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2006, S. 119-149, ISBN: 3-89974301-6

INHALT: "Am Beispiel der Terrorismusgesetzgebung in Deutschland diskutiert der Autor das grundlegende Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Die seit 2002 für fünf Jahre geltenden weitreichenden Regelungen des zweiten Sicherheitspakets umfassen insbesondere gravierende Einschränkungen der grundgesetzlich geschützten Privatsphäre, beschränken die öffentliche rechtsstaatliche Kontrolle und somit den individuellen Rechtsschutz und vergrößern die generellen Zuständigkeiten des Bundesamts für Verfassungsschutz zu Lasten bisheriger gewaltenteiliger und somit freiheitssichernder Behördenkompetenzen. Der zentrale rechtsstaatliche Mangel dieser Akzentverschiebung zu Gunsten der Sicherheit liegt vor allem in dem bisherigen Verzicht des Gesetzgebers auf eine nähere Bestimmung von Sicherheit und Gefahr. Eine rationale Abwägung rechtlicher Normen - etwa Sicherheit versus Freiheit - wird somit nahezu unmöglich." (Autorenreferat)

[337-L] Loewe, Marie-Noelle:

Die offene Gesellschaft und ihre neuen Feinde: die neuen Bedrohungen der Offenen Gesellschaft-Terrorismus und Terrorismusbekämpfung als Feinde der Freiheit, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 92 S., ISBN: 978-3-8364-2253-6

INHALT: "Nicht erst seit 9/11 hat es sich seitens der jeweiligen Regierungen als beliebte Maßnahme erwiesen, im Rahmen der Terrorismusbekämpfung Bürger - und Freiheitsrechte einzuschränken. In den USA ist der so genannte 'Patriot Act' zu zweifelhafter Berühmtheit gekommen, in Deutschland sorgen die Sicherheitspakete I und II des damaligen Innenministers Otto Schily für Wirbel. Die Sinnhaftigkeit der jeweiligen Gesetze und neuen Regelungen gilt in Hinsicht auf eine langfristige Anti-Terror-Politik als umstritten. Besonders paradox erscheint das Grundaxiom vieler der neuen Sicherheitsmaßnahmen, Freiheit lasse sich durch Freiheitseinschränkung gewinnen. Dieses Buch beschäftigt sich mit eben dieser Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit. Mit Blick auf Karl Poppers Idee der Offenen Gesellschaft wird dargestellt, inwiefern sowohl der Terrorismus als auch die Terrorismusbekämpfung ein Gefühl der Angst und der Bedrohung schüren, das zu Ressentiments gegen das Unbekannte und zu einem verstärkten Bedürfnis nach Sicherheit führen." (Autorenreferat)

[338-L] Mahncke, Jacob C.:

Bürger oder Feind?: zur Diskussion um das Feindstrafrecht, in: Gisela Riescher (Hrsg.): Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst : Perspektiven einer demokratischen Sicherheit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010, S. 205-227

INHALT: keine Angaben

[339-L] Müller, Markus M.:

Bürgerrechte und Innere Sicherheit: kollektive Sicherheit auf Kosten individueller Freiheit?, in: Roland Sturm (Hrsg.) ; Heinrich Pehle (Hrsg.): Wege aus der Krise? : die Agenda der zweiten Großen Koalition, Opladen: B. Budrich, 2006, S. 133-148, ISBN: 3-86649-002-X (Standort: UB Bonn(5)-2006-4413)

INHALT: Ausgehend von der Analyse der Problemlage, insbesondere ihrer Neuartigkeit im Zuge der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, wird ein Überblick über den Bestand an Maßnahmen im Bereich der Politik innerer Sicherheit gegeben. Dabei konzentrieren sich die Ausführungen nicht nur auf die Reaktionen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, sondern berücksichtigen auch den weiteren Kontext der Sicherheitspolitik, wie er sich im Wesentlichen seit der Notstandsgesetzgebung der 1960er Jahre darstellt. Abschließend werden die selbst gesetzten, sicherheitspolitischen Projekte der Großen Koalition betrachtet, und damit die aus der Eigendefinition sich ergebende Agenda sowie der weitere Handlungsbedarf. Dieser ergibt sich vor allem aus der aktuellen Rechtssprechung der vergangenen Jahre, aber auch aus den laufenden Entwicklungen, etwa im Zusammenhang mit dem seit Januar 2006 sich ausbreitenden Karikaturen-Streit. So umfassen die sicherheitspolitischen Überlegungen (1) die Installierung eines Sicherheitsföderalismus, (2) die Stärkung präventiver Maßnahmen zur Verhinderung vor allem terroristischer Anschläge und (3) die Berücksichtigung einer bürgerrechtsfreundlichen Rechtssprechung. Der Autor merkt an, dass der deutsche Verflechtungsföderalismus eine komplexe Sicherheitsarchitektur generiert, die das Handlungsprofil einer jeden Bundesregierung substanziell begrenzt. Dass die Große Koalition in der Lage ist, hier fundamentale Änderungen zu initiieren, ist somit nicht zu erwarten. (ICG2)

[340-L] Nowak, Manfred:

Die Aushöhlung des Folterverbots im Kampf gegen den Terrorismus, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 1/2007, Nr. 1, S. 55-70

INHALT: Bis zum 11. September 2001 galt das Folterverbot als Tabu. Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington hat die Bush-Regierung dem global agierenden Terrornetzwerk der Al-Qaida ausdrücklich den "Krieg" erklärt und den Geheimdienst CIA ermächtigt, bei Verhören verdächtiger Terroristen die "Samthandschuhe auszuziehen". Der Autor analysiert unterschiedliche Methoden, mit denen die USA und ihre Verbündeten das absolute Folterverbot im Kampf gegen den Terrorismus ausgehöhlt haben. Dabei werden die völkerrechtswidrige Einengung der Folterdefinition, die Relativierung des Verbots grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Bestrafung, das Szenario der 'tickenden Bombe', Guan-

tanamo Bay als Symbol für die territoriale Auslagerung der Folter in ein rechtliches Niemandsland, die 'extraordinary renditions' als Symbol für die Missachtung völkerrechtlicher Mindeststandards für Ausweisung und Auslieferung, die Umgehung des 'Refoulement-Verbots' durch 'diplomatische Zusicherungen', die Praxis des Verschwindenlassens verdächtiger Terroristen in geheimen CIA-Lagern, die Aushöhlung des Beweisverwertungsverbots in Artikel 15 der UN-Konvention gegen die Folter und die Verweigerung des Rechts von Folteropfern auf Entschädigung durch US-amerikanische Gerichte angesprochen. Zum Schluss wird die Frage zur Diskussion gestellt, ob die Aushöhlung des Folterverbots straflos bleibt. (ICG2)

[341-L] Nuscheler, Franz:

Das Ende des 'Zeitalters der Menschenrechte': wie der 'Krieg gegen den Terror' die Freiheitsrechte bedroht, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.) ; Christine Mielke (Mitarb.): Kultur und Gerechtigkeit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 79-91, ISBN: 978-3-8329-2604-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5007)

INHALT: Die Sache der Menschenrechte hat für den Autor am 11. September 2001 einen schweren und nachhaltigen Rückschlag erlitten. Der Terrorismus verletzt Menschenrechte und seine Bekämpfung erzeugt einen "Terrorabbau" in der Menschenrechtspolitik. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der Weltpolitik lassen nicht den Schluss zu, dass sich die Vision einer auf universellen und unteilbaren Menschenrechten beruhenden Weltethik schnell von diesem Schock erholen wird, zumal auch "reife Demokratien" bereit sind, dem "Grundrecht auf Sicherheit" Priorität vor Freiheitsrechten einzuräumen. Dabei geht es um nicht weniger als um die Bewahrung von zivilisatorischen Errungenschaften, zu denen die universellen Menschenrechte zählen; es geht auch um die Zukunft des Rechtsstaates, die Bereitschaft, nicht aus Angst Freiheitsrechte dem trügerischen Sicherheitsversprechen einem "Leviathan" zu opfern. Es wäre ein fataler Sieg des internationalen Terrorismus, wenn die Menschenrechte auf dem Altar der inneren Sicherheit geopfert würden. Benjamin Franklin gab die Antwort, was dann geschehen würde - und für den Autor geschieht es schon: "Der Verlust von Freiheit und Sicherheit". (ICA2)

[342-L] Pietschmann, Nina:

Der Rechtsstaat im Wandel: zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gisela Riescher (Hrsg.): Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst : Perspektiven einer demokratischen Sicherheit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010, S. 127-153

INHALT: keine Angaben

[343-L] Prantl, Heribert:

Der Terrorist als Gesetzgeber: wie man mit Angst Politik macht, München: Droemer Knauer 2008, 219 S., ISBN: 978-3-426-27464-4 (Standort: Neubiberg UniBundeswehr(706)-08/448)

INHALT: Die Attentate der islamischen Fundamentalisten führen dazu, dass in der westlichen Welt dem freiheitlichen Rechtsstaat und der Liberalität der Garaus gemacht wird. Die Erfassungsnetze werden dichter, die beobachtungsfreien Zonen kleiner. "Zur Sicherheit" wird belauscht und ausgespäht, werden Computer durchsucht, Menschen gefangen gehalten oder sogar gefoltert. Das Recht wird ausgedünnt, um so besser mit den globalen Gefahren fertig zu werden. Vom normalen Strafrecht wird ein Feindstrafrecht abgespalten und das verbleibende normale Strafrecht verwandelt sich in ein Gefahrenvorbeugungsrecht. Das neue Vorbeugungsrecht ist in Wahrheit der Rückfall in ein mittelalterliches Recht - es ist kein Recht für Menschen und gegen Straftaten, sondern ein Instrument gegen das Böse. Menschenwürde wird antastbar, der Mensch zum Objekt staatlichen Sicherheitsdenkens. Demgegenüber plädiert der Verfasser für eine Politik, die innere Sicherheit findet in dem Satz: "Recht sichert Freiheit". (ICE2)

[344-L] Reese-Schäfer, Walter:

Sicherheit, Freiheit und Terrorismus, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 1/2007, Nr. 1, S. 37-51

INHALT: Für die Entstehungsgeschichte der liberalen Demokratie ist, so der Verfasser, die Verknüpfung von Freiheitsrechten mit Abwehrrechten gegen die Staatsgewalt charakteristisch. Der Staat, auch der demokratische Staat, kann aus dieser Perspektive nur mit äußerstem Misstrauen betrachtet werden. Die vielen Sicherungsinstanzen der rechtsstaatlichen Überprüfung, d.h. insbesondere die Kontrolle durch parlamentarische, später auch öffentliche Diskussion sowie durch unabhängige Gerichte sind Ausdruck dieses Grundmisstrauens. Es wird die These vertreten, dass die deutlich werdende anti-administrative Mentalität politisch durchaus als vorteilhaft und funktional angesehen werden kann. Die Verteidigung individueller Freiheitsrechte, nicht aber die der ihnen zugrunde liegenden Institutionen steht im Vordergrund anwaltlichen Denkens. D.h.: Wenn den Terroristen mit individualistisch-rechtsstaatlichen Mitteln nicht beizukommen ist, dann muss man sie eben gewähren lassen. Eine solche Denkweise wird eher Verluste an Menschenleben der eigenen Bürger in Kauf nehmen als Datenschutzbestimmungen einschränken. Die These wird anhand der Diskussion, ob Videoüberwachungen nicht einen Eingriff in Grundrechte darstellen, verdeutlicht. Die Lehren aus Weimar und das Konzept der 'Militant Democracy' werden in die Argumentation einbezogen. In diesem Kontext wird die gegenwärtig unter amerikanischen Intellektuellen ausgetragene Debatte analysiert, die den Vorwurf, die westlichen Demokratien würden im Kampf gegen den Terror die Grundlagen ihrer Freiheit gefährden, betrifft. Der Autor fasst das Ergebnis seiner Untersuchung wie folgt zusammen: Die politische Gesellschaft selbst steht auf dem Spiel und ist das Gegenbild zu einer Welt des Terrors. Sie ist auf wirkungsvolle Abwehrreaktionen gegen das Eindringen terroristischer Gewalt angewiesen und darf dies keineswegs allein den Spezialisten und Sondereinheiten von Polizei und Militär überlassen, während die verschüchterten Bürger am Spielfeldrand als Zuschauer verharren und selbst das Jubeln und lautstarke Demonstrieren eher den Freunden und Komplizen des Terrors überlassen. (ICG2)

[345-L] Riescher, Gisela (Hrsg.):

Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst: Perspektiven einer demokratischen Sicherheit, (Sicherheit und Gesellschaft ; Freiburger Studien des Centre for Security and Society, Bd. 2), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2010, 298 S., ISBN: 978-3-8329-5496-3

INHALT: "Die Begriffe Freiheit und Sicherheit markieren wie kaum andere ein Spannungsverhältnis im politikwissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Sie werden nicht selten als gegensätzliche Pole auf einem Kontinuum verortet, an dessen einem Ende die grenzenlose, aber unsichere Freiheit, an dessen anderem Ende die Herstellung von Sicherheit steht, die individuelle Formen von Freiheit unmöglich macht. Mehr denn je werden seit dem Beginn des neuen Jahrtausends, seit Terroranschläge liberale Demokratien und offene Gesellschaften erkennbar bedrohten, diese Schlüsselbegriffe des Politischen als sich ausschließende Gegensätze diskutiert. Doch weder demokratische Politik und noch weniger demokratietheoretisches Denken eignen sich für Extreme dieser Art. Sie tun gut daran, in Kompromissen, fließenden Übergängen und Zwischenräumen zu denken, Fragen zu stellen, wissenschaftliche Begründungen einzuholen und Argumente zu prüfen. Es gilt, alte Fragen neu zu stellen und neue Fragen zuzulassen: Wie viel Freiheit darf der Sicherheit geopfert werden? Wo sind die Grenzen des liberalen Staates, die nicht hintergangen werden dürfen? Was ist das Maß an Grundsicherheit, das menschliche Freiheit erst ermöglicht? Gibt es so etwas wie ein anthropologisches Grundbedürfnis nach Sicherheit und ist es die Politik, die gefordert ist, diese Sicherheit herzustellen? Mit anderen Worten, die Frage nach dem Verhältnis von Freiheit und Sicherheit steht in der Politischen Theorie neu auf dem Prüfstand. Der vorliegende Sammelband 'Freiheit und Sicherheit statt Terror und Angst', der aus politikwissenschaftlichen Forschungs- und Lehrprojekten und aus dem seit drei Jahren interdisziplinär arbeitenden Forschungsverbund 'Sicherheit und Gesellschaft' der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg hervorgegangen ist, nimmt diese Problemstellungen auf. In den drei Abschnitten 'Terroristische Bedrohung und demokratischer Staat', 'Sicherheit statt Freiheit?' und 'Bürger, Staat und Sicherheit' gruppieren sich vornehmlich politikwissenschaftliche, juristische und philosophische Beiträge, die die kontrovers geführten Debatten um Sicherheit und Freiheit, Terror und Angst abbilden, sie vertiefen und kritisch weiterführen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Gisela Riescher: Demokratische Freiheit und die Sicherheit des Leviathan (11-24); Pia Oppel: Terrorismusforschung heute: Abwägungen zwischen Freiheit und Sicherheit angesichts terroristischer Be-

drohung (25-45); Felix Göttler: Angst, Staat und Terrorismus. Der Bürger zwischen zwei Bedrohungen (47-68); Kerstin Rönsch: "Gerechter Krieg" oder "kleineres Übel"? Grundsatzfragen im Anschluss an Michael Ignatieff (69-94); Thomas Würtenberger, Steffen Tanneberger: Sicherheitsarchitektur als interdisziplinäres Forschungsfeld (97-125); Nina Pietschmann: Der Rechtsstaat im Wandel. Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland (127-153); Faustin Vierrath: Gibt es ein Grundrecht auf Sicherheit? Herkunft, Motiv und Wirkung des Sicherheitsdiskurses (155-175); Lukas Becht: Demokratische Sicherheit. Theoretische Positionen im Anschluss an Barber, Etzioni und Sartori (177-201); Jacob C. Mahncke: Bürger oder Feind? Zur Diskussion um das Feindstrafrecht (205-227); Anda Ruf: Demokratischer Rechtsstaat und Terrorismus. Ein Feindrecht als Mittel zur Terrorismusabwehr? (229-248); Christine Lang: "All men are created equal"? Menschenrechtspolitik nach dem 11. September (249-272); Philippe Merz: Das Bedürfnis nach Sicherheit und die Aufgabe einer Sicherheitsethik (273-294).

[346-L] Roth, Roland:

Jenseits der Menschenrechte?: der "Krieg gegen den Terror" als Herausforderung für Menschenrechts-NGOs, in: Ansgar Klein (Hrsg.) ; Silke Roth (Hrsg.): NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 47-68, ISBN: 978-3-531-15516-6

INHALT: "Sowohl der seit 2001 andauernde 'Krieg gegen den Terrorismus' der USA (und ihrer Verbündeten) - mit Afghanistan und dem Irak als den ersten Schauplätzen und dem Iran in der Warteschleife - als auch die Einschränkungen von Bürger- und Freiheitsrechten, die viele Länder in zahlreichen 'Anti-Terror-Gesetzen' und administrativen Maßnahmen nach dem 11. September 2001 vorgenommen haben, künden von einer drohenden Obsoleszenz der Menschenrechte. Nicht wenige Beobachter halten den Abbau von Freiheitsrechten zugunsten staatlicher Sicherheits- und Militärbefugnisse für notwendig oder zumindest für temporär hinnehmbar. Menschenrechte werden dabei unter Opportunitätsvorbehalt gestellt. Damit haben sich die politischen Gelegenheitsstrukturen für Menschenrechtsorganisationen und -bewegungen radikal verändert. Dieser Beitrag unternimmt den Versuch, die Wirkungen von '9-11' auf Menschenrechts-NGOs zu beleuchten und deren Reaktionen auf die neue Situation sowie die Folgen für das transnationale Menschenrechtsregime insgesamt zu diskutieren." (Autorenreferat)

[347-L] Ruf, Anda Catharina:

Demokratischer Rechtsstaat und Terrorismus: ein Feindrecht als Mittel zur Terrorismusabwehr?, in: Gisela Riescher (Hrsg.): Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst : Perspektiven einer demokratischen Sicherheit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010, S. 229-248

INHALT: keine Angaben

[348-L] Scheinin, Martin:

Terrorism and human rights, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 1/2007, Nr. 1, S. 11-18

INHALT: Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht die Aktualität der sogenannten Turku-Erklärung über die humanitären Standards im internationalen Recht. In der Ära des globalen Terrorismus und insbesondere seit den massiven Terroristenangriffen vom 11. September 2001, so der Verfasser, haben viele Regierungen das kompromisslose Prinzip, dass es Grundrechte der Person gibt, die unter allen Umständen respektiert werden müssen, gefährdet und Maßnahmen ergriffen, die mit der Menschenwürde nicht kompatibel sind. Die Grundrechte der Person müssen von jedem respektiert werden. Dieses Prinzip ist in der Tradition des internationalen humanitären Rechts bekannt, wo alle Parteien in einem bewaffneten Konflikt zur Einhaltung derselben Normen verpflichtet werden. In den Dokumenten der internationalen Organisationen lassen sich hinsichtlich der terroristischen Bedrohung unterschiedliche Ansätze erkennen. Die Differenzen in der Formulierung von solchen Resolutionen spiegeln verschiedene wissenschaftliche und politische Positionen bezüglich der Frage wider, ob nur Staaten Menschenrechtsverletzungen begehen können und ob für solche Verletzungen auch

nicht-staatliche Akteure zur Verantwortung gezogen werden können. Gegenwärtig stellt der gesetzlich bindende normative Rahmen einen Bestandteil internationaler Verträge dar. Diese Verträge werden eindeutig auf Menschen als ihre Nutznießer und auf die Staaten als Träger von entsprechenden Verpflichtungen ausgerichtet. Darüber hinaus sind internationale Überwachungsmechanismen institutionalisiert worden, die Staaten für Menschenrechtsverletzungen sanktionieren können. Vergleichbare Regelungen bezüglich nicht-staatlicher Akteure existieren jedoch nicht. Es wird argumentiert, dass die Menschenrechtsproblematik für den Kampf gegen den Terrorismus in mehrfacher Hinsicht bedeutsam ist. Menschenrechte dürfen nicht lediglich als eine Einschränkung für Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen betrachtet werden. Einen spezifischen Aspekt der internationalen Zusammenarbeit stellt die Untersuchung, Popularisierung und Förderung von 'best practices' auf diesem Gebiet dar. (ICG)

[349-L] Schild, Georg:

Terrorbekämpfung und Bürgerrechte in den USA nach dem 11. September 2001, in: Thomas Jäger (Hrsg.) ; Alexander Höse (Hrsg.) ; Kai Oppermann (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen : Sicherheit - Wirtschaft - Öffentlichkeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 267-285, ISBN: 3-531-14579-7 (Standort: UB Bonn(5)-2005/8522)

INHALT: Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Washington erklärte die Bush-Administration den Terrorismus als die mit Abstand größte Bedrohung für Amerika und nannte als Ziel ihrer Regierung, dieser Gefahr mit äußerster Entschlossenheit entgegen zu treten. Nach Ansicht des Rechtswissenschaftlers und Terrorismusexperten Philip B. Heymann verhielt sich die Administration so, als ob das Land den gleichen Bedrohungen von Unabhängigkeit und Sicherheit ausgesetzt sei wie während des Zweiten Weltkrieges. Im vorliegenden Beitrag wird zunächst der asymmetrische Konflikt in den USA nach den Terroranschlägen und das Kriegverständnis der Bush-Administration beschrieben. Um die Verschärfungen im Bereich der inneren Sicherheit und die Einschränkungen der Bürgerrechte zu verdeutlichen, werden anschließend einige Auszüge aus dem umfassenden neuen Gesetzeswerk "USA Patriot Act" vorgestellt und kritisch bewertet. Ferner werden die Aufgaben und die Arbeitsweise des "Homeland Security Act" zur intensiveren Überwachung von verdächtigen Ausländern und Immigranten, die Inhaftierung amerikanischer Staatsbürger ohne Gerichtsverfahren sowie die politische Auseinandersetzung um den Kampf gegen den Terrorismus beschrieben. Der abschließende Ausblick kommentiert die Situation der amerikanischen Politik im Zielkonflikt zwischen Terrorismusbekämpfung und bürgerlichen Freiheiten. (ICI)

[350-L] Schlögel, Martina:

Die Karlsruher Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung: lässt das Bundesverfassungsgericht die Bürger im Regen stehen?, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 59/2010, H. 2, S. 167-174 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Von der Vorratsdatenspeicherung ist das durch Art. 10 GG geschützte Telekommunikationsgeheimnis betroffen. Der Beitrag analysiert das 2010 ergangene höchstrichterliche Urteil, um die Frage zu beantworten, ob Karlsruhe damit die Bürger vor übermäßigen Eingriffen in ihre Privatsphäre schützt." (Autorenreferat)

[351-L] Schneider, Jens-Peter:

Rechtsstaatliche Sicherheit in der europäischen Informationsgesellschaft am Beispiel der Vorratsdatenspeicherung, in: Henning Buck (Red.): Neue Fragen an den Rechtsstaat : wie begegnen Politik, Recht und Exekutive aktuellen Friedensgefährdungen? ; Osnabrücker Friedensgespräche 2008 ; Musica pro pace 2008 ; Beiträge zur Friedensforschung, 2009, S. 179-192

INHALT: Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, in wie weit die europäische Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit mit der Europäisierung der Sicherheitspolitik Schritt hält. Hier fragt der Bei-

trag nach der Geltung der nationalen Grundrechte außerhalb der zwingenden Vorgaben der Richtlinie 2006/24/EG. Die rechtsstaatliche Kontrolle der zwingenden Richtlinienvorgaben wird im Hinblick auf zwei Fragestellungen problematisiert: die Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Vorlage an den EuGH durch das BVerfG und den Verstoß der Richtlinie 2006/24/EG gegen Gemeinschaftsgrundrechte. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, dass bei einer sachgerechten Nutzung des Vorabentscheidungsverfahrens durch das BVerfG die verflochtenen Grundrechtsbeeinträchtigungen auf europäischer und mitgliedstaatlicher Ebene durch die Vorratsdatenspeicherung angemessen zu verarbeitet sind. (ICE2)

[352-L] Wiegand, Irina:

The protection of human rights and fundamental freedoms in the fight against terrorism: the case of the European Union after September 11, 2001, Stuttgart: Ibidem-Verl. 2008, VIII, 151 S., ISBN: 978-3-89821-894-8

INHALT: "With the terrorist attacks of 9/11, the threat of international terrorism - a threat to peace and stability - became evident to the world. Even though this event was not directed against European Union member states, it triggered the expansion of common anti-terrorist laws and policies. This cooperation aimed at fighting terrorism has led to the introduction of legal Instruments that do not comply with international and European human rights law. Despite this drastic shift, the question in how far the European Union abides by human rights law in its fight against terrorism has rarely been discussed so far. Irina Wiegand looks exactly at this question. Her book gives extensive background information and yet has high scholarly value. It offers a general introduction an terrorism and an overview of today's legal framework with regard to terrorism and looks at the European Union's responses to terrorism. The main focus of the book is then an the analysis of these responses in the light of human rights law. This scrutiny provides the background of international and regional human rights legislation and continues with the analysis of the current legal practice of the European Union and the European Courts." (author's abstract)

[353-L] Wieser, Marion:

Land of the free ...?: der Kampf gegen den Terrorismus als Herausforderung für die Bürgerrechte in den USA, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 536), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 222 S., ISBN: 3-631-55519-9 (Standort: Bayer. SB München(12)-2006.51108)

INHALT: "Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben zu einer massiven Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen und zu enormen Einschränkungen der Freiheit in den USA geführt. Die Bush-Administration rüstete im Namen der Nationalen Sicherheit zum Kampf gegen den Terrorismus, verabschiedete zahlreiche Antiterrorgesetze - darunter den äußerst umstrittenen USA Patriot Act - richtete Militärtribunale ein, erklärte terrorverdächtige Personen zu enemy combatants und übertrug dem FBI und den Geheimdiensten weitreichende Befugnisse zur Einschränkung der Bürgerrechte. Die Administration leitet das Recht dafür direkt aus der Verfassung und den Kompetenzen ab, die dem Präsidenten in Krisenzeiten zustehen würden. Nur sehr zögerlich äußert sich Kritik an der Vorgehensweise der Administration. Eine breite Diskussion um demokratische Werte in Krisenzeiten und um das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit scheint kaum stattzufinden. Diese folgenreichen Entwicklungen, ihre historischen Zusammenhänge, ihre Auswirkungen auf das politische System der USA sowie eine Analyse der aktuellen Situation in den USA und in Europa stehen im Mittelpunkt der Arbeit." (Autorenreferat)

[354-L] Zimmermann, Andreas; Geiß, Robin:

Die Tötung unbeteiligter Zivilisten: menschenunwürdig im Frieden - menschenwürdig im Krieg?, in: Der Staat : Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht, Bd. 46/2007, H. 3, S. 377-393 (Standort: USB Köln(38)-FHM XF7; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Das BVerfG hat in seinem Urteil zum Luftsicherheitsgesetz ausdrücklich hervorgehoben, dass die Tötung unbeteiligter Zivilisten im Kriegsfall keinen verfassungsrechtlichen Bedenken unterliegt, soweit sie sich gegen diejenigen richtet, denen ein solcher Angriff zuzurechnen ist. Gleichwohl hat es mit dem GG unvereinbar angesehen, soweit vom Abschuss des Luftfahrzeugs Personen betroffen werden, die als dessen Besatzung und Passagiere auf die Herbeiführung eines nichtkriegerischen Luftzwischenfalls keinen Einfluss genommen haben. Auffällig ist dabei insbesondere die zweimalige ausdrückliche Bezugnahme des Senats auf "nichtkriegerische Luftzwischenfälle" beziehungsweise auf "Streitkräfteeinsätze nichtkriegerischer Art". Diese Differenzierung wirft jedoch mehr Fragen auf als sie beantwortet. Der Autor fragt: Wie lässt sich, wenn überhaupt, im Anwendungsbereich der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG zwischen kriegerischen und nichtkriegerischen Maßnahmen unterscheiden? Kann, was in Friedenszeiten als menschenunwürdig anzusehen ist, im bewaffneten Konflikt mit der Menschenwürde in Einklang stehen? Im Hinblick auf diese Fragestellung wird zunächst analysiert, ob und wenn ja in welchem Umfang die Tötung unbeteiligter Zivilisten in bewaffneten Konflikten völkerrechtlich überhaupt zulässig ist, bevor sodann untersucht wird, ob die vom Ersten Senat vorgenommene Differenzierung zwischen dem Einsatz militärischer Mittel im bewaffneten Konflikt und außerhalb eines bewaffneten Konflikts verfassungsrechtlich haltbar erscheint. (ICA2)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Aaron, David L. 162
Abou-Taam, Marwan 1
Albrecht, Hans-Jörg 2, 113
Algieri, Franco 163
Al-Jabiri, Ishtar 277
Alkoby, Asher 161
Andreopoulos, George 303
Anter, Andreas 144
Aradau, Claudia 304
Armborst, Andreas 2
Arnould, Andreas von 305
Arnim, Gabriele von 306
Asad, Talal 213
Asmus, Hans-Joachim 3
Aubrey, Stefan M. 247

B

Bader, Erwin 4, 5
Baecker, Dirk 6
Bangert, Dennis 7
Barker, Brig 248
Bauer, Michael 8, 114, 163
Beauchesne, Ann M. 162
Beestermöller, Gerhard 9, 307, 308
Benczur-Juris, Tibor 191, 192
Bendiek, Annegret 164
Berger, Lars 249
Bergesen, Albert J. 10
Beyer, Anna Cornelia 165
Beyer, Cornelia 250, 251, 252, 253
Bielefeldt, Heiner 309
Billen, Christophe 166
Blaschke, Ulrich 310
Blumentrath, Hendrik 12
Blumenwitz, Dieter 201
Bock, Andreas 13
Böckenförde, Stephan 115
Boer, Monica den 189
Boff, Leonardo 14
Bos, Ellen 15
Bott, Klaus 120
Boyle, Michael J. 254
Braml, Josef 255, 256
Brandes, Marius 211
Brecher, Bob 311
Brodda, Carsten 292
Brown, David 167
Bruchmüller, Silke 116
Brünneck, Alexander von 16
Brzoska, Michael 173
Buckow, Sebastian 117

Buhtz, Mathias 17
Bukow, Sebastian 118
Bull, Hans Peter 312
Burke, Jason 18
Burwell, Frances G. 162
Busch, Heiner 257
Büsching, Stephan 119
Buttlar, Christian von 168, 233

C

Coester, Marc 120
Corn, Tony 214
Crane, Conrad 258
Creveld, Martin van 180

D

Deile, Volkmar 306
Deiseroth, Dieter 215
Deiß, Tanja Kristin 121
Dembinski, Matthias 313
de Nelson, Sonia Ambrosio 278
Denkowski, Charles A. von 122
Denninger, Erhard 216
Dienstbühl, Dorothee 123
Dombrowsky, Wolf R. 314
Dormal, Michel 20
Duyvesteyn, Isabelle 217

E

Eckert, Roland 21, 22
Eder, Franz 169
Eith, Ulrich 78
Elsbergen, Gisbert van 279
Elter, Andreas 280

F

Feuerstein, Andreas 259
Fischer, Susanne 170
Ford, Christopher A. 260
Forsberg, Ole J. 23
Förster, Achim 310
Frankenberg, Günter 315
Freedman, Lawrence 24
Freeman, Michael 261
Freuding, Christian 218
Frey, Bruno S. 25, 281
Fricke, Sascha A. 124
Frowein, Jochen Abr. 316

G

Gabriel, Karl 26
Gareis, Sven Bernhard 115, 219

Gatliff, Jason 220
 Gearty, Conor 317
 Gehl, Günter 27
 Geiß, Robin 354
 Gerhards, Jürgen 277
 Germann, Jan-Peter 125
 Ghetti, Michelle Ward 282
 Giesen, Bernhard 28
 Gießmann, Hans J. 221, 330
 Gießmann, Hans-Joachim 222
 Glaab, Sonja 283
 Glaebner, Gert-Joachim 171
 Glawe, Robert 126
 Glück, Antje 277
 Göller, Thomas 318
 Görgen, Thomas 29
 Gössner, Rolf 319, 320
 Göttler, Felix 321
 Gramckow, Heike 322
 Greven, Michael Th. 223

H

Halverscheid, Susanne 110
 Hamilton, Daniel S. 172
 Hansen, Stefan 127
 Hanus, Vera 128
 Hartwig, Stefan 284
 Hassan, Riaz 30
 Haubrich, Dirk 323
 Hauninger, Anthony 31
 Haußecker, Nicole 285
 Hawley, Thomas M. 262
 Hegemann, Hendrik 173
 Heinke, Eva-Maria 32
 Heinz, Wolfgang S. 324, 325, 326, 327, 328, 329
 Heller, Daniel 33
 Heller, Regina 174, 175, 330, 331
 Helmerich, Antje 15
 Hess, Henner 34
 Hetzer, Wolfgang 224
 Heym, Franziska 35
 Hidalgo, Oliver 332
 Hilker, Thomas 36
 Hillebrand, Claudia 189
 Hillebrandt, Frank 37
 Hofer, Bernhard 84
 Hoffman, Bruce 38
 Höntzsch, Tillmann 225
 Hoogensens, Gunhild 39
 Horlohe, Thomas 263
 Hubel, Helmut 226
 Huster, Stefan 129, 333
 Hutter, Franz-Josef 306

I

Ignatieff, Michael 334

J

Jäggle, Martin 41
 Janshen, Doris 74
 Japp, Klaus P. 42, 43
 Johnson, Thomas H. 264
 Junge, Matthias 44

K

Kahl, Martin 130, 174, 175, 176, 177, 330, 331
 Kaim, Markus 178, 227
 Kaschner, Holger 45
 Kemmesies, Uwe E. 46, 47
 Kerner, Hans-Jürgen 120
 Kernic, Franz 48
 Khal, Martin 265
 Kippenberg, Hans G. 49, 50
 Kircher, Astrid 51
 Knelangen, Wilhelm 131, 179
 Knop, Katharina von 180
 Köckritz, Jan A. 266
 Kögler, Konrad 267
 Kohlhoff, Jörg 228
 Kolnberger, Thomas 52, 53
 König, Hans-Dieter 268
 Kovalev, Aleksandr A. 229
 Krämer, Gudrun 49
 Krasmann, Susanne 335
 Kron, Thomas 32, 54, 55
 Kronfeld-Goharani, Ulrike 56
 Krumweide, Heinrich-W. 57
 Kuhli, Milan 132
 Kümmel, Gerhard 58
 Kurtenbach, Sabine 306

L

Lange, Hans-Jürgen 133, 134
 Langguth, Gerd 135
 Lepsius, Oliver 336
 Linder, Bernadette 286
 Liste, Philip 161
 Lizardo, Omar 10, 59
 Loewe, Marie-Noelle 337
 Löfflmann, Georg 230
 Lorenz, Astrid 171
 Lorz, Ralph Alexander 181
 Löser, Wolf-Dieter 231
 Lübke, Hermann 60
 Lüdtke, Ralph-Maria 232
 Lumpp, Stephanie 310

M

Mahncke, Jacob C. 338
 Mammen, Lars 181
 Mangott, Gerhard 169
 Martinez, Luis Miguel Hinojosa 182

Masala, Carlo 183
Masters, Daniel 61
McAdams, A. James 136
McCauley, Clark 65
Meggle, Georg 62
Meiser, Christian 233
Mertes, Joachim 137
Mészáros, Tarquin 184
Meyer, Hendrik 138
Middel, Stefan 139, 140
Möller, Reinhard 63
Möllers, Martin H.W. 64
Möllers, Martin H. W. 141
Monar, Jörg 185
Moskalenko, Sophia 65
Müller, Erwin 186
Müller, Harald 269
Müller, Markus M. 339
Münkler, Herfried 66, 287

N

Nabers, Dirk 187, 270
Neidhardt, Friedhelm 67
Neisser, Heinrich 180, 188
Nelson, C. Richard 162
Niklaus, René 142
Nischler, Christiane 68
Nitschke, Peter 69, 70
Nölke, Andreas 189
Normann, Lars 143
Nossek, Hillel 288
Nowak, Manfred 271, 340
Nuscheler, Franz 341

O

Ooyen, Robert Chr. van 71, 190
Overhaus, Marco 234

P

Paech, Norman 235
Pankratz, Thomas 191, 192
Pekelder, Jacco 72
Petchsiri, Apirat 193
Peters, Dirk 194
Petersen, Christer 289
Petretto, Kerstin 195
Pfahl-Traughber, Armin 73
Pietschmann, Nina 342
Plogstedt, Sibylle 74
Prantl, Heribert 343
Preuß, Torsten 144
Prützel-Thomas, Monika 75

R

Raab, Jörg 76
Reckmann, Jan 196, 197
Reddig, Melanie 54

Reese-Schäfer, Walter 344
Reuber, Paul 296
Richter, Carola 290
Riecke, Henning 198
Riescher, Gisela 345
Riley, K. Jack 162
Rittberger, Volker 165
Robbers, Gerhard 137
Robinson, Laura 77
Rohner, Dominik 281
Rosand, Eric 199
Rose, Jürgen 236
Rosenzweig, Beate 78
Rost, Sophia 79
Roth, Kenneth 272
Roth, Roland 346
Rudolph, Karsten 129, 333
Ruf, Anda Catharina 347
Russell, James A. 264

S

Sageman, Marc 80
Schäfer, Mike S. 277
Schaller, Christian 200, 237
Scharpenack, Inga 201
Scheel, Constanze 238
Scheffner, Thomas 81
Scheinin, Martin 348
Scheufele, Bertram 291
Schicha, Christian 292, 293
Schild, Georg 349
Schilling, Sebastian 239
Schlachetzki, Constantin 145
Schlögel, Martina 146, 350
Schmidt, Judith 310
Schmidt-Radefeldt, Roman 240
Schmittchen, Dirk 273
Schneckener, Ulrich 82, 83, 202, 203, 204, 205
Schneider, Friedrich 84
Schneider, Jens-Peter 351
Schneider, Patricia 147, 186, 206
Schneider, Wolfgang Ludwig 85
Scholz, Michael 241
Schraut, Sylvia 86
Schröder, Detlef 29
Schubert, Samuel R. 87, 88
Schulte, Philipp H. 148
Schulze, Reinhard 89
Schwanitz, Wolfgang G. 274
Schwarz, Christoph 149
Schwegel, Andreas 150
Schwehm, Johannes 242
Schweitzer, Yoram 90
Sebaldt, Martin 111
Seibel, Wolfgang 76
Seidensticker, Tilman 49

Seifer, Kerstin 235
Senn, Martin 169
Shay, Shaul 90
Sheikhzadeh, Shahram 275
Sieber, Ulrich 2
Sinai, Joshua 151
Six, Clemens 52
Soeffner, Hans-Georg 294
Soriano, Manuel R. Torres 295
Spieß, Christian 26
Spillmann, Kurt R. 276
Staack, Michael 152, 305
Steinberg, Guido 91, 92, 93
Stern, Klaus 153
Stock, Jürgen 154
Stoll, Peter-Tobias 207
Stolle, Peer 155
Storck, Sascha B. 94
Straßner, Alexander 95, 96
Strutynski, Peter 232
Strüver, Anke 296
Sturm, Roland 145, 158

T

Tessmer, Carsten 306
Thamm, Berndt Georg 98
Theveßen, Elmar 297
Tonnies, Sibylle 243
Trautmann, Sebastian 298

U

Urban, Johannes 100, 156, 157
Utterström, Anna 208

V

Vasilache, Andreas 193
Voigt, Susanne 209
Vollmer, Thomas 101

W

Waldmann, Peter 102, 103, 104, 105, 106
Walthelm, Britta 158
Weber, Sebastian 210
Weck, Jan Christian 244
Weichert, Stephan A. 299, 300
Weigel, Andreas 159
Weimann, Gabriel 301
Weiss, Dieter 245
Wiefelsputz, Dieter 160
Wiegand, Irina 352
Wiener, Antje 161
Wieser, Marion 353
Wieviorka, Michel 107
Wildfang, Anne 108
Winkler, Katja 26
Winseck, Dwayne 302
Witschel, Georg 211

Witte, Daniel 109
Witte, Erich H. 110
Wolf, Reinhard 265
Wolkersdorfer, Günter 296
Wolny, Kerstin 212
Wörle, Johannes 111

Z

Zimmer, Brian 162
Zimmermann, Andreas 354
Zimmermann, Ekkart 112
Zürcher, Christoph 246

Sachregister

A

Abschiebung 328
 Abschreckung 25
 Abwehrmechanismus 145, 158
 Advocacy 317
 Afghanistan 15, 18, 26, 40, 78, 90, 92, 93,
 137, 196, 197, 211, 215, 218, 223, 225,
 230, 235, 236, 237, 239, 240, 245, 246,
 258, 263, 270, 276, 284, 292, 296, 329
 Afrika 11, 38, 93, 195, 211, 249, 273, 283,
 285
 Afrikanische Union 195
 Afrika südlich der Sahara 211, 249, 283, 285
 Agency and Structure 59
 Aggression 108, 229
 Ägypten 93, 249
 Akteur 29, 34, 37, 45, 67, 68, 89, 97, 107,
 109, 141, 173, 208, 303, 348
 Aktivität 193
 Algerien 38
 Aliens 308
 allgemeine Soziologie 25
 Alltag 300
 Al Qaeda 261
 Ambivalenz 81
 Amerikanisierung 286
 Amnesty International 327
 Amt 199
 Anarchismus 280, 294
 Angeklagter 267
 anglophones Afrika 249, 283, 285
 Angriffskrieg 241, 244
 Angst 5, 22, 66, 72, 277, 279
 Anthropologie 4
 Antiimperialismus 33
 Antikapitalismus 33
 Antike 280
 Antikolonialismus 33, 53
 Antisemitismus 20, 232
 Anti-Terror-Politik 46, 206
 Araber 285
 arabische Länder 20, 38, 40, 57, 85, 91, 93,
 167, 197, 211, 214, 223, 232, 237, 242,
 249, 257, 258, 265, 268, 269, 270, 273,
 276, 284, 290, 326, 329
 Arendt, H. 20
 Argentinien 95
 Armed Forces 160, 217
 Armut 41, 106
 ASEAN 165, 193
 Assimilation 314
 Ästhetik 300

Attentat 4, 5, 7, 8, 13, 15, 26, 36, 37, 44, 50,
 51, 58, 60, 79, 82, 103, 107, 109, 133,
 135, 142, 196, 249, 276, 289, 292, 296,
 323, 349
 Attitudes 65
 Attribution 6
 Attributionstheorie 110
 Aufmerksamkeit 7, 292
 Ausländerpolitik 349
 Ausländerrecht 157
 Auslandseinsatz 147, 218, 219, 225, 230, 231,
 233, 235, 237, 238, 240, 246
 Auslieferung 188
 Ausnahmezustand 335
 Außenpolitik 15, 56, 115, 125, 131, 149, 196,
 197, 226, 232, 234, 235, 242, 249, 252,
 256, 269, 273
 autoritäres System 290
 Autoritarismus 268
 Autorität 220

B

Bangladesch 52
 Bedrohung 39, 58, 60, 72, 82, 91, 127, 129,
 133, 135, 147, 153, 166, 174, 223, 224,
 226, 255, 270, 277, 291, 311, 313, 332,
 337, 340, 348
 Begriffsbildung 62
 Behavior 65
 Behörde 126, 127, 150
 Benachteiligung 22
 Benjamin, W. 20
 Berechtigung 49
 Berichterstattung 277, 279, 284, 285, 286,
 288, 289, 292, 293, 294, 296, 298, 299
 berufliche Rehabilitation 74
 berufliches Selbstverständnis 288
 Bestandsaufnahme 155, 267
 Beteiligung 165
 Bevölkerung 66, 72
 bilaterale Beziehungen 192, 324
 Bild 284
 Bildmaterial 289
 Bildung 56
 Bin Laden, Osama 282
 Biographie 19
 biologische Waffe 56, 273
 Biomedizin 306
 Bolivien 232
 Bourdieu, P. 37
 Brasilien 14, 95
 Bundesamt für Verfassungsschutz 124, 127,

143
 Bundesgerichtshof 155
 Bundesgrenzschutz 118, 134
 Bundeskompetenz 118
 Bundeskriminalamt 117, 118, 122, 127, 139, 146, 150
 Bundesland 117, 137
 Bundesnachrichtendienst 116, 124, 134, 159
 Bundespolitik 117, 141
 Bundesrat 116
 Bundesregierung 116, 239
 Bundestag 116, 186, 215
 Bundesverfassungsgericht 139, 153, 351, 354
 Bundeswehr 26, 124, 126, 127, 134, 137, 142, 147, 152, 157, 215, 218, 219, 225, 228, 230, 231, 232, 235, 236, 238, 239, 240, 245, 246, 310, 354
 Bündnis 90/ Die Grünen 116
 Bürger 151, 255, 262, 322
 Bürgerkrieg 11, 26, 57, 102, 228, 237, 245
 Bürgerrecht 87, 138, 177, 186, 312, 313, 316, 320, 322, 330, 331, 339, 341, 349, 353

C

CDU 339
 Charta 233
 chemische Waffe 273
 Christentum 276
 CIA 269, 340
 Coalitions 160
 Codierung 12
 Computer 56
 computervermittelte Kommunikation 290, 297, 299
 Conflict 59
 Constitutional Amendments 160
 Constitutions 160
 Contrat Social 262
 Crime and criminals 282
 Criminal justice 248
 CSU 339

D

Datennetz 127
 Datenschutz 141, 324
 Datenspeicherung 350, 351
 DDR 74
 Definitions 59
 Dekonstruktivismus 44
 Demokratieverständnis 189, 305, 344
 demokratisches Verhalten 189
 Demokratisierung 239, 251, 269
 Demonstration 64
 Deprivation 21
 Dezentralisation 25
 Dialog 5, 14
 Die Republikaner 3

Diplomatie 239, 340
 Disaster prevention 248
 Diskussion 73, 147, 353
 Drittes Reich 280
 Drittländer 174
 Druckmedien 279, 298
 DVU 3

E

Effektivität 181, 251, 311
 Emotionalität 277, 285
 empirische Forschung 29
 Entgrenzung 39
 Entwicklungshilfe 115
 Entwicklungspolitik 41, 239
 Entwicklungsstand 29, 41, 106
 Erfolg-Misserfolg 96, 148, 239
 Ermittlungsverfahren 155
 Eskalation 280, 289
 ESVP 185, 198
 Ethik 4, 5, 9, 26, 110, 307
 ethnische Beziehungen 22
 ethnische Gruppe 23
 ethnischer Konflikt 84, 103
 Ethnizität 102
 Ethnonationalism 61
 EU-Beitritt 171
 EU-Politik 163, 174, 176, 191, 196, 206, 208, 209, 313
 europäische Institution 191
 europäische Integration 165, 171, 210
 Europäischer Gerichtshof 306, 351
 europäische Sicherheit 40, 63, 117, 134, 137, 175, 185, 190, 191, 192, 328
 Europäisches Recht 210, 351, 352
 europäische Zusammenarbeit 191
 Europäisierung 117, 171, 186, 190
 Europaparlament 186
 Europapolitik 171, 190
 Europarat 185, 324, 352
 EU-Staat 198, 209
 EU-Vertrag 163
 Event 288
 Evolution 14
 Exekutive 330
 Experte 29, 199
 Expertenbefragung 29

F

Faktorenanalyse 57
 Fanatismus 36
 Faschismus 73
 Federal Republic of Germany 136, 160
 Feindbild 12, 14, 21, 56, 85, 274, 285
 Fernsehen 283, 285, 287, 290, 292, 293, 299, 300
 Fernsehprogramm 287

- Fernsehsendung 287
Film 293
finanzielle Situation 29
Föderalismus 122, 133, 336, 339
Folter 64, 168, 271, 310, 311, 315, 316, 328, 329, 335, 340, 343
Foreign Policy 254
Foreign relations 261
Forschungsansatz 29, 37, 45, 47, 48, 54, 67, 68, 85, 109, 154
Forschungsdefizit 67
Forschungsgegenstand 47, 67, 108, 154, 190
Frankfurter Schule 95
Frankfurt School 278
frankophones Afrika 38
Frankreich 95, 171, 323
Französische Revolution 38
Frau 86
Freedom 304
Freiheit 23, 64, 69, 114, 127, 139, 140, 176, 186, 190, 206, 208, 223, 262, 298, 305, 310, 315, 332, 337, 339, 341, 343
freiheitlich-demokratische Grundordnung 320, 336
Freiheitsrecht 78, 177, 186, 210, 255, 309, 310, 312, 314, 322, 323, 332, 333, 337, 339, 341, 346, 349, 352
Fremdgruppe 108
Freund-Feind-Bild 12, 67, 257
Frieden 14, 26, 264, 354
Friedenspolitik 216, 238
Friedenssicherung 147, 170, 215, 236, 238, 239, 246
Friedenstruppe 237, 245
Frustration 108
Fundamentalismus 1, 2, 3, 4, 5, 11, 14, 15, 18, 22, 28, 33, 35, 36, 44, 48, 51, 52, 53, 56, 69, 73, 78, 88, 95, 98, 101, 135, 228, 244, 268, 283, 290, 292, 293, 297, 298, 299
Funktionalität 184
Funktionsfähigkeit 184
Funktionswandel 232
- G**
GASP 163, 164, 197
Gefährdung 32, 69, 70, 122, 142, 220, 279, 332
Geheimdienst 69, 121, 122, 124, 127, 131, 159, 191, 192, 257, 271, 328, 333
Geld 27, 123, 139, 353
Geldtransfer 123
Geltungsstreben 318
Geopolitik 296
Gerechtigkeit 26, 31, 81, 208, 220, 270
Gericht 161, 348
Gerichtsbarkeit 188
Gerichtsverfahren 267, 324
Geschlecht 86
Geschlechtsrolle 86
gesellschaftliches Bewusstsein 106
Gesellschaftsordnung 44
Gesetz 60, 113, 127, 144, 323, 349
Gesetzgebung 78, 113, 116, 119, 129, 139, 140, 142, 146, 148, 155, 298, 307, 322, 323, 325, 336
gesetzliche Regelung 113, 144, 148, 153, 210
gesundheitliche Folgen 74
Gewalt 2, 6, 7, 11, 17, 20, 22, 23, 24, 26, 37, 38, 39, 44, 48, 49, 56, 57, 62, 63, 64, 82, 87, 88, 94, 100, 125, 148, 180, 212, 220, 237, 244, 256, 258, 280
Gewaltbereitschaft 3, 20, 21, 22, 24, 39, 63, 64, 78, 87, 88, 100, 101, 102, 244
Gewaltkriminalität 3, 64, 88, 148
Gewaltmonopol 105, 258
Gewaltverzicht 24
Global Governance 165, 172, 184, 212
Globalisierung 10, 14, 22, 23, 39, 47, 48, 58, 69, 70, 75, 83, 107, 161, 202, 225, 250, 264, 306, 346
Globalization 317
Governance 174, 184
Great Britain 136
Grenzkosten 25
Grenzschutz 190
grenzüberschreitende Zusammenarbeit 201
Griechenland 95
Großbritannien 26, 104, 107, 119, 158, 171, 311, 323, 325
Große Koalition 339
Großstadt 105
Grundgesetz 116, 144, 152, 230, 309, 336, 344
Grundrecht 64, 116, 127, 134, 138, 151, 155, 185, 224, 307, 309, 310, 312, 316, 320, 324, 341, 350, 351
Gruppe 35, 68, 108
Gruppenbildung 1
Gruppendynamik 1, 96
Gruppenzugehörigkeit 1
Guerilla 31, 36, 57, 67, 78, 94, 95, 148, 180, 228, 236
GUS 166
- H**
Habitus 37
Haftbedingung 271
Häftling 74
Handlungsorientierung 49, 97
Handlungsspielraum 45, 310
Harmonisierung 161, 188
Hauptstadt 292
Hegemonialpolitik 184, 214, 264
Hegemonie 250

-
- Hermeneutik 89
 Herrschaft 34, 44
 historische Analyse 23, 107, 148, 211, 353
 Hobbes, T. 264, 318, 332
 Hoheitsrecht 241
 humanitäre Intervention 216, 232, 258, 303
 Humanitarian Intervention 243
 Humanität 237
 Human Rights 308, 317
- I**
- Identifikation 104
 Identität 1, 12, 21, 102, 108
 Identitätsbildung 1, 21, 104
 Ideologie 20, 34, 51, 70, 73, 91, 247
 Ideologiekritik 20
 Imperialismus 58, 214, 265
 Implementation 209, 263
 Imprisonment 272
 Indien 52
 Individualität 1
 Individualrecht 206, 341
 Individuum 210, 318
 Indonesien 52
 Informationsaustausch 185
 Informationsgesellschaft 300, 351
 Informationsgewinnung 297, 313
 Informationspolitik 289, 302
 Informationssystem 176
 Infrastruktur 83, 145
 Inklusion 314
 Innenpolitik 56, 115, 117, 118, 121, 126, 129, 131, 134, 139, 141, 150, 152, 157, 158, 163, 171, 198, 256, 298, 323, 336
 innere Sicherheit 5, 7, 41, 56, 66, 69, 99, 100, 114, 117, 118, 119, 124, 125, 126, 129, 131, 133, 134, 135, 137, 138, 139, 140, 142, 143, 144, 150, 152, 154, 157, 158, 174, 175, 179, 190, 206, 222, 226, 269, 297, 298, 309, 310, 312, 313, 315, 323, 328, 333, 337, 339, 343, 349, 353
 Institutionalisierung 91, 141, 208
 institutionelle Faktoren 184, 192
 Instruktion 50
 Instrumentalisierung 17, 311
 Instrumentarium 206
 Intellektueller 344
 interdisziplinäre Forschung 46, 54
 Interdisziplinarität 45
 Interessengruppe 67
 Interessenlage 115, 281
 Interessenorientierung 281
 Interessenpolitik 281
 interkultureller Vergleich 277
 Internal security 80, 272
 International Cooperation 254
 internationale Anerkennung 185
 internationale Beziehungen 10, 68, 128, 131, 165, 169, 171, 187, 195, 200, 202, 203, 204, 205, 216, 225, 227, 252, 253, 255, 264, 271, 305, 318
 internationale Führungsmacht 264, 305
 internationale Organisation 92, 111, 166, 173, 191, 195, 202, 203, 204, 207, 212, 346
 internationale Politik 92, 131, 135, 166, 169, 173, 175, 184, 185, 191, 195, 200, 203, 204, 207, 215, 224, 252, 253, 265, 271, 303, 326, 331, 332, 349
 Internationaler Gerichtshof 212
 internationaler Konflikt 201
 internationales Abkommen 170, 185, 207, 306, 352
 internationale Sicherheit 1, 13, 40, 41, 42, 47, 56, 60, 78, 82, 83, 92, 123, 137, 147, 153, 162, 177, 185, 192, 195, 200, 201, 203, 204, 205, 207, 210, 211, 212, 222, 223, 224, 227, 229, 245, 250, 255, 273, 275, 297, 303, 315, 325, 332, 335
 internationales Recht 4, 108, 161, 181, 201, 212, 222, 229, 233, 241, 303, 340
 internationales Regime 181
 internationales System 187, 264
 internationale Zusammenarbeit 60, 117, 123, 161, 162, 164, 167, 172, 173, 174, 178, 179, 181, 187, 192, 198, 201, 203, 207, 218, 323, 324
 Internationalisierung 7, 27, 38, 39, 54, 55, 56, 64, 69, 70, 82, 88, 109, 117, 172, 180
 International Law 182, 317
 Internet 70, 80, 167, 180, 283, 290, 295, 297, 299, 301, 302
 Intervention 201, 234, 303
 IRA 107
 Irak 40, 85, 167, 197, 214, 223, 232, 237, 242, 249, 257, 258, 265, 268, 270, 276, 284, 326, 329
 Iran 232, 273
 Iraq 30
 Islam 1, 15, 18, 33, 48, 49, 50, 51, 52, 57, 63, 68, 71, 78, 79, 81, 93, 103, 148, 180, 244, 248, 274, 278, 292
 islamische Gesellschaft 68, 81, 93, 277
 Islamismus 1, 2, 3, 4, 14, 15, 18, 20, 22, 27, 28, 33, 34, 35, 43, 44, 46, 47, 48, 51, 52, 53, 56, 58, 60, 63, 68, 69, 70, 71, 73, 75, 78, 79, 81, 83, 85, 86, 89, 91, 93, 95, 98, 100, 101, 102, 107, 116, 119, 122, 124, 135, 143, 156, 169, 176, 228, 232, 244, 249, 269, 274, 275, 277, 279, 283, 286, 290, 293, 297, 298, 299, 331
 Israel 20, 30, 40, 288, 329
 Israeli 285
 Italien 23, 95, 171

J

Japan 95, 187, 306
Jemen 93
Journalism 278
Journalismus 284, 288, 292
Judentum 38
Judikative 259
Jugoslawien 57
Justiz 121, 123, 126, 150, 163, 198, 206, 210, 259, 267
Justizvollzugsanstalt 259

K

Kalter Krieg 57, 106, 214
Kampagne 92
Kanada 137
Kapital 123
Karibischer Raum 273
Katastrophenschutz 134, 141, 157
katholische Soziallehre 4
Katholizismus 14
Kausalität 32
Kenia 249, 283, 285
Kernwaffe 56, 169, 273
Kirchen 56
Koalition 116
Koalitionspolitik 339
kollektive Identität 108
Kommunikation 6, 45, 85, 280, 283, 284, 290, 292, 297, 299, 300
Kommunikationsbarriere 297
Kommunikationsforschung 292
Kommunikationsmedien 283, 290, 297, 299
Kommunikationsmittel 103
Kommunikationspolitik 284
Kommunikationsverhalten 280
Kompetenzverteilung 118, 344
Komplexität 32, 55, 180
Konfliktlösung 251
Konfliktpotential 88
Konfliktregelung 44, 82, 170, 271
Konfliktsituation 48, 100
Konfliktstrategie 66, 88
Konfliktstruktur 48, 62, 100
Konfliktverhalten 100
Konstrukt 270
Konstruktion 12, 270, 291
Konstruktivismus 17
Konvention 211, 324, 340
Konvergenz 175
Kooperationsform 192
Koordination 172, 181, 185, 208, 297, 299
Kosovo 243
Kosten-Nutzen-Analyse 25
Krankheit 74, 106
Krieg 4, 5, 13, 17, 26, 38, 58, 67, 69, 70, 81, 85, 88, 110, 125, 128, 148, 167, 170,

180, 201, 214, 215, 216, 220, 224, 228, 229, 230, 232, 233, 235, 237, 242, 247, 249, 251, 252, 256, 257, 265, 268, 270, 276, 279, 284, 296, 300, 302, 311, 354
Kriegsausbruch 292
Kriegserklärung 292
Kriegsführung 8, 31, 55, 66, 135, 168, 223, 236, 250, 262, 311
Kriegsgefangener 168
Kriegsrecht 168, 316
Kriegsverbrechen 212
Kriegsvölkerrecht 242
Kriminalisierung 212
Kriminalität 29, 47, 108, 154, 155, 201, 212, 262
Kriminalpolitik 3, 69, 154, 305
Kriminalsoziologie 29
Kriminaltechnik 154
Kriminologie 108, 154, 201
Krise 17
Krisenintervention 169, 225
Krisenkommunikation 292, 300
Krisenmanagement 169, 225, 246
Krisenverhalten 300
Kritische Theorie 20
Kuba 273
Kultur 14, 21, 44, 45, 125, 318
kulturelle Beziehungen 81
kulturelle Identität 22, 78
kulturelles Verhalten 275
Kulturkampf 22, 56, 71, 318
Kulturkonflikt 15, 27

L

Landespolitik 141
Lebenslauf 19
Lebenssituation 74
Legislation 182
Legislative 154
Legitimacy 254
Legitimation 2, 9, 17, 31, 34, 35, 49, 81, 91, 189, 216, 303, 305, 311, 330, 331, 335
Legitimität 215
Leitbild 230, 296
Libanon 40, 57, 211
Liberalismus 255, 262
Libyen 211, 273
Linksradikalismus 3, 53, 72, 75, 86, 121, 148, 280, 283, 299
Locke, J. 220, 262
Logik 32, 109, 155
Luftverkehr 60, 142, 152, 307, 354

M

Maastrichter Vertrag 163
Macht 6, 7, 32, 87, 103, 117, 165, 184, 270
Machtkampf 85, 87

-
- Machtpolitik 87, 224, 250
 Machtsicherung 293
 Machtverfall 87
 Marktversagen 145
 Marxismus 280
 Marxismus-Leninismus 95
 Massenkommunikation 281, 284
 Massenmedien 84, 277, 280, 281, 283, 286, 288, 289, 292, 293, 294, 298, 299
 Massenvernichtungswaffe 36, 70, 124, 137, 169, 211, 244, 269, 275
 Mass media 282
 Mass Media 278, 295, 301
 Meaning 77
 Medien 38, 45, 67, 94, 103, 280, 281, 283, 285, 286, 290, 291, 292, 293, 296, 300
 Mediengesellschaft 300
 Medienjournalismus 281, 292
 Medienkritik 281, 287
 Medienpolitik 281, 299
 Medientechnik 289
 Medienverhalten 7, 281
 Mehrebenenanalyse 39
 Mehrebenensystem 172
 Meinungsbildung 294
 Meinungsfreiheit 297
 Meinungsführer 294
 Menschenbild 276
 Menschenrechte 26, 43, 56, 64, 166, 168, 185, 207, 211, 226, 232, 240, 259, 303, 306, 307, 309, 316, 318, 320, 324, 325, 327, 328, 329, 330, 331, 334, 340, 341, 346, 348, 351, 352, 354
 Menschenrechtsverletzung 116, 168, 259, 262, 271, 303, 324, 326, 327, 348
 Menschenwürde 168, 309, 310, 318, 348, 354
 Metapher 296
 Metropole 292
 Migrant 104, 314, 320
 Migration 69, 180, 298, 306
 Migrationspolitik 104, 232
 Militanz 101
 Militär 56, 60, 115, 126, 134, 147, 152, 190, 201, 214, 221, 226, 230, 237, 238, 245, 302, 326
 Militärdoktrin 223, 262
 militärische Intervention 26, 142, 152, 170, 197, 218, 220, 222, 224, 225, 228, 230, 233, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 245, 246, 250, 258, 269, 275, 277
 militärische Präsenz 219, 222, 225, 227, 263
 militärischer Konflikt 11, 24, 197, 233, 237, 245, 269, 284, 296
 Militarisierung 235, 256
 Militarismus 214
 Militärpolitik 222, 227, 231, 234, 275
 Militärpotential 227
 Military Effectiveness 217
 Military Personnel 308
 Minderheit 166
 Minderheitenpolitik 166
 Misshandlung 326
 Mobilisierung 305, 344
 Modellentwicklung 23
 Moderne 44, 45, 48, 54, 55, 71, 75, 105
 Modernisierung 45, 78
 Moral 31, 311
 moralisches Urteil 311
 Morality 77
 Motiv 31, 33, 51, 84, 88, 102, 125
 Motivation 2, 4, 33, 58, 68, 84
 multikulturelle Gesellschaft 104
 Multilateralität 181, 193, 202, 230, 238
 multinationales Unternehmen 306
 Muslim 15, 18, 49, 50, 78, 81, 102, 104
 Muslims 278
 Mythos 300

N
 Nachbarschaft 104
 Nachhaltigkeit 239, 344
 Nachrichten 283, 293, 299
 Nahostpolitik 4, 20, 197
 Nation 199
 nationale Politik 331
 nationale Sicherheit 78, 124, 134, 139, 158, 171, 226, 244, 256, 336, 350, 353
 Nationalismus 23, 26, 31, 51, 53, 73
 Nationalsozialismus 20, 280
 Nationalstaat 39, 207, 216, 229
 NATO 115, 166, 169, 178, 211, 216, 218, 223, 227, 232, 234, 236, 238, 245
 Neokonservatismus 264, 276
 Neoliberalismus 14
 Neonazismus 46
 Netzwerk 76, 83, 85, 87, 88, 92, 108, 111, 124, 141, 189, 274
 News Media 295
 Newspapers 278
 nichtstaatliche Organisation 87, 346, 348
 Niederlande 72, 171
 Nihilismus 20
 Nordafrika 11, 38, 93, 211, 249, 273
 Nordkorea 273
 Nord-Süd-Konflikt 23
 Norm 331
 Normativität 17
 Normbildung 348
 Normsetzung 348
 Norwegen 171
 Notstandsgesetz 152
 NPd 3

O

Oberster Gerichtshof 259, 267
OECD 306
offene Gesellschaft 87, 337
öffentliche Aufgaben 126, 140, 147, 150,
152, 170, 238
öffentliche Meinung 115, 218, 245, 283, 298
öffentliche Ordnung 134
Öffentlichkeit 5, 38, 72, 73, 155, 280, 288,
294, 297, 298
Öffentlichkeitsarbeit 92, 232
ökonomisches Modell 109
ökonomische Theorie 4
Opfer 31, 34, 40, 62, 67, 86, 88, 103, 245,
294
Opposition 93
Ordnungspolitik 226
Organisation 67, 68, 87, 88, 91, 105, 141,
199, 208, 286, 344
Organisationen 7, 8, 32, 35, 36, 37, 55, 82,
84, 102, 121
Organisationsentwicklung 91
Organisationsstruktur 8, 18, 54, 88, 150
Organisationsziel 96
organisatorischer Wandel 126, 150
organisierte Kriminalität 27, 29, 70, 76, 84,
123, 124, 139, 171, 188, 353
Ostafrika 211, 249, 283, 285
Ost-West-Beziehungen 219
Ost-West-Konflikt 219
OSZE 166, 306, 324

P

Pakistan 15, 40, 52, 263, 324
Palästina 38, 52
palästinensisch-israelischer Konflikt 38, 51,
52, 228, 283
Paradigma 125
paramilitärischer Verband 237
Partizipation 45, 165
Patriotismus 293
PDS 3
permanente Revolution 95
Persischer Golf 249
Persönlichkeit 268
Persönlichkeitsrecht 333
Peru 95
Phänomenologie 108
Phantasie 311
Philosophie 5
PLO 36
Pluralismus 8, 16, 318
Polen 171
Political Philosophy 304
Political Power 254
Political Violence 65, 308
Politiker 14

Politikvermittlung 293
Politikwissenschaft 64, 190
politisch-administratives System 265
politische Agenda 245, 339
politische Aktivität 14, 179, 247
politische Bewegung 8, 48, 54, 75, 85, 86, 96,
100, 290
politische Beziehungen 63
politische Entwicklung 54, 92, 133
politische Ethik 9
politische Folgen 13, 63, 92, 236, 296, 323,
349
politische Führung 75
politische Geschichte 38
politische Gruppe 121, 222
politische Ideologie 1, 3, 28, 75, 88, 95, 96,
100, 247, 290, 299
politische Institution 11, 184, 212
politische Integration 247
politische Intervention 82
politische Kommunikation 253, 286, 292, 293
politische Kontrolle 6, 134, 262, 324, 327, 332
politische Kriminalität 39, 64, 138, 151, 188,
201, 294
politische Krise 296
politische Kultur 16, 125, 219, 230, 293
politische Macht 165, 184, 220, 335
politische Partizipation 86
politischer Akteur 44, 54, 55, 62, 87, 100, 115,
125, 259, 353
politische Rechte 276
politischer Gefangener 74
politischer Konflikt 1, 8, 13, 21, 28, 38, 40,
58, 63, 75, 84, 85, 88, 193, 222, 224, 280
politischer Wandel 8, 23, 125, 158, 223, 265
politisches Handeln 25, 44, 162, 349
politische Situation 306
politisches Programm 162, 179, 198, 290, 349
politische Stabilität 41, 139, 215
politische Strategie 24, 25, 55, 60, 130, 156,
157, 170, 184, 198, 250, 273
politische Theorie 10, 35, 71, 79, 125, 128,
255, 262
politische Verfolgung 271
politische Willensbildung 16, 149, 265
Politisierung 68
Polizei 3, 60, 64, 69, 117, 121, 122, 127, 131,
134, 137, 139, 140, 141, 179, 186, 190,
198, 206, 245, 257, 310, 312, 327, 339
Polizeieinsatz 186, 315
Popper, K. 337
positives Recht 318
Postmoderne 8, 14
postsozialistisches Land 63, 171, 175, 180,
306, 330, 331
Präsident 265, 268
Prävention 34, 47, 82, 114, 120, 122, 129,

139, 140, 147, 151, 154, 164, 169, 170,
208, 242, 269, 271, 303, 314, 332, 333,
341, 343
Press 282
Presse 279
Prevention 30
Privatisierung 340
Privatsphäre 350
Professionalisierung 311
Prognose 46
Proliferation 124, 273
Propaganda 280, 283, 290, 297, 299, 301, 302
Protestantismus 14
psychische Faktoren 51
Psychologie 51, 103
psychologische Kriegsführung 38, 103
Psychology 65, 301
psychosoziale Faktoren 46
Publicity 282
Publikum 67
Publizität 45

Q

Quellenanalyse 29

R

Radicalism 65
Radikalenerlass 143
Radikalismus 11, 19, 22, 46, 58, 73, 102, 104
Rahmenrichtlinien 209
Rassismus 73
Rasterfahndung 140
Rational-Choice-Theorie 25, 109
Rationalität 45, 68, 109
Realismus 214
Recht 117, 184, 220, 242, 298, 310, 335, 343
rechtliche Faktoren 127
Rechtsanspruch 340
Rechtsanwendung 139, 210, 257, 309, 325,
340
Rechtsauslegung 309
Rechtsbewusstsein 220
Rechtsgeltung 340
Rechtsgrundlage 113, 131, 153, 166, 201,
208, 218, 222, 257, 305, 309, 335, 344
Rechtslage 215, 240
Rechtsmittel 271
Rechtsnorm 161
Rechtsordnung 129, 161, 307
Rechtspolitik 64, 134, 138, 163
Rechtsprechung 113, 119, 139, 153, 161, 259,
267, 298, 339, 354
Rechtsradikalismus 3, 46, 103
Rechtsschutz 210, 325
Rechtssicherheit 351
Rechtssoziologie 148
Rechtsstaat 4, 27, 46, 66, 82, 100, 119, 129,

133, 138, 139, 140, 151, 153, 154, 186,
207, 224, 256, 271, 309, 310, 314, 316,
320, 322, 327, 328, 332, 333, 334, 336,
343, 351
Rechtsverletzung 125, 224, 257
Rechtsverständnis 207, 255
Rede 50
reflexive Modernisierung 8
Reflexivität 45
Reformbereitschaft 63
Regierung 67, 137, 193, 220, 256, 348, 349
Regierungspolitik 252, 334, 339
Regime 23
Region 165, 193
regionale Integration 166
Regionalisierung 111
Rekrutierung 91, 98, 167, 294
Religion 4, 14, 20, 22, 26, 31, 33, 36, 38, 48,
49, 51, 63, 68, 71, 85, 88, 89, 94, 102,
103, 105, 139
Religionszugehörigkeit 68
religiöse Bewegung 2, 18, 103
religiöse Faktoren 68, 103
religiöse Gruppe 18, 32, 38
religiöser Konflikt 18, 38, 52, 84, 103, 264
religiöse Sozialisation 18, 22
Religiosität 48, 50, 51, 52, 63
Religiosity 61
Repression 34, 154
Republikanische Partei 276
Revolution 31, 33, 57, 95, 96, 99
Rhetorik 253, 270
Risikokommunikation 158
Risk 254
Ritual 288, 300
Russland 95, 166, 171, 175, 180, 306, 330,
331
Rüstung 98
Rüstungsbegrenzung 169
Rüstungskontrolle 169

S

Sanktion 211, 303, 348
Saudi-Arabien 93, 249
Schutzmacht 208
Schweiz 23
Security 160, 304
Security Policy 160
Selbstbestimmung 140
Selbstbild 108
Selbstmord 1, 4, 5, 26, 36, 40, 51, 58, 79, 88,
107, 108, 109
Selbstverständnis 300
selektive Wahrnehmung 294
Semantik 62
Separatism 61
Separatismus 23, 193

- Sicherheit 5, 39, 48, 87, 99, 105, 114, 120, 127, 139, 140, 141, 142, 149, 155, 166, 176, 186, 190, 191, 201, 206, 208, 219, 226, 244, 298, 305, 333, 341, 344, 350
- Sicherheitsbewusstsein 66, 72, 305
- Sicherheitspolitik 1, 8, 39, 40, 56, 60, 64, 66, 72, 78, 87, 100, 115, 118, 119, 120, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 131, 133, 134, 135, 137, 141, 142, 147, 149, 155, 157, 158, 164, 165, 166, 167, 169, 170, 171, 173, 174, 175, 177, 178, 179, 180, 186, 190, 191, 193, 195, 196, 197, 200, 202, 203, 204, 205, 206, 216, 218, 219, 222, 225, 226, 227, 230, 233, 234, 235, 236, 238, 244, 245, 246, 250, 256, 258, 263, 265, 269, 273, 274, 275, 305, 306, 312, 322, 328, 335, 336, 339, 344
- Singapore 278
- Soldat 220
- Solidarität 47
- Somalia 249
- soziale Folgen 84, 311
- soziale Funktion 288
- soziale Integration 105
- soziale Lage 74
- soziale Norm 142, 184
- sozialer Wandel 219
- soziale Schließung 44
- soziales Netzwerk 39, 93, 167, 180
- soziales Problem 6
- soziale Stabilität 41
- Sozialethik 26
- Sozialforschung 106
- Sozialismus 280
- Sozialstruktur 32, 103
- soziokulturelle Entwicklung 79
- soziokulturelle Situation 161
- soziologische Theorie 6, 25, 37, 54
- SPD 116, 339
- Spiritualität 50
- Sprache 17, 285
- Sri Lanka 26, 30, 40, 52
- Staatenbildung 246, 263
- staatliche Einflussnahme 41
- Staatsanwaltschaft 141
- Staatsapparat 34
- Staatsfunktion 129, 133, 140
- Staatsgewalt 13, 129, 133, 257, 262, 330
- Staatsgrenze 174
- Staatsrecht 69
- Staatstätigkeit 222
- Staatstheorie 332
- Staatsversagen 11, 258
- Staatszerfall 76
- Stadt 120
- Stigmatisierung 47
- Strafe 340
- Strafgesetzbuch 148, 155
- Straflager 271
- Strafprozess 176
- Strafrecht 4, 108, 122, 154, 185, 210, 212, 257, 310, 343
- Straftat 3, 201, 353
- Strafverfolgung 3, 40, 123, 139, 150, 153, 154, 164, 177, 179, 186, 188, 190, 198, 210, 257, 259, 271, 313, 325, 335
- Strafvollzug 259
- strategische Planung 247
- Strukturwandel 231
- Subkultur 108
- Sudan 211
- Südasien 11, 15, 18, 26, 40, 52, 78, 92, 93, 137, 196, 197, 211, 215, 218, 223, 225, 230, 235, 236, 237, 239, 240, 245, 246, 258, 263, 270, 276, 284, 292, 296, 324, 329
- Südostasien 11, 52, 165, 193
- Suicide 30
- Supranationalität 27, 83
- Surveillance 136
- Symbol 28, 293
- symbolische Politik 209, 283, 293
- Syrien 211
- Systemtheorie 6, 54, 85
- Szenario 72, 311
- T**
- Tadschikistan 63
- Tageszeitung 279, 280
- Tansania 249
- Täter 19, 31, 34, 50, 51, 62, 86, 148, 294
- Täter-Opfer-Beziehung 62
- Technik 98
- Telekommunikation 151, 350
- Television 295
- territoriale Integrität 245
- Terrorism 30, 59, 61, 65, 77, 80, 90, 136, 160, 182, 217, 243, 248, 254, 261, 272, 278, 282, 301, 304, 308, 317
- Terrorismus 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 60, 62, 63, 64, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 75, 76, 78, 79, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 133, 134, 135, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 150, 151, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 162, 163,

- 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 195, 196, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 214, 215, 216, 218, 220, 221, 222, 223, 224, 226, 227, 228, 229, 231, 233, 235, 236, 237, 240, 241, 242, 244, 245, 247, 249, 250, 251, 252, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 262, 263, 264, 265, 267, 268, 269, 270, 271, 273, 274, 275, 276, 277, 279, 280, 281, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 296, 297, 298, 299, 300, 302, 303, 305, 306, 307, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 318, 320, 322, 323, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 334, 335, 336, 337, 339, 340, 341, 343, 344, 346, 348, 349, 352, 353, 354
- Terrorismusbekämpfung 13, 26, 27, 82, 83, 84, 94, 108, 118, 121, 123, 124, 125, 129, 130, 133, 135, 137, 140, 144, 147, 148, 150, 153, 155, 159, 161, 163, 164, 173, 177, 178, 184, 186, 187, 193, 196, 198, 206, 209, 210, 218, 221, 224, 228, 235, 239, 240, 246, 250, 251, 252, 262, 268, 274, 320, 324, 325, 331, 333, 334, 343, 352
- Terrorist Organizations 217, 295
- Thailand 193
- Theatralität 28
- Theologie 26
- Theoriebildung 169
- Theories 59
- Threat 61, 160
- Todesstrafe 306
- Totalitarismus 20, 71, 73, 101
- Tötungsdelikt 329, 354
- Tradition 22, 49
- transatlantische Beziehungen 162, 167, 169, 172, 185, 197
- Transformation 11, 219
- Transparenz 117
- Trauer 293
- Trauma 74
- Trends 30
- Truppenstationierung 246
- Tschetschenien 40
- Türkei 171
- Typologie 34, 64, 67, 68, 99, 130
- U**
- Überwachung 116, 129, 138, 151, 155, 302, 312, 322, 327, 341, 343, 353
- UdSSR-Nachfolgestaat 63, 171, 175, 180, 306, 330, 331
- Unabhängigkeitserklärung 38
- Underground movements 90
- Unilateralismus 4
- United Nations 182
- United States 261, 272
- United States Constitution First amendment 282
- United States of America 136, 254
- Universalismus 318
- UNO 40, 64, 166, 168, 173, 184, 199, 200, 202, 205, 207, 211, 229, 232, 233, 235, 240, 241, 245, 275, 306, 324, 340
- UNO-Generalversammlung 200
- UNO-Sicherheitsrat 184, 199, 200, 207, 211, 229, 245, 303, 348
- unterentwickelte Gesellschaft 41
- Unterentwicklung 4, 41
- Ursachenforschung 48, 94, 154
- Urteil 267
- Uruguay 95
- USA 14, 15, 38, 40, 55, 58, 72, 78, 81, 92, 93, 95, 97, 104, 116, 119, 128, 138, 145, 151, 162, 167, 169, 172, 175, 180, 184, 185, 187, 196, 205, 211, 214, 216, 222, 223, 224, 232, 233, 242, 245, 247, 249, 250, 251, 252, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 262, 263, 264, 265, 267, 268, 269, 270, 271, 273, 274, 275, 276, 283, 284, 286, 289, 292, 293, 296, 302, 311, 322, 324, 325, 326, 327, 329, 330, 331, 335, 340, 344, 349, 353
- V**
- Verbot 81
- Verbrechensbekämpfung 2, 4, 6, 41, 116, 121, 128, 138, 151, 154, 156, 162, 168, 171, 172, 177, 179, 180, 181, 188, 201, 216, 257, 316, 331, 341, 349
- Verfassungsänderung 116
- Verfassungsgericht 350
- Verfassungsmäßigkeit 146, 215, 333, 350
- Verfassungsrecht 139, 152, 153, 310, 322, 350
- Verfassungsschutz 3, 116, 134, 143, 336
- Vernetzung 117, 127, 313
- Vernunft 4, 5
- Verteidigung 81, 215, 242
- Verteidigungspolitik 126, 170, 216, 223, 232, 233, 238, 241, 242, 269, 307
- Vertrag 348
- Vietnamkrieg 228
- Violence 80
- visuelle Wahrnehmung 289
- Völkerrecht 15, 56, 60, 184, 200, 202, 210, 212, 216, 232, 233, 235, 237, 240, 241, 242, 244, 256, 267, 270, 271, 316, 320, 324, 325, 326, 329

W

Waffe 58, 88
Wahrnehmung 45, 158, 174, 288
War 243, 254, 304, 308
Weimarer Republik 86, 344
Weltanschauung 28, 180, 268
Weltbild 268, 290
Weltgesellschaft 6, 10, 48, 172, 214, 216
Weltordnung 23, 169, 264, 275
Weltpolitik 14, 63, 167, 169, 172, 212, 216,
232, 264, 341
Weltwirtschaft 15
Wert 110
Wertorientierung 110, 166
Wertsystem 110
Werturteil 110
Westfälischer Friede 264
Widerstand 95, 228, 264
Widerstandsbewegung 180, 193, 228, 264
Widerstandsrecht 180
Wiederaufbau 196, 245, 258
Wirtschaft 45, 115, 180
wirtschaftliche Folgen 15, 84
Wirtschaftskriminalität 27, 353
Wissen 311
Wittgenstein, L. 17
Wohlfahrt 262

Z

Zeitung 283, 290
Zentralasien 63, 166
Zentralisierung 117, 133
Zielgruppe 34
Zielkatalog 34
Zielkonflikt 142, 239
Zielsetzung 34, 98, 179
Zionismus 20
Zivilbevölkerung 81, 220
Zivilgesellschaft 84, 214, 303, 313, 344
Zivilschutz 157
Zufriedenheit 74
Zuwanderung 298
Zweckrationalität 156
Zweiter Weltkrieg 228
Zypern 38

21. Jahrhundert 12, 122, 306

Institutionenregister

- Fernuniversität Hagen, Institut Frieden und Demokratie 9
- Freie Universität Berlin, FB Geschichts- und Kulturwissenschaften, Institut für Islamwissenschaft 49
- Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie Arbeitsbereich Makrosoziologie 277
- Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Kommunikationswissenschaft Professur für Empirische Methoden der Kommunikationswissenschaft 291
- Friedrich-Schiller-Universität Jena, Philosophische Fakultät 49
- Hochschule für Politik München 201
- Humboldt-Universität Berlin, Graduiertenkolleg "Codierung von Gewalt im medialen Wandel" 12
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg -IFSH- Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien -ZEUS- 7, 130, 173, 174, 175, 176, 206, 330, 331
- Institut für Theologie und Frieden 9, 307
- Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Abt. Kriminologie 2
- Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Lehrstuhl Allgemeine Soziologie 32, 97
- Technische Universität Chemnitz, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politik- und Parteienentwicklung in Europa" der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. 145, 158
- Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Soziologie Professur für Makrosoziologie 112
- Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, WE IV Politik und Gesellschaft Professur für Politische Kommunikation und Risikosoziologie 42
- Universität Duisburg-Essen Campus Essen, Essener Kolleg für Geschlechterforschung 74
- Universität Erfurt, Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien 49, 50
- Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie, Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I 145, 158
- Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie 189
- Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialwissenschaften Institut für Kriminologische Sozialforschung 99
- Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialwissenschaften Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Global Governance 161
- Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für Innenpolitik und Öffentliche Verwaltung 76
- Universität Leipzig, Fak. für Sozialwissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft Bereich Politisches System der Bundesrepublik Deutschland 144
- Universität Münster, FB 14 Geowissenschaften, Institut für Geographie Abt. Politische Geographie, Sozialgeographie 296
- Universität Regensburg, Philosophische Fakultät 01 - Philosophie, Kunst- und Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, insb. Westeuropa 111

Universität Tübingen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Politikwissenschaft
Arbeitsbereich Internationale Beziehungen, Friedens- und Konfliktforschung 165

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekensystem. Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen. Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst. Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in). Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Dienstleistungsangebot der Abteilung „Fachinformation für Sozialwissenschaften“

Das Dienstleistungsangebot der Abteilung Fachinformation dient der Verbreitung, Förderung und Fundierung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie dem Wissensaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene. Gleichzeitig macht die Fachinformation die sozialwissenschaftliche Forschung des deutschsprachigen Raumes international sichtbar.

Zentrale Aktivitäten sind Aufbereitung, Bereitstellung und Transfer von Wissen durch:

- Konzeption, Aufbau und Pflege von Datenbanken und Serviceangeboten zu Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnissen in den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen und östlichen europäischen Forschungsraum und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Rahmen
- Aufbau von und Beteiligung an kooperativen Informationssystemen (Portalen, Themenschwerpunkten, Kommunikationsplattformen und Netzwerken) zur Unterstützung der Wissenschaftskommunikation, insbesondere auf ost-westeuropäischer Ebene und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen
- Kontinuierlicher Ausbau der Vernetzung von Informationsangeboten und Services durch Erweiterung und Einbeziehung kompetenter Partner auf nationaler wie internationaler Ebene
- Erstellung servicebasierter Publikationen und Informationsdienste zu ausgewählten Themen in Kooperation mit der Wissenschaft
- Nationales Referenzzentrum für das Politikfeld „Gleichstellung in der Wissenschaft“ gegenüber Wissenschaftsorganisationen, Bundes- und Landesministerien, Politik und Medien in Bezug auf Konzept- und Programmentwicklung, Monitoring und Evaluation von Politiken und Maßnahmen

Basisprodukte der Abteilung sind Informationen über Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnisse, die in Datenbanken aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Neben den nachfolgend skizzierten Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Publikationen werden Datenbanken mit Informationen zu nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Zeitschriften, Netzwerken, Veranstaltungen und Internetquellen aufgebaut und gepflegt. Sie sind Bestandteil einer von GESIS entwickelten und zur Verfügung gestellten integrierten Suche, die weitere internationale Informationssammlungen und solche externer Partner mit einbezieht.

Datenbanken

Die von der Abteilung Fachinformation produzierten Datenbanken SOLIS und SOFIS bilden die Grundlage für den sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst soFid.

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 47.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. In Deutschland wird die Erhebung von GESIS durchgeführt, in der Schweiz von FORS - der Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften. Für Österreich hatte bis 2001 die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien diese Aufgabe inne; ab 2006/07 wurde diese vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik - WISDOM - übernommen. Die Ergebnisse der GESIS-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen sowie von Forschungsförderern; ein nicht unerheblicher Teil an Ergänzungen wird schließlich durch Auswertung von Internetquellen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute gewonnen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Internet vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Anfang 2010 ca. 400.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird von GESIS in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Absprachen über einen regelmäßigen Datenaustausch bestehen darüber hinaus mit dem Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind SOLIS und SOFIS in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich. Des Weiteren stehen SOLIS und SOFIS über von GESIS betriebene Portale für Recherchen zur Verfügung:

www.gesis.org/sowiport/

SOLIS und SOFIS können im sozialwissenschaftlichen Fachportal sowiport einzeln oder gemeinsam mit 14 weiteren Datenbanken durchsucht werden. sowiport enthält zurzeit folgende Datenbanken:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Social Science Open Access Repository SSOAR
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt sind in und über sowiport mehr als 2,5 Millionen Quellen zu Literatur, Forschungsprojekten, Institutionen, Zeitschriften, Veranstaltungen sowie Themenschwerpunkte und Links zu Portalen erreichbar.

Auftragsrecherchen und Beratung bei der Datenbank-Nutzung

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt GESIS kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche beraten wir Sie selbstverständlich jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst – soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet GESIS mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Ältere Jahrgänge stehen unter www.gesis.org/sofid zum kostenfreien Download zur Verfügung. Der Dienst ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport – Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen / Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation – Medien – Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

Recherche Spezial und sowiport-dossiers: aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe „Recherche Spezial“ Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zusammengestellt. In den Dossiers in sowiport werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind inhaltlich gruppiert zu finden unter www.gesis.org/sowiport/themen/.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Der Bereich Informationstransfer Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Er unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Social Sciences Eastern Europe - Infoservice“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung – CEWS

Als integraler Bestandteil der Fachinformation bietet CEWS disziplinenübergreifend Zugänge zu Themen, Informationen und aktuellen Fragen der Gleichstellung in der Wissenschaft. Durch das Sichtbarmachen des Potentials hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen unterstützt die Datenbank FemConsult die Erhöhung des Frauenanteils bei der Neubesetzung von Professuren und Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Das CEWS-Themenportal (zu finden unter www.gesis.org/cews) integriert Informationen zu allen gleichstellungsrelevanten Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung (z.B. Statistik und Gleichstellungsrecht an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Internet-Service der GESIS

Umfassende Informationen zu GESIS und zum Angebot an Dienstleistungen finden Sie unter

www.gesis.org

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Abteilung Fachinformation für Sozialwissenschaften

Lennéstraße 30

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-2281-0

E-mail: info@gesis.org

GESIS-Servicestelle Osteuropa

Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30-23 36 11-0

E-mail: servicestelle@gesis.org